

AUFTRAG



HEFT 231 / 1997

37. JAHRGANG



- »Gottes Geist in der Welt« – Jahresthemen 1998
- »Soldat im internationalen Friedensdienst«
Dokumentation der GKS-Akademie 1997
zum Selbstverständnis des Soldaten
- Kirche und Gesellschaft – aus der Arbeit des ZdK

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

JAHRESTHEMEN 1998

Gottes Geist in der Welt – Auf dem Weg zum Hl. Jahr 2000	4
Sende aus deinen Geist und du wirst das Angesicht dieser Erde erneuern. Männer beten in der Fastenzeit 1998	5
Endzeitstimmung und das Prinzip Hoffnung (Johannes Schidelko)	7
KATHOLIKENTAG IN MAINZ: „Gebt Zeichen von eurer Hoffnung“	7
WOCHE FÜR DAS LEBEN 1998: Worauf du dich verlassen kannst. Miteinander leben in Ehe und Familie	8
WELTFRIEDENSTAG 1998: Aus der Gerechtigkeit des Einzelnen erwächst der Frieden für alle (Papst Johannes Paul II.)	9

SPIRITUALITÄT

Die Bibel – ein Buch nicht nur für Männer (II) Männer in ihrer Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zu Frauen in der Sicht der Bibel (Maria-Irma Seewann)	14
Erlöste Partnerschaft – Das Missverständnis der „gottgewollten Männer-Herrschaft“ (Norbert Baumert)	16

GKS-AKADEMIE ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DES SOLDATEN

SOLDAT IM INTERNATIONALEN FRIEDENSDIENST. SINN – IDENTITÄT – ETHIK: Einführung (Paul Schulz)	17
Begrüßung des 6. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn durch den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein	23
Zum Berufsbild des Soldaten zwischen Politik, Gesellschaft und ethischer Legitimation (Rüdiger Drews)	24
Die Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten (Karl-Heinz Ditzer)	28
In der Plattenbausiedlung: Täglich dreimal beten. Bei den Franziskanern in Schmalkalden (Dietmar Kuschel)	39
Seelsorgliche Begleitung bei internationalen Friedenseinsätzen (Walter Theis, Reinhold Bartmann, Gerhard Schehr)	40
Internationale Konflikte – internationales Krisenmanagement (Karsten D. Voigt)	51

SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK

Legitimationsprobleme des Soldatenseins (Wolf Werner Rausch)	57
Im Zweifel für die Obrigkeit (Oskar Matthias von Lepel)	63
GEFUNDEN: Dank an den deutschen Soldaten (Götz Eberbach)	69
Das demokratischste Land auf Erden (Wolfgang Altendorf)	70
DISKUSSION UM DIE WEHRFORM DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Kein Streit um den moralischen Charakter! Ethische Reflexion zur Unterstützung der politischen Urteilsbildung (Lothar Bündel)	71
Ethisch begründete Vorzugsentscheidung für Zivildienst statt Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe (PS)	73
Bischof Lehmann würdigt Arbeit von Justitia et Pax	73
RUSSLAND: Die Streitkräfte in der Karikatur (Paul Roth)	74
Kommando-Wechsel bei der Schweizergarde (Johannes Schidelko)	77
Gefahr aus dem Internet? Deutsch-polnische Antisemitismuskonferenz in Krakau (Eckhard Stuff)	78

TITELBILD: Gottes Geist in der Welt lautet das Thema des 2. Vorbereitungsjahres auf dem Weg zum Hl. Jahr 2000. Die Taube ist seit der Taufe Jesu im Jordan (Mt 3,14 ff.) Sinnbild des Hl. Geistes – besonders eindrucksvoll dargestellt in dem von Bernini geschaffenen Alabasterfenster hinter dem Hauptaltar der Peterskirche in Rom.

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Elemente und Eckpunkte für eine christlich-sozial geprägte Arbeitsgesellschaft (Hermann Kues)	79
Bundesregierung und Arbeitgeber haben Bündnis für Arbeit platzen lassen (Renate Müller)	79
Arbeit ist die Folge dynamischen unternehmerischen Handelns (Werner Then)	80
BIOETHIK: Bioethik-Konvention – Wenn nicht geboten, so zumindest vertretbar (Eva-Maria Streier) ...	81
RELIGIONSUNTERRICHT: Im Eigeninteresse des Staates (Thomas Sternberg)	83
Als Sand im Getriebe zum Salz der Erde werden Anmerkungen zur Erfurter Studententagung des ZdK (Hajo Goertz)	83
Wie kann die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft dialogisch, solidarisch und missionarisch sein? (Thomas Ruster)	85

AUS MILITÄRSEELSORGE UND GKS

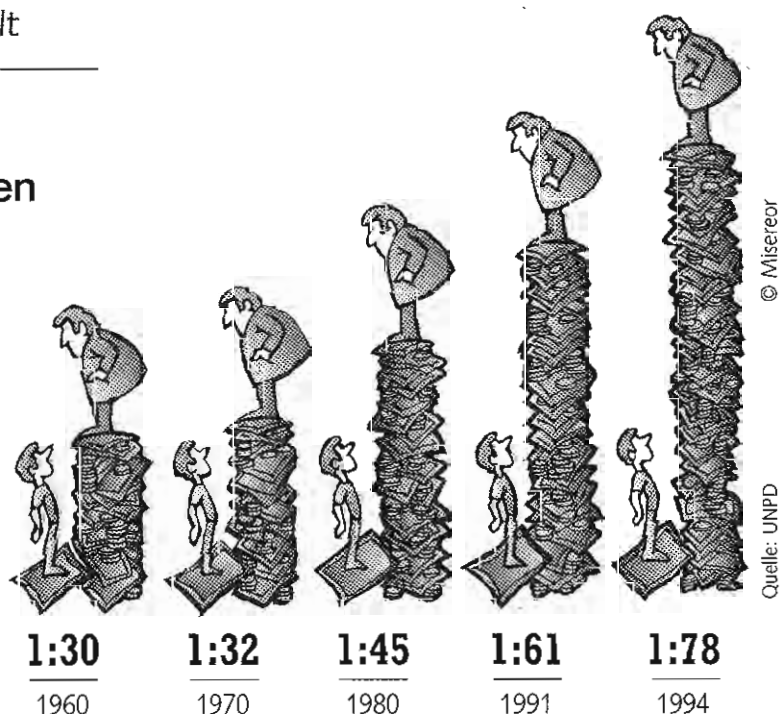
42. GESAMTKONFERENZ: Zur Lage der katholischen Militärseelsorge	90
DAS INTERVIEW: Ich will in Mostar Soldaten in ihrer Freizeit betreuen. Fragen an Günter Thye, Oberstabsbootsmann a.D. und engagierter Christ (Ludger Terbrüggen)	92
AUS DEM BUNDESVORSTAND UND DEN WEHRBEREICHEN II, III UND VI	94
KURZ BERICHTET	56, 62, 89
PERSONALIA	97
TERMINE 1998	98
AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE	98
BUCHBESPRECHUNGEN	99

40 Jahre MISEREOR

Aktion gegen Hunger
und Krankheit in der Welt

Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Verhältnis zwischen
den ärmsten und
den reichsten 20 %
der Weltbevölkerung



THEMEN FÜR DIE JAHRESARBEIT 1998



Gottes Geist in der Welt Auf dem Weg zum Hl. Jahr 2000

Am Ersten Adventssonntag 1997 begann das zweite Jahr der dreijährigen Vorbereitungszeit auf das Heilige Jahr 2000. Papst Johannes Paul II. hatte in seinem Apostolischen Schreiben „Tertio Millennio Adveniente“ (TMA) vom 10. November 1994 die Grundlinien und die großen Themen für diese Zeit der geistigen und geistlichen Besinnung vorgezeichnet. Die GKS trägt durch die Auswahl ihrer Jahresthemen dem Anliegen des Hl. Vaters Rechnung und bereitet sich als Verband spirituell auf die Jahrtausendwende vor.

Erinnern wir uns, das gesamt-kirchliche Leitwort für das Jahr 1997 „*Jesus Christus das menschliche Antlitz Gottes*“ wurde für die Belange der GKS zum Thema „*Lebens- und Lerngemeinschaft – im Glauben auf dem Weg*“ präzisiert.

In TMA Nr. 45 gibt der Papst für das Jahr 1998 als Generalthema an: „Die Wiederentdeckung der Anwesenheit und Wirksamkeit des Heiligen Geistes, der in der Kirche wirkt, sei es in sakramentaler Gestalt, vor allem durch die Firmung, sei es vermittelt vielfältiger Gnadengaben, Aufgaben und Dienste, die von ihm zu ihrem Wohl geweckt worden sind.“

Der Aktionsplan zur Vorbereitung und Durchführung des Heiligen Jahres 2000 im Bereich der deutschen Diözesen „Das dritte Jahrtausend kommt auf uns zu – alle sind eingeladen“ vom 1. September 1996 sieht für das Jahr 1998 folgende Anregungen und Beispiele vor:

- Die Liturgie als Geistgeschehen wieder entdecken.
- Das Gefirmt-Sein und die Verantwortung, die daraus erwächst, bewusster leben.
- Die Pfingstnovene, die Pfingstvigil und den Pfingstsonntag in seiner Feier besonders gestalten.
- Bußgottesdienste mit den Themenschwerpunkten des Jahres

1998 feiern (z.B. „Lösch den Geist nicht aus“ oder „Hoffnung“).

- Ergänzend zur Messfeier unterschiedliche Gottesdienstformen fördern (z.B. Stundenliturgie, Früh- und Spätschichten, traditionelle Andachtsformen, Wortgottesdienste).
- Ein besonderes Gebet um die Gaben des Heiligen Geistes für den privaten Vollzug empfehlen, das auch die Jahresthemen Firmung und Hoffnung aufgreift.
- Das Mariengedenken am Samstag und das „Regina coeli“ als Vollzüge österlicher Hoffnung beleben.
- Gebete um Priester- und Ordensberufungen anregen.

Die Arbeitsgruppe beim Beauftragen der Deutschen Bischofskonferenz für das Heilige Jahr 2000, dem Hamburger Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke, hat eine liturgische Arbeitshilfe für das Vorbereitungsjahr 1998 zusammengestellt. Sie enthält Anregungen, wie die Anwesenheit und die Wirksamkeit des Geistes in den

Gemeinden und Gemeinschaften in der Kirche wiederentdeckt werden kann. Die Gegenwart des Hl. Geistes wird offenbar

- beim Gebet,
- in der Feier der Eucharistie und anderer Sakramente,
- im Ablauf des liturgischen Jahres und
- in vielen Ausdrucksformen der Volksfrömmigkeit.

Die GKS hat sich im gesamt-kirchlichen Zusammenhang das Jahresthema „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz“ gestellt. Als begleitendes Gebet empfiehlt die GKS das von ihr gewählte Gemeinschaftsgebet zum Hl. Geist (s. Kasten). In ihm kommt zum Ausdruck, dass Gottes Geist durch seine Kraft und seine vielfältigen Gaben zur Erneuerung der Welt führt.

Im AUFTRAG 232 wird eine Einführung in das Jahresthema der GKS und in das vom Vorstand der ZV gewählte Leitwort der 38. Woche der Begegnung gegeben.

(PS nach o.g. Arbeitshilfe)

Komm, Heiliger Geist,
und erfülle die Herzen deiner Gläubigen
und entzünde in ihnen das Feuer deiner Liebe.

Sende aus deinen Geist,
und alles wird neu geschaffen,
und du wirst das Angesicht der Erde erneuern.

Lasset uns beten:

Gott, du hast die Herzen der Gläubigen durch
die Erleuchtung des Heiligen Geistes gelehrt.
Gib, dass wir in diesem Geiste alles so, wie es recht ist,
verstehen und seines Trostes uns alle Zeit erfreuen.
Durch Christus unseren Herrn. Amen



Sende aus deinen Geist und du wirst das Angesicht dieser Erde erneuern



Männer beten in der Fastenzeit 1998

Seit Jahren ist es in vielen Gemeinden Sitte, dass die Männer in der Fastenzeit eine Gebetsstunde halten. Dazu macht die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den Deutschen Diözesen in Fulda regelmäßig einen Gebetsstundenvorschlag.

Der diesjährige Vorschlag, veröffentlicht in *MANN IN DER KIRCHE*, Heft 3 Dezember 1997, ist von Diözesanpräses Robert Henrich (Freiburg i.Br.) erarbeitet worden. Der frühere Militärdekan Henrichs hat die ausgewählten Texte und Lieder unter das Thema „Sende aus deinen Geist und du wirst das Angesicht dieser Erde erneuern“ gestellt. Damit bietet es sich an, dass die GKS dieses Gebetsanliegen für ihre Jahresarbeit aufgreift.

Abgedruckt sind die Texte für Vorbeter (V) und Lektoren (L); alle gemeinsamen Texte sind dem Gotteslob entnommen. Da in fast allen Kirchen das Gotteslob aufliegt, reicht es, wenn die Gruppe zwei Texte hat: Für Lektoren und Vorbeter.

V: Mit gutem Willen sind wir hierher in die Kirche gekommen. Wir kommen von draußen, aus der Welt der Arbeit, der Öffentlichkeit, aus einer umtriebigen Welt. Manch einem von uns fällt es schwer, still zu werden, sich vor dir zu wissen. Es geht uns wie den Aposteln, die dich baten: „Herr, lehre du uns beten“ (Lk 11,1). Wir denken auch an das Wort, das Paulus in seinem Brief an die Römer geschrieben hat: „Wir wissen nicht, wie wir in der rechten Weise beten sollen“ (Röm 8,26). Wir erinnern uns aber auch an den Trost, den Paulus den Römern und uns allen gab: „Der Geist selber tritt für uns ein“ (Röm 8,26).

Stille

V: Jesus lädt uns ein, seinen Hl. Geist zu empfangen. So lasst uns den Hl. Geist um seine Gaben bitten, in dem wir das Lied singen
„Nun bitten wir den hl. Geist“ – GL 248.

V: Herr, Jesus, in deinem Namen sind wir versammelt. Wir glauben, dass du bei uns bist. Es ist deine Gnade, dass wir hier sein dürfen, dass wir zu dir beten dürfen. Gerne wollen wir auf dein Wort hören. Mach uns offen für deine frohe Botschaft. Lass uns im Herzen bewahren,

was du uns sagen willst. Lass uns Hoffnung schöpfen für uns selber, für unsere Familien, für die Kirche und für die Welt, in der wir leben und arbeiten.

Kurze Pause

V: Wir hören jetzt den Bericht aus dem Johannes-Evangelium, in dem uns Jesus seinen Beistand, die Sendung seines Hl. Geistes verspricht. Lasst uns innerlich gesammelt und ganz bereit auf das Wort Gottes hören.

L.: (Joh 14, 15–27) „Wenn ihr mich liebt, werdet ihr meine Gebote halten. Und ich werde den Vater bitten, und er wird euch einen anderen Beistand geben, der für immer bei euch bleiben soll. Es ist der Geist der Wahrheit, den die Welt nicht empfangen kann, weil sie ihn nicht sieht und nicht kennt. Ihr aber kennt ihn, weil er bei euch bleibt und in euch sein wird. Ich werde euch nicht als Waisen zurücklassen, sondern ich komme wieder zu euch. Nur noch kurze Zeit und die Welt sieht mich nicht mehr; ihr aber seht mich, weil ich lebe und weil auch ihr leben werdet. An jenem Tag werdet ihr erkennen: Ich bin in meinem Vater, ihr seid in mir und ich bin in euch. Wer meine Gebote hat und sie hält, der ist es, der mich liebt; wer mich aber liebt, wird von meinem Vater geliebt werden,

und auch ich werde ihn lieben und mich ihm offenbaren ... Das habe ich zu euch gesagt, während ich noch bei euch bin. Der Beistand aber, der Hl. Geist, den der Vater in meinem Namen senden wird, der wird euch alles lehren und euch an alles erinnern, was ich euch gesagt habe.“

Pause

V: Herr Jesus Christus, wir haben dein Wort gehört, wir danken dir für das Geschenk deiner Liebe, für deinen Hl. Geist. In Ihm, den du in deiner Liebe gesandt hast, wollen wir beten. Lasst uns den Hl. Geist bitten, in dem wir das Lied singen
„Komm, Schöpfer Geist“ – GL 245

V: Wir stehen in der unmittelbaren Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2000. Mit der Weltkirche begehen wir das Jahr 1998 als das „Jahr des Hl. Geistes“.

Papst Johannes Paul II. lädt die Christenheit ein, innezuhalten, wahrzunehmen und zu bedenken, dass Gottes Geist wirkt in unserem Leben, in unserer Kirche, in unserer Welt.

Der Hl. Vater schreibt dazu in dem Apostolischen Rundschreiben Tertio Millennio Adveniente, in der er die Christenheit zur Vorbereitung aufruft:

L.: „Zu den wichtigsten Aufgaben der Vorbereitung auf das Jubiläum gehört daher die Wiederentdeckung der Anwesenheit und Wirksamkeit des Hl. Geistes, der in der Kirche wirkt, sei es in sakramentaler Gestalt, vor allem durch die Firmung, sei es vermittels vielfältiger Gnadengaben, Aufgaben und Dienste, die von ihm zu ihrem Wohl geweckt worden sind: 'Der eine Geist ist es, der seine vielfältigen Gaben, gemäß seinem Reichtum und den Erfordernissen der Dienste zum

Nutzen der Kirche austeil' (vgl. 1 Kor 12,1-11).

Der Geist ist auch für unsere Zeit die Hauptkraft der Neuevangelisierung. Es wird also darauf ankommen, den Geist als den wieder zu entdecken, der im Laufe der Geschichte das Reich Gottes aufbaut und seine volle Offenbarwerdung in Jesus Christus dadurch vorbereitet, dass er die Menschen innerlich anregt und im menschlichen Erleben die Keime der endgültigen Rettung, die am Ende der Zeit eintreten wird, aufgehen lässt."

V: Der Papst ruft die Gläubigen auf, vor allem die theologische Tugend der Hoffnung wieder zu entdecken.

L.: „Die Grundhaltung der Hoffnung spornt einerseits den Christen dazu an, das Endziel, das seinem ganzen Dasein Sinn und Wert gibt, nicht aus den Augen zu verlieren und andererseits bietet sie ihm solide und tief gehende Beweggründe für den täglichen Einsatz bei der Umgestaltung der Wirklichkeit, die dem Plan Gottes entsprechen soll.

Die Christen sind aufgerufen, sich auf das große Jubiläum zu Beginn des 3. Jahrtausends vorzubereiten durch Erneuerung ihrer Hoffnung auf die endgültige Ankunft des Reiches Gottes, die sie Tag für Tag in ihrem Herzen, in der christlichen Gemeinschaft, der sie angehören, in dem sozialen Umfeld, in das sie hineingestellt sind, und so auch in der Weltgeschichte vorbereiten.“

Pause

Lied Nr. 521

„Herr, gib uns Mut zum Hören...“

V: In der Hl. Schrift ist uns gesagt und in den Worten des Papstes verdeutlicht: Der Geist Gottes ist es, der lebendig macht, der

zusammenführt und leitet, der Bekehrung ermöglicht, der Zukunft eröffnet, der alles in allem bewirkt. Lasst uns daran denken, dass wir in der Firmung den Hl. Geist empfangen haben. Um uns dies neu ins Gedächtnis zu rufen, wollen wir auf das Wort Gottes hören und beten.

GL Nr. 786, 3 (Firmsakrament)

Pause

V: Unser Dank für die Gabe des Hl. Geistes wollen wir zum Ausdruck bringen mit dem

Lied Nr. 268 „Singt dem Herrn ein neues Lied“.

V: In allem dürfen wir den Hl. Geist bitten. Jesus mahnt uns dazu, denn seine Liebe zu den Menschen ist grenzenlos, deshalb sandte er seinen Hl. Geist. Wenn wir jetzt hier sind um zu beten, dann sind auch unsere Sorgen mit dabei. Wir können sie nicht einfach abschütteln. In der Familie, im Beruf, in der Gesellschaft gibt es manches, was uns belastet. Gerne würden wir alles zum Guten wenden, aber wir sind dabei überfordert.

L.: Herr lass uns offen sein für deinen Trost, bereit für deine Hilfe, voll Vertrauen auf deine Gegenwart.

V: In der Hl. Schrift lesen wir: „Werft alle Sorgen auf den Herrn, er sorgt sich für euch“ (1 Petr 5,7). Das wollen wir tun, in dem wir voll Vertrauen um den Hl. Geist bitten für uns selber, für die, die uns anvertraut sind, für die Kirche, für alle die Menschen, die bedürftig sind. Wir können dies tun in den Worten der

Andacht zum Hl. Geist GL 778

- Nach Abschnitt 1 Lied Nr. 268, 1 und 2.
- Nach Abschnitt 2 Lied Nr. 268, 3. Str.
- Nach Abschnitt 3 Lied Nr. 268, 4. Str.

- Nach Abschnitt 4 Lied Nr. 289,
- Nach Abschnitt 5 Lied Nr. 289,
- Nach Abschnitt 6 Lied Nr. 638, 1 und 2
- Nach Abschnitt 7 Lied Nr. 838, 3, 4, 5

Zum Abschluss unserer Betstunde wenden wir uns der Mutter Maria zu.

V: Maria ist die Erstberufene des Neuen Testaments.

Was wir nach 2000 Jahren feiern, was durch die Propheten vorherverkündet wurde, was die innerste Sehnsucht der Menschheit war, das hat in Nazareth begonnen ..., „als die Zeit erfüllt war“.

Das erste Wort im Neuen Testament, das Wort Mariens ist eine Frage: „Wie soll das geschehen?“ (Lk 1,34)

Die erste Antwort im Neuen Testament lautet: „Der Hl. Geist wird über dich kommen“ (Lk 1,35). Und die erste Antwort auf das Heilsangebot Gottes im Neuen Testament lautet: „Siehe, ich bin die Magd des Herrn“ (Lk 1,38).

V: In dem Apostolischen Schreiben zur Vorbereitung auf das Jahr 2000 schreibt Johannes Paul II. im Blick auf Maria:

L.: „Maria, die das durch das Wirken des Hl. Geistes Fleisch gewordene Wort empfing und sich dann in ihrem ganzen Leben von seiner inneren Wirkung leiten ließ, wird während dieses Jahres betrachtet und nachgeahmt, insbesondere als Frau, die der Stimme des Geistes gehorsam ist, als Frau der Stille und des Zuhörens, als Frau der Hoffnung, die, wie Abraham, den Willen Gottes anzunehmen wusste „voll Hoffnung gegen alle Hoffnung“ (Röm 4,18). Sie bringt die Sehnsucht der Armen Jahwes voll zum Ausdruck und leuchtet als Vorbild für alle, die sich mit ganzem Herzen den Verheißungen Gottes anvertrauen.

V: Lasst uns miteinander das Geheimnis der Menschwerdung bedenken, in dem wir den „Engel des Herrn“ beten:

V: Zum Abschluss singen wir das Lied GL 583 „Ave Maria zart“.

□

„Für euch bin ich Bischof, mit euch bin ich Christ!“

Aurelius Augustinus

Anmerkung eines Pfarrers Anfang Januar 1998 in der WDR 3 Sendung „Kirche im Rundfunk“, mit der er sowohl die römischen „Instruktionen zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“ als auch die aufgeregte Kritik daran kommentierte.

Endzeitstimmung vor der großen Zeitenwende herrscht nicht in Rom. Zwar haben Magier und Zukunftsdeuter hier und anderswo Zulauf wie selten. Und im Vatikan häufen sich Spekulationen über das dritte Geheimnis von Fatima und seine angeblich düsteren Visionen. Aber apokalyptische Ahnungen haben in Rom allenfalls Fremdenverkehrsmanager und Straßenbauer angesichts unfertiger Projekte und drohendem Verkehrschaos.

Papst Johannes Paul II. eröffnet am Sonntag, dem Beginn des neuen Kirchenjahres, die zweite Stufe der Vorbereitungsphase für das Heilige Jahr 2000. Dieses zweite Vorbereitungsjahr ist dem „Heiligen Geist, der Leben schafft“ gewidmet. Es geht um die „Wiederentdeckung der Anwesenheit und Wirksamkeit des Geistes“, der in der Geschichte und in der Kirche wirke, wie der Papst in seinem Heilig-Jahr-Programm betont. Untrennbar mit dem Geist verbunden ist die Tugend der Hoffnung, die wieder entdeckt und vertieft werden soll. Somit enthält das zweite der drei Vorbereitungsjahre das am stärksten zukunftsorientierte Programm.

Neben dieser eher geistigen Einstimmung auf das Jubiläumsjahr gehen die großen Planungen für das „Anno Santo 2000“ weiter. Im Vatikan sind acht Kommissionen und vier Komitees an der Arbeit. Besondere Vorleistungen hat bereits die historisch-theologische Kommission erbracht, die einige strittige Kapitel der Kirchengeschichte für eine selbstkritische Rückschau aufarbeitet. Höhepunkt war vor einem Monat ein Symposium über die Ursachen des Antijudaismus. Aus seinen Ergebnissen will der Papst demnächst ein Kirchendokument erstellen. Es soll nicht nur eine wesentliche Barriere im christlich-jüdischen Gespräch abbauen, sondern auch den Blick für die jüdischen Wurzeln des Christentums schärfen. Ein nächstes Großprojekt ist zum Thema Inquisition vorgesehen. Allerdings rühren sich auch Vorbehalte gegen zu viele und vor allem zu pauschale kirchliche Selbstbezeichnungen – nicht nur in traditionalistischen Kreisen. So gilt auch ein bedauernder Hinweis auf schuldhaftes Verhalten von Chris-

Endzeitstimmung und das Prinzip Hoffnung

Johannes Schidelko (KNA-Korr.)



ten früherer Generationen als wahrscheinlicher als ein formelles Schuldbekenntnis des Papstes im Namen der Kirche.

Die soziale Frage ist ein weiteres Hauptthema im Hinblick auf das Heilige Jahr, das von seiner Bedeutung her immer auch ein Jahr von Umkehr, Versöhnung und Schuldennachlass ist. Das Problem der Auslandsschulden ist bei der derzeit im Vatikan tagenden Amerika-Synode ein durchgängiges Thema. Auf verschiedenen Ebenen ist der Vatikan mit Weltbank und internationalem Währungsfonds über einen zumindest teilweisen Schuldennachlass für die ärmsten Länder im Gespräch. Er organisiert Kontakte zwischen Betroffenen, etwa den internationalen Finanzbehörden und den Bischöfen Lateinamerikas. Beobachter vermuten, dass das Thema auch beim Besuch des deutschen Entwicklungshilfeministers Spranger im November 1997 beim Papst eine Rolle gespielt haben könnte.

Dann laufen die Vorbereitungen für ökumenische Programme. Ein pan-christliches Treffen, möglicherweise in Jerusalem, ist im Gespräch. Weiterverfolgt werden

auch interreligiöse Initiativen. Der Papst möchte gerne mit Juden und Muslimen am Moses-Berg auf dem Sinai zusammentreffen. Außerdem arbeiten Liturgiker an Gottesdienstkonzepten für das Heilige Jahr. Die Pastoralkommission ist ebenso am Werk wie eine Kulturkommission, die soeben dank eines italienischen Sponsors einen Wettbewerb für ein christliches Schauspiel ausgeschrieben hat.

Neben diesen kirchlichen Planungen laufen die praktischen Vorbereitungen am Schauplatz Rom nur schleppend. Stadt und Staat haben die anfängliche Zahl großer und ehrgeiziger Projekte radikal zusammengestrichen. Und selbst die verbliebenen, wie der Straßentunnel am Tiberufer, hinken hinter dem Zeitplan hinterher. Dabei scheitert es weniger am Geld als an einem einvernehmlichen Konzept. Aber Roms soeben wieder gewählter „grüner“ Bürgermeister Francesco Rutelli ist fest entschlossen, seine Stadt als würdigen Gastgeber für die nach letzten Schätzungen 28 Millionen Besucher im Jahr 2000 zu präsentieren. Dazu bleibt ihm zumindest das Prinzip der christlichen Hoffnung.

(KNA)

150 JAHRE KATHOLIKENTAGE

„Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung“

Logo des Deutscher Katholikentag Mainz 1998



Einen aus dem Wasser springenden Delphin zeigt das Logo des

93. Deutschen Katholikentags, der vom 10. bis 14. Juni in Mainz stattfindet.

Der Delphin strahlt überschäumende Freude aus. Er ist ein treuer Kamerad und Helfer in der Not. Er braucht die Gemeinschaft, um seine Fähigkeiten voll entfalten zu können. So wie wir Christen: Auch wir wollen Lebensfreude ausstrahlen. Unser Engagement ist gefragt. Aber auch wir brauchen die Rückbindung: an die Gemeinschaft mit anderen Menschen und mit Gott. Dadurch geben wir Zeugnis von unserer Hoffnung.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Geht Zeugnis von eurer Hoffnung: Dieses Leitwort des 93. Deutschen Katholikentags fordert die Christen dazu auf, überall – privat wie öffentlich – Zeugen der Hoffnung in ihrer Zeit zu sein.

In Anlehnung an ein Schriftwort aus dem ersten Petrusbrief (1 Petr 3,15) werden wir mit der Frage konfrontiert, wie wir als Christen heute erfahrbar sind.

Während des Katholikentags wollen wir darüber nachdenken, wie wir unsere Hoffnung, die wir aus unserem Glauben schöpfen, mit anderen Menschen teilen können. Zugleich wollen wir miteinander überlegen, wie wir sie in die vielfältigen geistigen, politischen, religiösen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart einbringen können.

Dabei können wir die Erfahrung machen, dass das Miteinander mit den Menschen dieser Welt auch für uns die Chance birgt, unseren Glauben neu zu entdecken und neue Hoffnung zu schöpfen. Wie begegnen wir Christen den Fragen und Problemen unserer Zeit aus dem Geist des Evangeliums heraus? Wie hilft uns die Botschaft Jesu Christi beim Kontakt zu unseren Mitmenschen? Unser Glaube verlangt von uns ein waches Bewusstsein und Sensibilität für andere. Dazu gehört auch, dass wir ihre Ängste, aber auch ihre Hoffnungen ernst nehmen. Nur so

wird unser christliches Zeugnis glaubwürdig und kann die Welt verändern.

Der Katholikentag in Mainz wird ein Ort sein, an dem wir unseren Glauben teilen und mitteilen können.

Das Programm

Das Programm des Katholikentags wird sich in sechs große Themenbereiche gliedern:

(1) *Bewahrung der Schöpfung*

Der Katholikentag wird die Gelegenheit bieten, über unsere Verantwortung für die Schöpfung nachzudenken. Machen Sie dabei mit!

(2) *Völkergemeinschaft – Europa – Eine Welt*

Der Katholikentag wird ein Forum bieten, über die Möglichkeiten und Aufgaben der Christen in der einen Welt zu diskutieren. Nutzen Sie diese Chance!

(3) *Politik – Staat – Demokratie*

Der Katholikentag wird Möglichkeiten zum Gespräch über die drängenden Fragen in Politik und Gesellschaft eröffnen. Beteiligen Sie sich daran!

(4) *Dialogfähige Kirche*

Der Katholikentag wird sich diesem Dialog stellen. Diskutieren Sie mit!

(5) *Wirtschaft – Gesellschaft – Sozialordnung*

Der Katholikentag wird nach Lösungen für die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit suchen. Helfen Sie bei dieser Suche mit!

(6) *Bildung – Erziehung – Wissenschaft*

Der Katholikentag wird die Werte und Grundausrichtungen, die in unserer Zeit besonders wichtig sind, ansprechen und benennen. Nehmen Sie die Herausforderung an!

Militärseelsorge und Männerseelsorge auf dem Katholikentag

Das KMBA mit den Räten und eigenständig die GKS werden mit je einem Pagodenzelt auf der Kirchenmeile vertreten sein. Während des Katholikentags wird eine Werkwoche der Militärseelsorge mit rund 300 Dauerteilnehmern stattfinden, deren Höhepunkt beim „Soldatentag“ am Freitag, dem 12.06., ein Pontifikalamt des Militärbischofs mit einer sich anschließenden Stunde der Begegnung sein wird. Weitere Informationen zur Beteiligung von Militärseelsorge und GKS folgen im nächsten AUFTRAG. Interessenten, auch Tagesgäste, sollten sich frühzeitig an ihre Standortpfarrer oder an die Vorsitzenden/Ansprechpartner der GKS wenden.

Erstmals wird es auf dem Mainzer Katholikentag ein Männerzentrum geben. Über dieses Angebot der Männerseelsorge wird im nächsten AUFTRAG berichtet.

(PS nach ZdK)

Worauf du dich verlassen kannst:
Miteinander leben in Ehe und Familie



Woche für das Leben
10. bis 16. Mai 1998



Eine Initiative der katholischen und evangelischen Kirche

Die Kirchen in Deutschland wollen zu einem Leben in Ehe und Familie ermutigen und angesichts des gesellschaftlichen Wertewandels und der Veränderung der Lebensbedingungen zur Orientierung beitragen. Die Woche für das Leben will deutlich machen, wie sinnvoll das Ja zum Partner bzw. zur Partnerin und zum Leben mit Kindern ist. Es gilt, bestehende Familien zu stärken, damit sie ihren vielfältigen Aufgaben und Anforderungen gewachsen bleiben und sich zu einem Ort sinnvoller und gegliederten Lebens entwickeln können. Dazu fördert die Woche für das Leben den gesellschaftlichen Dialog über die notwendigen Haltungen und Tugenden für ein Leben in Ehe und Familie.

Die Woche für das Leben tritt für familiengerechte Lebensbedingungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ein und betont, dass die bestehenden Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft so verändert werden müssen, dass sie das Zusammenleben auch in Zukunft stützen und fördern.

Eine Broschüre informiert zu Zielsetzung und Inhalt der kommenden Woche für das Leben, gibt methodische Anregungen und enthält Hinweise auf Materialien, die zur Verfügung gestellt werden. Fragen Sie dazu bei Ihrem zuständigen Militärpfarrer nach.

Die Woche für das Leben wird am 9. Mai 1998 in Berlin eröffnet. (PS nach DBK)

WELTFRIEDENSTAG 1998

AUS DER GERECHTIGKEIT DES EINZELNEN ERWÄCHST DER FRIEDEN FÜR ALLE

Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag 1998

Zusammenfassung

Auf den engen Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden weist Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1998 hin. Sie seien keine abstrakten Begriffe oder fern liegende Ideale, sondern allen Menschen „als gemeinsames Erbe eingepflanzt“. Man dürfe jedoch nicht übersehen, dass es Ausgegrenzte, Arme und Opfer von Willkür gebe. Diese Menschen würden am eigenen Leib den Mangel an Frieden und die Auswirkungen der Ungerechtigkeit spüren.

Der Mensch ist – so der Papst – „von Natur aus mit allgemeinen, unantastbaren und unveräußerlichen Rechten ausgestattet.“ Es sei tragisch, dass die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen bekundeten Menschenrechte auch heute noch verletzt würden, „sei es durch Unterdrückung, Konflikte, Korruption oder in noch heimtückischerer Weise durch den Versuch, selbst die in der Allgemeinen Erklärung enthaltenen Formulierungen neu zu interpretieren, indem man sogar bewusst ihren Sinn verdreht.“

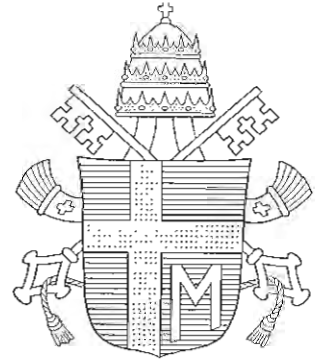
Der Papst fordert in seiner Botschaft eine Globalisierung der Solidarität. Vor allem die internationalen Organisationen müssten zur Förderung des Gemeinwohls beitragen. Der Mensch müsse im Mittelpunkt eines jeden sozialen Projekts stehen. Wenn das Ziel der Globalisierung darin bestehe, niemanden auszugrenzen, dann müsse die Frage der Verschuldung der armen Länder intensiv weiter angegangen werden. Lobenswerte Schritte seien bereits unternommen worden, „aber eine dauernde Lösung erfordert die konzentrierte Anstrengung aller, einschließlich der betroffenen Staaten selbst“. Deutlich geißelt der Papst das „Laster der Korruption“, das die gesellschaftliche und politische Entwicklung vieler Völker unterminiere. Als weitere schwere Formen der Ungerechtigkeit nennt der Papst die „Epidemie der Gewalt gegenüber Frauen, Mädchen und Jungen“; dazu gehörten vor allem Zwangsprostitution, Kinderpornographie und die Ausbeutung Minderjähriger „unter den Bedingungen der Sklaverei“.

Der Papst spricht die Hoffnung aus, dass mit Blick auf das Jubiläum des Jahres 2000 den Menschen die Abhängigkeit des Geschöpfes vom Schöpfer bewusst wird. In der biblischen Tradition sei ein Jubiläumsjahr auch „eine Zeit der Sklavenbefreiung, der Landrückgabe an den rechtmäßigen Eigentümer, des Schuldenerlasses und der konsequenten Wiederherstellung der Formen von Gleichheit unter allen Volksangehörigen“.

1. Die Gerechtigkeit geht mit dem Frieden Hand in Hand und steht mit ihm in konstanter und dynamischer Beziehung. Gerechtigkeit und Frieden haben das Wohl des einzelnen und aller zum Ziel und erfordern deshalb Ordnung und Wahrheit. Wenn der eine bedroht ist, wanken beide; verletzt man die Gerechtigkeit, setzt man auch den Frieden aufs Spiel.

Die Gerechtigkeit des einzelnen und der Frieden aller sind mitein-

ander eng verbunden. Deshalb möchte ich mich in der vorliegenden Botschaft zum Welttag des Friedens vor allem an die Staatsoberhäupter wenden, wobei ich mir immer gegenwärtig halte, dass die Welt von heute in vielen Regionen von Spannungen, Gewalttätigkeit und Konflikten gezeichnet ist, aber nach neuen Gefügen und stabileren Gleichgewichten sucht im Hinblick auf einen wahren und dauerhaften Frieden für die ganze Menschheit.



Gerechtigkeit und Frieden sind keine abstrakten Begriffe oder fern liegende Ideale; sie sind dem Herzen jeder Person als gemeinsames Erbe eingepflanzt. Einzelpersonen, Familien, Gemeinschaften und Nationen, alle sind aufgerufen, in der Gerechtigkeit zu leben und für den Frieden zu wirken. Keiner kann sich dieser Verantwortung entziehen.

In diesem Augenblick denke ich an diejenigen, die wider Willen in schmerzliche Konflikte verwickelt sind: die Ausgegrenzten, die Armen und die Opfer aller Art von Ausbeutung. Sie sind Menschen, die am eigenen Leib den Mangel an Frieden und die schmerzlichen Auswirkungen der Ungerechtigkeit verspüren. Wer könnte angesichts ihrer Sehnsucht nach einem in Gerechtigkeit und wahren Frieden wurzelnden Leben gleichgültig bleiben? Es ist die Pflicht aller, dafür zu sorgen, dass ihnen das ermöglicht wird: Volle Gerechtigkeit herrscht erst dann, wenn alle an ihr gleicherweise Anteil haben können.

Die Gerechtigkeit ist gleichzeitig eine moralische Tugend und ein Begriff des Gesetzes. Manchmal wird sie mit verbundenen Augen dargestellt; in Wirklichkeit gehört es sich gerade für die Gerechtigkeit, aufmerksam darüber zu wachen, dass das Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten gesichert ist und die gerechte Aufteilung der Kosten und Nutzen gefördert wird. Die Gerechtigkeit baut auf, sie zerstört nicht; sie versöhnt und trachtet nicht nach Rache. Genau genommen hat sie ihre tiefste Wurzel in der Liebe, die ihren höchsten Ausdruck in der Barmherzigkeit findet. Darum wird die Gerechtigkeit, wenn sie sich von der barmherzigen Liebe trennt, kalt und zerstörerisch.

Die Gerechtigkeit ist eine dynamische und lebendige Tugend: Sie schützt und fördert die unschätzbare Würde der Person und sorgt sich um das Gemeinwohl, weil sie Hüterin der Beziehungen zwischen den Einzelnen und den Völkern ist. Der Mensch lebt nicht allein, sondern steht vom ersten Augenblick seines Daseins an mit den anderen in Beziehung, so dass sein Wohl als Einzelmensch und das der Gesellschaft miteinander fortschreiten: Zwischen diesen beiden Aspekten besteht ein empfindliches Gleichgewicht.

Die Gerechtigkeit gründet auf der Achtung der Menschenrechte

2. Die menschliche Person ist von Natur aus mit allgemeinen, unantastbaren und unveräußerlichen Rechten ausgestattet. Aber diese sind nicht für sich allein da. Mein verehrungswürdiger Vorgänger Papst Johannes XXIII. sagt dazu, dass die Person »sowohl Rechte als auch Pflichten hat, die unmittelbar und gleichzeitig aus seiner Natur selbst erwachsen«.(1) Auf dem richtigen anthropologischen Fundament dieser Rechte und Pflichten sowie auf ihrer engen wechselseitigen Beziehung gründet der ganze Schutzwall des Friedens.

Diese Menschenrechte wurden in den letzten Jahrhunderten in verschiedenen maßgebenden Deklarationen wie auch in verbindlichen Gesetzgebungen formuliert. Ihre Proklamation wird in der Geschichte der nach Gerechtigkeit und Freiheit strebenden Völker und Nationen mit berechtigtem Stolz erwähnt auch aus dem Grund, weil sie nach offensichtlichen Verletzungen der Würde von einzelnen und von ganzen Völkern oft als ein Wendepunkt erlebt wurde.

Vor fünfzig Jahren, nach einem Krieg, der für manche Völker sogar die Verneinung des Rechtes auf Dasein bedeutete, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Es handelte sich um einen formalen Akt, zu dem man nach der traurigen Kriegserfahrung gelangt war, angetrieben von dem Willen, feierlich *allen Personen und Völkern die gleichen Rechte* zuzuerkennen. In diesem Dokument ist

die folgende Bekräftigung zu lesen, die dem Lauf der Zeit standgehalten hat: »Die Anerkennung der allen Mitgliedern der Menschheitsfamilie angeborenen Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte bildet das Fundament der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt«.(2) Nicht weniger Aufmerksamkeit verdienen die Worte, mit denen das Dokument endet: »Nichts in der vorliegenden Erklärung darf in dem Sinn ausgelegt werden, dass es ein Recht irgendeines Staates, einer Gruppe oder Person impliziert, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Tat zu begehen, die auf die Zerstörung einiger in ihr formulierten Rechte und Freiheiten abzielt«.(3) Es ist tragisch, dass diese Anordnung auch heute noch offenkundig verletzt wird, sei es durch Unterdrückung, Konflikte, Korruption oder in noch heimtückischerer Weise durch den Versuch, selbst die in der Allgemeinen Erklärung enthaltenen Formulierungen neu zu interpretieren, indem man sogar bewusst ihren Sinn verdreht. Die Erklärung ist unverkürzt dem Geist und dem Buchstaben nach einzuhalten. Sie bleibt – wie Papst Paul VI. ehrwürdigen Andenkens zu sagen pflegte – einer der rühmlichsten Verdienste der Vereinten Nationen, »besonders wenn man an die Bedeutung denkt, die ihr als sicherer Weg zum Frieden zugeschrieben wird«.(4)

Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der in diesem Jahr feierlich begangen wird, ist es angebracht daran zu erinnern, dass »die Förderung und der Schutz der Menschenrechte ein Gegenstand von vorrangiger Bedeutung für die internationale Gemeinschaft ist«.(5) Auf diesem Jahrestag lasten jedoch die Schatten mancher Vorbehalte, die im Hinblick auf zwei wesentliche Eigenschaften des Begriffs der Menschenrechte selbst angemeldet wurden, und zwar in Bezug auf ihre Universalität und auf ihre Unteilbarkeit. Diese Wesensmerkmale müssen entschieden bekräftigt werden, um die Kritikpunkte derer zu widerlegen, die das Argument der kulturellen Besonderheit dazu benützen wollen, um Verletzungen der Menschenrechte zu verdecken, wie auch derer, die den

Begriff der Menschenwürde aushöhlen, indem sie den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten jeden gesetzlichen Gehalt absprechen. Universalität und Unteilbarkeit sind zwei Grundprinzipien, die jedenfalls die Forderung voraussetzen, die Menschenrechte in den verschiedenen Kulturen zu verwurzeln und ihr gesetzliches Profil zu vertiefen, um ihre volle Respektierung sicherzustellen.

Die Achtung der Menschenrechte bedeutet nicht nur ihren Schutz auf gesetzlicher Ebene, sondern muss alle Aspekte berücksichtigen, die aus dem Begriff der Menschenwürde erwachsen, die die Grundlage jedes Rechtes ist. Aus dieser Sicht wird es besonders wichtig, dem Erziehungsbereich die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Außerdem muss man auf die Förderung der Menschenrechte achten: Sie ist die Frucht der Liebe zur menschlichen Person als solcher, weil die Liebe »über das hinausgeht, was die Gerechtigkeit zu leisten vermag«.(6) Insbesondere im Hinblick auf diese Förderung bedarf es weiterer Anstrengungen, um die Rechte der Familie zu schützen, die »der natürliche und grundlegende Baustein der Gesellschaft«(7) ist.

Globalisierung in Solidarität

3. Die ausgedehnten geopolitischen Wandlungen, die 1989 aufeinander folgten, wurden von wahren Umwälzungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich begleitet. Die Globalisierung der Wirtschaft und Finanzen ist nunmehr Wirklichkeit geworden, und die Auswirkungen der mit der Informatiktechnologie verbundenen rapiden Fortschritte sind immer greifbarer wahrzunehmen. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters, das grobe Hoffnungen und beunruhigende Fragen mit sich bringt. Welche Folgen werden sich aus den gegenwärtig stattfindenden Wandlungen ergeben? Werden *alle* Menschen aus einem weltumspannenden Markt Nutzen ziehen können? Werden schließlich *alle* die Möglichkeit haben, im Frieden zu leben? Werden die Beziehungen zwischen den Staaten ausgewogener sein, oder werden die zwischen Völkern und Natio-

nen bestehenden wirtschaftlichen Wettbewerbe und Rivalitäten die Menschheit in eine noch viel unsicherere Lage bringen?

Um eine gerechtere Gesellschaft und einen stabileren Frieden in einer Welt auf dem Weg zur Globalisierung zu erzielen, ist es dringende Pflicht der internationalen Organisationen, dazu beizutragen, dass das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl gefördert wird. Zu diesem Zweck darf man aber nie die menschliche Person außer acht lassen, die in den Mittelpunkt jedes sozialen Projektes zu stellen ist. Nur so können die Vereinten Nationen zu einer wahren »Familie der Nationen« werden, wie es ihrem ursprünglichen Auftrag entspricht, »den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in einer größeren Freiheit zu fördern«.(8) Das ist der Weg, um eine Weltgemeinschaft aufzubauen, die auf »gegenseitigem Vertrauen, gegenseitiger Unterstützung und gegenseitiger Achtung«(9) gegründet ist. Die Herausforderung besteht also darin, eine Globalisierung *in Solidarität*, eine Globalisierung *ohne Ausgrenzung* zu sichern. Das ist eine offensichtliche Pflicht der Gerechtigkeit, die beachtliche moralische Implikationen in sich birgt, wenn das wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Leben der Nationen gestaltet werden soll.

Die schwere Last der Auslandsverschuldung

4. Auf Grund ihres schwachen finanziellen und wirtschaftlichen Potentials laufen manche Nationen und ganze Weltregionen Gefahr, aus einer sich weltweit zusammenschließenden Wirtschaft ausgeschlossen zu werden. Andere haben zwar größere Ressourcen, können aber aus verschiedenen Gründen daraus leider keinen Nutzen ziehen: wegen Unruhen, interner Konflikte wegen des Mangels an angemessenen Strukturen, der Umweltverschmutzung, der verbreiteten Korruption, der Kriminalität und aus noch anderen Gründen. Globalisierung muss sich mit Solidarität verbinden. Deshalb müssen besondere Mittel bereitgestellt werden, mit deren Hilfe Länder, die aus eigenen Kräften dem Welt-

markt nicht beitreten können, ihre derzeitige benachteiligte Lage zu überwinden vermögen. Dies ist man ihnen um der Gerechtigkeit willen schuldig. In einer wahren »Familie der Nationen« darf niemand ausgeschlossen werden; im Gegenteil, der Schwächste, der Zerbrechlichste muss unterstützt werden, damit er seine Leistungsfähigkeit voll entfalten kann.

Hier denke ich an eine der größten Schwierigkeiten, die die ärmeren Nationen heute überwinden müssen. Ich möchte auf die schwere Last der *Auslandsverschuldung* eingehen, die die Wirtschaft dieser Völker beeinträchtigt, indem sie ihren sozialen und politischen Fortschritt bremst. In dieser Hinsicht haben jüngste Initiativen der internationalen Finanzinstitutionen einen bedeutenden Versuch zur koordinierten Reduzierung dieses Schuldenberges unternommen. Ich wünsche von Herzen, dass man auf diesem Weg unter flexibler Anwendung der vorgesehenen Bedingungen weiter so fortschreite, dass alle dazu berechtigten Nationen vor Beginn des Jahres 2000 daraus Nutzen ziehen können. Die reicheren Länder können dazu viel beitragen, indem sie bei der Anwendung der genannten Initiativen ihre Unterstützung anbieten.

Die Schuldenfrage gehört zu einem weiterreichenden Problem: die anhaltende, oftmals auch äußerste Armut und die wachsenden neuen Ungleichheiten, die den Globalisierungsprozess begleiten. Wenn das Ziel eine Globalisierung *ohne Ausgrenzung* ist, kann man eine Welt nicht mehr ertragen, in der Steinreiche und Allerärmste Seite an Seite leben, Besitzlose ohne das Lebensnotwendigste und Leute, die hemmungslos das vergeuden, was andere notwendig brauchen. Solche Kontraste sind eine Beleidigung für die Würde der menschlichen Person. Es mangelt gewiss nicht an geeigneten Mitteln, um der Not abzuhelpen, wie z.B. die Förderung konsistenter sozialer und produktiver Investitionen seitens aller weltwirtschaftlichen Instanzen. Das setzt jedoch voraus, dass die internationale Gemeinschaft mit der nötigen Entschlossenheit handeln will. Lobenswerte Schritte wurden in dieser Richtung bereits unternom-



men, aber eine dauernde Lösung erfordert die konzertierte Anstrengung aller, einschließlich die der betroffenen Staaten selbst.

Gefragt ist eine Kultur, auf dem Boden des Gesetzes zu handeln

5. Was ist über die *im Innern* der Nationen bestehenden schwer wiegenden Ungleichheiten zu sagen? Äußerste Armut ist, wo immer sie auftritt, die erste Ungerechtigkeit. Sie auszumerzen muss für alle auf nationaler und internationaler Ebene Priorität genießen.

Man darf auch das *Laster der Korruption* nicht verschweigen, das die gesellschaftliche und politische Entwicklung vieler Völker unterminiert. Sie ist ein wachsendes Phänomen, das sich heimtückisch in viele Sektoren der Gesellschaft einschleicht, wobei das Gesetz umgangen und die Regeln der Gerechtigkeit und Wahrheit mißachtet werden. Die Korruption ist schwer zu bekämpfen, weil sie vielfältige Formen annimmt: Wird sie in einem Bereich getilgt, tritt sie bisweilen in einem anderen wieder auf. Man braucht schon Mut, um sie nur anzuprangern. Um sie zu tilgen, bedarf es des zähen Willens der Obrigkeiten wie auch der hochherzigen Mithilfe aller Bürger, die von einem ausgeprägten moralischen Gewissen gestützt sind.

Schwere Verantwortung in diesem Kampf haben offenkundig die öffentlichen Amtsträger. Ihre Aufgabe ist es, sich für die gerechte Anwendung des Gesetzes und die Transparenz in allen Handlungen

der öffentlichen Verwaltung einzusetzen. Zum Dienst an den Bürgern bestellt, ist der Staat der Verwalter der Güter eines Volkes, die er zugunsten des Gemeinwohls einsetzen soll. Gutes Regieren erfordert pünktliche Kontrolle und volle Korrektheit *aller* wirtschaftlichen und finanziellen Transaktionen. Auf keinen Fall darf es erlaubt sein, dass die für das Gemeinwohl bestimmten Mittel anderen Interessen privater oder sogar krimineller Natur dienen.

Die betrügerische Verwendung der öffentlichen Geldmittel trifft besonders die Armen, die als Erste unter dem Mangel der Grunddienste leiden, die für die Entfaltung der Person unerlässlich sind. Wenn dann die Korruption in die Verwaltung der Gerichtsbarkeit eindringt, sind es wiederum die Armen, die die Folgen am deutlichsten zu spüren bekommen: Verzögerungen, fehlerhafte Leistung, Notstände in der Struktur und Mangel an angemessenem Schutz. Oft bleibt ihnen nichts anderes übrig, als den Missstand zu ertragen.

Besonders schwere Formen der Ungerechtigkeit

6. Es gibt noch andere Formen von Ungerechtigkeit, die den Frieden gefährden. Ich möchte hier zwei davon nennen: *vor allem die fehlenden Mittel für einen gerecht verteilten Zugang zum Kredit*. Die Armen sind oft gezwungen, den normalen wirtschaftlichen Kreisläufen fernzubleiben oder sich an skrupellose Geldverleiher zu wenden, die übertriebene Zinsen verlangen; das hat die Verschlechterung einer schon von sich aus misslichen Lage zur Folge. Deshalb ist es die Pflicht aller, sich dafür einzusetzen, dass ihnen der Zugang zum Kredit mit gleichen Bedingungen und günstigen Zinsen ermöglicht wird. In der Tat gibt es in verschiedenen Teilen der Welt bereits finanzielle Institutionen, die den Mikrokredit mit günstigen Bedingungen für Personen in Schwierigkeiten anwenden. Diese Initiativen sind zu ermutigen, denn das ist der Weg, auf dem man die schändliche Plage des Wuchers an der Wurzel fassen kann: dass man dafür sorgt, dass die für die menschenwürdige Entwicklung der Familien und Gemein-

schaften notwendigen finanziellen Mittel allen zugänglich sind.

Und was ist über die leider zunehmende *Epidemie der Gewalt gegenüber Frauen, Mädchen und Jungen* zu sagen? Sie ist heute eine der weitestverbreiteten Verletzungen der Menschenrechte und tragischerweise zu einer Kriegswaffe und einem Instrument des Schreckens geworden: als Geiseln genommene Frauen, barbarisch ermordete Minderjährige. Hinzu kommt die Gewalt der Zwangsprostitution und der Kinderpornographie wie auch die Ausbeutung der Arbeitskraft von Minderjährigen unter den Bedingungen der Sklaverei. Um zu helfen, diese Formen der Gewalt aufzuhalten, sind konkrete Initiativen notwendig, insbesondere angemessene gesetz-

Soldatengottesdienste zur Feier des Weltfriedenstages 1998

22. 01. im Dom zu Köln
05.02. im Hildesheimer Dom
06.06. im Augsburger Dom

liche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Eine schwierige Arbeit durch Erziehung und kulturelle Förderung scheint hier geboten, damit, wie ich häufig in früheren Botschaften betonte, die Würde jeder Person anerkannt und geachtet wird. Denn eine Komponente darf in dem ethisch-kulturellen Erbe der ganzen Menschheit und jeder einzelnen Person auf keinen Fall fehlen: das Bewusstsein, dass die Menschen in ihrer Würde alle gleich sind, dass sie denselben Respekt verdienen und dass sie Personen mit gleichen Rechten und Pflichten sind.

Frieden in Gerechtigkeit bauen ist Aufgabe aller und jedes Einzelnen

7. Der Frieden für alle erwächst aus der Gerechtigkeit des einzelnen. Niemand kann sich einer für die Menschheit so entscheidenden und wichtigen Aufgabe entziehen. Sie ruft jeden Mann und jede Frau zum Einsatz auf entsprechend der jeweiligen Kompetenz und Verantwortung.

Ich appelliere vor allem an euch, *Staatsoberhäupter und Verantwortliche der Nationen*, denen die höchste Überwachung des Rechtsstaates in den einzelnen Ländern übertragen ist. Dieses hohe Amt auszuüben ist gewiss nicht leicht, aber es ist eine eurer vordringlichsten Aufgaben. Mögen die Staatsordnungen, denen ihr dient, Gerechtigkeit garantieren und Ansporn sein für die fortschreitende Entwicklung des Bürgersinns.

Frieden in Gerechtigkeit bauen erfordert außerdem die Mithilfe *aller gesellschaftlicher Kategorien*, jede im eigenen Bereich und im Zusammenwirken mit den anderen Gliedern der Gemeinschaft. Ich ermutige besonders euch *Lehrer*, die ihr in der Bildung und Erziehung der jungen Generationen auf allen Ebenen tätig seid: Bildet sie heran nach den moralischen und gesellschaftlichen Werten, indem ihr in ihnen einen ausgeprägten Sinn für die Rechte und Pflichten weckt, ausgehend von der Schulgemeinschaft selbst. Zur Gerechtigkeit erziehen, um dadurch zum Frieden zu erziehen: Das ist eine eurer vorrangigsten Aufgaben.

Für den Bildungsweg ist die *Familie* unersetzlich, die das günstigste Umfeld für die menschliche Formung der jungen Generationen darstellt. Von eurem Beispiel, liebe *Eltern*, hängt zum großen Teil die moralische Haltung eurer Kinder ab: Sie erwerben sie durch den Stil der Beziehungen, den ihr innerhalb und außerhalb der Familie bestimmt. Die Familie ist die erste Lebensschule, und die in ihr erworbenen Charaktereigenschaften sind entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Person.

Schließlich sage ich zu euch, liebe *Jugendlichen* auf der ganzen Welt, die ihr spontan nach Gerechtigkeit und Frieden trachtet: Haltet das Streben nach diesen Idealen aufrecht, und habt die Geduld und Ausdauer, sie in euren konkreten Lebensumständen zu verwirklichen. Seid bereit, den Versuchungen von gesetzwidrigen Seitenwegen mit trügerischen Vorspiegelungen von Erfolg oder Reichtum zu widerstehen; habt hingegen das Gespür für das, was recht und wahr ist, auch wenn diese Ausrichtung Opfer verlangt und dazu verpflichtet, gegen den Strom zu

schwimmen. So »erwächst aus der Gerechtigkeit des einzelnen der Frieden für alle«.

Die Bereitschaft zum Teilen als Weg zum Frieden

8. Mit großen Schritten naht das Jubiläum des Jahres 2000, eine Zeit, die besonders Gott, dem Herrn der Geschichte, gewidmet wird; ein Anruf für alle im Hinblick auf die vollkommene Abhängigkeit des Geschöpfes vom Schöpfer. Aber in der biblischen Tradition war es auch eine Zeit der Sklavenbefreiung, der Landrückgabe an den rechtmäßigen Eigentümer, des Schuldenerlasses und der konsequenten Wiederherstellung der Formen von Gleichheit unter allen Volksangehörigen. Es ist deshalb eine günstige Zeit, um jene Gerechtigkeit zu verwirklichen, die zum Frieden führt.

Kraft des Glaubens an Gott, der die Liebe ist, und der Teilhabe an der universalen Erlösung Christi sind die Christen gerufen, sich gerecht zu verhalten und mit allen in Frieden zu leben, weil »Jesus uns nicht einfach den Frieden geschenkt hat. Er hat uns *seinen* Frieden zusammen mit *seiner* Gerechtigkeit gegeben. Weil er Frieden und Gerechtigkeit ist, kann er *unser* Frieden und *unsere* Gerechtigkeit werden«.(10) Ich habe diese Worte vor fast zwanzig Jahren gesprochen, aber vor dem Hintergrund der derzeitigen tief greifenden Wandlungen wird ihr Sinn noch konkreter und aktueller.

Das Zeugnis des Christen, die Liebe zu den Armen, Schwachen und Leidenden ist heute mehr denn je gefragt. Diesen anspruchs-

vollen Auftrag zu erfüllen, erfordert eine totale Umkehrung der scheinbaren Werte, die dazu verleiten, das eigene Wohl zu suchen: die Macht, das Vergnügen, die skrupellose Bereicherung. Ja, gerade zu dieser radikalen Umkehr sind die Jünger Christi aufgerufen. Diejenigen, die sich diesen Weg zu gehen bemühen, werden wahrhaftig »Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist« (*Röm* 14, 17) erfahren und »als Frucht den Frieden und die Gerechtigkeit« kosten (*Hebr* 12, 11).

Für die Christen in aller Welt möchte ich die Mahnung des II. Vatikanischen Konzils wiederholen: »Zuerst muss man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist«.(11) Eine wirklich solidarische Gesellschaft wird dadurch aufgebaut, dass sich die Wohlhabenden nicht darauf beschränken, von ihrem Überfluss zu geben, um den Armen zu helfen. Es genügt auch nicht, materielle Güter anzubieten: Gefordert wird *Bereitschaft zum Teilen*, so dass die Möglichkeit, den Brüdern und Schwestern in Not eigene Hilfe und Aufmerksamkeiten zu widmen, als Ehrensache betrachtet werden kann. Sowohl bei den Christen als auch bei den Anhänger anderer Religionen und bei vielen Männern und Frauen guten Willens erhebt sich heute der Ruf zu einem einfachen Lebensstil als Voraussetzung dazu, dass die gerechte Verteilung der Güter der Schöpfung Gottes Wirklichkeit werden kann. Wer in Not lebt, kann nicht länger warten: *Jetzt* braucht er das Lebensnotwendige und hat deshalb ein Recht darauf, es *sofort* zu bekommen.

Der Heilige Geist wirkt in der Welt

9. Am ersten Adventssonntag hat das zweite Jahr der unmittelbaren Vorbereitung auf das Große Jubiläum des Jahres 2000 begonnen. Es ist dem Heiligen Geist gewidmet. Der Geist der Hoffnung wirkt in der Welt. Er ist gegenwärtig im selbstlosen Dienst dessen, der an der Seite der Ausgegrenzten und Leidenden arbeitet, der die Einwanderer und Flüchtlinge aufnimmt, der sich mutig weigert, eine Person oder ganze Gruppe aus ethnischen, kulturellen und religiösen Gründen abzuweisen; er ist ganz besonders gegenwärtig im hochherzigen Handeln derer, die mit Geduld und Ausdauer den Frieden und die Versöhnung unter denen weiter fördern, die einst Feinde und Gegner waren. Auch diese sind Zeichen der Hoffnung, die dazu ermutigen, die Gerechtigkeit zu suchen, die zum Frieden führt. Der Kern der Botschaft des Evangeliums ist Christus, der Frieden und die Versöhnung für alle. Sein Antlitz erhellte den Weg der Menschheit, die sich anschickt, die Schwelle des 3. Jahrtausends zu überschreiten.

Seine Gerechtigkeit und sein Frieden mögen allen Menschen ohne Ausnahme geschenkt werden!

»... dann wird die Wüste zum Garten, und der Garten wird zu einem Wald.

In der Wüste wohnt das Recht, die Gerechtigkeit weilt in den Gärten. Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer« (*Jes* 32, 15–17).

Aus dem Vatikan, am 8. Dezember 1997.

Anmerkungen

- (1) Enzyklika *Pacem in terris* (11.04.1963), I: AAS 55 (1963), 259.
- (2) *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, Präambel.
- (3) *Ebd.*, Art. 30.
- (4) *Botschaft an den Präsidenten der 28. Vollversammlung der Vereinten Nationen anlässlich des 25. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (10.12.1973): AAS 65 (1973), 674.
- (5) *Erklärung von Wien*, Weltkonferenz über die Menschenrechte (Juni 1993), Präambel.
- (6) II. Ökumenisches Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, 78.

- (7) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 16 § 3. Vgl. Charta der Familienrechte (22.10.1983) in *L'Osservatore Romano* deutsch Nr. 48 (02.12.1983), S. 1. 4–5.
- (8) Statut der Vereinten Nationen, Präambel.
- (9) Johannes Paul II., *Ansprache an die 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen* (05.10.1995), 14: *L'Osservatore Romano* deutsch Nr. 41 (13.10.1995), S. 4.
- (10) Johannes Paul II., *Homilie im Yankee Stadium von New York* (02.10.1979), 1: AAS 71 (1979), 1169.
- (11) Dekret über das Laienapostolat *Apostolicam actuositatem*, 8.

Ein achtseitiges Textheft für eine Gebetsstunde zur Feier des Weltfriedenstages kann bestellt werden beim

Jugendhaus Düsseldorf
Auslieferungsstelle
Postfach 320520
40420 Düsseldorf
Tel: 0211-4693-129
Fax: 0211-4693-120

Einzelpreis DM 1,30; ab 10 Exemplare DM 0,50, ab 100 Ex DM 0,35 zzgl. Versandkosten.

Ein Arbeitsheft (Nr. 138) mit Materialien zur Vorbereitung und Durchführung des Weltfriedenstages 1998 ist zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn.

SPIRITUALITÄT

Die Bibel – ein Buch nicht nur für Männer (II)

Bewusst hatte die Gemeinschaft Katholischer Männer für ihre Haupttagung im Mai 1997 den Titel „DIE BIBEL – EIN BUCH FÜR MÄNNER!“ gewählt. Denn durch das gesamte Alte und Neue Testament hindurch begegnen uns immer wieder Glaubenserfahrungen, Hoffnungen, Ängste, Leiden und Versuche der Lebensbewältigung von Männern. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Hl. Schrift gerade als ein Buch für Männer von heute, das für männliche Spiritualität und Identitätsfindung fruchtbar gemacht werden kann.

Die Erkenntnisse der Tagung können auch für uns in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten nützlich sein. Die Beiträge geben Antworten auf die Fragen, welche Schritte und Wege können wir dazu in unserer Arbeit gerade an der Basis in den Kreisen gehen. Aber auch der Einzelne kann die ganz persönlichen Beiträge als Anregungen und Impulse nutzen, um Zugänge zur Schrift zu finden.

In AUFTRAG 230 brachten wir die beiden Beiträge, „Gott in die ‚Männerwelt‘ bringen“ von Clemens Kilian, Diözesanmännerreferent in Hildesheim und „Die Bibel – eine spannende Entdeckungsreise für Männer“ von Mag. Christian Reichart, Generalsekretär der Katholischen Männerbewegung Österreichs, Wien. In diesem AUFTRAG 231 soll die Reihe fortgesetzt werden mit Reflexionen über „Männer in ihrer Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zu Frauen in der Sicht der Bibel“.

Zu diesem Thema referierten zum Abschluss der Haupttagung der Frankfurter Neutestamentler Prof. Dr. Norbert Baumert SJ und seine wissenschaftliche Mitarbeiterin Dipl.-Theol. Maria-Irma Seewann. Frau Seewann stellte vor allem zentrale alttestamentliche Texte vor, Prof. Baumert konzentrierte sich in seiner Exegese auf wichtige paulinische Texte. Die folgenden Ausführungen stellen eine Zusammenfassung des Gesagten dar. Der zusammenfassende Beitrag von Prof. Baumert ist mit freundlicher Genehmigung des Autors früheren Veröffentlichungen zum Thema (erstmalig erschienen in: Der Auftrag, Heft 43, Juni 1992) entnommen.

Männer in ihrer Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zu Frauen in der Sicht der Bibel

Maria-Irma Seewann

1. Zu Gen 1,26–31; 2,7–9; 15–25

Beide, Frau und Mann sind gleichen Wesens (Gen 1,26.27–29; 2,18.23–25; 5,2) und damit gleicher Würde; beide sind völlig ebenbürtige Personen und jeweils „vollkommen“, d.h. Abbild Gottes (Gen 1,26.27; 5,1b; 9,6b). Gott bejahet Frau und Mann als „sehr gut“ (Gen 1,31). Nicht nur gewollt und akzeptiert, sondern „sehr gut“.

Kein Tier ist dem Menschen das „Gegenüber“ (*kənägdo*, Gen 2,20b), das ihm fehlt, und ohne dem er einsam ist. (Und es ist sehr traurig, wenn ein Haustier die Einsamkeit eines Menschen füllen soll.)

Nur die ihm gleiche Frau kann dem Mann das „Gegenüber“ sein. Und nur der ihr gleiche Mann

kann der Frau das „Gegenüber“ sein. Sie sind aber nicht unvollständige Teile, die sich erst ergänzen müssten; sie sind selbständige Personen, die, einer für den anderen, d.h. gegenseitig „Hilfe ihm / ihr gegenüber, Angesicht in Angesicht, ihm/ihr gegenwärtig“ (*‘ezār kənägdo*, Gen 2,18) sein und werden sollen.

Deswegen, d.h. dazu nötig ist zunächst, dass der Mann (und analog die Frau)

1. Vater und Mutter verlässt (*‘azab*, verlassen, Wortspiel mit *‘ezār*, Hilfe),
2. seiner Frau anhaftet, eine Vertrauensbeziehung aufbaut – anhaltend und mit Zukunftsperspektive und

3. dass sie ein Fleisch werden, d.h. sich auf den anderen jeweils wirklich einlassen, daran „arbeiten“, einander näher zu kommen – ein ganzheitlicher, geistig-seelisch-körperlicher Prozess (Gen 2,24).

Das zueinander Hingezogen-sein erklärt die Bibel nicht wie die griechische Mythologie damit, dass jeder von beiden ein strafweise von den Göttern „halbiertes“ Mensch sei und dass seither die beiden Hälften verzweifelt einander suchen.

Die Liebe zwischen Mann und Frau ist mit dem Abbild-Gottes-Sein mitverbunden, also reines Geschenk. Die Bibel beschreibt diese Liebe in Bildern: Gottes leidenschaftliche Liebe zum Menschen, d.h. zur Frau und zum Mann, zu seinem Volk Israel und Gottes Schöpfer- und Erlöserliebe zur ganzen Menschheit. Und da beide, Mann und Frau, Bild Gottes sind, ist Gott nicht „männlich“, sondern transzendentes Urbild von Mann und Frau.

2. Zu Gen 3,1–21

Der Bruch kommt nicht aus der Natur des Menschen, weder der des Mannes, noch der der Frau, sondern aus der Sünde. Das Böse, im Bild der Schlange, hat folgende Merkmale: sie kommt von außen, ist nicht wohlgesinnt, schleicht sich unmerklich-plötzlich-lautlos ein, ihr Biss aber ist tödlich.

Beide, Frau und Mann, werden zur Verantwortung gezogen, da sie aus der Begegnung mit Gott eine positive Grundlage hatten, der sie so in der Herausforderung nicht eindeutig „sich festmachend“ getraut und vertraut haben (Jes 7,9; 2 Chr 20,20).

Sünde geschieht dann, wenn nicht die Stimme Gottes an erster Stelle steht, sie nicht ganz ernst genommen, ihr nicht ganz getraut, sie nicht tiefer „gehört“ wird, sondern eben eine andere Stimme, die der Schlange, die listig (*‘arūm*, Gen 3,1) ist in ihrem Übertreiben und

Bedrängen (Gen 3,1b.4–5), die „betrügt, täuscht, angreift, überfällt“ (*hissî'anî*, Gen 3,13b). Sünde geschieht, wenn man sich betrügen, täuschen, angreifen, überfallen, bedrängen lässt, wenn man nicht selbstbewusst genug der geschenkten Vertrauensbeziehung zu Gott mehr traut.

Die listige Schlange (*arûm*, Gen 3,1), ist die einzige personale Größe – auf der tierisch-geschöpflichen Ebene seiend –, die verflucht (*arûr*, Gen 3,14) wird. Sie steht nicht aufrecht „gegenüber“ und ist sozusagen ein lebendiger Toter („... du wirst Staub fressen alle Tage deines Lebens“, Gen 3,14). Sie hat aber Nachkommen und kann in begrenztem Maße schaden (Gen 3,15).

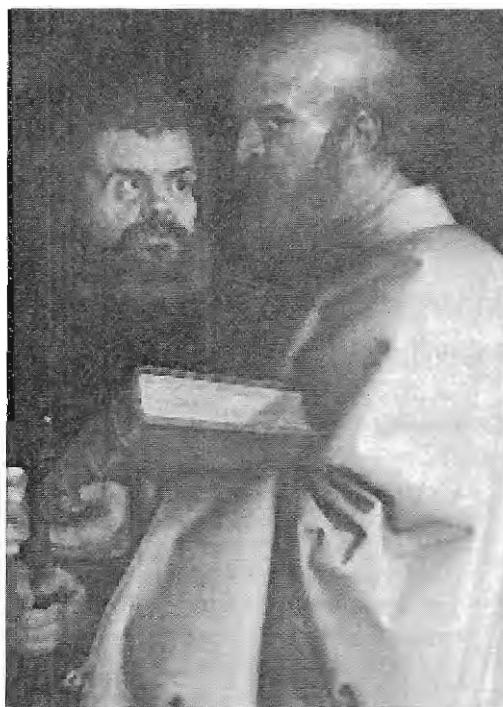
Und trotzdem ist die Verheißung Gottes – gerade auch an die Frau – größer: „... Feindschaft aber werde ich setzen zwischen dir und der Frau und zwischen deinem Spross und ihrem Spross; er wird dir den Kopf zermalmen und du wirst nach seiner Ferse schnappen.“ (Gen 3,15). „Kopf zermalmen“ heißt töten, endgültig vernichten; „nach der Ferse schnappen“ heißt, nicht ganz ohne Verletzung, Verfolgung, Leid, davonkommen.

Folge der Sünde des Menschen ist für beide: Mühsal (*issabôn*, Gen 3,16. 17b), aber kein Fluch. Der Bruch geht als Folge der Sünde durch alle Beziehungen: durch die Beziehung zu Gott (sich verbergen, Gen 3,8b.10; sich fürchten, weil „nackt“, Gen 3,10), zu sich selbst (Gen 3,7. 19bc), zu anderen Geschlecht (Gen 3,7.16c. 17a. 20; 6,2.4b) und zur Schöpfung.

In die Nacktheit (*arûmin*, Gen 2,25) von Frau und Mann, d.h. in die Beziehung des gegenseitigen Vertrauens, der gegenseitigen Annahme ohne Missbrauch der Schutzlosigkeit, Schwachheit des anderen, geschieht durch die Sünde ein Bruch, sodass „sie erkannt haben, dass sie nackt“ (*êrummim*, Gen 3,7) waren“, d.h. es „gingen beiden die Augen auf“, dass sie nun schutzlos gegenüber dem Anderen sind, dass sie die Schwachheit des anderen missbrauchen können. Die Beziehung ist gestört und sie müssen sich voreinander schützen (Gen 3,7b: durch Feigen-

blätter). Auch geschieht eine Verlagerung, von der Partnerschaft (*is* – *issa*, Mann – Männin, Gen 2,23b) zum Kindergebären („... Eva; denn sie wurde Mutter aller Lebendigen“, Gen 3,20).

Gott selbst schützt sie dann noch „konsistenter“ voreinander, vor sich und vor der Schöpfung (Gen 3,21: Kleider aus Fellen). Das heißt aber auch, dass Gottes Fürsorge grundsätzlich auch über die Sünde des Menschen hinausreicht.



43,1.3; 44,22–24; 59,20; Jer 50,34, Ps 25,22; 77,16; 111,9; 130,7–8) und der ganzen Menschheit.

Jesus Christus, der Sohn Gottes wird durch seine Fleischwerdung, sein Leiden, seinen Tod und seine Auferstehung zum Erlöser eines jeden Einzelnen und der ganzen Menschheit. Er will nicht nur die Folgen der Sünde, die Mühsal heilen (Mt 11,28: „Kommt alle zu mir, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken ...“), sondern von der Sünde *be-freien*, *er-lösen* – auch den Bruch zwischen Mann und Frau. Der Heilige Geist, den er vom Vater her sendet (Joh 15,26; 14,26), ist jener, der in diese „ganze Wahrheit einführt“ (Joh 16,13), weil wir „es noch (immer) nicht fassen können“ (Job 16,12), die Wahrheit nicht ertragen/tragen können. Das ist ein sehr langer Prozess, der durch die ganze Geschichte Gottes mit dem Menschen geht. Je mehr jeder Einzelne hin-hört auf die Stimme Gottes, desto mehr kann immer wieder und immer wieder neu diese Er-lösung zum Zuge kommen und sichtbar werden. Und umgekehrt.

Die Apostel Paulus (v.r.) und Markus im Gespräch; Ausschnitt aus dem Gemälde DIE VIER APOSTEL von Albrecht Dürer 1526; in der Alten Pinakothek München

3. Das Erlösungs-Mühen Gottes um den Menschen.

Durch die ganze Bibel hindurch kommt Gott auf vielfache, immer wieder neue Weise auf den Menschen zu, um diesen Bruch zu erleichtern (Schutz gebend; z.B. im Bild der Kleidung aus Fellen, Gen 3,21), zu heilen (z.B. sagt Josef nach dem Tod des Vaters seinen Brüdern: „Ihr hattet Böses gegen mich gedacht. Gott dachte es zum Guten, um zu tun, wie an diesem Tage, am Leben zu erhalten ein zahlreiches Volk.“ Gen 50,20), zu erlösen (z.B. Abram zu Abraham, d.h. „Vater ist groß/hoherhaben“ zu „Vater ist barmherzig, mütterlich“, Gen 17,5; Sarai zu Sara, d.h. „meine Sara/Herrin“ zu „Herrin“, Gen 17,15 – sie ist kein Besitz/Eigentum, sondern wird ein eigenständiger Mensch).

Gott ist der Erlöser Israels (*go'el jisra'el*, Ex 6,6; 15,13; Jes 41,14;

4. Erlöster Mann, erlöste Frau kann dann bedeuten:

- zunächst die Realität, auch der Unheilsgeschichte, wahrzunehmen. Eigene Herzens-Haltungen feststellen; besonders, auch Vor-Urteile, Rollen-Festlegungen, Vorverständnisse klären;
- trauern;
- sich zu einem neuen Selbstbewusstsein von Gott befreien lassen (sich aus „Ägypten“ herausführen lassen – Ex 20,2):
 - Ich habe es nicht nötig, an Mutter und Vater in kindischer Abhängigkeit zu kleben und mich nicht zu lösen, um für eine gleichwertige Beziehung zu einer Partnerin/zu einem Partner frei zu werden.
 - Ich habe es nicht nötig, mich dem Anderen vorzuenthalten und mich weder auf Gott noch

auf die Partnerin/auf den Partner wirklich einzulassen.

– Ich habe es nicht nötig, meine Identität durch Schlechtmachen des anderen zu definieren oder auf meine Frau/meinen Mann im Herzen herabzuschauen, ihr/ihm gleichwertig Kompetenzen abzusprechen, den Partner als Konkurrenten (und nicht als Kooperanten) anzusehen.

– Ich habe es nicht nötig, meine (medien-vorgeschiedene) Männlichkeit ständig und mehr oder weniger gewalttätig zu beweisen, weder durch Fremdgehen, noch durch Vergewaltigung, noch durch Verharmlosung („Kavaliersdelikt“) oder falsche Solidarität mit Ge-

schlechtsgegnossen, die das tun.
– Ich habe es nicht nötig, Sklave der Arbeit zu sein, mein Selbstbewusstsein ausschließlich von der Leistung, Erwerbsleistung zu definieren. Ich kann den Tag des Herrn und die Zeit für die Familie feiern.

- Durch die persönliche Betrachtung jener Abschnitte in der Bibel, die „treffen“, sich von Gott ein neues Selbstwertgefühl schenken lassen. Das ist ein längerer Prozess. Das persönliche Gebet und das Leben in neuer Weise mit den Sakramenten hilft entscheidend diese lohnenden Schritte zu tun. Denn die Tiefe der Beziehung zu Gott und zum Partner schenkt eine neue Lebensqualität. □

Erlöste Partnerschaft

Das Missverständnis der „gottgewollten Männer-Herrschaft“

Norbert Baumert

„Eigentlich ist ja alles klar ...“ – denkt mancher, wenn er beispielsweise bei Paulus liest, dass der Mann das „Haupt“ der Frau sei. Aber es lohnt sich doch, noch einen genaueren Blick auf solche Texte zu werfen, mit denen viele schon lange – und vielleicht vorschnell fertig sind. Man sollte nämlich die unterschiedlichen Blickrichtungen kennen, bevor man sich ein Urteil bildet.

„Als Mann und Frau nach Gottes Bild geschaffen“ – das besagt, dass wir uns Gott nicht männlich vorstellen dürfen; ist er doch Urbild von männlich und weiblich zugleich. Auch wenn nach dem zweiten Schöpfungsbericht der Mann der Erste in der Reihe ist, nennt Paulus dennoch in 1. Kor 11, 7 die Frau nicht etwa „Bild des Mannes“. Vielmehr sind Mann und Frau miteinander Bild Gottes, beide gleich ursprünglich und zugleich unmittelbar.

„Aber ...“, so könnte man einwenden, „wenn der Mann ‘Haupt der Frau’ genannt wird, liegt darin doch eine Rangordnung und Autoritätsstruktur!“. Doch dies ist ein tief greifendes Missverständnis von 1 Korinther 11,3–16: „Haupt“ meint nämlich nicht etwa unser „Oberhaupt“, sondern Paulus

spricht vom „Kopf“, und dies meint so viel wie Ursprung, Quelle, Ausgangspunkt oder Anfang in einer Reihe. (In meinen beiden letzten Büchern habe ich diese und viele andere Korrekturen ausführlich begründet, auch dass die Frau nicht „einen Schleier tragen“ muss.)

Die Frau ist auch nicht etwa „für“ den Mann geschaffen oder „Abglanz“ des Mannes, als ob sie eine geminderte Form seiner Pracht wäre, sondern sie ist von Gott vom Mann her entworfen als seine „Herrlichkeit“ – gleichsam die Vollendung seines Menschseins. Ist der Mann ohne die Frau glanzlos, so die Frau ohne ihn grundlos. Beide können nur in Beziehung zueinander existieren und sich entfalten.

So jedenfalls sieht Paulus das Wesen von Mann und Frau. „Haupt“ besagt gerade nicht, dass er Entscheidungsträger oder die Frau ihm in Gehorsam untergeordnet wäre. In dieser Hinsicht wurde er in Griechenland ihr „Herr“ genannt, ihr rechtlicher Vertreter. Aber dies sind Regelungen der damaligen Gesellschaftsordnung, die genauso wenig für alle Zeiten Geltung haben wie die Staatsform des davidischen Königums.

Gott ist ein Gott der Geschichte: Er spricht jeweils in die Situation der Menschen hinein, in der sie sind, und führt sie von daher schrittweise weiter. Die theologische Aussage zum Beispiel, dass Gott alles geschaffen hat, wird uns in Genesis 1 und 2 in der Vorstellungswelt der damaligen Menschen dargestellt; doch haben wir gelernt, diese Glaubenswahrheit zu unterscheiden von dem Material, durch das sie uns vermittelt wird. Ebenso müssen wir damit rechnen, dass Offenbarungsaussagen über den Menschen in gesellschaftlichen Vorstellungen formuliert wurden, die zeitbedingt und damit veränderlich sind. So wird in Epheser 5 mit dem Hauptsein des Mannes begründet, dass die Frau sich unterordnen solle, aber das ist gesagt unter der Voraussetzung der geltenden patriarchalischen Gesellschaftsordnung – ebenso wie die Sklaven zum Gehorsam ermahnt werden, ohne dass damit die Sklaverei als Ordnung Gottes verkündet würde.

Die Herrschaft des Mannes hingegen wird schon in Gen 3,16 als Folge der Sünde dargestellt; davon hat Christus uns erlöst, und zwar auch dadurch, dass sich der Sohn Gottes entäuerte und von einer Frau geboren wurde. Wie nämlich die erste Frau aus dem Mann (Adam) entstand, so ist der „neue Adam“ geboren „durch die Frau“ (1 Kor 11,12). Damit heilte er den Riss zwischen den Geschlechtern und lehrte den Mann, in dienender Liebe von der Frau Leben zu empfangen. Keiner also ist dem Anderen übergeordnet, sondern „im Herrn“ gibt es eine wechselseitige Abhängigkeit, in der jeder vom anderen empfängt und sich in Freiheit unterordnet (Eph 5, 21) – wie dem Herrn.

Solche erlöste Partnerschaft ist nicht leicht, und es ist ein Missverständnis zu meinen, dass der Mann von Gott her Autorität über die Frau hätte und gleichsam der letzte Entscheidungsträger in einer Ehe sei. Vielmehr müssen beide lernen, wo jeweils die eigenen Gaben und die Gaben des anderen liegen und wie sie zu einem Miteinander kommen, in dem sich beide gemeinsam als Bild Gottes verstehen lernen. □

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN

Soldat im internationalen Friedensdienst Sinn – Identität – Ethik

Einführung in die Dokumentation des 6. Seminars der GKS-Akademie

Paul Schulz

1. Die Idee

Vom 3. bis 7. November 1997 führte die GKS das sechste Seminar der alle zwei Jahre stattfindenden Akademie Oberst Helmut Korn durch.

Mit dem Bonifatiushaus in Fulda, einer Bildungsstätte der Diözese unseres Militärbischofs, verfügt die GKS über einen geeigneten, zentral gelegenen Ort der Begegnung. Dieser ist nicht zuletzt durch die vom Hl. Bonifatius, dem „Apostel der Deutschen“, begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt.

Die Nähe zu Thüringen ermöglicht es zudem, einen Teil des deutschen Vaterlandes kennen zu lernen, der auch sieben Jahre nach der deutschen Einheit sich immer noch nicht allen – und vor allem vielen jungen Leuten noch nicht – erschlossen hat. Mit einem räumlichen, thematischen und kulturellen Ausflug zu einem geschichtlich bedeutendem Ziel in Thüringen will die Akademie einen Beitrag zur Verständigung und zur inneren Einheit leisten. Nach Besuchen an der Innerdeutschen Grenze in den Jahren 1987 und 1989, in Erfurt 1991, in Weimar mit dem Konzentrationslager Buchenwald im Jahr 1993 und schließlich 1995 in Eisenach und auf der kulturhistorisch und als nationales Symbol bedeutsamen Wartburg führte in diesem Jahr der Weg nach Schmalkalden.

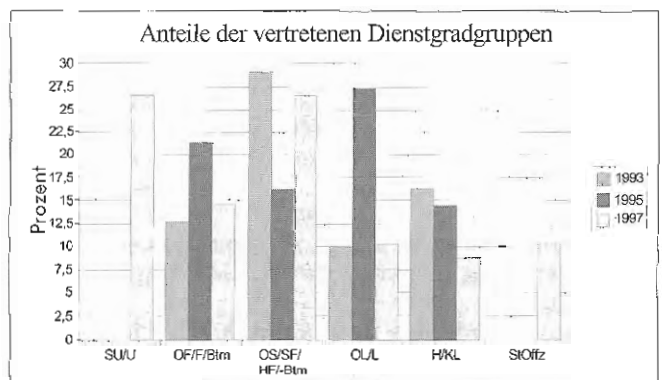
Ziel der Akademie ist es seit nunmehr zehn Jahren, in einer ungezwungenen Atmosphäre und losgelöst von den Alltagspflichten jüngerer Offiziere und Unteroffiziere Wege durch das Spannungsfeld Beruf – Politik und Religion – Ethik aufzuzeigen.

2. Oberst Helmut Korn

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Bildungseinrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn, benannt ist. Helmut Korn wurde am 4. November 1924 in Flörsheim/Main geboren. Am 12. Juni 1983 war er, herausgerissen aus dem aktiven Dienst als aufrechter Offizier der Bundeswehr und engagierter Laie in der katholischen Militärseelsorge, im Bundeswehrkrankenhaus Ulm verstorben. Von 1962 bis 1977 war Helmut Korn Bundesvorsitzender – damals noch bescheiden Sprecher genannt – des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und seit 1970 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

3. Die Teilnehmer

Die sechste Akademie zählte 80 ständige Teilnehmer (Vergleichszahlen 1987: 32, 1989: 76, 1991: 63, 1993: 80 und 1995: 55). Von diesen waren 27 Offiziere (davon 2 d.R.), 49 Unteroffiziere, 2 Geistliche und 2 Angestellter des Katholischen Militärbischofsamtes.



Das Durchschnittsalter der Teilnehmer (ohne die Mitglieder des Bundesvorstandes der GKS) betrug 35,4 Jahre. Damit konnte das Planungsziel, vor allem jüngere Offiziere und Unteroffiziere für das Seminar zu gewinnen, gegenüber 1995 (32,7 Jahre) nicht gehalten werden, obwohl immerhin 25 Teilnehmer (~38%) jünger als 30 Jahre alt waren [30–39: 15 (~23%); 40–49: 21 (~32%); 50–55: 4 (~6%)]. Dies liegt daran, dass die zu den OSF/SF/HF/-Btm mit 18 Teilnehmern gleichstarke Gruppe der jungen SU/U das relativ hohe Durchschnittsalter der Portepäeunteroffiziere nicht ausgleichen konnte. Dies trifft auch auf die gleichstarken Gruppen von Stabsoffizieren und (Ober-)Leutnanten zu.

Wie auch 1993 und 1995 verzichtete die Seminarleitung darauf festzustellen, welche Soldaten ehemalige NVA-Angehörige waren. Dies spielte auch bei den Teilnehmern keine Rolle, deren Standorte in den Neuen Bundesländern liegen (21 Teilnehmer zu 5 1995).

Zwei Einheiten hatten jungen Unteroffiziere entsandt, die nach eigener Auffassung zu einem Seminar der politischen Bildung kommandiert waren. Sie waren von ihren Truppenteilen weder über die Thematik noch über den Veranstalter des Seminars informiert worden. Dies führte zu Missstimmungen bei den betroffenen Soldaten, die sich in der abschließenden schriftlichen Auswertung auch deshalb durchweg negativ zum Seminar äußerten.

4. Das Thema

Mit dem Thema „*Soldat im internationalen Friedensdienst. Sinn – Identität – Ethik*“ hat die GKS auf die Herausforderungen reagiert, die seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation das erweiterte Einsatzspektrum der Bundeswehr – vor allem die neuen, internationalen Friedensaufgaben – an die Soldaten und besonders an die militärischen Führer stellt. Dazu sollten Fragen des Berufsbildes, der Ethik für den Dienst des Soldaten insbesondere auch die Erfahrungen von Soldaten wie Militärgeistlichen aus solchen Friedenseinsätzen erörtert und diskutiert werden.

Diese Absicht wurde in den Themen des Seminars deutlich:

- „DAS BERUFSBILD DES SOLDATEN ZWISCHEN POLITIK, GESELLSCHAFT UND ETHISCHER LEGITIMATION“, Generalmajor Rüdiger Drews, Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. Panzerdivision, Sigmaringen;
- „DIE BEDEUTUNG DER ETHIK FÜR DEN DIENST DES SOLDATEN“, Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer, Salzgitter;
- „ERFAHRUNGEN EINES SOLDATEN IN FÜHRUNGSVERANTWORTUNG BEI INTERNATIONALEN EINSÄTZEN“, Oberst i.G. Hubertus von Butler, Chef des Stabes Kommando Luftbewegliche Kräfte;
- „SEELSORGLICHE BEGLEITUNG BEI INTERNATIONALEN FRIEDENSEINSÄTZEN“, MD Prälat Walter Theis und Militärpfarrer mit Erfahrungen bei UN/IFOR/SFOR-Friedenseinsätzen;
- „INTERNATIONALE KONFLIKTE – INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT. DIE BUNDESWEHR ALS EIN FAKTOR DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK“, MdB Karsten Voigt (SPD).

Ergänzt wurde das Programm durch den gemeinschaftsbildenden Ausflug nach Schmalkalden mit Besichtigung der Wilhelmsburg und einem Besuch bei der Ordenskommunität der thüringischen Franziskanerprovinz. Den Abschluss der Akademie bildete wieder der Empfang des Militärbischofs für die Seminarteilnehmer und geladene Gäste.

5. Ablauf und Inhalt

Montag, 3. November

Wie in den Vorjahren begann die Akademie mit einem Empfang der Stadt Fulda im barocken Stadtschloss, dem früheren Wohnsitz der Fürstbischöfe und Fuldaer Bischöfe, heute repräsentatives Rathaus der Stadt Fulda. Für den Oberbürgermeister begrüßte Bürgermeisterin Oda Scheibelhuber die Seminarteilnehmer in Fulda und führte sympathisch in Geschichte und aktuelle Situation der Stadt ein. Auch wegen der anschließenden Führung durch das sehenswerte Stadtschloss gelang ein schneller und harmonischer Einstieg in das Seminar.

Abends fand als offener Akademieabend der Vortrag von Generalmajor Rüdiger Drews, Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. Panzerdivision, Sigmaringen, zum Thema „DAS BERUFSBILD DES SOLDATEN ZWISCHEN POLITIK, GESELLSCHAFT UND ETHISCHER LEGITIMATION“, statt. Der Vortrag ist auf den Seiten 24–28 wiedergegeben.

Dienstag, 7. November

Am Vormittag trug der Leiter der Bildungsstätte des Bistums Hildesheim in Salzgitter-Steterburg, Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer, zum Thema „DIE BEDEUTUNG DER ETHIK FÜR DEN DIENST DES SOLDATEN“ aus der Sicht eines Theologen und Pastoralpsychologen vor (s.S. 28–38).

Nachmittags stellte Oberst i.G. Hubertus von Butler, Chef des Stabes Kommando Luftbewegliche Kräfte (KLK), Regensburg, aus seinem Erleben die „ERFAHRUNGEN EINES SOLDATEN IN FÜHRUNGSVERANTWORTUNG BEI INTERNATIONALEN EINSÄTZEN“ dar. Oberst i.G. von Butler war von August 1996 bis Februar 1997 als ChdSt GECONIFOR in Trogir/Kroatien die rechte Hand des nationalen Befehlshabers des dritten deutschen IFOR-Kontingents. Sein umfangreicher, freier Vortrag stellte anhand von Beispielen und Erlebnissen, unterstützt von zahlreichen Fotos, Grafiken und Organigrammen, sehr lebendig und anschaulich die Bedingungen dar, unter denen der IFOR-Einsatz für die deutschen Soldaten stattfand. Es ist hier nicht möglich dieses Referat, welches das Vertrauen manches Seminarteilnehmers in die fachliche und menschliche Kompetenz hoher Vorgesetzter festigte, im Wortlaut wiederzugeben.

Deutlich wurde in den Ausführungen, vor welche Herausforderungen und Entscheidungen der militärische Führer bei Auslandseinsätzen gestellt ist. Oberst von Butler unterstrich, dass „die Freiheit des Handelns die Kenntnis der Grenzen und der Auswirkungen des jeweiligen Handelns einschließen muss“.

Zur *Sinnfrage* internationaler Friedenseinsätze, meinte der Referent, komme es darauf an, dass sie von allen teilnehmenden Soldaten auch verstanden würden. Dazu gehöre ein klarer, abgegrenzter Auftrag mit entsprechend verfügbaren Mitteln und Kräften. Der IFOR-Einsatz sei vernünftig gewesen, weil eine echte Chance der Hilfe in einem zerstrittenen Land bestand, der zur Friedensstabilisierung mit der Hoffnung auf Dauerhaftigkeit führte.

Zur *Identitätsfrage* meinte von Butler, die persönliche Identität als Soldat sei bei jedem, der am Einsatz teilnahm, gestärkt worden. Vor Ort habe sich die Frage nach der Notwendigkeit gar nicht gestellt; sie beantwortete sich von selbst. Jenseits der nationalen Identität habe sich eine Zusammengehörigkeit europäischer Soldaten ergeben und darüberhinaus eine universale Identität aller, die bereit waren, sich für Sicherheit und Frieden einzusetzen.

Die *Ethikfrage* solcher militärischer Einsätze ist für den Referenten mit der Frage nach Sinn und Identität eng verknüpft: Man diene einer guten Sache. Dafür sei man bereit Nachteile und Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Gerade der Führer stünde tief in der Verantwortung, habe stets verantwortungsethisch zu handeln und die Folgen seiner Entscheidungen stärker als in der Heimat zu bedenken. Zwei wesentliche Erkenntnisse stellte der Oberst zum Abschluss seines Vortrags heraus: „Die Ähnlichkeit der Menschen, die auf das gleiche Ziel hin arbeiten“ und „Der Friede ist kein Geschenk, sondern das Ergebnis konkreten Handelns.“

Der Vortrag war – wie Soldaten es lieben – knapp, systematisch, anschaulich und informativ. Er wurde

von vielen Seminarteilnehmern als für sie besonders erkenntnisreich bewertet.

Der Tag schloss nach einer Eucharistiefeier in der Stadtpfarrkirche von Fulda mit einer kleinen Weinprobe im Schoppenkeller am Paulustor.

Mittwoch, 5. November

Die Exkursion am Mittwoch führte in das am Südwesthang des Thüringer Waldes gelegene Städtchen *Schmalkalden* (17.000 Einw.). Im 16. Jh. war der Ort Schauplatz geistiger Auseinandersetzungen. Im Jahre 1531 schlossen hier die protestantischen Fürsten und Städte Deutschlands den *Schmalkaldischen Bund*, ein Schutzbündnis der protestantischen Reichsstände gegen den Habsburger Kaiser Karl V. und die katholischen Stände mit dem Ziel, Glauben und politische Selbständigkeit zu wahren. Der Bund zerfiel infolge der Niederlagen im Schmalkaldischen Krieg (1546/47), den Karl V. führte, um die protestantischen Stände niederzuwerfen und die konfessionelle Einheit Deutschlands wiederherzustellen. In der Schlacht bei Mühlberg an der Elbe (24.04.1547) errang der Kaiser einen entscheidenden Sieg, der jedoch der Verwirklichung der Kriegsziele nur wenig nützte.

Überragt wird die Stadt von dem Renaissance-schloss *Wilhelmsburg* (1585–1589 erbaut). In seinen noch zu DDR-Zeiten restaurierten Räumen befindet sich ein Museum mit Ausstellungsstücken zur Regionalgeschichte besonders aus dem 16. Jh. sowie der städtischen Eisen- und Stahlwarenindustrie. Ein Kleinod ist die wiederhergestellte Schlosskapelle, eine reichgestaltete protestantische Predigerkirche, deren Organist dem Seminar die älteste noch beispielbare Orgel, die aus dem 16. Jh. stammt und die ausschließlich Holzpfifen besitzt, vorführte.

Neben dem Schloss war Ziel des Ausflugs nach Schmalkalden ein Besuch in der kleinen *Niederlassung der Franziskaner* in der Thüringischen Ordensprovinz. Drei Ordensmitglieder (ein Priester und zwei Brüder) hatten nach der Wende eine kleine katholische Gemeinde übernommen, um unter und mit den Menschen in dieser protestantischen Stadt zu leben. So verkrochen sie sich nicht in einem Pfarrhaus, sondern entschlossen sich, in einer Plattenhaussiedlung Wohnung zu nehmen und dort bescheiden, unaufdringlich, aber aus christlichem Verständnis heraus, beispielhaft präsent zu sein. Präsenz bedeute für die Franziskaner, wie der Provinzial Pater Claudius erläuterte, christliches Engagement für die Menschen ohne eine bestimmte Stoßrichtung und ohne offensive Mission.

Auf Nachfrage zum Stichwort Missionierung führte Bruder Florian aus: „Unsere Verkündigung liegt nicht zuerst im Wort, sondern darin, wie wir unter den Menschen leben und ihnen begegnen, die Predigt folgt daraus. Wir bringen Gott nicht erst zu den Menschen, er ist schon da, auch bei denen, die nicht Christen sind, aber nach Normen leben. Es geht um die Bedeutung des christlichen Gottes für das eigene Leben, wenn man mit ihm und miteinander lebt.“

Im Gespräch prallten Welten aufeinander. Es wurde deutlich, dass Franziskanerbrüder und Soldaten völlig unterschiedliche Vorstellungen haben. Pragmatische Fragen der Seminarteilnehmer nach Aufgaben-

verteilung, Zuständigkeiten und Leitungsverantwortung, Planung und Organisation, Aufwand und Nutzen waren einfach nicht zu beantworten. Erläuterungen der Franziskaner zu ihrer Arbeit und Absicht zeigten, dass diese anderen Lebensentwürfen folgen. Sie bilden eine Lebensgemeinschaft, die in Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam gemeinsam ihren Weg geht. Armut in monchischem Sinn bedeutet nicht Elendsarmut, sondern Gütergemeinschaft. Die Lebensgemeinschaft der Ordensbrüder wird in dem deutlich, was sowohl Gott von ihnen und für sie, als auch was die Gemeinschaft gemeinsam will: Sie wollen einfach da sein für Menschen, die Hilfe und Orientierung brauchen, und sich dabei auf die Fügungen Gottes verlassen.

Die franziskanische Auffassung wurde auch in dem den Besuch bei den Franziskanern abschließenden Wortgottesdienst noch einmal deutlich: Bruder Florian hatte nicht dem Anlass entsprechend eine Lesung aus der Bibel ausgewählt, sondern untersuchte, was die Tageslesung (Lk 14,23–35) dazu sagte. In dem Text gehe es darum, so Bruder Florian, dass jeder sein Kreuz (sein Schicksal als Ernstfall) auf sich nehme. Aber die Bedingungen, die Jesus dafür stelle, sollten die allzu Bereiten nachdenklich machen. Jesus wolle die Menschen anregen, darüber nachzudenken, was da auf sie zukäme, wenn sie sich mit ihm auf den Weg machten. Nachfolge sei nicht planbar, sondern ein Abenteuer. Nachfolge heiße, auf Sicherheit und liebgewordenen Besitz zu verzichten, die eigenen Planungen loszulassen und sich ganz Gott anzuvertrauen.

Die Reaktionen auf den Besuch bei den Franziskanern in Schmalkalden war sehr kontrovers. Sie reichten von Zustimmung, über Skepsis und Unverständnis, bis zu völliger Ablehnung einer untauglichen Lebensweise.

(s.a. Beitrag „In der Plattenbausiedlung: ...“, Seite 39)

Donnerstag, 6. November

Einen wichtigen Beitrag zum Seminarthema leistete Militärdekan Prälat Walter Theis. Er ist im Militärbischofsamt der für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen der Militärgeistlichen verantwortliche Leiter des Referates „Kirche und Gemeinde“. Zur Verdeutlichung seiner grundsätzlichen Ausführung ließ er Militärdekan Reinhold Batmann (Pfarrer beim Kommando KLK/4. Div – IFOR-Einsatz von 29.01. bis 31.05.1996) und Militärpfarrer bei der Zerstörerflottille in Wilhelmshaven Gerhard Schehr (SFOR-Einsatz fünf Monate 1997) über ihre Erlebnisse und Erfahrungen berichten. Vortrag und Kurzfassung der Berichte sind auf den Seiten 41–51 zu finden.

Am frühen Nachmittag besuchten die Seminarteilnehmer das Grab des Hl. Bonifatius. Domkapitular Dr. Werner Kathrein, Professor für Kirchengeschichte in Fulda, führte durch den Dom, machte den interessiert zuhörenden Soldaten die Person des Hl. Bonifatius lebendig und stellte den Bezug zur abendländisch-europäischen Geschichte her. Er führte die Gruppe auch noch in das gleich neben dem Dom gelegene karolingische Kleinod von Fulda, die Michaelskapelle aus dem Jahr 822.

Wer war Bonifatius?

Um 675 in Crediton, nahe Englands Südküste, geboren und auf den Namen Winfried getauft, wird er in jungen Jahren Mönch und Priester in den Benediktinerklöstern Exeter und Nursling. Ein mächtiger missionarischer Drang lässt den jungen Mönch nicht los. Der Abt gibt schließlich 716 seine Erlaubnis für die Missionsarbeit im Lande der Friesen, wo der Glaubensbote Willibrord seit Jahren wirkt. Doch Kriegswirren und Hass der heidnischen Friesen lassen Winfrieds Wirken ohne Erfolg. Nach einigen Monaten kehrt er zurück in sein Kloster, um noch einmal 2 Jahre der Vorbereitung zu widmen. 718 nimmt er erneut Abschied; diesmal für immer. Nie wird er England wieder sehen! Er reist nach Rom. Vom Hl. Vater will er Sendung und Segen zu seinem Missionswerk erbitten. Am 14. Mai 719 kniet Winfried zu den Füßen Papst Gregors II. An diesem Tag feiert die römische Kirche das Fest des Hl. Märtyrers Bonifatius. Gregor II. gibt dem Benediktinermönch Winfried den Namen des Tagesheiligen; von diesem Tage an trägt der vom Papst gesandte Missionar den Namen Bonifatius.

Er zieht über die Alpen, beginnt sein Missionswerk in Thüringen, geht aber dann noch einmal nach Friesland zu Willibrord; begibt sich 721 nach Hessen, wird 722 nach Rom zurückgerufen und dort am 30. November zum Bischof geweiht. 723 fällt er die Donareiche bei Fritzlar, 725 geht er wieder nach Thüringen. Er bleibt in dauernder brieflicher Verbindung mit Rom und England. Gregor III. ernannt ihn zum Erzbischof. 738 wird er bei seiner dritten Romreise päpstlicher Legat für das Frankenreich, gründet Bistümer (Büdingen, Erfurt, Würzburg), ordnet in Bayern die Diözesen und sorgt für gute Bischöfe, übernimmt selbst den Bischofsstuhl von Mainz, hält mehrere Kirchenversammlungen zusammen mit den Großen des Frankenreiches.

Durch seinen Schüler Sturmian lässt er 744 das Kloster Fulda gründen; es wird sein Lieblingskloster, er zieht sich zur Rast nach Fulda zurück (Bischofsberg, jetzt Frauenberg) und bestimmt Fulda als seine Grabstätte.

Im Alter von fast 80 Jahren zieht er nochmals an den Ort seines ersten apostolischen Wirkens nach Friesland, wo er am 5. Juni 754 von heidnischen Friesen mit 52 Gefährten ermordet wird. Utrecht und Mainz möchten den Leib des Heiligen bestatten, doch der letzte Wille des Märtyrers, in Fulda beigesetzt zu werden, wird bereits am 9. Juli 754 erfüllt.

(Text aus: Andenken an Ihren Besuch am Bonifatiusgrab, Hrsg.: Das Domkapitel in Fulda)



Bonifatius weist den Weg. Bronzeplastik von Heinrich Söller (1963) an der Kapelle des Bonifatiushauses in Fulda

Höhepunkt und thematischer Abschluss des Seminars war der Vortrag des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Karsten Voigt „INTERNATIONALE KONFLIKTE – INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT. DIE BUNDESWEHR ALS EIN FAKTOR DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK“.

(Vortrag s.S. 51–56).

Bei dem Empfang des Militärbischofs für die Teilnehmer der Akademie und geladene Gäste aus Politik, Kirche und Bundeswehr gratuliert Erzbischof Johannes Dyba der GKS, dass sie das Ziel der Akademie über die zehn Jahre ihrer Existenz nicht aus dem Auge verloren hat. Er anerkannte auch die große Zahl der Soldaten, die bisher an den Seminaren teilgenommen haben.

Der Militärbischof hatte sowohl IFOR- als auch SFOR-Truppen im ehemaligen Jugoslawien besucht, um sich einen Eindruck von der Notwendigkeit des militärischen Einsatzes und damit der Erfordernis seelsorglicher Betreuung zu

verschaffen. Dabei gewann er den Eindruck, dass die seelsorgliche Begleitung bei Friedenseinsätzen als ein Schwerpunkt des Aufgabenspektrums der Militärseelsorge nicht nur von den Soldaten angefragt und gewünscht wird, sondern auch in der Bewertung der Militärseelsorge als wertvoll und unverzichtbar angesehen wird.

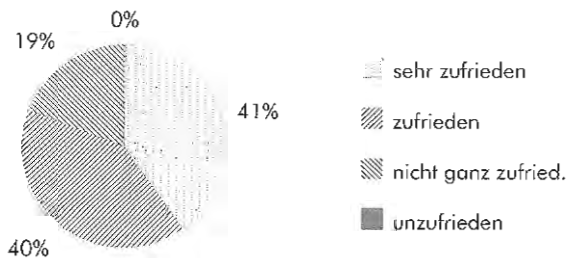
Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, dankte bei dieser Gelegenheit Erzbischof Dyba, dass er als Militärbischof der Akademie einen hohen Stellenwert beimesse und sie durch seine persönliche Anwesenheit immer wieder unterstützt habe. Wörtlich meinte Klein: „Wir danken Ihnen ausdrücklich für die immer wieder von Ihnen gewählten offenen Worte und Ihren klaren und eindeutigen Standpunkt, den Sie besonders in schwierigen Fragen beziehen. Für uns sind Sie nicht der Hirte und Bischof, als der Sie bisweilen in der Presse fälschlicherweise und sehr einseitig dargestellt werden. Wir alle wissen, was wir an Ihnen haben, kennen Ihre Denkansätze und fühlen uns gerade in Ihrer Obhut sehr gut aufgehoben.“

Das Seminar schloss am Freitag, dem 10. November, mit einer von Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld zelebrierten Eucharistiefeier.

6. Auswertung

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer (69 %) füllte vor Antritt der Rückreise noch einen Auswertebogen mit Fragen zum Seminar aus. Die Auswertung der vorliegenden Stellungnahmen zeigt folgende Ergebnisse:

(1) Mit dem Seminar waren

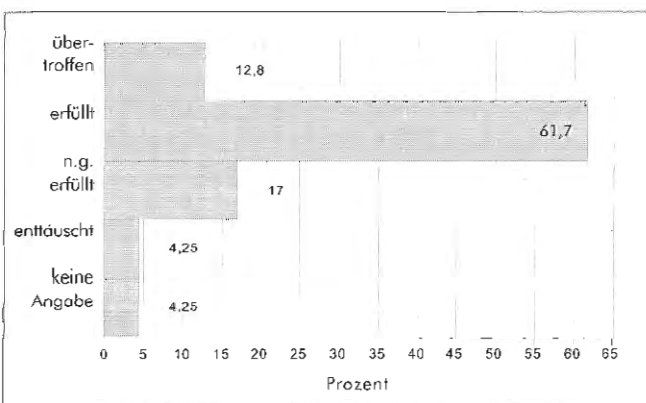


(2) Gründe für die Teilnahme:

(Mehrfachnennungen möglich)

- Interesse an Thematik 15
- Weiterbildung/Horizontenerweiterung 5
- Interesse an der GKS/Laienarbeit in MilSeels 4
- Gemeinsch. mit anderen, Erfahrungsaustausch .. 4
- weil es mir befohlen wurde 4
- Vorbereitung auf Auslandseinsatz 3
- Antworten aus berufsbezogene Sinnfragen 2
- Erfahrungen früherer Seminare 2
- weil ich von einem Seminar der politischen Bildung ausging 2
- weil freiwillige Teilnehmer gesucht wurden 2
- keine Angaben 4

(3) Die Erwartungen an das Seminar wurde



(4) Als besonders wichtig wurden die Themen genannt:

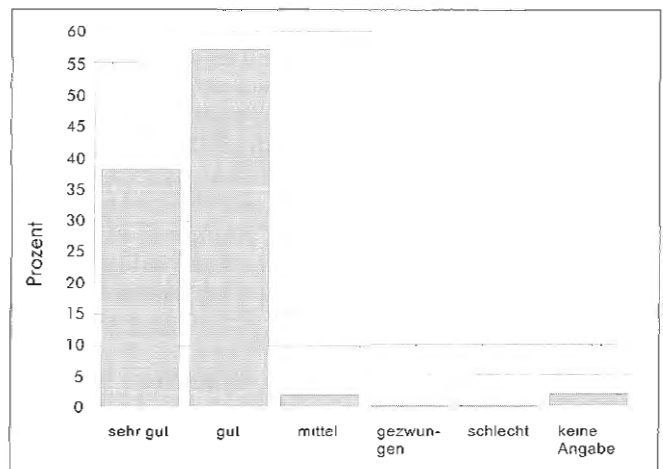
(Mehrfachnennungen möglich)

- „ERFAHRUNGEN EINES SOLDATEN IN FÜHRUNGSVERANTWORTUNG BEI INTERNATIONALEN EINSÄTZEN“ 17
- „SEELSORGLICHE BEGLEITUNG BEI INTERNATIONALEN FRIEDENSEINSÄTZEN“ 14
- „DIE BEDEUTUNG DER ETHIK FÜR DEN DIENST DES SOLDATEN“ 11

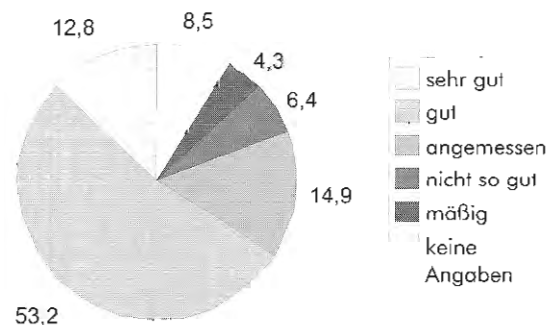
- „DAS BERUFSBILD DES SOLDATEN ZWISCHEN POLITIK, GESELLSCHAFT UND ETHISCHER LEGITIMATION“ 8
- „INTERNATIONALE KONFLIKTE – INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT. DIE BUNDESWEHR ALS EIN FAKTOR DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK“ 6
- EXKURSION NACH SCHMALKALDEN 5

(5) Etwa die Hälfte der Teilnehmer gab an, mit einem Thema, mit mehreren Themen oder auch Referenten Schwierigkeiten gehabt zu haben. Der Anteil war besonders bei denen groß, die nicht freiwillig oder aufgrund falscher Erwartungen am Seminar teilnahmen.

(6) Der Atmosphäre im Seminar empfanden als



(7) Die Themenauswahl fanden



(8) Gefragt wurde auch, über welches Thema die Teilnehmer gern mehr gehört hätten. Dies waren

- internationale Einsätze 10
- Ethik 8
- Erfahrungen der Militärfarrer 7
- Soldat und Christ 6
- die übrigen Themen des Seminars wurden je einmal genannt, darüberhinaus auch zusätzlich Hintergründe zum Video von Hammelburg, Verhalten in Grenzsituationen, Arbeit der Franziskaner und zur Organisation GKS.

(9) Bei der Frage, wie die Referenten angekommen waren, steht die Bewertung positiv zu negativ in einem Verhältnis von 2:1. Kritik, die geäußert wurde, bezog sich auf zu hohen Anspruch, zu viele Fachaus-

drücke und Theorie sowie die Länge mancher Ausführungen, die ungenügend Zeit für Nachfragen ließen. Die höchste Akzeptanz erzielten die Vorträge von Oberst i.G. von Butler und Prof. Dr. Ditzer. Letzterer erfuhr theorie- und fachbedingt auch die stärkste Kritik.

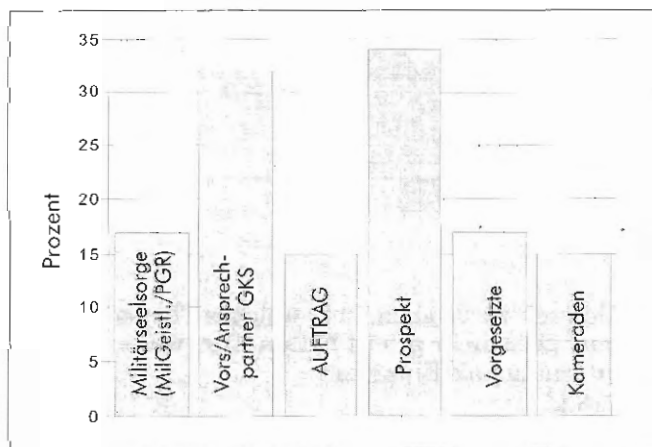
(10) In dem Seminar haben 28 Teilnehmer viel Neues und 25 bisher Gewusstes besser verstehen gelernt. Neun äußerten sich, ziemlich wenig verstanden zu haben, und ein Teilnehmer war der Ansicht, nichts gelernt zu haben, weil er bereits alles wusste.

(11) Die Zeit für Nachfragen zu den Vorträgen empfanden 37,3 % als so richtig. 47 % hielten die Zeit für zu knapp bzw. 13,7 % für völlig unzureichend bemessen.

(12) Die Frage, ob man sich während des Seminars so viel an Gesprächen beteiligen konnte, wie man wollte, verneinte niemand, 42,5 % antworteten mit ja. Immerhin waren 36,2 % alles zu schnell gegangen und zusätzlich 17 % sahen zu wenig Möglichkeiten zur Beteiligung. Die Auswertung der beiden letzten Fragen zeigt, dass mehr als die Hälfte der Teilnehmer den Eindruck hatte, sich selbst nicht genügend in das Seminar einbringen zu können. Diese Feststellung muss zu der Folgerung führen, dass der Diskussion über die angebotenen Themen weit mehr Raum gegeben werden sollte.

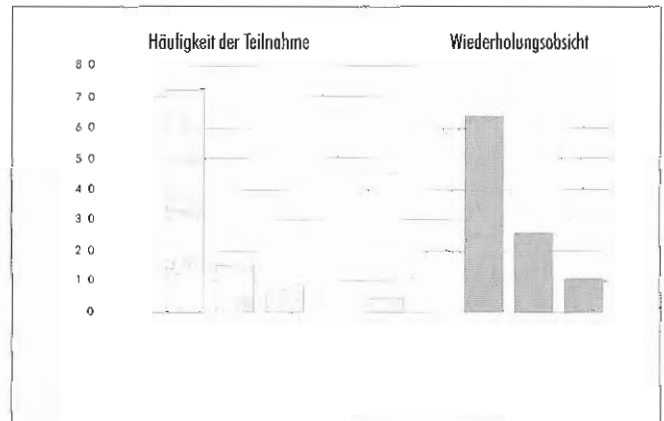
(13) Dass täglich Gottesdienste angeboten wurden, fanden 85 % (sehr) gut und wichtig. Nur vier Teilnehmer hielten dies weniger gut, fünf äußerten sich dazu nicht.

(14) Wichtig für die Planung und Ausschreibung der nächsten Akademie im Jahr 1999 ist die Frage, über wen oder durch welches Medium die Teilnehmer von diesem Seminar erfahren hatten. Die Antworten ergaben (bei Mehrfachnennungen und Überschneidungen) folgenden Hinweis:



Eindeutig geht daraus hervor, dass die schriftliche Information (Ausschreibungs-/Einladungsprospekt) zwar ein wirksames Mittel der Werbung ist, aber durch die persönliche Ansprache möglicher Interessenten durch Militärpfarrer, Wehrbereichsdekane, Vorsitzende und Ansprechpartner der GKS sowie Vorgesetzte ergänzt werden muss. Kontraproduktiv wirkt sich allerdings auf den Seminarerfolg aus, wenn Soldaten ungenau über Ziel, Inhalt und Veranstalter informiert werden und statt aus eigenem Antrieb als Kommandierte das Seminar besuchen.

(15) Eine abschließende Frage des Auswertebogens bezog sich auf die Erst- und Mehrfachteilnahme sowie auf die Absicht an einem weiteren Seminar teilzunehmen. Die Antworten sind aus dem nachfolgenden Diagramm zu ersehen.



Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Auswertung trotz hoher Zustimmung und Zufriedenheit durch die Mehrheit der Beteiligten diesmal mehr Kritik als in den Vorjahren ergab. Die Ursachen sind vor allem darin zusehen, dass die Vorträge anders als abgesprochen zuviel Zeit in Anspruch nahmen. Die Zeit für Anfragen an die Referenten und eine Diskussion zur Vertiefung des Gehörten kam deutlich zu kurz. Teilnehmer, die lückenhafte oder falsche Vorstellungen vom Seminar hatten oder ohne besonderes Interesse kommandiert worden waren, äußerten sich kritischer und unzufriedener als solche, die aus eigenem Antrieb und Interesse gekommen waren.

Neben der Seminaratmosphäre wurde übereinstimmend die gute Dienstgradmischung und der kameradschaftliche Umgang miteinander gelobt.

Einige Bemerkungen, die zwar in den Fragebögen enthalten sind, aber wegen der Personenbezogenheit nicht veröffentlicht werden können oder die Vorschläge für die 7. Akademie enthalten, werden im Exekutivausschuss der GKS erörtert und ggf. bei den anlaufenden Vorbereitungen berücksichtigt.

Hinweis zur folgenden Dokumentation

Im Folgenden sind die Vorträge, soweit sie als Manuskript vorlagen, dokumentiert.

Angefügt sind, weil sie die Thematik des Seminars aufgreifen, zwei Aufsätze aus TRUPPENPRAXIS/WEHRAUSBILDUNG, der Zeitschrift für Führung, Ausbildung und Erziehung, die AUFTRAG mit freundlicher Genehmigung der Redaktion TP/WA übernehmen durfte:

- Oskar Matthias von Lepel, „IM ZWEIFEL FÜR DIE OBRIKKEIT – MENSCHENWÜRDE UND GEWISSENSFREIHEIT BEI NOTHILFEAKTIONEN IM AUSLANDSEINSATZ“; TP/WA Heft 10/1997, S. 624–629.
- Wolf Werner Rausch, „LEGITIMATIONSPROBLEME DES SOLDATSEINS – POLITISCHE, RECHTLICHE UND ETHISCHE FRAGEN DES EINSATZES VON SOLDATEN“; TP/WA, Heft 11/1997, S. 672–677. □

Begrüßung des 6. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn durch den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein

Als Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten begrüße ich Sie alle sehr herzlich zum 6. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn, die in dieser Woche hier im Bonifatiushaus in Fulda unter dem Thema „SOLDAT IM INTERNATIONALEN FRIEDENSDIENST, SINN, IDENTITÄT, ETHIK“ stattfindet. ... Sie steht unter der Schirmherrschaft von Generalleutnant Edgar Trost, dem stellvertretenden Inspekteur des Heeres.

Ich freue mich, dass wir für den Einführungsvortrag dieser Woche als Referenten Herrn Generalmajor Rüdiger Drews, Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision Sigmaringen gewinnen konnten.

Der heutige Akademieabend steht unter dem Thema „DAS BERUFSBILD DES SOLDATEN ZWISCHEN POLITIK, GESELLSCHAFT UND ETHISCHER LEGITIMATION.“ Ich begrüße Sie, Herr General, hier in Fulda und möchte Sie dem Auditorium kurz vorstellen. Diese Vorstellung fällt mir umso leichter, da ich in den letzten beiden Jahren das Glück hatte, als Regimentskommandeur unter Ihrer Führung zu dienen.

Vita in Stichworten: Geboren 1942 in Rastenburg in Ostpreußen; nach dem Abitur Eintritt in die Bundeswehr, Ausbildung zum Offizier der Panzertruppe. Nach verschiedenen Offizierverwendungen in Munster und Wolfshagen Ausbildung für den Generalstabsdienst an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, anschließend Besuch des Staffcollege in Camperley/GB. Danach Generalstabsverwendungen bei der Heeresgruppe Nord der NATO (NORTHAG) in Mönchengladbach und als G 3 bei der Panzerbrigade 34 in KASSEL. 1981 Kommandeur des Panzerbataillon 184 in Neumünster. Nach Dienst im Verteidigungsministerium, Chef des Stabes bei der 6. Panzergrenadierdivision und in einer besonderen Verwendung beim Bundespräsidialamt 1990 Übernahme des Kommandos über die Panzerbrigade 8 in Lüneburg und im September 1991 Schulkommandeur der Panzertrup-

penschule in Munster. Seit Oktober 1994 Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision. Verheiratet mit einer Lehrerin, eine Tochter und einen Sohn. In der sehr knapp bemessenen Freizeit widmet General Drews sich mit großem Engagement und Freude dem Segelsport.

In der nun über zweijährigen Verwendung in Ihrer Division habe ich Sie als einen ausgesprochen verantwortungsbewussten Führer kennen- und schätzen gelernt. Ihnen liegt besonders die Prägung und Erziehung junger Führer und Unterführer am Herzen. Dabei haben Sie uns in besonderer Weise angehalten und aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass unsere wehrpflichtigen Soldaten in einer erlebnisreichen Ausbildung gefordert und gefördert werden. Dabei kam es Ihnen besonders darauf an, dass der junge Führer und Unterführer das notwendige Rüstzeug und die notwendige Rückendeckung durch ihre Vorgesetzten erhielten, um diesen Forderungen auch in der Truppe gerecht werden zu können. Immer wieder haben Sie sich bei zahlreichen Truppenbesuchen von dem Ausbildungsstand Ihrer Division überzeugt. Besonders in der Vorbereitung der Ausbildung zu den Kontingenten IFOR und SFOR haben Sie persönlich mit all Ihrem Wissen Hand angelegt, um die Soldaten, die nunmehr in Bosnien auch in einem Kampfauftrag eingesetzt werden, entsprechend ausgebildet wurden. Neben dem rein handwerklichen Können, über das jeder Soldat und besonders die Führer und Unterführer verfügen müssen, liegen Ihnen in besonderer Weise ethische Werte und ethische Normen am Herzen. In Ihren vielen Besprechungen und Vorträgen ziehen sich gerade diese Gedanken, die eben die Besonderheiten unseres Soldatenberufes ausmachen, wie ein roter Faden durch alle Ihrer Aussagen. Sie persönlich haben immer wieder dazu aufgefordert, sich mit den geistigen Werten und psychischen Mechanismen, die für die Soldaten einen hohen



Generalmajor Rüdiger Drews (r), Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. Panzerdivision im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, nach seinem Vortrag vor der Akademie Oberst Helmut Korn (s.a. Beitrag nächste Seiten. Foto: F. Brockmeier)

Stellenwert haben, auseinander zu setzen. Dabei haben Sie herausgestellt, dass die Prägung des Gewissens und die Notwendigkeit der Besinnung auf die geistigen und sittlichen Werte mindestens in dem gleichen Umfang wie die Vermittlung von rein handwerklichem Können und militärischen Fertigkeiten zu unseren Aufgaben als militärische Vorgesetzte gehören.

Sie, Herr General Drews, haben es als Ihre vornehmste Aufgabe angesehen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Soldaten aller Dienstgradgruppen auch geistig auf die künftigen Aufgaben vorzubereiten sind. Jeder Soldat muss wissen und verstehen, wofür er ausgebildet ist, ggf. eingesetzt wird. Er soll überzeugt sein, dass sein Auftrag politisch notwendig, militärisch sinnvoll und moralisch begründet ist. Sie haben immer wieder gefordert, dass wir gerade militärische Führer brauchen, die ihren Auftrag in das Gefüge des Ganzen sinnvoll einordnen, überzeugend nach innen und außen vertreten, die Truppe unter den veränderten Bedingungen ausbilden und motivieren und in den unterschiedlichsten Einsätzen führen können. Das dialogische Prinzip haben wir in Ihrem Wehrbereich, in Ihrer Division alle verstanden.

Wir freuen uns nun auf Ihren Vortrag und sind sehr gespannt, wie Sie dieses komplexe Thema für uns aufbereitet haben. □

Zum Berufsbild des Soldaten zwischen Politik, Gesellschaft und ethischer Legitimation

Rüdiger Drews

1. Die „recta intentio“ bei der Schaffung eines gerechten Friedens

Als Soldat spreche ich zu Ihnen, nicht als Politiker, nicht als Kirchenmann. Aber als Soldat, der sich dem christlichen Anspruch zu stellen versucht – zugegebenermaßen manchmal als Schwergläubiger.

Ihr Tagungsthema – und darüber bin ich froh – lässt Spielraum. Vor allem aber unterstellt es die gute Absicht unseres Tuns, die „recta intentio“, wie Augustinus in seiner Lehre vom gerechten Krieg sagte; ich möchte in diesem Sinne und zeitgemäß ergänzen: die „recta intentio bei der Schaffung eines gerechten Friedens“.

Im Grunde beantwortet sich Ihr Tagungsthema darüberhinaus von selbst: Sinn, Identität und Ethik finden sich in der vorgegebenen Positionsbestimmung, im Postulat des Themas „Soldat im internationalen Friedensdienst“.

Würde man der Verwendung militärischer Macht im internationalen Friedensdienst grundsätzlich widersprechen, so bedeutete dieses schon eine erhebliche Verschiebung des logischen Koordinatensystems von Freiheit und Verantwortung. Wir würden den Frieden der Willkür überlassen, der Sinnlosigkeit, also der menschlichen Entfremdung und dem Chaos, der Unmoralität.

Die Umkehrung Ihres Themas, etwa „keine Soldaten für den Friedensdienst – Sinnlosigkeit, Identitätsverlust, Flucht aus der Verantwortung“ signalisiert, was gut gemeinte aber gefährlicher Pazifismus bei einseitiger Auslegung des christlichen Gewaltverbotes neben dem Verlust des Friedens bewirken würde.

2. In der Vernachlässigung der Sicherung des Friedens liegt die Vorbereitung des nächsten Krieges

Ich will die Allgemeinplätze von der veränderten europäischen und globalen politischen Ordnung

und von unserem Nachholbedarf, dieses geistig und seelisch nachzuvollziehen, nicht strapazieren. Aber Allgemeinplätze sind ja wahr!

Die Diskussionen halten an, wenn auch nicht immer auf einem der völlig veränderten Lage angemessenen Niveau. Die wohlfeilen Argumente bewegen sich häufig zu sehr im Vordergrund, verführen das erfreute Publikum mit immer geringeren finanziellen Verteidigungslasten und bieten den bequemen Verzicht auf die Wehrpflicht an. Sie ignorieren einfach, dass ohne die erdrückende Last des Kalten Krieges sich nun Konflikte und Risiken entwickelt haben und weiter entwickeln, die das Ende der Bedrohung nicht nur zum freudigen Ereignis machen.

Immer wieder hören wir in der sicherheitspolitischen öffentlichen Diskussion Äußerungen, die das Ergebnis selektiver Wahrnehmungen sind! Die Veränderungen am Ende dieses Jahrhunderts betreffen doch nicht nur den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und der militärischen Bedrohung – hier muss weitergedacht werden. Was ist denn mit dem verbreiteten Völkermorden, mit dem Staatsterrorismus, mit dem aggressiven Fundamentalismus, mit den Armutswanderungen, mit den Gruppen- oder Herrschaftsegoismen von Minderheiten und Mehrheiten, mit dem Kampf der Kulturen? Der große Krieg ist vorerst unwahrscheinlich geworden. Aber ist die Welt deswegen friedlicher?

Wie steht es denn um die Bekämpfung der Konfliktsachen mit den viel beschworenen politischen Mitteln, deren Erfolg alleine die Bedeutung militärischer Vorsorge mehr und mehr zurückführen könnte? Es ist ein Schlagwort, dass Konflikte sich mit friedlichen Mitteln bekämpfen lassen.

In der Vernachlässigung der Sicherung des Friedens liegt die Vorbereitung des nächsten Krieges, sagte sinngemäß Winston Churchill. Noch trägt der mehrheitliche

INHALT

1. Die „recta intentio“ bei der Schaffung eines gerechten Friedens
2. In der Vernachlässigung der Sicherung des Friedens liegt die Vorbereitung des nächsten Krieges
3. Der Soldat auf dem Weg zur Normalität ...
4. ... steht vor neuen Herausforderungen
5. Anderen verwehren, was man selbst beansprucht?
6. Einsatzaufgaben verlangen praxisorientierte Erziehung
7. Fähigkeit zur Durchsetzung des Friedens gegen friedensunfähige Menschen
8. Statt Ausweichmentalität Erziehung zur Übernahme von Verantwortung
9. Die Frage nach der Ethik militärischen Friedensdienstes

sicherheitspolitische Konsens in unserem Lande; die Zustimmung zu Bundeswehr, NATO und dem derzeitigen Auslandseinsatz ist so hoch wie nie.

Aber die Sirenen der Verführer üben sich schon wieder in der Verführung, sie gaukeln eine trügerische Welt vor, sie unterstellen ein Paradies ohne Sündenfall, wenn sie die große finanzielle Entlastung für Deutschland durch eine erneute Reduzierung des Streitkräfteumfangs fordern, der dann schließlich deutlich geringer ist als das Polizeiaufgebot einer amerikanischen Großstadt.

3. Der Soldat auf dem Weg zur Normalität ...

Solche Empfehlungen orientieren sich also nicht unbedingt am langfristigen Wohl Deutschlands

und Europas, sondern haben anderes im Sinn. Ihre Aufgeber kommen in vielerlei Gewand daher: als sicherheitspolitische Experten, als moralisierende Vergangenheitsbewältiger, als umetikettierte Ideologen mit überraschendem Demokratieverständnis (ich meine die PDS), nun der Menschenwürde und dem Pazifismus verpflichtet, aber auch als Indifferente und ihren privaten Vorteilen im Auge habende Bürger.

Doch es artikulieren sich auch breiter Zuspruch und Unterstützung zu dem, was die Aufgaben der Soldaten am Beginn der sich formierenden neuen politischen Ordnung ausmacht. Der Soldat spürt das „Ja“ zu ihm und die Erwartungen an ihn. Er sieht sich als Rückversicherung akzeptiert. Seine Leistung an Neretva und Oder – so unvergleichbar die Einsätze sind – werden gewürdigt; er fühlt sich durch die Öffentlichkeit mit Sympathie begleitet; er scheint auf dem Wege zu sein, die lang erhoffte Normalität auch in Deutschland zu werden.

4. ... steht vor neuen Herausforderungen

In dieser Entwicklung liegt eine neue Herausforderung. Wo der Zwang zur Rechtfertigung eigenen Tuns nachlässt, droht die Veroberflächlichung, die Schwächung der intellektuellen und ethischen Überzeugungskraft, es droht die Technokratisierung zu einem Beruf wie jeder andere.

Es war doch immer die Stärke der Bundeswehr, aus dem kritischen Umgang mit sich selbst, mit der Vergangenheit und dem Dilemma zwischen Auftrag und Selbstabschreckung ein tragfähiges Fundament und modernes Berufsverständnis zu entwickeln und zu pflegen, mit dem sie Vertrauen schuf und erstaunliche Widerstandskraft gegenüber dem allgemeinen Autoritätsabbau vieler Institutionen bewies, gerade in den wilden 70er-Jahren

Von diesem Fundament zehren wir heute noch, wo vieles anders geworden zu sein scheint.

Der Einsatz im internationalen Friedensdienst ist in sich politisch und ethisch so plausibel, wie es die Sicherung des Friedens durch Ab-

schreckung und gleichzeitiger Verhandlungsbereitschaft zuvor war. Der Zweck äußere Sicherheit muss immer, also auch in Zukunft, einleuchten. Die Chance dazu ist gut, wenn etwa an den Schulen inzwischen weniger der Einsatz an sich in Frage gestellt wird als vielmehr die politisch – ethische Fragwürdigkeit dann, wenn der Friede militärisch hier unterstützt wird und da nicht! Was kritisiert wird, ist die Unterscheidung aufgrund politischer Rationalität, mal helfen zu müssen, mal darauf verzichten zu müssen.

Für unsere Soldaten ergeben sich neue Rechtfertigungs- und Erklärungsfelder, wollen wir das bewährte Fundament unseres Auftrages bewahren und stärken. Wir müssen solche Fragen stellen, wie diese Tagung es tut; wir müssen das geistige Klima in den Kasernen fördern, das uns aktiv eintreten lässt für die Werte, Rechte und Freiheiten auch außerhalb der Landesverteidigung – das heißt außerhalb Deutschlands – aktiv ein-

Wir müssen die Einübung des Umgangs mit der Gewalt, die Bereitschaft zu ihrer Anwendung im Namen des Friedens für uns durchdenken und begründen, konditionieren und qualifizieren.

treten lässt. Wir Deutschen sind dem vielleicht eher als andere verpflichtet!

Angesichts der wachsenden Harmonie zwischen Bürgern ohne und in Uniform, sehe ich schon Veranlassung, einem möglichen Nachlassen unserer Anstrengungen zur Rechtfertigung zu wehren. Gewiss, wir müssen uns nicht die sicherheitspolitischen Legitimation selbst schaffen; wir müssen aber die Einübung des Umgangs mit der Gewalt, die Bereitschaft zu ihrer Anwendung im Namen des Friedens für uns durchdenken und begründen, konditionieren und qualifizieren.

5. Anderen verwehren, was man selbst beansprucht?

Der Einsatz von Streitkräften zu anderen Zwecken als der Landes- oder Bündnisverteidigung wirft in unserer modernen Zeit neue Fragen auf – in dieser Zeit,

die so merkwürdig und widersprüchlich von einem tief greifenden utilitaristischen Lebensgefühl und damit partieller Sinnentleerung gekennzeichnet ist und gleichzeitig durch das öffentliche Insistieren auf moralische Grundsätze, die sich eher an die Politik und die anderen richten, als dass sie Maßstab eigenen Verhaltens wären.

Da sind die vordergründige aber berechtigten Fragen: wozu dieser Einsatz, welches Interesse haben wir daran, was kostet er und wie gefährlich ist er, wann ist er zu Ende, warum sollen gerade wir uns daran beteiligen, gibt es andere Lösungen?

Dahinter jedoch sieht sich der Mensch mit seinem Menschsein konfrontiert, sieht sich herausgefordert durch sein Gewissen. Die vordergründigen Fragen verbergen die Not des Schuldigwerdens durch mangelnde Anteilnahme. Die Not des Beiseitestehens, wenn anderen Menschen verwehrt wird, was man selbst beansprucht; die Not der Selbstgefälligkeit, wenn aus der Sicherheit des eigenen materiellen Wohlstandes und aus der Arroganz humaner Fortschrittlichkeit mit dem Finger vorwurfsvoll auf die Störenfrieds gezeigt wird, die doch nun wirklich selbst etwas

mehr zur Verbesserung ihrer Lage und zur Bewahrung des Friedens tun sollten.

Letztlich also ist bei jedem – je nach Sensibilität und verbliebener Fähigkeit zur Scham – die Frage nach dem Sinn seines kurzen Daseins auf Erden aufgeworfen. Kann sich der zivile Bürger vielleicht noch ohne Sanktionen und auf längere Zeit dieser Frage entziehen, sich dabei in der Gesellschaft vieler Gleichgesinnter sein Gewissen salvierend, so kann der Soldat der Sinnfrage nicht so ohne weiteres ausweichen.

Sein Einsatz zwingt über die Begegnung mit dem Elend und über die ihm abverlangten Überwindungen von Egoismus und Angst zur Besinnung, zur Sinn-suche, zur neuen Erfahrung der Hinwendung zum Menschen und zu Gott.

Hier wird eine Entwicklung als Ideal geschildert, sicher, das selten so erreicht wird. Die Lehren, die

jeder aus dem Einsatz zurückkommende Soldat gemacht hat, flachen in ihrer Wirkung auch wieder ab. Aber wer die Toten aus einem abgestürzten Hubschrauber geborgen hat, wer jeden Tag in Erwartung von Widerstand und Gewalttätigkeit Patrouille fährt, wer seinem Instinkt wehren muss, aufkommenden Schwierigkeiten einfach auszuweichen, wie er es gewohnt ist, der wird in der Verarbeitung solcher Erlebnisse auf seine Weise einen neuen Sinn des Lebens auch dauerhaft entdecken.

6. Einsatzaufgaben verlangen praxisorientierte Erziehung

Wir, die militärischen Vorgesetzten, sind wohl dabei, die Chancen für die Menschenführung durch Unterstützung bei der Sinnsuche zu begreifen. Offiziere und Unteroffiziere sind ja in gleicher Weise Kinder ihrer Zeit, wie die Grundwehrdienstleistenden. Sie lernen in der Verantwortung und deswegen etwas schneller als andere.

Die Vorbereitung der Soldaten des Einsatzverbandes, die in der Durchsetzung der Bestimmungen des Dayton-Abkommens in unmittelbarer Konfrontation mit Kroaten, Bosniaken und Serben besonderem Druck ausgesetzt sind, hat zuvor nicht erwarteten Handlungsbedarf für Führung und Verhalten, das heißt für Erziehung und Ausbildung gezeigt.

Sehr schnell wurde deutlich, dass der junge Mensch auf unbekannte Lebensbedingungen eingestellt werden muss. Monatelang dem gewohnten menschlichen Umfeld entzogen zu werden, die persönlichen Hauptbezugspersonen zeitweise zu verlieren, kein Privatleben führen zu können, was den weitgehenden Verlust der Intimsphäre bedeutet, sich mit anderen zu arrangieren und mehr noch, sich ihnen in einer Weise kümmernd zuzuwenden, wie man es sich umgekehrt selber wünscht – das sind gewaltige Leistungen, die erbracht werden müssen. Eine Vorbereitung durch unser ziviles Bildungs- und Erziehungswesen, durch die Familien, die ohnehin zu bald fünfzig Prozent geschädigt oder getrennt sind, gibt es kaum.

Es galt gruppensdynamische



Prozesse auszulösen und Einsichten durch intensiven gedanklichen Austausch zu vermitteln. Aber mit wen, und wer kann das schon?

Wer kann von heute auf morgen den erzieherischen Handlungsbedarf erkennen und anerkennen; wer ist bereit, aus dieser Beobachtung abzuleiten, dass wir insgesamt eine bewusste, praxisorientierte Erziehung unserer jungen Offiziere und Unteroffiziere benötigen, um jene Schlüsselqualifikationen zu erwerben, deren Bedarf spätestens jetzt in Vorbereitung auf den Einsatz erkannt wurde. Es reicht eben nicht, sich mit der Erziehung nur theoretisch, weitgehend unverbindlich und nicht handlungsorientiert zu beschäftigen.

Solche Forderungen verlangen eine persönlichkeitsstärkende Einflussnahme, die meines Erachtens auch einen Bezug zum Auftrag der Militärseelsorge hat. Verkündigung und Seelsorge, um an den Glauben heranzuführen, ist ein ähnlicher Dienst am Menschen wie die Sinnstiftung und das Bemühen, den Menschen aus seiner Ichbefangenheit an seine Verantwortung heranzuführen.

7. Fähigkeit zur Durchsetzung des Friedens gegen friedensunfähige Menschen

Bei der Vorbereitung der Soldaten galt es sodann, diesen Prozess der Distanzierung zu den Lebensgewohnheiten zu erweitern auf

das konkrete Einsatzverhalten. Entgegen einer verbreiteten aber nicht genügend reflektierten Meinung sind die neuen Einsatzaufträge von ihrer Natur her grundlegend unterschiedlich zu dem, worauf wir uns bisher vorbereitet haben. Der Soldat wird eben *nicht* optimiert auf die Vernichtung des Feindes und dessen Kampfgerät; er kämpft eben *nicht* in enger Anlehnung und mit eindeutiger Zielsetzung gegen einen in seinem Verhalten berechenbaren Feind; er benötigt zwar im konventionellen Einsatz die Kraft zum Durchhalten, zum Ertragen des Gefechtsstresses – das ist alles bekannt –, nicht jedoch die Standfestigkeit in der persönlichen Konfrontation, also die Fähigkeit, im Kampf der Persönlichkeiten die Überhand zu gewinnen oder zu behaupten, wie dieses bei der Durchsetzung des Friedens gegen friedensunfähige Menschen abverlangt wird.

Hohe Selbständigkeit von militärischen Führern und allen anderen Soldaten im abgesetzten, häufig isolierten Einsatz muss geschult werden, weil anders als bisher unmittelbare Befehlsgebung oder direkte Einflussnahme zu meist nicht möglich ist. Neue Kategorien der Ausbildung sind die Förderung der individuellen und kollektiven Verhaltenssicherheit, die Formen der nonverbalen Kommunikation, das Entscheiden und Handeln nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, die Bereitschaft zur Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung, das Verhandeln bei gleichzeitiger Wachsamkeit. Zu entwickeln sind auch das Verständnis für die andere Kultur und das daraus abzuleitende Auftreten gegenüber den Menschen im Einsatzland.

Natürlich können wir in der Ausbildung auf den Grundlagen der Regelausbildung aufbauen, also auf dem Prinzip des Führungsvorganges, auf der gültigen militärischen Organisation und ihren Verfahren, auf dem erlernten Handwerk des Soldaten, auf der formalen Disziplin. Aber die Dimensionen und Intensitäten von Kommunikation, Führungsverhalten, Verständnis von Menschenführung, Regeln für Eskalation und Einsatz von Mitteln, Sicherheit und Selbständigkeit im Ver-

halten, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, Handeln im Sinne einer Absicht usw. gehen weit über das Gewohnte hinaus und richten sich nun auch auf die unteren Führungsebenen und jeden einzelnen Soldaten.

8. Statt Ausweichmentalität Erziehung zur Übernahme von Verantwortung

Und betrachten Sie sich den jungen Menschen, wie er ist. In seiner gewollten Individualität und damit grundsätzlichen Isolation; mit seiner geringen Leidensfähigkeit und wenig ausgeprägten Stärke, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen; in seiner tief verwurzelten Vorstellung von Arbeitsteilung und Zuständigkeit in unserer Gesellschaft – immer der andere ist zuständig –; mit seiner großen Unsicherheit außerhalb vertrauter Umgebung; mit seiner Kontaktschwäche und Bereitschaft, an Unangenehmem einfach vorbeizugehen – dieser Weglauf- und Ausweichmentalität, die ihm ja in unserer Gesellschaft vor-exerziert wird.

Hier kommt jemand aus einer geordneten Welt, mit rechtsstaatlichem Vertrauen, sozialisiert durch eine Gesellschaft der Overprotection. Diesen jungen Menschen einzustellen auf die geschilderten Bedingungen im Einsatzland, des Zusammenlebens, auf die Notwendigkeit der Durchsetzung in einer Welt ohne Regeln, wo Verbrechen und Vergehen zum Zwecke der Selbstbehauptung legitimiert erscheinen, ist eine große Aufgabe, die sozusagen gegen den Zeitgeist zu leisten ist.

Identifizierung mit dem Auftrag, inneres Einstellen auf die Herausforderung durch Befreiung aus der Enge des gewohnten Lebens, Zuwendung, Selbstbewusstsein und Vertrauen in die eigene Leistung und Überlegenheit schaffen so etwas wie eine neue Identität. Sie wird nur Bestand haben, wenn sie Produkt längerer erzieherischer Einflussnahme ist und Folge neuen Sinnerlebens.

9. Die Frage nach der Ethik militärischen Friedensdienstes

Nach der Ethik des Friedensdienstes wird gefragt.

Ziel aller ethischen Besinnung ist das Wissen um Gut und Böse. Ist es vermessen zuzugeben, dass sich mir diese Frage nach der Ethik kaum stellt?

Das wäre erst der Fall, wenn der Einsatz gegen das Prinzip der Proportionalität verstieße. Wenn also trotz der Richtigkeit und Notwendigkeit der Friedensstiftungsabsicht – die „recta intentio“ – der erwartete Schaden in keinem Verhältnis zu dem Schaden stünde, der ohne Einsatz militärischer Mittel entstehen würde.

Nun hat die Lehre vom gerechten Krieg, die natürlich dieser Überlegung zu Grunde liegt, den Verteidigungskrieg, dessen Zweck ausschließlich der Friede ist, zum Gegenstand. Sie ist der ethische Kompromiss zwischen dem göttlichen Gebot der Friedenserhaltung und der Notwendigkeit, einen faktisch verletzten Frieden wieder herzustellen.

Nirgends jedoch, so scheint mir, wird dieses vernünftige und deswe-

**Ethik als Lehre wird uns keine Rezepte bieten,
aber Maßstäbe und Gewissen schaffen.**

gen moralisch nicht ernsthaft anzweifelhafte Dictum übertragen, auf militärische Einsätze zur Friedensstiftung außerhalb der unmittelbaren Betroffenheit. Wo beginnt die Verantwortung für den Frieden? Wann wird aus einem Einsatz Einmischung aus überwiegend oder rein politischen Gründen? Oder fast noch wichtiger: wäre der Verzicht auf einen internationalen Friedenseinsatz ethisch als Missachtung des göttlichen Friedensgebotes zu werten?

Wir werden auch in Zukunft die eindeutige ethische Legitimation für unsere Friedensbemühungen nicht für jeden Fall erhalten können. Politisches Handeln schließt die Frage nach dem Guten und Bösen mit ein, wird aber nicht schon deswegen unverantwortlich, weil es auch Aspekte im Strauß der Motive gibt, die dem Bereich der Interessen zuzuordnen sind. Ethik als Lehre wird uns keine Rezepte bieten, aber Maßstäbe und Gewissen schaffen.

Ich denke, dass die Lehre vom Bellum Justum auf ein neues Zeitalter fortgeschrieben werden muss,

in dem die Bewahrung des Friedens nicht nur in einem System der berechenbaren, trotz Gegnerschaft geordneten internationalen Beziehungen, sondern in chaotischer Lage erfolgen muss. Das Prinzip der Proportionalität ist nicht nur auf die Mittel der Kriegsführung anzuwenden, sondern genauso auf die eigentliche ethische Entscheidung: kann ein Verzicht auf militärische Friedensstiftung trotz des göttlichen Friedensgebotes ethisch legitimiert werden – übrigens ein Problem, das in seiner Qualität und Begründetheit uns auch in der Frage begegnet, ob in der Verweigerung an der Teilnahme am militärischen Friedensdienst prinzipiell nicht dem Bösen Vorschub geleistet wird zu Gunsten privater Tugendhaftigkeit. Der Hinweis, dem Frieden auch anders dienen zu können, ist ein Ausweichen vor der letzten Antwort durch den Kriegs- und Wehrdienstverweigerer.

10. Die Chance einer Revitalisierung von Werten

Natürlich leben wir alle unter den Bedingungen pluralistischer Verwirrung. Mit der Aufklärung und dem Siegeszug der menschlichen Vernunft haben Glaube und Kirche an Einfluss verloren. Die Frage nach Gut und Böse an sich ist nach Dietrich Bohnhoffer schon eine Abkehr vom Ursprung, also von Gott, der über Gut und Böse steht – eine Denkweise, die nachzuvollziehen uns heute schwer fällt.

In der Meinungsvielfalt und im Meinungswettbewerb ist es aber für die Einzelnen einfacher als wir vielleicht annehmen, eine gerechtfertigte Antwort zum guten Handeln oder zum Verzicht auf das Handeln überhaupt zu finden. Schwieriger ist es schon, diese Antwort nach Außen zu vertreten, weil man sich der Gefahr der Diffamierung durch diejenigen aussetzt, die ethische Maximen wie das Gebot christlichen Gewaltverzichts oder die Botschaften der Bergpredigt unreflektiert instrumentalisieren und als Waffe benutzen.

Eine Folge des überwundenen Kalten Krieges ist die wesentlich komplexere weltpolitische Ord-

nung, die ja noch gar nicht existiert, die noch im Fluss ist. Nur wenige durchdringen wohl alle politischen und ethischen Dimensionen der neuen Menschheitsaufgaben. Aber viele erahnen und fühlen sie, womit die Weichen zum guten Handeln gestellt sind.

Daneben bieten sich wahrhaft

neue Chancen zur Wiederbelebung des Menschseins durch Sinnvermittlung und durch eine neue, wiedergewonnene Identität. Nur dürfen wir die Dinge nicht sich selbst überlassen. Die Chance einer Revitalisierung ideeller Werte ist uns in der Armee geschenkt, keineswegs jedoch die Gewissheit,

dass am Ende der Entwicklung sich alles zum Guten gewendet haben wird.

Ich wünsche Ihnen in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, dass Sie in der Wahrnehmung Ihrer Verpflichtung nicht der einzige Rufer in der Wüste sein werden. □

Die Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten

Karl-Heinz Ditzer

Wenn man die Bilder der sich für die Deichsicherung im Oderbruch abschuftenden Soldaten, die von der dortigen Bevölkerung zu Recht als Helden gefeiert wurden, noch vor Augen hat, dann scheint die Frage nach der Ethik für den Dienst des Soldaten völlig überflüssig zu sein. Nicht nur für die dortige Bevölkerung, auch für die Soldaten selbst beantwortete sich die Frage aus sich selbst heraus: es galt den Menschen in Angst und Schrecken zu helfen, es galt Leben und Eigentum zu schützen, und es wurde geholfen. Für diese Aufgabe und das Ziel waren die Soldaten bereit, die eigene Haut zu riskieren und alle Strapazen auf sich zu nehmen. Die Interviews, die Soldaten Reportern gaben, waren beeindruckend. Hätte die Bundeswehr nur solche Einsätze zu bewältigen, könnte ich vielleicht an dieser Stelle meinen Vortrag beenden. Es stünde nach dem äußeren Eindruck nur die – eher führungsethische – Frage an: wie gestaltet man den Alltag der Grund- und Wehrdienstzeit, damit auch diese Zeit sinnvoll erlebt werden kann und nicht von den Soldaten u. U. als verquaste Zeit ihres Lebens abgebuht werden müsste.

Aber zum einen ist Katastrophenschutz und -einsatz nicht die einzige und nicht die erste Aufgabe der Bundeswehr. Zum anderen wiesen Helfer vom Technischen Hilfswerk THW in ihren Äußerungen gegenüber den Medien darauf hin, dass ihnen nach den jeweiligen Einsätzen auch noch die Aufgabe bleibe, die während des Einsatzes erlebten Eindrücke zu verarbeiten. Es gibt demnach – und sicherlich nicht nur für die THW-Helfer – noch weitere Dimensionen eines Einsatzes und zwar mit ethischen Implikationen, die es zu berücksichtigen gilt, auch wenn vordergründig alles geregelt zu sein scheint und optimal verläuft.

An die Hauptaufgabe der Bundeswehr erinnern – im Unterschied zu den Bildern der Oder-Flut – schon eher z. B. die anderen Bilder, mit denen ein Video – von einzelnen Soldaten in ihrer Freizeit während ihrer Ausbildung zu einem Friedenssicherungs-Einsatz gedreht – Furore machte und die Öffentlichkeit – häufig ziemlich unqualifiziert – beschäftigte. Ich habe mir dieses Video einige Male angesehen und hatte den

I. Einzelne Bedingungen menschlichen Werdens und Seins und die Ethik

Bewertung und Bedeutungsbildung begleiten die Entwicklung

Von den Schwierigkeiten der Persönlichkeitswerdung

Individualisierung und Gemeinnsinnressourcen

Altruismus und Nächstenliebe

Verluste und Gewinne von Reifungsprozessen

Vorrangige Staatsaufgaben:

Staat und Staaten müssen in nationale und supranationale Kultur investieren

Selbstverständnis eines „guten Deutschen“ oder eines „wahren Deutschen“

II. Anmerkungen zu einigen ethischen Ebenen soldatischen Dienstes.

Kameradschaft als ethische Anfrage

UN-Einsätze: Der Soldat als Ober-Tugend-Wächter?

Verantwortung vor der Geschichte

Das Video von Hammelburg und seine Anfrage

Voraussetzungen bedenken

Gefühls- und Erlebniswelt-Orientierung behindern Krisenbewältigungskompetenz

Debriefing und Krisenintervention

Die Fähigkeit zur Bewertung verleiht Krisenresistenz

Anmerkungen

Eindruck, dass weder etliche Kommentatoren in der sogen. „Öffentlichkeit“ noch die Vorgesetzten dieser Soldaten in der Ausbildung, beurteilt nach ihren in den Medien gemachten Aussagen, etwas von dem Geschehen in diesen Soldaten noch von den Ursachen dieser das seltsame Verhalten auslösenden Faktoren eine Ahnung hatten. Ich hatte den Eindruck, dass verschiedene Reaktionen darauf höchst unangemessen waren. Zuzustimmen ist der Äußerung von Militärdekan Georg Kestel, Referatsleiter Seelsorge im Katholischen Militärbischofsamt, der bis vor kurzem noch Katholischer Standortpfarrer in Hammelburg war, und „durch den Vorfall die Notwendigkeit etwa des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU) bestätigt“ sieht¹⁾.

Auch an diesem Beispiel wird

deutlich, dass Hilfeinsätze ethischer Reflexion bedürfen. Allerdings müssen wir uns von einem Verständnis von Ethik lösen, das sie auf grob normative Prozesse, auf die Einhaltung eines Regelwerkes – von dem hier nicht gesagt sein soll, dass es überflüssig sei –, reduziert. Aber menschliche Wirklichkeit und Sein ist keine Maschine, die nach Konstruktionsnormen und Verhaltensprogrammierungen funktioniert.

Ich möchte deshalb in einem ersten Schritt meines Vortrags kurz auf einzelne Erkenntnisse hinweisen, die uns die moderne interdisziplinäre Forschung bereit stellt. Sie scheinen mir hilfreich zu sein, die im Helfenden ablaufenden Prozesse besser zu verstehen und Folgerungen für eine die Ausbildung für und die Vorbereitung zu einem Einsatz begleitende ethische Reflexion zu ziehen.

I. Einzelne Bedingungen menschlichen Werdens und Seins und die Ethik

Menschliches Sein ist ein dynamisches, mit der Umwelt wechselwirkendes, sich und die Umwelt beeinflussendes und veränderndes System, das in diesem seinem produktiven Prozess, sowohl auf der physischen Ebene einer 'einfachen' Zelle wie im Kultur verändernden wie schaffenden Bereich, durch Bedeutungsbildungen und Bewertungen wesentlich gekennzeichnet ist. Menschliche Krisen zeichnen sich auch immer dadurch aus, dass es zu konfliktären Prozessen und damit zu Problemen in diesem Bedeutungsbildungs- und Bewertungsbereich kommt. Psychische Krisenintervention heißt insofern immer auch, dass man sich um diese Bewertungsprozesse kümmern muss.

Bewertung und Bedeutungsbildung begleiten die Entwicklung

Die gesamte Evolution des Lebenden ist von Bewertungsprozessen begleitet. Einzelne Prinzipien, wie sie innerhalb der Biologie und insbesondere der Evolutionsforschung diskutiert werden²⁾, waren nicht nur beim Start der ersten singulären, individuellen, lebenden und überlebenden Zelle in der Evolution steuernd dabei, sondern

sind sogar – wenn auch adaptiert – im sozio-kulturellen Komplex menschlicher Existenz aktiv. Wenn wir daher vom Menschen als einem auf Sozietäten bezogenen Wesen reden, dann sollten wir nicht nur und zuerst auf seine Fähigkeit zu reflexiver Gestaltung seiner Selbst und seiner Umwelt schauen, sondern auch das (adaptierte biologische) Grundprinzip beachten, dessen „Interesse“ (Funktion) die Optimierung der Lebensprozesse ist. Alle im System ablaufenden Prozesse werden begleitend danach „bewertet“, ob sie dieser Optimierung dienen oder nicht, und entsprechend gesteuert. Diese Regelung geschieht über den Kanal der Emotion und zwar unbewusst.³⁾ Prinzipiell ist der Mensch, als das so hochkomplexe System, befähigt, sich dieser ablaufenden und bewertenden Prozesse bewusst zu werden und sie in ihrer Prozesshaftigkeit reflektieren zu können. Wenn das Individuum „hören“ gelernt hat, „empfängt“ es die internen (bewusstseinsfähigen, aber nicht unbedingt pflichtigen) Impulse, um sich ihrer bewusst zu werden, sie kognitiv zu verarbeiten und handlungsrelevant werden zu lassen. Diese Impulse signalisieren in der Regel nur die

Notwendigkeit einer Veränderung, die Art und Weise sowie ihre Richtung bleibt seiner bewußtseinsmäßigen Verarbeitung überlassen. Dabei kann es sein, dass der Betreffende vielleicht anders, als biopsychisch intendiert, handeln muss.⁴⁾ Es ist ein Produkt seiner Lernerfahrung und Erziehung, ob er Widersprüche auf einer Metaebene auflösen und seinem Organisations- und Bewertungsprinzip Hilfe anbieten kann zur Adaptation auf einer und in eine höhere Organisationsstufe des Selbst und eine neue Stabilisierung des Ich. Da das Individuum in diese Prozesse aktiv eingebunden ist, ist hier gleichzeitig seine grundsätzliche Freiheit begründet, die auf mehr Selbstentfaltungsmöglichkeit und mehr Freiheit hin tendiert. Wie viel freiheitliche Selbstentfaltungsmöglichkeit – soziologisch gesehen – ihm tatsächlich zukommt, hängt auch vom Reifegrad seines soziokulturellen Umfeldes ab. Da der Mensch aber Mitgestalter seiner Selbst, seiner soziokulturellen sowie seiner physikalisch-biologischen Umwelt ist, ist er auch ein für die ablaufenden Prozesse Mitverantwortlicher – wenngleich kein Alleinverantwortlicher, da diese Systeme auch ihrer Eigengesetzlichkeit folgen.⁵⁾ Wir haben also – im Hinblick auf ethische Reflexionen – mehrere Ebenen zu unterscheiden: die genetisch angelegten Entwicklungsstartprogramme mit ihren Bewertungsgrundimpulsen und -verfahren, die individuellen biologisch beeinflussten Reifungsschritte⁶⁾, wie sie Piaget beschrieben hat und darauf aufbauend Kohlberg für die moralische Entwicklung, die sich aus der Interaktion „Individuum – Umwelt (Erziehung)“ ergebenden individuellen und gesellschaftlichen Organisations- und Bezugsebenen für das individuelle und gesellschaftliche Selbst⁷⁾, und schließlich die sich daraus wiederum ergebenden Einsichten, die vertiefen, stabilisieren und neue Handlungsoptionen erschließen (können). Der Grundimpuls der Bewertung nimmt dabei auf jeder Ebene spezifische Ausprägungs- und Wirkungsformen an, wobei der Anteil des Individuums an den Inhalten der aktuellen Bewertung und später Bedeutungsbildung immer größer wird.

Von den Schwierigkeiten der Persönlichkeitswerdung

Wie der Entwicklungsprozess der Bewertungs- und Bedeutungsbildungs in der (individuellen) ontogenetischen Entwicklung bis zur Reife des Menschen verläuft, hat Robert Kegan in seinem Buch: „Die Entwicklungsstufen des Selbst. Fortschritte und Krisen im menschlichen Leben.“⁽⁸⁾ sehr anregend und nachvollziehbar dargestellt. Sehr plastisch schildert er den interaktiven Prozess vom „Einverleibenden“ bis zum „Überindividuellen Selbst“ mit den begünstigenden wie hemmenden psychologischen Strukturen und Umwelten sowie den entsprechenden Krisen. Wenn 1996 der Schweizer Psychotherapeut Jürg Willi – wie auch andere – eine „Ökologische Psychotherapie“⁽⁹⁾ forderte, dann ist dies einerseits eine Referenz an die ablaufenden von mir angedeuteten bewertenden und bedeutungsbildenden psychischen Prozesse und andererseits eine Antwort darauf, dass diese Prozesse sich in der augenblicklichen Umbruchssituation nicht so konfliktfrei vollziehen, wie sie es eigentlich sollten. D. h. Menschen fühlen sich von der zu erbringenden Leistung ihrer Persönlichkeitswerdung und -gestaltung überfordert, die mit ihnen interagierende soziale und kulturelle Umwelt ist nicht so hilfreich, wie sie es sein müsste. Wenn wir über Gewaltphänomene von Jugendlichen in unserer Gesellschaft und über rechtsextremistische Aktivitäten, Auswüchse und Terror überhaupt nachdenken, dann sollten wir berücksichtigen, dass die für den individuellen psychischen Entwicklungsprozeß so wichtigen Kulturen einerseits ihrerseits im Umbruch sind und andererseits in den Phasen der individuellen Entwicklung zuvor viele notwendige Schritte nicht erfolgreich bewältigt und viele notwendige das Ich stabilisierende Erfahrungen nicht gemacht wurden. Der Sozialpsychologe Prof. DDR. Gerhard Schmidtchen konnte in einer empirischen Feldstudie 1994 und 1995 an 5.500 west- und ostdeutschen Jugendlichen zwischen 15 und 30 Jahren⁽¹⁰⁾ diese Prozesse statistisch darstellen und die beteiligten Faktoren in ihren Wechsel-



wirkungen eindrucksvoll belegen. Er konnte zeigen, dass selbstschädigende Tendenzen, vandalistische Tendenzen, Neigung zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen einerseits statistisch gesehen einhergehen mit einem unreifen Erziehungsstil (paradoxe und gleichgültiger Erziehungsstil) der Eltern⁽¹¹⁾, geringer Rollenkomplexität der Jugendlichen, hohen Ichlichkeits- und geringen Altruismus-Werten usw. Andererseits wechselwirken mit diesen Werten wiederum gesellschaftliche Ursachen-Zuschreibungs-Prozesse u.a. Tendenzen. Da eine Kultur aber ihrerseits wiederum nur so gut – oder genauer – so reif ist, wie die sie konstituierenden Mitglieder und Träger reif sind, verzeichnen Soziologen mannigfach die Turbulenzen in unserer Gesellschaft, in denen manche Zeitgenossen schon den Untergang sehen.

Individualisierung und Gemein-sinnressourcen

In diesem Zusammenhang glaubt Heiner Keupp⁽¹²⁾ feststellen zu müssen: „Der vermeintliche Gegensatz zwischen einer moralischen und einer 'eigennützigen' Haltung gehört zwar zu einer tiefen kulturellen Imprägnierung in unserer Gesellschaft, verführt aber zu Irrtümern. Richtig ist: Die Individualisierung verbraucht beileibe nicht alle Gemein-sinnressourcen. Gerade aus dem oft ver-teufelten Impuls der „Selbstentfaltung“ heraus entstehen Gemein-schaftsinitiativen.“ Seine von ihm „als Zeugen“ angeführten Beispi-

le, sprechen zwar dafür, dass Individualität und Gemein-sinn sich nicht prinzipiell widersprechen, wovon auch ich überzeugt bin, aber eine „eigennützige“ Haltung, die den Gemein-sinn mit im Auge hat, setzt ein reifes Individuum eben mit der von Kegan so genannten „Überindividuellen Orientierung“ voraus. Wenn man schon davon ausgeht, dass „Werte ... aus der Perspektive des Individuums Lebensziele (sind)“, wie ich mit Schmidtchen⁽¹³⁾ ebenfalls annehmen möchte, dann sind sie auch Investitionsobjekte, für die man sich anstrengen muss und für die man etwas tun muss, um sie zu erreichen. Was der Einzelne investiert, sind Ressourcen. Diese Ressourcen muss er erstens haben und zweitens muss es ihm Wert erscheinen, sie zu investieren. Es wird also von ihm zuvor eine Grenznutzenbetrachtung durchgeführt, bevor er investiert. Wenn ihm Gemein-sinnressourcen direkt etwas Wert sind (vielleicht dank seiner Erziehung und / oder seiner Vorerfahrungen und vielleicht kommunikativer gesellschaftlicher Unterstützung) und er eigene investierbare Ressourcen (z. B. Zeit und Fähigkeit zum Bedürfnisaufschub) hat, fällt seine Entscheidung entsprechend zu Gunsten, des Gemein-sinns aus – auch wenn er persönlich nichts (direkt) davon hat. Wenn sie ihm nichts Wert sind, ist seine Investitionsbereitschaft zweifelhaft. Die „Werte“ müssen dann erst einsichtig (wertvoll, für das Individuum bedeutungsvoll) gemacht werden. Wie dieser Prozess ausgeht, hängt ganz davon ab, wie der Betreffende seine „Selbstentfaltung“ inhaltlich definiert. Da „erwartbares Handeln“ für ein soziales Wesen aber eine unverzichtbare Bedingung seiner Existenz und Lebensgestaltung ist, werden von sozialen Gemeinschaften bestimmte Investitionen als zu erbringende Leistungen „moralisiert“, d.h. als zu erfüllendes moralisches Handeln und Verhalten gesellschaftlich reklamiert. Diese moralischen Normen sind wandelbar, sie sind von der jeweiligen Gemeinschaft wie von den sie tragenden Individuen immer wieder hinsichtlich ihrer Funktion zu überprüfen. Fähig dazu sind die, von Kegan so genannten, „reifen Indi-

viduen“ mit „überindividueller Orientierung“, die gerade darin auch ihre „Selbstentfaltung“ optimiert sehen und erleben. Wir sind also nicht gut beraten, Individualität, Selbstentfaltung, Gemeinsinn und Moral etc. in Gegensätze zu bringen. Es tut vielmehr not, sie in ihrer Wechselwirkung zu sehen und zu entfalten.

Außerdem gibt es, wie mir scheint, so etwas wie einen altruistischen Grund-Impuls, den wir auch im Tierreich bei in sozialen Gruppen lebenden Tieren finden und den Keupp übersieht und untergewichtet. Dieser Grundimpuls ist vermutlich bei sozialen Reaktionen im normalen Alltag – zumindest bei denen, die keine das Individuum schädigenden Gemeinschaftserfahrungen gemacht haben – wirksam, wo nicht lange überlegt wird und der vielleicht auch etliche unserer Soldaten in ihrem Einsatz im Oderbruch motivierte und sie alle Strapazen auf sich nehmen ließ. Aber wie dem auch sei: Die „Selbstentfaltung“, die im „Überindividuellen Selbst“ ihren reifen Ausprägungsgrad findet, beinhaltet den gereiften altruistischen Impuls, der sich dem anderen/den anderen, der Gemeinschaft zuwendet, ohne eben danach zu fragen, was ich als Individuum davon habe. Man hilft dem anderen, eben weil er Mensch ist wie ich selbst – und weil er gerade eben jetzt meiner Hilfe bedarf. Der Helfer antwortet mit seinem Verhalten auf die unmittelbar erfahrene Würde des anderen und ihre Bedrohung. Und diese Erfahrung kann wiederum bei dem Helfer einen Reifungsschritt oder seine Stabilisierung in der gewonnenen Ebene auslösen, wenn sie denn bewußtseinsmäßig eingeholt und verarbeitet wird.

Die Erfahrung von extremem Leid, von zerbrochenen Existenzen ... kann aber auch zu einer herben Anfrage an die menschliche Existenz und ihren Sinn werden. Enttäuschungen können die bis dahin aufgebaute Welt- und Menschensicht und damit den Bedeutungsverleiherungs- und Orientierungsrahmen für das eigene Selbst völlig in Frage stellen. Man ist herausgefordert, die Organisation des Selbst neu zu vollziehen und die bitteren Erfahrungen zu integrieren. Dies nennen wir Kri-

se. Da das Selbst die Qualität seines biopsychischen Zustandes ist, kann diese Krise leicht somatisieren.

Altruismus und Nächstenliebe

Indem Keupp das Verständnis von „Moral“ als einem internalisierten Sack von Normen“, der den Menschen notwendig fremdbestimmt, für sich übernimmt, übersieht er auch, dass dieser altruistische Impuls gar kein genuin christlicher Impuls ist, sondern der in die Kultur adaptierte evolutive Grundimpuls. Wie die schon zitierte Untersuchung von Gerhard Schmidtchen¹⁴⁾ ebenfalls an vielen Beispielen belegt, ist die Ausprägung bestimmter Wertvorstellungen und entsprechendem Verhalten, also auch altruistisches, gemeinschaftsbezogenes Verhalten, nicht abhängig von einer Kirchen- oder Religionszugehörigkeit, auch wenn diejenigen, die sich mit einer Kirche identifizieren gerade im Hinblick auf den „ideellen Altruismus“ sehr stabile Werte aufweisen. Die altruistische Orientierung ist abhängig von der das Individuum in seiner Entwicklung haltenden Kultur. Dabei erweist sich u. a. eine (gelernte) „altruistische Orientierung als Gegenmotiv zur Gewaltbereitschaft“, während dagegen hohe Positionen auf der Skala der Eigenliebe mit deutlichen Anzeichen zur Gewaltbereitschaft einhergehen.¹⁵⁾ Sich selbst zurückzunehmen und sich für andere ohne Eigennutz zu engagieren, kann auch von Nichtchristen gelernt und gelebt werden.

Christlich an dem altruistischen Impuls – oder an seiner christlichen Formulierung: der Nächstenliebe – ist seine/ihre göttliche Bestätigung und Überhöhung. In dem der geglaubte Gott in der Existenz des Jesus von Nazareth, dem Christus, dieses Engagement für den Menschen bis ins Extrem seiner Hingabe im Tod vollzieht, erweist er in seiner Auferstehung, dass selbst in der Hingabe des Lebens die Vollendung menschlichen Lebens über seine Jetztzeit hinaus möglich und gewährleistet ist. Damit ist menschlichem Leben zwar die Angst vor Schmerzen und Verlusten, und insbesondere dem Lebensverlust, nicht genommen, aber ihm ist mit

der Hoffnung zugleich die Kraft gegeben, diese auszuhalten und trotz ihr ein altruistisches, ein von der Nächstenliebe geleitetes, Leben zu führen. Christen, als berufene Zeugen des Engagements Gottes für den Menschen und die Menschheit, sind zwar gerufen, dem Vorbild und Beispiel Jesu in besonderer Weise zu folgen, sich an ihm zu orientieren und vertrauend auf den Beistand des Geistes untereinander und den Menschen allgemein gegenüber zur Orientierung und zur Hilfe zu werden, aber es ist nicht ihr alleiniges Privileg.

Dass Menschen, denen ihr Glaube ein tragendes Fundament ist, sich leichter in der Bewältigung von Krisen zu tun scheinen, geht langsam auch Psychologen auf, wie man der zunehmenden diesbezüglichen Forschungsliteratur entnehmen kann, wenngleich etliche gerne an ihrem Vorurteil von Religion als einem Infantilismus festhalten möchten, wie uns Albert Ellis in der Zeitschrift PSYCHOLOGIE HEUTE¹⁶⁾ vor ein paar Monaten gerade noch einmal versicherte. Allerdings offenbarte er dabei nur, dass er seinen religiösen Entwicklungsbewusstwerdungs- und -integrationsprozess im Alter von 12 Jahren abgeschlossen und eine weitere Entwicklung aufgegeben hatte. Gerhard Schmidtchen kann ihm gegenüber nur festhalten: „Für die aktiven Mitglieder der Kirche wird das gemeinsame Hören der Botschaft, das Sprechen, die Begegnung und das Handeln zu einer wichtigen Quelle der ethischen Orientierung. Je enger die Beziehung zur Kirche, desto deutlicher bildet sich der Typus eines ideellen Altruismus aus, und die Selbstbezogenheit tritt zurück. Es gibt neben der Kirchengemeinde keine andere soziale Organisation, die dem ethischen Denken und Fühlen eine ähnlich deutliche Richtung weist.“¹⁷⁾

Sozietäten jedenfalls, die sich – wie man aus theoretischen wie empirischen Gründen heute wohl formulieren kann – aus Menschen mit einem entsprechend stabilisierten Ich und so geprägten „Überindividuellen Selbst“ zusammensetzen, sind leichter in der Lage, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der kulturellen Gemein-

schaft, die wir Menschheit nennen, zu leisten. Solche Sozietäten sind aber, um dies noch einmal festzuhalten, nur zu haben um den Preis einer gesamt menschlichen Anstrengung der sie konstituierenden Individuen, wozu eben auch ethisch reflektierte Einstellungen und das Bemühen um ihre Umsetzung in den alltäglichen Lebensvollzug gehören. Ein Prozess, der von frühester Kindheit an beginnt.

Verluste und Gewinne von Reifungsprozessen

Von Kindern schon z.B. auch Verzichtleistungen zu erwarten, hat nichts mit einer sauer-töpfischen Moral zu tun, sondern ist ein Beitrag zu ihrer Freiheitsentwicklung und Selbstentfaltung. Indem sie nämlich lernen, ihre spontanen inneren Impulse zu beherrschen, um sie in ein größeres Ich-Konzept einbringen zu können, erringen sie so ein Stück mehr Möglichkeit zum Selbstvollzug und erfahren Freiheit, was von ihnen im Nachhinein dankbar genossen wird.

Damit zu beginnen, um ein weiteres Beispiel zu nennen, allgemein von der Clique akzeptierte Verhaltensweisen zu hinterfragen, heißt zwar zunächst, auch die emotionale Geborgenheit in der Clique in Frage zu stellen, bedeutet aber auch, sich übergeordnete Regeln des Zusammenlebens zu erarbeiten und sich Kriterien für eigenes Verhalten zu erwerben, die auch dann noch gültig sind, wenn gemeinsames Feeling nicht mehr trägt. Beispiele aus Jugendclubs zeigen, dass etliche Jugendliche in dieser Entwicklungsstufe stecken geblieben sind. Da ihre soziale Kompetenz, insbesondere ihre Rollenkomplexität¹⁸⁾, also die Fähigkeit, mehrere Rollen zu übernehmen und positiv zu gestalten, und ihr Selbstvertrauen gering sind, beteiligen sie sich z.B. an Gewalttätigkeiten, nur um der Cliquenzugehörigkeit nicht verlustig zu gehen.

Nationalitätenbilder sowie Staatsziele und -zwecke zu hinterfragen und nach ihren übergeordneten Begründungen und Zusammenhängen zu fahnden, kann zwar dazu führen, dass Brauch-tum, Rituale und Selbstverständnisse (wie „Wir Deutschen“) sowie



Erzbischof Dr. Johannes Dyba, Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr, sucht und findet schnell den Kontakt zu Soldaten aller Dienstgrade. Gerade informelle Gespräche tragen zum gegenseitigen Verständnis bei wie hier auf dem Empfang zum Abschluss der Akademie. (Foto: F. Brockmeier)

vermeintliche Rechtsansprüche und Gemeinwohlinhalte (was uns zusteht, was wir haben müssen, was man uns nicht nehmen kann ...) in Frage gestellt werden.¹⁹⁾ Solches Nachdenken kann aber auch dazu führen, den Stellenwert und die Würde eines jeden Individuums in der Menschengemeinschaft, im Staat sowohl wie supranational, zu entdecken und nach den Regeln und Zusammenhängen zu fahnden, die die Selbstentfaltung aller Menschen strukturell ermöglichen kann. So könnte sich ein ganz neues Selbstverständnis als Mitglied der Völkerfamilie entwickeln. Ein solches Selbstverständnis mit Kooperationswillen könnte leichter ethnisch orientierten Nationalismen widerstehen – ein gutes Produkt ethischer Reflektion. Der Staat (und seine Organe) sollten solche Reflexionen unterstützen.

Vorrangige Staatsaufgaben:
Staat und Staaten müssen in nationale und supranationale Kultur investieren

Der Rechts- und Staatswissenschaftler Prof. Saladin sieht in ihnen einen vorrangigen Staatsauftrag, wenn Staaten auch in Zukunft ihren Integrationsfunktionen nachkommen wollen. Er

schreibt²⁰⁾: „Diese Aussage lässt sich halten auch vor dem Hintergrund negativer geschichtlicher Erfahrungen mit einer Mystifizierung und Übersteigerung der Staats-Persönlichkeit: Die von Hitler beschworene Germania war gerade keine 'Kulturperson', sondern ein verschwommen-biologisches Ur- oder Unwesen, und vor allem anderen: eine Machtfigur. Durchaus Ähnliches scheint etwa für das sogenannte Groß-Serbien zu gelten, für welches der grauenvolle Krieg gegen und in Bosnien-Herzegowina geführt wurde.“ Etwas später fährt er dann fort (S. 793): „Auf den (stets weit verstandenen) kulturellen Bereich bezogen muss das nun bedeuten, dass der Staat nicht nur die Pflege der kulturellen Identität auf seiner eigenen Ebene, also die Bewahrung und Fortgestaltung seiner eigenen kulturellen Persönlichkeit, mit hoher Priorität betreibt, sondern dass er sich für eine entschiedene Erfüllung kultureller Aufgaben auch auf der internationalen und supranationalen Ebene einsetzt. In Europa wird er so das Seine zur Verstärkung eines europäischen Kulturbewusstseins und damit eines europäischen Integrationspotentials beitragen, etwa durch kräftigen Ausbau kulturellen Austausches und kultureller Verständigung. Hier

bleibt sehr viel zu tun. Die bisherigen Bemühungen um europäische Integration haben andere Prioritäten gesetzt.“ In einer zusammenwachsenden Welt haben Staaten eine neue Funktion bekommen: die des „Mittlers“ – und zwar auf drei Ebenen: (substaatlich) unternational – national und supranational. „Solche Mittlung muss auch und vielleicht zuerst darauf angelegt sein, zwischen den verschiedenen Ebenen keine radikalen kulturellen Gegensätze aufkommen zu lassen oder dort, wo sie sich finden, auf ihre Beseitigung oder Milderung hinzuwirken. Das bedeutet zunächst und vor allem, dass auf keiner Ebene Raum ist für ethnische, religiöse, sprachliche oder andere Exklusivansprüche, für einen repressiven Nationalismus oder gar für einen aggressiven Rassismus. Dagegen haben die Staaten und die unterstaatlichen Gemeinschaften, hat aber ebenso die Staatengemeinschaft mit aller Entschiedenheit anzukämpfen. Dies ist eine geschichtsbestimmende Aufgabe, und ihre Erfüllung oder Nicht-Erfüllung wird – nicht allein, aber hervorragend – Geschichte sein.“ (S. 794) Der SFOR-Beitrag unserer Soldaten in Jugoslawien ist ein Beitrag in diesem Sinne und bekommt von hier her seinen „Sinn“ und seine ethische Legitimation. Wie man sieht bekommt auch im Rahmen einer politischen Ethik dem Dienst des Soldaten eine besondere Bedeutung zu. Eine Armee wird die Wechselwirkung zwischen Aussagen der politischen Ethik, wie sie gerade getroffen wurden, und individuellem soldatischen ethischen Selbstverständnis sowie Handlungsorientierung reflektieren müssen. In der Bundeswehr ist diese Reflexion – von der Gründungsintention her – eigentlich in der „Inneren Führung“ institutionalisiert.

Selbstverständnis eines „guten Deutschen“ oder eines „wahren Deutschen“

Auch das Bundesverfassungsgericht hat – im Hinblick auf das Selbstverständnis der Bundeswehr – in seiner Begründung zu seinem Urteil vom 12. Juli 1994 zu Einsätzen der Bundeswehr im Rahmen von „Systemen kollektiver Sicherheit“ zugearbeitet.²¹⁾ Es wäre

das genuine Arbeitsfeld der Institution „Innere Führung“, immer wieder über das Selbstverständnis, die Zielsetzung und den Selbstvollzug der Institution Bundeswehr angesichts der globalen Vernetzung der Bundesrepublik Deutschland zu reflektieren und die Ergebnisse in den Wirkungsfeldern „Innere Führung“ fruchtbar werden zu lassen. Ein „guter Deutscher“ oder ein „wahrer Deutscher“ – oder was immer Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen als Attribute für sich in Anspruch nehmen – könnte sich dadurch auszeichnen wollen, dass er seine Kräfte dafür einsetzt, dass andere Menschen, Menschen anderer Völker, in nicht so günstigen soziokulturellen Umständen, Menschen unter Kriegsgefahr, in Situationen, die ihre Selbstentfaltung behindern, ihre Würde verletzen, mehr Raum und mehr Möglichkeiten zur Entfaltung wieder bekommen. Ist dieser Wunsch schon das Produkt gesamt menschlicher Reifung und ihrer implizierten ethischen Reflexion, so setzt die Umsetzung ebenfalls noch einmal alle entsprechenden Anstrengungen voraus. Würde

die Ausbildung in Hammelburg und zuvor in den Einheiten der Truppe unter diesem Aspekt von „Innerer Führung“ ihrer Aufgabe nachgekommen sein, wäre das besagte Video vermutlich nicht entstanden.

Unsere bisherigen Überlegungen unter Punkt 1 haben – hoffentlich – deutlich gemacht, dass grundsätzlich menschliches Werden ohne ethische Reflexionen und entsprechendes Verhalten durch alle Entwicklungsstufen hindurch nicht auskommt. Wir haben auch gesehen, dass mit der je bewussteren Integration in die jeweilige soziokulturelle Umgebung die Zahl der ethischen Reflexionsebenen und der zu bewältigende Komplexitätsgrad zunimmt. Wir konnten aber auch verzeichnen, dass dieser Prozess nicht nur mit mehr Anstrengung verbunden ist, sondern auch mit der Zunahme der Freiheitsgrade, Entscheidungsmöglichkeiten und Bindungsmöglichkeiten des Menschen.

Im nächsten Abschnitt möchte ich mich einigen spezifischen Herausforderungen des Soldaten zuwenden.

II. Anmerkungen zu einigen ethischen Ebenen soldatischen Dienstes.

Die bisher angestellten Grundsatzüberlegungen haben bei Ihnen, meine Damen und Herren, sicher schon eine Ahnung aufkommen lassen, dass die Beantwortung der gesamten Frage: „Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten“ in einem Referat nicht möglich ist. Zu viele sind der Ebenen, auf denen ethisches Verhalten relevant wird, ohne dass damit gesagt sein soll, dass diese Ebenen nicht wichtig seien.

Kameradschaft als ethische Anfrage

Nehmen wir z.B. nur die im Oderbruch geschuftet habenden Soldaten: ohne gelebte Kameradschaft, die ohne Selbstdisziplin nicht möglich ist, die ja ihrerseits mit ethischer Reflexion in engster Berührung steht, hätten sie ihre Leistung nicht vollbringen können. Jeder von ihnen, meine Damen und meine Herren, weiß, dass Kameradschaft realiter nicht be-

fohlen werden kann, auch wenn sie in den Vorschriften steht. Sie ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der Individuen in einer Gruppe, wobei z. B. das gemeinsame Erlebnis „Oderbruch“ entweder die Gruppe weiter zusammengeschweißt hat oder es hat sie völlig auseinander brechen lassen. Abhängig vom individuellen Reifegrad der Gruppenmitglieder, von ihrer Belastbarkeit, vom Gruppenbewusstsein usw., vielleicht auch von den Führungsfähigkeiten ihrer Vorgesetzten, sowie auch von den in der Ausbildung überhaupt und der Vorbereitung auf den Einsatz erworbenen spezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, wird man das Ergebnis nach ihrer Rückkehr in den normalen Dienstalltag sehen. Ob die Gruppe als Gruppe und die einzelnen Individuen in ihr weiter reifen, ist auch eine Frage der Aufbereitung ihrer Erlebnisse. Anstehende Themen wären hier z.B.: Bedingungen für

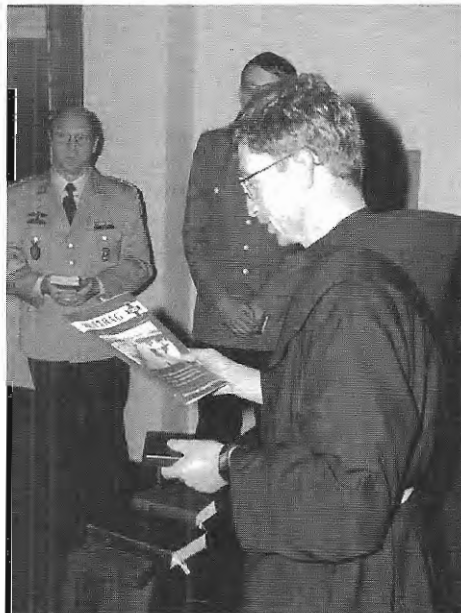
Kameradschaft und Freundschaft; Wie viel Selbstdisziplin ist nötig? Wie viel Gefühl darf ich freien Raum lassen? Was muss ich mir gefallen lassen? Wie gehe ich mit den Kompensationen meines Kameraden um? Habe ich Kameraden zu sehr belastet? Bin ich ihnen auf den Wecker gegangen? ... Und z.B.: Wenn ich den Hochwasserschaden hätte? Was macht das Leid der Betroffenen und eventuell ihre Verzweiflung mit mir? ... Sowie u. U. aufkommende Schuldgefühle, obwohl vielleicht gar keine Schuld im moralischen Sinne vorliegt? Erfahrungen des persönlichen Ungnügens, persönlicher Hilflosigkeit? Angst und Scham, u. U. das Gesicht verloren zu haben? ... Diese u. a. Fragen mögen auf den ersten Blick psychologische Fragen sein, sie sind aber zugleich ethische Fragen, da sie Reaktionen unseres Selbstsystems auf die Selbstwahrnehmung unseres Verhaltens in den stattgefunden habenden Interaktionen sind und nun zur geistig-psychischen Verarbeitung anstehen. Notwendigerweise greift unser Ich in dieser seiner Tätigkeit auf die bis dahin erworbene und installierte Werte- und Normenmatrix zurück und verändert sie gleichzeitig, um sie neuen Erfordernissen anzupassen. Die geistige Interaktion mit seiner Umwelt ist ihm dabei hilfreich – wenn nicht sogar unverzichtbar.

Diese Sachverhalte werfen natürlich sofort führungsethische Fragen an die jeweiligen Vorgesetzten auf: nicht nur im Hinblick auf deren eigenes Verhalten und ihre eigene Verarbeitung der entstandenen Problematik, sondern auch im Hinblick darauf, welche (geistige) Unterstützung und Solidarität sie ihren Untergebenen haben zukommen lassen (helfendes Umfeld). Ferner stellt sich die Frage, ob sie sich als Führer mit dem nötigen Sachverstand den Organisationsaufgaben gestellt haben usw.

UN-Einsätze: Der Soldat als Ober-Tugend-Wächter?

Bei all diesen aufgekommenen beispielhaft genannten Fragen wurde die „Sinnhaftigkeit“ sowie sittliche Gebotenheit eines solchen Einsatzes an sich schlichtweg vorausgesetzt. Anders dürfte sich die-

ser Sachverhalt bei z.B. UN-Einsätzen gestalten. Die schlichte Aufteilung in Blauhelm- und Kampfeinsätze hat sich durch die internationale politische Wirklichkeit überholt, wie z. B. die Einsätze in Somalia und in Jugoslawien gezeigt haben bzw. noch zeigen. Auch wenn man sich nicht zur Partei machen lassen kann oder darf in so einer kriegerischen Auseinandersetzung verfeindeter Gruppierungen, bleibt doch die Frage, ob man sich „vornehm zurückhalten“ kann oder darf, wenn die Opfer des Machtkampfes (unbeteiligte) Zivilisten sind, die schwerste Menschenrechtsverletzungen und sonstige gravierende Leiden erdulden müssen und sich oft nur durch Flucht in die Nach-



blendeten zukommt, und vor der allgemeinen Anerkennung der Menschenrechte, denen auch hier Geltung zu verschaffen ist – eines höheren Zieles willen –, in dieser Situation dennoch zu verharren, seinen Dienst so klug und umsichtig wie möglich zu vollziehen, um diese Menschen, die „Betroffenen“, vor ihrer gegenseitigen vollständigen Vernichtung zu bewahren, bis sie einen Weg des halbwegs Miteinander gefunden haben?! Die Antwort ist, ethisch verantwortbar, gar nicht so leicht zu geben. Emotional wären wir – angesichts des gegenseitigen Hasses, der Rachsucht, der Uneinsichtigkeit, der Widerborstigkeit und Hinterhältigkeit – leicht bereit zu sagen, dann schlägt euch doch die Köpfe ein, bis ihr es endlich kapiert habt. Aber Europa hat eine Geschichte hinter sich, in der es gelernt haben sollte, dass die Antwort so nicht zu geben ist. An den demoralisierenden Folgen der Religionskriege haben die Länder mehr als 400 Jahre gelitten (und tun es noch). Alle polittheoretischen und machtbalancierenden Versuche, beginnend beim Westfälischen Frieden, über die Wiener Konferenz bis hin zur Gründung des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg, haben das

Die GKS-Zeitschrift AUFTRAG neben dem Gesangbuch „Gotteslob“ in den Händen; Bruder Florian von der Schmalcalder Franziskaner Kommunität blickt doch noch etwas skeptisch auf die ungewohnte Kombination.

(Foto: F. Brockmeier)

barländer retten zu können glauben. Die Insassen der Flüchtlingslager rund um Ruanda, um Kambodscha und anderswo wissen ein Lied davon zu singen.

Wie geht man als SFOR-Soldat z. B. damit um, wenn scheinbar alle Bevölkerungsgruppen sich gegenseitig lieber „die Augen auskratzen“ möchten, als kooperativ und friedlich in einem gemeinsamen „Gemeinwesen / Staat“ zusammenzuleben und zu arbeiten, wo doch der Auftrag des Soldaten: der Friedenssicherung gerade beinhaltet, die Menschen daran zu hindern. Spielt sich der Soldat hier als „Supermoralist“, als „Ober-Tugend-Wächter“, auf oder nötigt ihn sein Respekt vor der Würde des Menschen, die auch noch den Ver-

Chaos eines Zweiten Weltkrieges nicht verhindern können. Erst diese schmerzhaften Erfahrungen führten zur Einsicht, dass nur eine gleichwertig-gleichberechtigte Völkergemeinschaft mit einem allgemein verbindlichen Kanon allgemein anerkannter Menschen- und Sozialrechte und entsprechendem Interventionsrecht kollektiver Sicherheitssysteme einen Ausweg aus diesem Dilemma weisen würde. Nur der Verzicht auf sogenannte „Souveränitätsrechte“ und die Bereitschaft, sich in die zu schaffenden Institutionen einzubringen und in ihnen mitzuarbeiten, würde die Weltvölkergemeinschaft ein Stückchen friedvoll weiterbringen. Die Einschränkung der „Souveränitätsrechte“ würde

sich letztlich als Gewinn erweisen, da jedes Volk viel mehr Spielraum zur eigenen Entfaltung hätte und nicht durch nationalistische Grenzen behindert würde. Ein Blick auf die gegenwärtige Weltlage zeigt, dass die Weltgemeinschaft es nicht sehr weit auf diesem Weg gebracht hat. Die Folgen der Re-Ethnisierung und Re-Nationalisierung zeigen aber auch, dass es keine Alternative zu dieser UN-Vision gibt, sondern dass die Staaten, die sie betreiben, nicht nur Spannungsfelder aufrichten und soziale Desaster anrichten, sondern auch sich und andere einschränken und so gerade das nicht erreichen, was sie erreichen möchten: mehr Freiheit und mehr Selbstentfaltung. Ihre Politik ist nicht nur gegen Menschen und Menschenrechte gerichtet, sondern langfristig auch noch höchst irrational. Aber dies ist auch eine Frage eines Einsichtsprozesses.

Verantwortung vor der Geschichte

Indem ein SFOR-Soldat seinen Dienst – solche politologisch-ethischen Überlegungen im Hinterkopf und an ihren Zielen orientiert – tut, hält er die Situation für das Wachstum von Einsichten und die Tür für mögliche „Runde Tische“ offen. Denn eines ist auch sicher, was uns der Zweite Balkankrieg noch einmal empirisch vorgeführt hat: Lässt man der Gewalt erst freien Lauf, reißt sie auch alle kulturellen Errungenschaften mit sich fort, es entwickelt sich eine Spirale nach unten zur Inhumanität hin. Hass setzt sich an die Stelle von Menschenachtung. Es bedarf Generationen, bis sich die psychischen individuellen und kollektiven Schäden wieder ausgewachsen haben. Bewusstsein ist ein Teil des sozialen Miteinanders, schreibt Wolf Singer und fährt dann fort: „Und mehr noch: Weil die am Dialog mit dem werdenden Gehirn teilhabenden Bezugspersonen ihrerseits wieder stark von den Menschen und der Kultur geprägt sind, die ihnen selbst einmal zu Bewusstsein verholfen haben, erhält Bewusstsein zusätzlich eine historische Dimension. Bewußtsein, das 'Sichgewahrsein seiner selbst', wird in dieser Betrachtungsweise zu einem Produkt nicht nur der biologischen, sondern auch der

kulturellen Evolution.“⁽²²⁾ Es ist also die Frage, welchem Selbstverständnis wir die Menschen in solchen Katastrophengebieten für die Zukunft aussetzen wollen oder nicht? Es ist – folgen wir Wolf Singer – auch die ethische Frage, ob wir uns der Herausforderung der kulturellen Evolution stellen wollen oder nicht? Ein tatenloses Zusehen beim kulturellen Niedergang von Völkern heißt jedenfalls nicht, „sich die Finger in Unschuld waschen können“. Wir übernehmen Mitverantwortung – so oder so.

Für mich stellt sich die Frage: Was können wir tun und wie können wir es tun, damit unser Tun dem einzelnen Volk und in ihm den Menschen und letztlich der Völkerfamilie überhaupt dient. Nationalen Interessen ist dann am besten gedient, wenn der Völkerfamilie insgesamt gedient ist. Die Vernetzung der Völker und die Globalisierung der Prozesse ist – positiv wie negativ – nicht mehr aufzuhalten.

Das Video von Hammelburg und seine Anfrage

Die Frage nach dem Was und Wie bringt uns von den politisch-ethischen Höhenflügen wieder auf den Boden zurück zu dem Soldaten, der da im Rahmen von SFOR seinen Dienst tut. Ich denke, dass er in Hammelburg eine gute Spezialausbildung und -einweisung bekommen hat – zumindest von der Intention her. Das berühmte Video machte aber auch deutlich, dass es im Hinblick auf die Krisenbewältigungsreife dieser Soldaten Defizite gibt. Sie sind nicht mit Bestrafungen zu bewältigen sondern nur mit Hilfen zum Erwerb von mehr Krisenbewältigungskompetenz. Es gibt genügend Parallelbeispiele aus der wissenschaftlichen psychologischen Forschung, Experimente, die abgebrochen werden mussten, weil sie eine Dynamik entwickelten, die die Teilnehmer zu ruinieren drohte. Nach meinem Eindruck beim Betrachten der Videosequenzen haben die Soldaten ihre Rolle „als Volk“, „als Partisanen“ usw., die z. B. einem SFOR-Konvoi Schwierigkeiten machen, so gut gespielt und sie so internalisiert, dass die damit in ihnen angestoßenen psychi-

schen Prozesse nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden konnten und in diesen ihren „Freizeit-Spielen“ weiter ausagiert wurden. Sie hätten bearbeitet werden müssen. Es sind keine anderen Prozesse, als wie sie auch am Einsatzort durch die Wahrnehmung der Scheußlichkeiten durch die Menschenrechtsverletzer bei den UN-Soldaten ausgelöst werden können und werden. Vergewaltigungen z. B., die UN-Soldaten in der serbomuslimischen Auseinandersetzung aus der Ferne mit ansehen mussten, ohne eingreifen zu können, hatten ja nicht das Ziel, den muslimischen Bosnierinnen ungeliebte Serbenkinder zu hinterlassen, sondern sie zu entwürdigen und psychisch zu vernichten mit der Botschaft: „Du bist nichts – nicht einmal mehr in dem Bereich, wo du die größte Verfügungsmacht hast: in der sexuellen Generationsfähigkeit. Gib also auf und verschwinde!“ Diese Verhaltensweise, der sich auch Affen in ihren Kämpfen mit Fremdstämmen bedienen, kam in ihrer emotionalen Botschaft auch bei den UN-Soldaten an. Sie löste bei ihnen eine Fülle widersprüchlichster Gefühle aus: von totaler Hilflosigkeit bis hin zu ohnmächtigem Hass, verbunden mit Schuldgefühlen, weil sie an der Situation nichts ändern konnten. Es gehört zu den zivilisatorisch-kulturellen Leistungen, eine adäquate Form für die humane Sexualität zu finden und gefunden zu haben. Dass die Reifung nicht immer gelingt, zeigen Analysen von Vorkommnissen des letzten Jahres in Jugendhäusern. In einem Fall, in dem ein Mädchen von ihrer Jugendhaus-Clique brutal vergewaltigt und über den Hof geschleift worden war, woran sich sogar „ihre beste Freundin“ beteiligt hatte, war auch die Botschaft: „weil du den emotionalen Zusammengehörigkeitskodex verletzt hast (das betroffene Mädchen sollte etwas aus der Gruppe erzählt haben, was diese nicht gut fand), wirst du nun brutal bestraft, damit du spürst, was du getan hast.“ Diese „emotionale Gerechtigkeit“, die einen geringen Reifegrad widerspiegelt, ist in diesem Fall der Ausweis für gravierende Entwicklungsdefizite, im Bosnienkrieg ist es die vom Hass verursachte Regredierung. Die Wahrnehmung

des Geschehens wie der Folgen lösen psychische emotionale, vorbewusste Prozesse aus, die – gesteuert von unseren einprogrammierten Prinzipien (z. B. Gesetz der heilen Gestalt/Optimierungs- und Altruismusprinzip) – nach Sanierung, nach Heilung schreien und auch gewaltige aggressive (zerstörerische) Energien freisetzen können, wenn sie denn nicht konstruktiv eingesetzt werden können. Werden sie nicht bewusst gemacht und halten über längere Zeit an, lösen sie einen Zusammenbruch aus und/oder u.U. eine emotionale Chaos-Konditionierung, die sich später als Posttraumatische Belastungsstörung zeigen kann. Ich habe schon vor drei und vier Jahren auf diese möglichen Prozesse in verschiedenen Publikationen und in Seminaren am Zentrum Innere Führung in der Vorbereitung auf UN-Einsätze sowie bei Generalstabsdienstverwendungslehrgängen aufmerksam gemacht und sie erläutert.²³⁾

Voraussetzungen bedenken

Wir können bei dem sozio-kulturellen Werdegang unserer Soldaten in unserer Gesellschaft nicht davon ausgehen, dass sie den psychischen Belastungen so ohne weiteres standhalten – wie es sich ja auch bei den UN-Soldaten anderer Armeen gezeigt hat. Ich kann nicht unter der Fahne: „Unsere deutschen Soldaten tun so etwas nicht!“, unter einem hohen ethischen Pathos von ihnen eine Leistung fordern und erwarten, die sie aufgrund ihrer bis dahin erworbenen psychisch-ethischen Reife gar nicht erbringen können. Ich finde so eine Erwartung, wenn ich gleichzeitig keine Reifungshilfen gebe oder sie sogar für überflüssig halte, äußerst scheinheilig. Wenn Normalbürger ohne besondere Belastungen, wie Heiner Keupp und viele andere feststellen, schon in unserer Gesellschaft angesichts der vorhandenen Tendenz zur weiteren (nicht zu verhindernden, aber auch durchaus zu begrüßenden) Individualisierung und Pluralisierung Probleme haben, eine stabile Identität und Selbstorganisation aufzubauen und oft nur mühsam ein instabiles Gleichgewicht zustande bringen, dann kann man von unseren Soldaten,

insbesondere nicht den jungen, nicht ohne besondere Vorbereitung eine solche Krisenbewältigungskompetenz, wie sie UN-Einsätze fordern, einfachhin erwarten.²⁴⁾

Gefühls- und Erlebniswelt-Orientierung behindern Krisenbewältigungskompetenz

Ich kann jetzt an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht auch noch das Szenario der Erlebnisgesellschaft und seine Folgen für den Entwicklungsprozess beschreiben, [ich habe dies ebenfalls schon früher getan und außerdem finden Sie eine gute Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Thesen von Gerhard Schulze²⁵⁾ in dem Vortrag von Michael Schlagheck, abgedruckt in der GKS-Zeitschrift AUFTRAG²⁶⁾] ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass die allseits betonte Gefühlsorientiertheit – insbesondere der jungen Menschen, aber nicht nur bei ihnen – in Verbindung mit ihrem Versuch, das „Leben jetzt“ durch eine Aktivierung und Steigerung der Außenreize (Durchtanzen auf Techno-Partys, Risikoverhalten usw.) gerade nicht zur gewünschten und gesuchten Stabilisierung der Organisation des Selbst und zur Erfahrung eines autonomen Ich führt. Man kann sich auf der Techno- oder Hauspartie zwar erleben, aber das ekstatische Erleben hat die Funktion einer „Musikdusche“ und hilft beim „Abtauchen aus dem Alltag“ aber nicht zu seiner Bewältigung. Die körpereigenen Anpassungsmechanismen (zum Schutz installiert) führen nur zu einer Steigerung der Dosen, um die Erhöhung der Reizschwellen wieder auszugleichen. In jedem Fall verhindert diese Art der Innen-Außenwechselwirkung die Auseinandersetzung mit der eigentlichen Lebensthematik und -problematik.²⁷⁾ Genau diese aber wird durch die Konfrontation mit der Chaostheorie und der Kriseneinsatzgebiete thematisiert. Cyberspace-Aktivitäten, Gotschaspiele usw. und eben diese Hammelburger Videospiele sind nichts anderes als der – wenn gleich untaugliche – Versuch, die Wachstumsspannungen und -krisen auszugleichen, auszuagieren, durch Motorik abzuführen. Durch

Konzentration auf Motorik kann man zwar einiges Positives bewirken, wie entsprechende Sportprogramme (ebenso wie auch bestimmte Psychoprogramme, wie z.B. Entspannungsübungen) zeigen, aber eben nicht alles. Aus der Erfahrung körperlicher Selbstbeherrschbarkeit kann Vertrauen zu mehr Bewältigbarem wachsen, wie die Programme der amerikanischen Armee mit Drogenabhängigen und anderen sozial Deprierten zeigen, oder bei uns in der Bundesrepublik im Rahmen von Anti-Aggressions-Programmen mit Straffälligen. Aber auch hier zeigt sich, was geistig-kulturell zu bewältigen ist, muss auch auf dieser Ebene bewältigt werden. Um z.B. Leiderfahrungen zu bewältigen, können z.B. Entspannungsübungen hilfreich sein, um emotional ausgelöste innere Verkrampfungen und Verspannungen zu lösen, damit der psychophysiologische Funktionskreis den Weg frei macht für die geistig-psychische Bearbeitung der Problemfelder, aber sie ersetzen eben nicht diese Arbeit, die das Ich auf der geistigen Ebene zu leisten hat.

Dass junge Menschen, die nur die Aktivität als Bewältigungsform kennen (gelernt haben), solche Reaktionen wie auf der Videoaufnahme produzieren, damit muss man nach meiner Einschätzung auch in Zukunft rechnen. Wahrgenommene Führungsverantwortung hat dies zum Anlass zu nehmen, mit diesen – wie mit den anderen Soldaten – über die bei ihnen – innen wie außen – abgelaufenen Prozesse zu reden, sie mit ihnen zu analysieren und zu reflektieren sowie die ethischen Implikationen zu bearbeiten, um notwendige Reifungsprozesse in Gang zu setzen.

Debriefing und Krisenintervention

Was für diese Ausbildungssituation festgestellt wurde, gilt natürlich – und in verschärftem Maße – für die Situation am Einsatzort und für die Phase nach der Rückkehr in die Heimat. Ob die Formen und Inhalte des bisher angedachten Debriefings ausreichend sind, wage ich nicht zu beantworten, eher neige ich dazu, sie zu bezweifeln, zumal sie noch lange nicht regelmäßig durchgeführt werden und nicht zum Standardprogramm

gehören. Es gehört zur Wahrnehmung der Führungsverantwortung, so etwas zu tun. Wenn Feuerwehr, Polizei und andere Institutionen, die mit Verkehrsunfällen und anderen Unfällen oder Suiziden mit Schwerstverletzung und / oder Todesfolge zu tun haben, über Krisenintervention und entsprechenden Teams (KIT) nicht nur nachdenken, sondern Teams zusammenstellen und schulen, dann sollte dies auch für die Bundeswehr in ihren Kriseninterventionskräften gelten. Dabei geht es eben nicht nur um die Alltagsbegleitung, sondern auch um die durch den Einbruch in das Alltagsbewältigungsschema ausgelöste Krise, die nicht nur das gesamte Selbstorganisationsschema durcheinander bringt, sondern auch alle Wert- und Norm-Zuordnungsbezüge. Die – bei so Betroffenen – immer wieder feststellbare Unfähigkeit zum Alltagshandeln hängt nicht nur mit der traumatischen Belastung, die schon rein physiologisch die Informationsverarbeitung und damit die Steuerung unseres Verhaltens behindert, zusammen, sondern auch mit der zentralen Störung unseres Bewertungs- und Bedeutungsverleihsystems. Sie stehen vor der Notwendigkeit, wie in einem Puzzle die Einzelteile wieder neu zusammenzusetzen und aufeinander zu beziehen.

Dies ist auch einer der Gründe dafür, warum diese Menschen immer wieder neu von ihrem Geschehen erzählen müssen – und dies nur in einem Kontext von Menschen tun zu können glauben, von denen sie annehmen, dass diese sie auf Grund eigener ähnlicher Erfahrungen auch verstehen können. Das eigene innere Chaos ist auch ihnen so neu, dass es ihnen kaum vermittelbar erscheint. Wie Folteropfer sich in der Therapie des Bildermalens bedienen, um sich selbst neu zu strukturieren und sich dann später mitzuteilen, so haben auch hier die Wiederholungen Strukturierungs-, Einordnungs-, Bewältigungsfunktion. Aber damit dies gelingt, muss ich voraussetzen können, dass auch der, dem die Bilder angeboten werden, sie als solche versteht, bei sich erstehen lassen kann. Aus der Sprach- und Kommunikationsforschung wissen wir seit 20 Jahren

und länger, dass wir unsere Wort- und Bildwahl sowie die Sprachebene nach der Einschätzung unserer Zuhörer wählen, denn schließlich wollen wir ja, dass die Kommunikation gelingt. Aber auch diese unsere Hirnleistung ist durch das traumatische Erleben geschwächt – und wir fühlen dies. „Es verschlägt uns unsere Sprache“, „die Angst schnürt uns die Kehle zu“ – die Angst, in der Kommunikation uns nicht richtig mitteilen zu können, den Schaden größer zu machen, als er schon ist, lässt uns lieber gar nichts sagen. ...

Weil dem so ist, ohne jetzt noch weiter ins Detail gehen zu können, ist die erste Bewältigungsgruppe die Gruppe, mit der ich im Einsatz gewesen bin. Bei (gruppen-)kollektivem emotionalem Block ist es hilfreich, die aus der Gruppe herausfinden zu können, die nicht ganz so blockiert sind, um das Gespräch in Gang zu bringen. Auch hier erweist sich einmal mehr, wie wichtig schon vor Krisen auslösenden Situationen gedanklich installierte Bewertungs- und Bewältigungsschemata sind.

Die Fähigkeit zur Bewertung verleiht Krisenresistenz

Es gibt das psychologische Kontrollüberzeugungsforschungsgebiet. Seit Martin E. P. Seligman²⁸⁾ wissen wir, dass der Verlust der Überzeugung, Kontrolle ausüben zu können, zu Hilflosigkeit führt und letztlich zur Desorganisation. Wir wissen aber auch, dass man Menschen dagegen immunisieren kann, wenn man ihr Bewertungssystem stabilisiert und vor allem flexibilisiert. Starre und rigide sowie auf dem Gegenpol labile Persönlichkeitsstrukturen sind Belastungen gegenüber wenig resistent. Die Fähigkeit, die Erfahrungen aus den einen Situationen in andere Situationen transferieren zu können und sich dennoch der Situationsunterschiede bewusst zu bleiben, befähigt auch zur emotionalen Situationsdistanz und einer größeren Auswahl von Bewältigungsstrategien. Kontrolle ausüben heißt bewerten. Ich muss also gelernt haben zu analysieren und zu bewerten. Bewerten hat aber wieder mit Werten und Wertbezugssystemen zu tun und damit mit ethischer Reflexion.

Im zweiten Teil meines Vortrages haben wir an ganz wenigen Beispielen gesehen, dass der ethischen Besinnung und damit der Ethik überhaupt nicht nur eine große sondern eine unverzichtbare Bedeutung zukommt. Es ließen sich leicht weitere Beispiele anfügen: die Beziehungsgestaltung in der Partnerschaft, Verlässlichkeit und Treue, die Solidarität der Familie usw., die Art und Weise der Familienbetreuung, die Solidarität unter den Familien ...; Umgang mit Verwundung und Tod ...

Ich will hier nicht einen zweiten Vortrag anschließen. Ich glaube, dass an den aufgezeigten Beispielen genügend deutlich wurde, dass ethische und religiöse Fragen viel tiefer in unser Leben und die Gestaltung unseres Alltags, besonders aber in Krisensituationen, eingreifen, als uns dies im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz zur Privatisierung bewusst ist. Häufig glauben wir ja, wir kämen ohne dies alles aus. Wie uns aber Grenzfälle und Grenzerfahrungen zeigen, täuschen wir uns hier leicht. Sie ein wenig zu ent-täuschen, war mein Auftrag, jedenfalls so, wie ich ihn verstanden habe.

Anmerkungen

- 1) zitiert nach „Kompass. Soldat in Welt und Kirche“ Nr. 16 / 1.8.1997, S. 8.
- 2) z.B. das duale oder symmetrische Prinzip (innere Energieversorgung/Stabilisierung und äußere Umweltinteraktion/Anpassung und Entwicklung)
- 3) nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Hirnforscher scheint der Amygdala-Kern die dazu physiologische Korrespondenz zu sein, in dem die Bewertungen gespeichert werden resp. sind. Da er auch die Schutzfunktion für den Organismus übernimmt, können dort auch unbewußt Signale (Außenreize) mit Emotionen konditioniert werden, die z. B. später im sogen. Posttraumatischen Syndrom (negativ) wirksam werden. Solche Konditionen sind therapeutisch nur schwer aufzulösen, da sie sich der kognitiv-emotionalen Bearbeitung zu entziehen versuchen. Therapien mit durch Vergewaltigung traumatisierten Frauen legen den Schluß nahe, daß auf den Prozeß der Konditionierung durch die Art der Bewertung des traumatischen Erlebnisses erheblicher Einfluß genommen werden kann. Frauen, die sich während der Vergewaltigung resignierend in ihr Schicksal ergaben, waren therapieresistenter als Frauen, die ihre Identität nicht aufgaben und ihr 'Ich' nicht an den Akt koppelten, d. h.

- sich trotz des Aktes ihrer Würde bewußt bleiben. Letztere hielten sich so die kognitive Bearbeitung offen.
- 4) Auf Unheiles reagieren wir in der Regel mit einer Abstoßungsreaktion. Kranke Fische z. B. werden von ihren Artgenossen gejagt, bis sie ganz ausgeschieden und tot sind (Außenseiterreaktion). Im Umgang mit Behinderten kann man immer wieder erleben, daß die sogenannten „Gesunden“, „Normalen“ nicht nur Hilflosigkeit in der Begegnung und im Umgang, sondern ausgesprochenes Vermeidungsverhalten zeigen. Erst wenn die Betroffenen sich dessen bewußt werden und sich bewußt machen, daß die Persönlichkeit und der Wert des Behinderten nicht in seiner (unheilen) Körperlichkeit aufgeht, ist ein normaler Umgang möglich.
- 5) So können z. B. Naturkatastrophen zwar auch auf das Konto des Menschen gehen, aber nicht immer und nicht immer zwangsläufig. Das soziale Milieu ist von ihm schon stärker beeinflusbar und vor allem in seiner Wirkung auf das Individuum von diesem kontrollierbar. Oder: Daß z. B. entgegen der Erwartung vieler (westdeutscher) Forscher DDR-sozialisierte Jugendliche keinen größeren Hang zum Autoritarismus haben als westdeutsche Jugendliche, hängt mit solchen fehlenden Automatismen zusammen. Der staatlicherseits ausgeübte Druck führte eher zur Flucht in den Freiraum der Familie. Die Kommunikation in der Familie mit einem reifen Erziehungsstil wiederum zu stabileren Persönlichkeiten mit geringer Tendenz zum Autoritarismus. (vgl. dazu ausführlich Gerhard Schmidtchen, Wie weit ist der Weg nach Deutschland? (Leske+Budrich Verlag), Opladen 1997, sowie das Themenheft „Autoritarismus: ein Brennpunktthema“, GRUPPENDYNAMIK. Zeitschrift für angewandte Sozialpsychologie, 28. Jg., H. 3, 1997)
- 6) vgl. dazu auch Prof. Wolf Singer, 1997: „Dialog der Gehirne. Menschliches Bewußtsein kann nicht isoliert, sondern nur in Wechselwirkung mit anderen Ideen entstehen.“ In Zeitschrift: bild der wissenschaft, 7, S. 68 f. vgl. auch: Laucht, M.; Esser, G.; Schmidt, M. H.; Ihle, W.; Marcus, A.; Stöhr, R.-M.; Weindrich, D., 1996. Viereinhalb Jahre danach: Mannheimer Risikokinder im Vorschulalter. Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie 24 (2), S. 67-81.
- 7) W. Singer, a.a.O. S. 69: „Erst durch den Dialog zwischen Gehirnen, bei dem jedes dem anderen seine Sicht der Welt vermittelt, erfährt der Organismus, daß er Individualität besitzt, ein mit Absichten ausgestattetes Wesen ist, jemand, der zu subjektiven Empfindungen fähig ist, entscheiden kann, Bewußtsein hat. Bewußtsein ist nach dieser Vorstellung das Ergebnis der geistigen Reflexion in Bezug zu einem Gegenüber.“
- 8) Robert Kegan, Die Entwicklungsstufen des Selbst. Fortschritte und Krisen im menschlichen Leben. (Peter Kindt Verlag), München 1986
- 9) Jürg Willi, Ökologische Psychotherapie. (Hogrefe Verlag), Göttingen 1996
- 10) Gerhard Schmidtchen, 1997, op. cit., zum Thema „Die Bereitschaft zu persönlicher Gewalt und ihre Hintergründe“ siehe S. 275 ff.
- 11) ebenda, S. 114 ff. „reifer Erziehungsstil: Die Eltern geben emotionalen Rückhalt und stellen deutlich Forderungen; naiv: Emotionaler Rückhalt ohne Forderungen; gleichgültig: Keine Forderungen und kein emotionaler Rückhalt; paradox: Es werden Forderungen ohne emotionalen Rückhalt gestellt.“ (S. 114)
- 12) Heiner Keupp, Individueller Gemeinsinn. Über gesellschaftliche Solidarität. In: UNIVERSITAS - Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Stuttgart 1997, 52. Jg., Nr. 613, S. 634-647.
- 13) Gerhard Schmidtchen, op. cit. S. 18 und folgende
- 14) Gerhard Schmidtchen, op. cit. S. 43-72 u.a.O. Er kommt zu dem Schluß: „Es bleibt zu fragen, was eigentlich für die große Übereinstimmung im Profil der Werte und der ethischen Tugenden gesorgt hat. Dafür gibt es einen soziologischen und einen kulturellen Grund. Die Deutschen auf dem Gebiet der DDR bildeten eine Gesellschaft. Es war eine arme und politisch vom Westen sehr verschiedene Gesellschaft; aber es war eine Gesellschaft mit den wesentlichen Institutionen der Familie, der Bildung, der Kommunikation, wenn auch kontrolliert, die sowohl den Wertekanon als auch den Verhaltenskodex bestimmt hat. Zentrale Werte und Normen sind in Gesellschaften, die im weitesten Sinne als Verkehrsgesellschaften gelten können, strukturell ähnlich. Die ethischen Normen des Zusammenlebens müssen auch unter unterschiedlichen politischen Bedingungen einander ähnlich sein. Die Menschen stellen Normen gesitteten Austauschs nicht auf den Kopf, nur weil sie falsch regiert werden. Im Gegenteil: sie behalten mit ihrer Moral ihre Urteilsfähigkeit. Unter Voraussetzungen einer klassischen soziologischen Theorie hätte man eigentlich im Großen und Ganzen diese Ähnlichkeiten erwarten können wie sie sich jetzt empirisch zeigen.“ (S. 72)
- 15) ebenda S. 220, Tabelle 50
- 16) Psychologie Heute, 1997, 24. Jg., H. 6, 20-25, hier S. 25;
- 17) Gerhard Schmidtchen, 1997, op. cit. S. 170. Siehe auch Schaubild 20 (S. 171)
- 18) Rollenvielfalt geht mit steigender Arbeitsmotivation / Schulmotivation einher und mit mehr Lebensfreude. (vgl. Gerhard Schmidtchen S. 119 - 122)
- 19) vgl. auch Peter Saladin, 1997: Der Sinn des Staats, Funktionen des Nationalstaats in einer überstaatlichen Welt. in Zeitschrift UNIVERSITAS, 52. Jg., Nr. 613 und 614, S. 622-633, 790-797, insbesondere 791-795. Nach dem Staatsrechtler Prof. Dr. Saladin (S. 792) ist „die Persönlichkeit eines Staates ... vorwiegend eine kulturelle. Kulturelle Prägung ist aber werthafte Prägung; der als kulturelle Persönlichkeit auftretende Staat ist wertvoller Staat. ... 'Persönlichkeit' eines Staates ist (damit) letztlich eine subjektive Größe, das heißt, sie ist im Bewußtsein seiner Bürger verankert und gelangt von dort 'nach außen', in rechtliche Verfassung. Sie unterscheidet sich damit von der Größe 'Legitimation'. Es bestehen aber offenkundige Zusammenhänge: 'Persönlichkeit' kann 'subjektive Legitimation' erzeugen, aber nicht jede 'starke Staats-Persönlichkeit' ist auch (in objektivem Sinne) legitim. ... (Der Staat) wird neben den auf 'Lebenserhaltung' gerichteten Aufgaben (...) besonders diejenigen Aufgaben und Teilaufgaben zu pflegen und zu bewahren haben, deren spezifische Werthhaftigkeit seine eigene Werthhaftigkeit begründet - oder wenigstens mitbegründet. Die Pflege der spezifischen 'Persönlichkeit' eines Staates erlaubt ihm am ehestens, seine Integrationsfunktion auch künftig wahrzunehmen. Damit ist sie konstitutives Element der Staatlichkeit eines Staates, ihre 'Pflege' vorrangiger Staatsauftrag.“
- 20) ebenda
- 21) Siehe meine Ausführungen: „Neue Aufgaben und soldatisches Selbstverständnis: Ethische Aspekte im Spannungsfeld von Landesverteidigung und internationalen Verpflichtungen.“ in der Reihe: Materialien zum Lebenskundlichen Unterricht. Materialien für Arbeitsgemeinschaften mit Offizieren und Unterführern. Nr. 29, hrsgg. v. Katholischen Militärbischöfsamt, Bonn 1994.
- 22) Wolf Singer, a.a. O., S. 69
- 23) z. B. in Jürgen Bringmann (Hrsg.), Karl-Heinz Ditzer: Soldatischer Dienst im Wandel - Zwischenrufe zu aktuellen Fragen. (Echter Verlag) Würzburg 1996, oder in der Zeitschrift der GKS „AUFTRAG“, Nr. 219/220 September 1995
- 24) deshalb ist das Programm in Hammelburg nicht abzusetzen, sondern inhaltlich um die genannten Aspekte zu erweitern.
- 25) Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft: Kultursociologie der Gegenwart, Frankfurt, 1993
- 26) AUFTRAG, 36. Jg., Heft 229, 1997, S. 20-28: Michael Schlagheck: „Offenheit für das Andere. Entschiedenheit für das Eigene.“; siehe auch im selben Heft: Dirk Ansoorge, „Lern- und Lebensgemeinschaft. Im Glauben auf dem Weg.“ S. 54-61;
- 27) Gerhard Schmidtchen, op. cit. S. 338: „Jugendliche wählen riskante Verhaltensmuster nicht aus Vorliebe für eine elende Biographie, sondern weil sie sich augenblicklich aus einer unbequemen Lage befreien wollen. Sie sehen nicht die langfristigen Kosten. In ihrem Familienhintergrund haben sie nicht gelernt, Bedürfnisse aufzuschieben und auf kleine Belohnungen jetzt zugunsten größerer später zu verzichten. Dies wird deutlich, wenn man sich den sozialen Hintergrund vergegenwärtigt. Jugendliche mit schwacher sozialer Integration und zudem hohen biographischen Belastungen in Elternhaus und Schule tendieren tragischerweise wiederum genau zu solchen Verhaltensweisen, die ihre weitere Biographie belasten können, wenn nicht anderes dazwischentreitt. Biographische Belastungen werden insbesondere dann lebensbestimmend, wenn eine gute soziale Eingliederung mißlingt. ...“
- 28) Martin E. P. Seligman, Erlernte Hilflosigkeit. Mit einem Nachwort von Franz Petermann. (Urban & Schwarzenberg), München 1983, 2. erw. Aufl.

In der Plattenbausiedlung: Täglich dreimal beten

Informationsbesuch in der Franziskanerniederlassung Schmalkalden

Dietmar Kuschel

Wenn die uniformierten Teilnehmer der „Akademie Oberst Helmut Korn“ nach Fulda kommen, werden sie zu Grenzgängern. Geistig, geistlich, geographisch. Die jüngeren Offiziere und Unteroffiziere beschäftigen sich in der Bonifatiusstadt mit ethischen Fragen, sie werden informiert über aktuelle politische Entwicklungen, sie führen Gespräche „über den Zaun hinweg“ in Thüringen. Zum sechsten Mal tagte die Bildungseinrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Fuldaer Bonifatiushaus.

Einen Tag lang hielten sich die 80 Seminarteilnehmer in Schmalkalden auf. Ziel der Bundeswehrangehörigen war der kleine Konvent der Franziskaner vom Fuldaer Frauenberg. Der Provinzial der Thüringischen Ordensprovinz, Pater Claudius Groß (Fulda), stellte seinen Vortrag unter das Thema „Christliches Engagement – grenzenlos? Franziskaner in Mittel- und Osteuropa nach der Wende.“

Den Seminarteilnehmern aus ganz Deutschland, unter denen sich auch einige Nichtchristen befanden, berichtete Pater Claudius, dass der Franziskanerorden in 100 Ländern der Erde tätig sei, doch im früheren Ostblock erst im Jahr 1990 wieder oder neu gegründet werden konnte.

In Russland zum Beispiel, so sagte der Provinzial, solle nicht missioniert werden, stattdessen begnüge man sich damit, zu sagen: „Wir sind da.“ In den Ländern des früheren Ostblocks seien die Brüder des heiligen Franz vor allem seelsorglich tätig. Je weiter man

nach Osten gehe, umso mehr werde caritative Hilfe notwendig, so Groß. Suppenküchen seien im russischen St. Petersburg eingerichtet worden, aber auch in Berlin-Pankow.

Groß, der in Ländern des früheren Ostblocks für seinen Orden als Visitator tätig war, stellte dort „eine unvorstellbare Verwahrlosung der kirchlichen Gebäude“ fest.

Neben der wichtigen materiellen Hilfe komme es darauf an, Versöhnung zu suchen und sich um eine Verständigung zu bemühen, sagte Groß den Bundeswehrangehörigen in Schmalkalden. Auch bemühe sich der Franziskanerorden, personell zu helfen. So sei ein Mitglied der Thüringischen Provinz in Litauen tätig. Pater Severin habe dort die geistliche Begleitung der jungen Mitbrüder übernommen.

Neue Wege

Auch in Thüringen gehe man neue Wege, erfuhren die Seminarteilnehmer. Seit dem Frühjahr

1992 gebe es in Schmalkalden eine franziskanische Fraternität. Bruder Florian schilderte die Entwicklung der geistlichen Gemeinschaft, zu der Pater Christian und Bruder Johannes gehören.

„Unser brüderliches Leben ließ einiges zu wünschen übrig“, umschrieb Bruder Florian die Situation im Jahre 1991 im Fuldaer Kloster. Einige Mitbrüder auf dem Frauenberg hätten die Herausforderung gesucht. Man wollte geistlich intensiver leben, und stärker auf die Gebetszeiten achten. Es zog sie in eine Gegend, „in der wir unbekannt sind“.

Das lutherisch geprägte thüringische Städtchen Schmalkalden habe sich ihnen angeboten. Bruder Florian berichtete, dass er und seine Mitbrüder „unaufdringlich“ vorgegangen seien, als sie nach Schmalkalden kamen. „Wir wollten uns in Anspruch nehmen lassen und nur dort mittun, wo wir angesprochen werden.“ So habe man Einladungen in Schulen angenommen, um sich vorzustellen, und Kinder von Russlanddeutschen betreut.

Seit vier Jahren helfen die drei Franziskaner dem zuständigen Pfarrer, sie halten Gottesdienste, haben Aufgaben in der Schulseelsorge und im Krankenhaus übernommen. Außerdem wollen sie „offen für die Ökumene“ sein.

Sehr wichtig, so Bruder Florian, seien ihnen die drei täglich festgesetzten Gebetszeiten. Komplette Familien würden sich manchmal am Gebet beteiligen, das in einem eigenen Raum in ihrer Fünf-Zimmer-Wohnung in einer Plattenbausiedlung erfolge.

Sich missionieren

Dieses „Wohnen unter den Menschen“, wie es Bruder Florian nennt, sei den Franziskanerbrüdern in Schmalkalden ein Anliegen. „Um Gott begegnen zu können, müssen wir uns erst einmal selbst missionieren.“

Fortsetzung auf Seite 40 unten links



Einzug des Seminars in die Kirche St. Helena in Schmalkalden. Im Bild vorn Bruder Johannes (2.v.l.), Pater Claudius Groß, der Direktor des Bonifatiushauses Fulda Dr. Antonius Gescher und hinter ihm MD Prälat Walter Theis, der Geistliche Beirat der GKS.

Seelsorgliche Begleitung bei internationalen Friedenseinsätzen

I. Teil

Militärdekan Walter Theis

Grundsätzliche Überlegungen zur Beteiligung der katholischen Militärseelsorge an internationalen Friedenseinsätzen

- Beurteilung der Lage
- Selbstverständnis von seelsorglicher Begleitung
- Voraussetzungen, Bedingungen, Rechtsgrundlagen
- Konkrete Maßnahmen der Vorbereitung von Militärggeistlichen, deren Teilnahme an und Begleitung während der Einsätze
- Auswirkung auf das Selbstverständnis von Militärseelsorge
- Offene Fragen

II. Teil

Militärdekan
Reinhold Bartmann und
Militärpfarrer
Gerhard Schehr

Seelsorgliche Begleitung bei
friedenserhaltenden (IFOR)
und
friedensschaffenden (SFOR)
Einsätzen deutscher Soldaten

- Erfahrungen und Erkenntnisse
- Schlussfolgerungen

I. Teil: Grundsätzliche Überlegungen zur Beteiligung der kath. Militärseelsorge an internationalen Friedenseinsätzen

Militärdekan Walter Theis

Fortsetzung von Seite 39

Pater Karl-Heinz Ditzer pflichtete Bruder Florian bei. Der Professor aus Salzgitter, der tags zuvor den Soldaten im Fuldaer Bonifatiushaus „Die Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten“ vorgestellt hatte, sagte: „Menschen in diesen Gebieten kann man durch die Präsenz beeindrucken. Also Zeugnis geben.“ Dazu brauche es einen langen Atem. Katholisches Brauchtum lasse sich nicht überstülpen.

Zuvor hatte bereits Provinzial Claudius Groß darauf verwiesen, dass es nicht so wichtig sei, „was wir tun, sondern wie wir leben“.

Bei einem abschließenden Wortgottesdienst in der St.-Helena-Kirche wurde Bruder Florian von Soldaten unterstützt. Lektorendienste übernahmen Oberleutnant Andreas Gathmann (Eschwege) und Oberstabsfeldwebel Aloys Kobs (Köln). Ein „Vollprofi“ in Uniform spielte die Orgel, der Leiter des Heeresmusikkorps 14, Major Wolfgang Helm aus Neubrandenburg. □

Wehrbereich	eingesetzte MilGeistliche	Einsätze	
		durchgef.	geplant
See	6	27	0
I	2	5	1
II	4	7	2
III	6	11	1
IV	8	8	3
V	2	2	2
VI	7	14	1
Summe	36	74	10

0. Überblick über die Teilnahme katholischer Militärggeistlicher an Auslandseinsätzen

Um einen Überblick über den Umfang der Beteiligung an seelsorglicher Begleitung bei Auslandseinsätzen durch katholische Militärggeistliche zu haben, dient die nebenstehende Aufstellung. Sie umfaßt den Zeitraum seit Beginn des Golfkrieges 1991 bis zum 1. November 1997 und berücksichtigt nur die Militärggeistlichen, die derzeit noch aktiv ihren Dienst tun, d.h. im angegebenen Zeitraum noch

nicht aus der Militärseelsorge ausgeschieden sind.

1. Die unerwartete Entwicklung

Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands zur neuen Bundesrepublik Deutschland und die unmittelbar damit zusammenhängende und zeitlich so rasche Auflösung bzw. die Überführung der Nationalen Volksarmee (NVA) in die Deutsche Bundeswehr

ließen weder den zivilen, noch den militärischen Bereich, nicht einmal den kirchlichen Bereich, bei den gewohnten Strukturen und eingeübten Aufgabenstellungen und den daraus erwachsenen Anforderungen betstehen.

Aus dem zeitlichen Abstand von heute sind die Ergebnisse bzw. Veränderungen der Jahre 1989/90 in Deutschland deutlicher und damit tief greifender erkennbar, als unmittelbar nach der Wende erahnt werden konnte.

Nicht nur Neubessinnung, sondern teilweise radikales Umdenken war das Gebot der historischen Stunde und der sie bestimmenden Ereignisse.

Bundeswehr und Militärseelsorge waren davon gleichermaßen betroffen und herausgefordert:

- Die Bundeswehr, u.a. durch das sich langsam aber sicher mit der neuen politischen Lage vorgezeichnete Aufgabenspektrum von einer Friedensarmee hin zu einer Einsatzarmee,
- die Militärseelsorge aus der vorgegebenen politischen und militärischen Lage von einer friedlichen „Wohnzimmerseelsorge“ zu einer Begleitseelsorge, die den Ernstfall des Soldaten – Verletzung, Verwundung bis hin zum Tod – als ständig reale Möglichkeit ihrer Arbeit in Betracht zu ziehen hatte.

Soldaten und Militärgeistliche mussten sich um ein erweitertes Berufsprofil, das zugleich ein erweitertes Persönlichkeitsprofil zur Voraussetzung hat, und damit um neue Vorbereitungs- und Ausbildungsgänge, bemühen.

2. Neue Herausforderungen an die Militärseelsorge

Wie erfolgte diese Umstellung in der Militärseelsorge?

Der Anspruch des Soldaten auf freie Religionsausübung und damit auf Seelsorge gemäß Grundgesetz und Soldatengesetz § 36 einzulösen, ist die bleibende Aufgabe der Militärseelsorge. Diese Aufgabe ist in einem umfassenden Sinne zu bewältigen.

Der Anspruch der Soldaten auf Seelsorge endet nicht, wo und wenn diese außerhalb Deutschlands eingesetzt werden. Das Wann und das Wo des Einsatzes entscheidet nicht die Militärseelsorge, sondern der politische Wille und in dessen Gefolge die militärische Führung.

3. Seelsorge und seelsorgliche Begleitung

Es empfiehlt sich, sich dem Begriff „Seelsorge“, bevor wir uns im weiteren um dessen Verwirklichung in seelsorglicher Begleitung bemühen, inhaltlich zu nähern. Seelsorge kann als zeitgemäße Verkündigung und Tradition des Evangeliums, und damit als Verwirklichung und Gegenwärtigma-

chung des Heilswerkes Gottes an uns Menschen begriffen werden.

So sagt das II. Vatikanische Konzil: „Zur Erfüllung dieses, ihres Auftrages (SC.: das Werk Christi weiterzuführen) obliegt der Kirche allzeit die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer jeweils einer Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben.“

Es gilt also, die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Bestrebungen und ihren oft dramatischen Charakter zu erfassen und zu verstehen (Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute – GS 4).

Seelsorge im engeren Sinne ist dann die Begleitung von einzelnen und Gruppen auf ihrem individuellen Lebens- und Heilsweg. Katholische Militärseelsorge hat seit langem Heil und Frieden als umfassende pastorale Zielvorstellung der Seelsorge unter Soldaten gesehen.

4. Neue Bedingungen und Umstände seelsorglicher Begleitung

Was sich ändert, sind die Umstände und Bedingungen, unter denen bei Einsätzen in Krisengebieten die seelsorgliche Begleitung durchgeführt wird. Umstände und Bedingungen ändern sich sowohl bei den Seelsorgern, als auch bei denen, denen seelsorgliche Begleitung in Einsätzen angeboten wird.

Unter dieser Berücksichtigung kann man auch von „neuen Aufgaben der Militärseelsorge“ heute reden.

Worin bestehen diese Bedingungen und Umstände, wie ist es zu charakterisieren und zu begründen, dass sie die Aufgabe seelsorglicher Begleitung mitbestimmen?

In ihrem Beitrag zum Jahresthema 1997 der diesjährigen Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI): „Militärische Führung 2000 – die christliche Sicht“¹⁾ hat die GKS den Versuch unternommen, in zehn Kernsätzen die erweiterte Anforderung an den Soldaten heute zu skizzieren. Ich halte die dort for-

mulierten Erkenntnisse für so zutreffend, dass ich sie gerne auch für die erweiterten Anforderungen an seelsorgliche Begleitung von Soldaten im Einsatz berücksichtigen möchte:

- Die Einsätze erfolgen in weiter Entfernung von der Heimat.
- Die Einsätze dauern wesentlich länger als alle Manöver und einzelnen Einsätze, die die Bundeswehr bisher kannte.
- Die Einsätze finden in einem fremden kulturellen Umfeld statt, welches über die Zusammensetzung der multinationalen Kontingente bis in den eigenen Führungsbereich reichen kann.
- Die Aufgabenstellung erfordert ggfs. ein bewusstes Absehen vom Einsatz militärischer Mittel zugunsten eines politischen Ziels.
- Die Einsätze bringen – wegen der besonderen politischen Umstände – ungewohnte und zusätzliche Risiken (Ertragen von Herausforderungen ohne Gegenwehr, Geiselnahme usw.) mit sich.
- Die Einsätze finden in einem unübersichtlichen Umfeld ohne klare Fronten statt.
- Die Einsätze führen dem Soldaten das Risiko des Todes mehr vor Augen, als es bisher in der Bundeswehr geschah.
- Die Einsätze bringen besondere Versuchungen im Umgang mit dem Eigentum des Staates mit sich (Schieberei, Schmuggel, Veruntreuung, Bereicherung usw.).
- Die Einsätze mit ihren besonderen Bedingungen erhöhen das Risiko für charakterliches Fehlverhalten und Fehlentwicklungen.
- Die Einsätze bergen das Risiko in sich, dass bestimmte Menschen ihre „Überlegenheit“ zu persönlichem Machtmissbrauch ausnutzen.

5. Voraussetzungen der seelsorglichen Begleitung bei Auslandseinsätzen

Neben diesen neuen Anforderungen, Umständen und Gegebenheiten galt es für die Leitung der Militärseelsorge, einen weiteren Aspekt zu berücksichtigen, der auf

den ersten Blick unerheblich, weil selbstverständlich, zu sein schien:

Gibt es Bedingungen und Voraussetzungen, die bei seelsorglicher Begleitung zu bedenken sind oder gar solche seelsorgliche Begleitung verbieten?

Um sich selbst vor Missbrauch und vor der Rolle dessen zu schützen, der unmoralische militärische Überfälle auf Unschuldige legitimiert (vgl. Rücktritt des Militärbischofs in Südafrika zu einer bestimmten Zeit der Auseinandersetzung – damit Ende der Militärseelsorge), hatten die Verantwortlichen für die Militärseelsorge Kriterien zu entwickeln, die Maßstäbe an die Hand gaben, unter welchen Bedingungen solche Einsätze von Militärggeistlichen zu begleiten sind.

Das entspricht der geschützten Möglichkeit, dass es für jeden Soldaten in der Demokratie Kriterien gibt, die ihm eine Begleitung bzw. Teilnahme an Kriegshandlungen erlauben bzw. im Rückgriff auf sein Gewissen verbieten.

Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Erzbischof, Dr. Johannes Dyba, hat bereits 1992²⁾ solche Kriterien genannt. Sie dürfen bei der Entsendung zur seelsorglichen Begleitung von Einsätzen durch Militärggeistliche nicht unberücksichtigt bleiben.

Neben der allgemeinen und zunächst selbstverständlichen Voraussetzung, dass wo immer und wann immer deutsche Soldaten, die einen Auftrag zum Einsatz bekommen, damit rechnen können, dass Militärggeistliche sie auch seelsorglich begleiten, gibt der Militärbischof zugleich jedoch zu bedenken, dass

- ein solcher Einsatz zu erfolgen hat auf Beschluss einer demokratisch gewählten Regierung oder einer international anerkannten Institution,
- ein solcher Einsatz auf der Basis der kirchlichen Friedenslehre sittlich vertretbar sein muss.

Diese Letztere besagt im Einzelnen, dass

- kein Angriffskrieg geführt werden darf,
- der Einsatz nur erfolgt, wenn alle friedlichen Mittel zur Kriegsverhinderung oder Been-

digung von Unrecht erschöpft sind,

- die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel gewahrt bleibt,
- kein unterschiedsloser Einsatz von Waffen, z.B. gegen die Zivilbevölkerung, erfolgt.

Der Anspruch des Soldaten auf Seelsorge entpflichtet also die Kirche nicht von der Überlegung, ob sie bei allen möglichen und denkbaren Einsätzen von Soldaten Militärggeistliche entsendet.

Dabei bleibt allerdings eine Gewissensfrage der Seelsorger offen: Sollen Soldaten, die zu einem unsittlichen und ethisch nicht gerechtfertigten Waffeneinsatz befohlen werden, nicht seelsorglich betreut werden? Verlieren sie sogar in einem solchen Fall ihren Anspruch auf seelsorgliche Begleitung? Oder brauchen nicht gerade sie in einer solchen Lage diese Begleitung ganz besonders?

Dass solche Überlegungen keine ethischen Haarspaltereien sind, zeigt sich in der Öffentlichkeit vor allem da, wo zwischen den demokratischen Parteien, und damit in den Medien, lautstark diskutiert wurde, ob der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes im Ausland auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.

Diese Diskussion konnte noch nicht klärend zu einem allgemein anerkannten Abschluss gebracht werden, als bereits deutsche Soldaten nach Somalia geschickt und dort eingesetzt wurden.

6. Anforderungen an Persönlichkeit/ Aufgabenprofil der Militärggeistlichen

Alle diese neuen Gegebenheiten führten zu einer weiteren Herausforderung an das Anforderungsprofil der Militärggeistlichen, denen solche Aufträge übertragen werden sollten bzw. an Geistliche, die man in Zukunft für die Militärseelsorge gewinnen will.

Bis zum Zeitpunkt seelsorglicher Begleitung in Einsätzen gehörte es zum Selbstverständnis neu gewonnener Militärggeistlicher, in der Regel junger Kapläne, aber auch zu dem schon amtierender Militärggeistlicher, dass sie ihre Aufgabe in dieser Militärseelsorge schwerpunktmäßig als eine gewis-

se Fortsetzung ihrer bisherigen Arbeit ansehen durften, d.h. in der Regel Jugendpastoral, die durch einige andere Akzente und Betätigungsfelder zu ergänzen war.

Die berühmte Argumentation im kirchlichen Binnenbereich lautete: Wo und wann hat die Kirche noch einmal eine solche Chance an junge Menschen heranzukommen, die von sonstigen Formen pastoraler Betätigung nicht oder kaum noch erreicht werden.

Die Entwicklung hat diese Sicht des pastoralen Konzepts der Militärseelsorge als zu kurzfristig entlarvt.

Dieser Erkenntnisprozess aufseiten der Militärggeistlichen, aber auch aufseiten der Leitung der Militärseelsorge, und nicht zuletzt aufseiten der die Priester entsendenden Bischöfe und Ordensoberen verlief relativ laut- und klaglos, nicht aber ohne jeglichen Reibungsverlust, der auch vorzeitige Rückversetzungen von Militärggeistlichen in ihr Heimatbistum einschloss.

Was damals mehr erahnt, und heute in den Zusammenhängen wissenschaftlich belegt ist, hat Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer³⁾ so umschrieben: „Wenn Normalbürger ohne Belastungen ... schon in unserer Gesellschaft angesichts der vorhandenen Tendenz zur weiteren (nicht zu verhindernden, aber auch durchaus zu begrüßenden) Individualisierung und Pluralisierung Probleme haben, eine stabile Identität und Selbstorganisation aufzubauen und oft nur ein instabiles Gleichgewicht zustande bringen, dann kann man von unseren Soldaten, insbesondere den jungen, nicht ohne besondere Vorbereitung eine solche Krisenbewältigungskompetenz, wie sie UN-Einsätze fordern, einfach erwarten.“

Dies gilt natürlich ebenso für junge Militärggeistliche. Sie haben ja nicht nur aus der erwarteten geordneten Rolle als Normalbürger herauszuwachsen, sondern der Anspruch an sie ist es, geistliche Führungsqualität unter erschwerten Bedingungen zu entwickeln und anzubieten.

D.h. konkret, neben dem Überdenken der Umstände und den Qualifikationen für geistliche Begleitung wurde das Überdenken der Rolle des Seelsorgers unter

den Bedingungen dieser Herausforderung neu erforderlich.

In äußerlich geordneter Umgebung wies auch Militärseelsorge, ähnlich wie die Präsenz der Seelsorge allgemein, in grober Einteilung folgende Aufgabenfelder aus:

- Seelsorgliche Begleitung an den Wendepunkten des Lebens wie Ehe, Geburt, Todesfälle und Ortswechsel bei Versetzungen,
- seelsorgliche Begleitung an denen, die ihre christliche Begleitung auch im Dienstalltag ernst nehmen und hierin geistliche Führung erwarten,
- seelsorgliche Begleitung in Situationen individueller gemeinschaftlicher Krise,
- seelsorgliche Begleitung, die darin bestand, einfach da zu sein.

Selbstverständlich mussten alle diese geistlichen Dienstleistungen

- gut zugänglich,
- anziehend,
- funktional wirksam,
- gewinnversprechend und
- verantwortet angeboten werden.

Dies alles sind Erwartungen, die sowohl im Hinblick auf das Angebot, als auch im Hinblick auf die Anbieter, bereits enorm sind.

Deutlicher als bisher musste geprüft werden, ob diese Angebote noch ausreichend sind bzw. ob deren Begründung stabil genug ist, der neuen Lage gerecht zu werden. Denn sehr bald zeigte es sich, dass in einem sog. Ernstfall nur ganz Weniges exakt stimmig sein muss, um den Erwartungen und Ansprüchen an effektive Seelsorge zu genügen; aber das Wenige muss erkannt werden und erkennbar bleiben, vor allem es muss gelebt sein.

Die zwischenzeitlich gemachten Erfahrung unserer eingesetzten Militärggeistlichen bestätigen dies und machen Mut zu überzeugend kleinen Schritten.

7. Zur Frage der konfessionellen Identität und Ökumene

Trotz aller konfessioneller Identität, die von Geistlichen einer konfessionell ausgerichteten Militärseelsorge erwartet werden muss, darf die letzte Ausrichtung seelsorglichen Tuns nicht enger Konfessionalismus sein. In aller Regel verbaut ein solcher bereits

im Vorfeld den Zugang zu Menschen, die häufig keine Beziehungen zu dem haben, was wir Konfession bzw. konfessionelle Identität nennen, weil sie bereits im christlichen und sogar im religiösen Bereich allgemein ihre besonderen Probleme oder besser noch überhaupt keine Probleme haben.

8. Authentische seelsorgliche Begleitung bei Auslandseinsätzen – Voraussetzungen und Konzept

Damit seelsorgliche Begleitung auch bei Auslandseinsätzen authentisch bleibt, bedarf es zweier Voraussetzungen:

Erstens:

Eine solide gesunde Grundlage und Einbettung in den Auftrag als Militärpfarrer, d.h. als Seelsorger, der in der Kirche unter Soldaten seinen Auftrag ernst nimmt, wenn er seine Bereitschaft zur Begleitung erklärt. Sie ist der springende Punkt, der alles entscheidet.

Diese Einbettung wird meiner Überzeugung nach erreicht und gesichert durch die grundsätzliche Bereitschaft und Geneigtheit, aber auch durch die Fähigkeit, alles miteinander zu teilen. Ich verstehe dies in jenem grundlegenden Sinn, in allem unbedingt seinen Teil zum Gelingen des Gesamtauftrages beizutragen. Diese Grundhaltung ist dann in ein seelsorgliches Konzept einzubringen bzw. umzusetzen.

Mit dieser Grundeinstellung steht der eingesetzte Militärggeistliche auf biblischem Boden. Die frühe Christenheit entwickelte dafür das Wort *koinonia*, um diese neue Einheit bzw. Gemeinsamkeit zu beschreiben. Es ist mehr als nur Zweckgemeinschaft; es ist das alle Einzelbedingungen verbindende, stabile Band, das Menschen mit Menschen, Christen mit Christen miteinander verkoppelt und zugleich in der Lage ist, diese so verkoppelten Gläubigen ihrerseits unauflöslich mit Christus zusammenzuschließen, um über diese Verbindung mit Christus Gemeinschaft mit dem dreifaltigen Gott zu schaffen.

Der Militärggeistliche muss eine Ahnung davon erfahren lassen, besser noch die Verleiblichung dieser Teilhabe und Teilgabe überall dort sein, wo er seinen Dienst an-

bietet und damit seinen Auftrag zu erfüllen hat. Wenn er das tägliche Leben der Soldaten und Soldatinnen so teilt, schafft und formt er auf seine Weise diese menschlichen Bindungen und bereitet damit jenen Boden, in dem alle fruchtbare seelsorgliche Begleitung wurzelt.

Hier erst setzt dann das sog. seelsorgliche Konzept an, das Militärggeistliche haben und realisieren müssen. Es ist ein Irrtum, jedenfalls eine unzulässige Verengung, zu glauben, seelsorgliche Begleitung erschöpfe sich in der Hilfe für Menschen, die in Not und Schwierigkeiten geraten sind.

Von einem britischen Geistlichen⁴⁾ übernehme ich gern, wenn er sagt, dass Seelsorge „das Bewusstsein einer anderen Dimension ist, eine weltjenseitige Wirklichkeit, welche in der derzeitig säkularisierten Umgebung, in der Seelsorge geschieht, fehlt. Es ist die Überzeugung, dass der Weg zur Ganzheit und Vollständigkeit nicht nur eine Angelegenheit menschlicher Bemühungen ist und auf menschlichen Wechselwirkungen beruht. Es ist schon ausreichend, dass diese (weltjenseitige) Dimension stillschweigend präsent ist, ohne jedes Mal bewusst und ausdrücklich erwähnt zu werden.“

Unter dieser Berücksichtigung ist es dann auch möglich und legitim, ja nahezu selbstverständlich, dass Seelsorge sowohl für die Menschen Sorge trägt, die an ihr interessiert sind, als auch für die Menschen offen ist, die es nicht oder noch nicht sind.

Zweitens:

Die zweite, nicht weniger wichtige Voraussetzung für authentische, und damit fruchtbare Seelsorge ist die gute Balance zwischen all jenen Spannungselementen, die in jeder pastoralen Tätigkeit stecken, d.h. das ununterbrochene Bemühen des Geistlichen, den Spannungsbogen zwischen zwei Extremen im erträglichen Ausgleich zu halten, umso Seelsorge als eigenes und hilfreiches Angebot für Menschen zu gewährleisten.

Ohne im Einzelnen näher darauf einzugehen, will ich die Spannungsbereiche, in die Militärggeistliche geraten können, wenigstens so weit sie mir bekannt sind, nennen:

- Die zweifache Autoritätskette, in der sie stehen: die militärische Organisation auf der einen und die kirchliche Hierarchie auf der anderen Seite.
- Die Spannung zwischen dem, was man sagt und tut, wenn man als Seelsorger auftritt und dem, was man rund um die Uhr ist.
Zu diesem Spannungsfeld gehören Fragen, wie z.B.:
– Muss der Militärgeistliche eher eine reaktive Seelsorge betreiben, d.h. nur auf das reagieren, was ihm als Anfragen und Anforderungen entgegengebracht wird oder muss er eher proaktiver Seelsorger sein, d.h. nicht zu warten, sondern im Vorfeld bereits versuchen, möglichen Notlagen zuvorzukommen?
– Muss die Seelsorge anweisend sein oder mehr den Charakter haben, die Fähigkeiten, die in jedem Einzelnen liegen, zu entwickeln oder zu unterstützen und damit fähig zum Mut zu machen? Für den Militärgeistlichen heißt dies: Soll er eher die geistliche Führerrolle übernehmen oder eher die Dienstfunktion realisieren? (Da militärische Organisationen in aller Regel strenge Anweisungs- und Befehlsstrukturen haben, finden viele Soldaten das Modell einer anweisenden und führenden Seelsorge für den Militärpfarrer eher angemessen.).
- Die Spannung zwischen verborgenen Bedürfnissen und Nöten einerseits und offenkundigen Alarmsignalen andererseits.
- Eine nicht unerhebliche Spannung, in die Militärgeistliche vor allem in Kriseneinsätzen geraten können, ist die zwischen Selbstsorge und Selbstbehütung einerseits und Selbstopferung andererseits. (In diesem Zusammenhang erwähne ich nur, wie schwierig es in aller Regel ist, Militärgeistliche dahin zu bringen, dass sie erkennen und anerkennen, dass auch sie gelegentlich in Situationen geraten können, in denen sie dringend Hilfe gebrauchen können. Noch viel schwerer ist es, Geistliche dazu zu bringen, um Hilfe zu bitten.) Der tägliche Wechsel von Ereig-

nissen zieht und stößt Militärgeistliche bei dem mühevollen Akt des Balancehaltens. Um sich dabei dennoch aufrechtzuhalten, muss der Militärgeistliche sich ständig um sein eigenes inneres Gleichgewichtszentrum mühen. In diese Bemühungen hinein spielt die Frage und die Sorge um eine lebendige Spiritualität in all ihren Formen, um dadurch schöpferische und erfüllende Erfahrungen selbst machen und anderen weitergeben zu können. Kommt dieser Bereich, nicht zuletzt auch durch übergroße psychische und physische Belastungen zu kurz, besteht die Gefahr, dass ein Militärgeistlicher nicht durchhält, seinen Auftrag an den Soldaten und Soldatinnen ungenügend erfüllt und dabei selbst Schaden erleidet. Er fällt damit als Hilfe aus und kann im äußersten Fall sogar für seine Umgebung zur Belastung werden.

9. Kooperationsfelder der Seelsorge

- Die Erwähnung der *Zusammenarbeit mit den militärischen Führern* der Einsatzverbände erübrigt sich nahezu. Aufgrund des auch im Einsatz geltenden Prinzips der Zuordnung auf Zusammenarbeit der Militärgeistlichen mit dem jeweiligen deutschen Befehlshaber im Einsatzland bzw. den entsprechenden Kommandeuren hat sich das vertrauensvolle Miteinander, das in der Heimat unter den sog. „friedlichen Bedingungen“ eingeübt ist, auch im Ausland durchaus bewährt. Wenn ich das wie eine Einschränkung klingende „Nahezu“ einfüge, möchte ich eine Beobachtung weitergeben, die zur Kenntnis zu nehmen ist: Den zivilen Status des Militärgeistlichen mit allen daraus resultierenden rechtlichen Folgen für die Ausübung seiner Seelsorgetätigkeit in der Heimat zu beachten, bietet schon von der äußeren Erscheinung des Militärgeistlichen in den Kasernen für militärische Vorgesetzte keine Schwierigkeit, eher eine gesunde, für die pastorale Aufgabenstellung hilfreiche Distanz.

Während des Auslandseinsatzes tragen Militärgeistliche ausschließlich, wie die Soldaten, eine zweckentsprechende Schutzbekleidung, die dem Feldanzug der Soldaten angeglichen ist. Diese optische Ähnlichkeit kann militärische Vorgesetzten dazu verleiten, weil alles, was Uniform trägt, ihnen unterstellt ist, und diese Unterstellungsmöglichkeit zumindest unbewusst auf Militärgeistliche übertragen wird. Dies ist durchaus verständlich, da im Einsatzland den militärischen Vorgesetzten seine Verantwortung für die ihm unterstellten Soldaten wegen der größeren Gefährdungsmöglichkeit auch mit einer größeren Intensität bewusst und entsprechend wahrgenommen wird.

- Neben Kommandeuren und Einheitsführern sind die *Ärzte mit ihrem Sanitätsbereich* die nahe liegenden Kooperationspartner von Geistlichen. Die Zusammenarbeit mit dieser Gruppe ist über viele Jahre eingeübt und vollzieht sich auch bei Auslandseinsätzen reibungslos und bedarf deshalb keiner weiteren Ausführung.
- Aber in diesem Zusammenhang weise ich auf die Beziehungen und Zusammenarbeit mit einer Berufsgruppe in der Bundeswehr hin, die durch die Auslandseinsätze eine gesteigerte Bedeutung erfahren hat, die *Wehrpsychiater und Truppenpsychologen*. Obwohl sie vonseiten der militärischen Führer und den Ärzten zunächst eher misstrauisch betrachtet wurde, ist über die Zusammenarbeit mit den Militärgeistlichen im Auslandseinsatz durchweg positiv berichtet worden.
Das Geheimnis dieser Kooperation scheint mir mit den Begriffen Sachkompetenz auf dem jeweils eigenen Aufgabengebiet und Anerkennung der Grenzen dieser eigenen Kompetenz mit ggfs. einhergehender Überweisung an die Zuständigkeit und Fähigkeit des anderen zusammenzuhängen. Dies ist eine Forderung, die sich sowohl an die seelsorgliche als auch die psychologische Seite richtet. Frühzeitig wurde von beiden

Seiten dies erkannt und auf den verschiedensten Verantwortungsebenen nicht nur besprochen, sondern auch in konkreten Fällen eingehalten.

Bei Lebensvollzügen gibt es Grenzerlebnisse und Erfahrungen, die physische und psychische Verletzungen verursachen. Diese können so schwer wiegend sein, dass die gesunden Reaktions- bzw. Bewältigungsmechanismen der betroffenen Soldaten/-innen außer Kraft gesetzt werden und zu menschlich auffälligem Fehlverhalten führen. Solche Grenzerfahrungen thematisieren letztlich auch die religiöse Dimension menschlicher Existenz. Wehrpsychiater und Truppenpsychologen sollten jeweils auf ihrem Gebiet helfen, die Gesetzmäßigkeit solcher Symptome zu diagnostizieren und zu therapieren. Militärggeistlichen fällt die Aufgabe zu, Soldaten zu helfen mit Letztfragen menschlichen Lebens umgehen zu können. Denn die Klärung dieser Fragen ist sowohl für den Heilungsprozess von entscheidender Bedeutung, als auch für einen gelingenden Sterbeprozess, der zur Vollendung eines jeden menschlichen Lebens unverzichtbar ist.

10. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Regelungen für die Durchführung der seelsorglichen Begleitung

Um die Teilnahme der Militärggeistlichen zur seelsorglichen Begleitung in Auslandseinsätzen gewährleisten zu können, musste die Leitung der Militärseelsorge zunächst die Rechtsgrundlagen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium ergänzen bzw. der neuen Lage anpassen. Das beinhaltet, dass die rechtlichen Grundlagen der Militärseelsorge auch bei Einsätzen grundsätzlich weiterbestehen. Neu bzw. unter den gegebenen Bedingungen erweitert gefasst waren folgende Erfordernisse, die verbindlich in das *Handbuch der Bundeswehr für Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen* aufgenommen wurden:

- Die Auswahl und Beauftragung zum Einsatz der Militärggeistlichen durch die kirchliche

Autorität des Militärbischofs bzw. des Katholischen Militärbischofsamtes;

- die Zuordnung auf Zusammenarbeit mit deutschen Einsatzverbänden durch das BMVg auf Antrag des Katholischen Militärbischofsamtes mit den entsprechenden Konsequenzen;
- die rechtzeitige Information über bevorstehende Einsätze, die Teilnahme an diesbezüglichen Besprechungen;
- die Teilnahme an Vorbereitungslehrgängen der Truppe;
- die Teilnahme an Vorbereitungslehrgängen durch das Katholische Militärbischofsamt;
- die materielle Ausrüstung der Militärfarrer hinsichtlich Begleitung, Gerät, Arbeitsraum, wirtschaftliche und sanitätsdienstliche Versorgung;
- Regelungen des Sonderstatus von Militärggeistlichen als zivile Beamte, auch im Einsatz mit dem Unterstellungsverhältnis zum Katholischen Militärbischofsamt;
- die Einflussnahme der Kommandeure bezüglich Sicherheitsanweisungen den Militärggeistlichen gegenüber;
- die Verantwortlichkeit des Einsatzverbandes für den Schutz der Militärggeistlichen;
- der völkerrechtliche Schutz durch entsprechende Kennzeichnung der Schutzbekleidung;
- die Kooperation mit Militärggeistlichen anderer, am Einsatz beteiligten Nationen;
- die Möglichkeit der Einbeziehung von Pfarrhelfern zur Unterstützung der Militärggeistlichen
- die Regelung von Abfindungs- und Versorgungsfragen;
- die Einbeziehung in die Betreuungsarbeit der Angehörigen von eingesetzten Soldaten zuhause in Form der Familienbetreuungszentren.

Zur Organisation und damit zur Realisierung der seelsorglichen Begleitung wurden seitens der Leitung der Militärseelsorge die folgenden Maßnahmen notwendig:

- Die Bildung einer speziellen Gruppe von Militärggeistlichen, die sich für die seelsorgliche Begleitung deutscher Soldaten bei

Auslandseinsätzen bereiterklärt hat;

- die Regelung im Einvernehmen mit dem Evangelischen Kirchenamt, grundsätzlich die Militärggeistlichen beider Konfessionen einzusetzen;
- die Durchführung und Begleitung einzelner Vorbereitungs-schritte wie
 - Teilnahme an der standortbezogenen Vorbereitung der jeweiligen Einsatzkontingente;
 - Teilnahme an der Ausbildung des Führungspersonals am Zentrum Innere Führung;
 - Teilnahme an der allgemeinen Truppenausbildung am VN-Ausbildungszentrum Hammelburg;
 - Teilnahme an der besonderen Einweisung durch das Katholische Militärbischofsamt;
 - Teilnahme an der gemeinsamen Besprechung ökumenischer Anliegen und Erfordernisse durch das Katholische Militärbischofsamt und das Evangelische Kirchenamt;
 - Teilnahme am Ausbildungslehrgang für Umgang mit Medien in Ludwigshafen;
 - ggfs. Teilnahme an Sprachkursen;
 - Teilnahme am Sanitätslehrgang 1 und 2 im Standort;
 - Vorüberlegungen über Voraussetzungen und Bedingungen des Einsatzes von Pfarrhelfern.

Während des Einsatzes der Militärggeistlichen im Ausland ist der Leiter des Referates V im Katholischen Militärbischofsamt der Ansprechpartner und die Dienstaufsicht dieser Militärggeistlichen. Er steuert alle begleitenden Maßnahmen während der Zeit des Einsatzes.

Nach beendetem Einsatz unterstützt er den zuständigen Wehrbereichsdekan bei notwendig gewordenen Schritten, die das Rückgewöhnen eingesetzter Militärggeistlicher in das Leben des Standortes vereinfachen.

11. Offene Fragen

Aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen der Militärggeistlichen, des Katholischen Militärbischofsamtes, aber auch der Trup-



Nach dem Empfang der Teilnehmer der Akademie im Fuldaer Stadtschloss dankt MD Walter Theis (li) mit humorvollen Worten der Bürgermeisterin Oda Scheibelhuber, dass sie sich die Zeit genommen hat, den Soldaten einen Einblick in die historische und gegenwärtige Situation der Stadt zu geben.
(Foto: F. Brockmeier)

pe, die sich aus Lageberichten bzw. aus Entwicklungen im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen ergeben, wird das Augenmerk auf folgende Fragestellungen zu richten sein:

- Die Einschätzung der Bedeutung gegenwärtiger wie zukünftiger Einsätze im Spektrum der Aufgabenstellung der Militärseelsorge der Gegenwart, was die Gewichtung und das Selbstverständnis dieser Einsätze betrifft;
- die ständige Erweiterung der Gruppe einsatzbereiter und einsatzwilliger Militärg Geistlicher, die durch das Ausscheiden der zeitlich befristeten Militärg Geistlichen aus dem Militärseelsorgedienst erforderlich ist;
- die kontinuierliche Weiterführung von Ausbildungsschwerpunkten, die eine seelsorgliche Begleitung erfordert, um den

Ansprüchen der Soldaten gerecht zu werden;

- das Ausgleichen jener Lücken und Vakanzen, die eine längerfristige Abwesenheit eingesetzter Militärg Geistlicher im Ausland in den Wehrbereichen/Standorten verursacht;
- das Entwickeln von Formen, mit denen bereits eingesetzte Militärg Geistliche Soldaten zukünftiger Einsatzkontingente aus seelsorglicher Sicht vorbereiten;
- Teilnahme an dem Bemühen der Bundeswehr, traumatischen Spätfolgen von Auslandseinsätzen der Soldaten zu begegnen.

Schlussbemerkungen

Ich schließe meinen Teil der seelsorglichen Begleitung bei in-



Blick in den Vortragssaal des Bonifatiushauses während des Berichts von Militärdekan Reinold Bartmann, Regensburg, über seinen Einsatz als Militärpfarrer bei den deutschen IFOR-Truppen.
(Bericht s. S. 47; Foto: F. Brockmeier)

ternationalen Friedenseinsätzen im Jubiläums-Jahr der heiligen Hildegard von Bingen, die zudem eine Landsfrau von mir war, mit einer Bemerkung von ihr über Seelsorge, die zwar schon nahezu 900 Jahre alt ist, heute jedoch noch genauso Gültigkeit wie damals besitzt. Sie trifft für Zivilisten wie Soldaten im Frieden wie in friedenserhaltendem und friedenschaffendem Einsatz zu und sie ist deshalb gültig, weil sie jeweils den ganzen Menschen sieht und einbezieht.

Hildegard von Bingen (1098–1179) umschreibt die seelisch-geistige Verfasstheit des Menschen als eine Fähigkeit, bei aller Standhaftigkeit auf der Erde Sehnsucht nach dem Himmel zu verspüren. Herz und Verstand, Vernunft und Gefühl haben ihren Platz in dieser Sehnsucht. Als schlimmste Krankheit gilt ihr die „melancholia“, die bei ihr mehr meint, als der heute gebräuchliche Begriff. Sie fasst darunter eine umfassende Entfremdung des Menschen von seinem Schöpfer und damit letztlich von sich selbst. Sie äußert sich in Lebensangst, Unfähigkeit zur Freude und zum Empfangen von Trost sowie in einem umfassenden Sinnverlust.

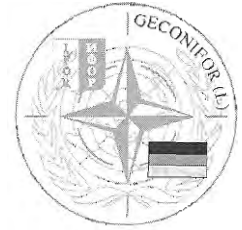
Seelsorgliche Begleitung will im Grunde nichts anderes als Hilfe zu bieten, dieses Gleichgewicht von Leib und Seele des Menschen überall mit ihren Mitteln zu stabilisieren, und zwar so, dass der Mensch heil und ganz bleibt oder wieder heil und ganz wird, auch da, wo traumatische Erlebnisse ihn rütteln und schütteln.

Wie die Militärg Geistlichen dies in konkreten Herausforderungen zu tun versucht haben, wollen ihnen nun die beiden Militärg Geistlichen, die die Einsätze persönlich seelsorglich begleitet haben, in einem 2. Teil darlegen.

- 1) Internationaler Sachausschuss der GKS vom 27.09.1997
- 2) Vortrag anlässlich des Truppenbesuchs beim DMBV Kanada in Washington D.C. am 13.10.1992
- 3) Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer, Die Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten, in diesem AUFTRAG S. 29 ff.
- 4) Frank Wright, The pastoral nature of the ministry, SCM ... press, London, 1980, S. 9

Teil II: Seelsorgliche Begleitung bei friedenserhaltenden (IFOR) und friedensschaffenden (SFOR) Einsätzen deutscher Soldaten

Die folgenden Beiträge von Militärdekan Reinhold Bartmann „Erfahrungsbericht eines Militärpfarrers im IFOR-Einsatz“ und von Militärpfarrer Gerhard K.J. Schehr „Seelsorgliche Begleitung bei Internationalen Friedenseinsätzen“ sind nach Stichworten der Referenten und nach während des Vortrags angefertigten Notizen bearbeitet und gekürzt wiedergegeben. Bearbeitung PS.



Erfahrungsbericht eines Militärpfarrers im IFOR-Einsatz

Militärdekan Reinhold Bartmann

I. Vorbemerkung:

Genau wie für die Soldaten der Bundeswehr kam auch für mich der Einsatz als begleitender Militärpfarrer sehr kurzfristig. Beginnend mit einem Lehrgang an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Straußberg bei Berlin Anfang Dezember 1996, über weitere Vorbereitungslehrgänge und persönliche Vorbereitungen (Absprachen mit Angehörigen, organisatorische Vorbereitung) verging die Zeit bis zum Abflug am 29. Januar 1996 recht schnell. Dies kann man positiv oder auch negativ bewerten.

Heute weiß der Militärpfarrer etwa neun Monate im Voraus, wann es in den Einsatz geht.

II. Zur persönlichen Ausgangssituation:

Dem Militärpfarrer geht es vor dem Einsatz ähnlich wie den Soldaten. Er durchläuft die gleiche Ausbildung, hat gleiches zu regeln bis hin zur Eventualität des Todes. Die Ausnahme bei katholischen Pfarrern: sie müssen sich nicht um die eigene Ehefrau und Kinder kümmern.

Im Einsatz selber hat der Pfarrer den Nachteil, dass er nur auf wenige Soldaten trifft, die er persönlich kennt. Ich hatte das Glück, solche Soldaten im Einsatz zu treffen, die ich entweder bereits seit Jahren kannte oder die mich, den zunächst „Fremden“, sehr gut aufnahmen. Ich möchte damit sagen, auch der Militärpfarrer steht diese Zeit nicht ohne Rückbindung an die „Heimat“, ohne Freunde im Einsatz oder da-

heim durch. Dankbar bin ich deshalb meinen Eltern, Geschwistern, Soldatenfamilien im Seelsorgebezirk Bad Reichenhall (FBZ), meinem Pfarrhelfer und vielen Freunden in Deutschland.

III. Was der Pfarrer so treibt

Gottesdienst – pastorale Dienste

• Gottesdienstangebot:

Im Wechsel mit meinem evangelischen Mitbruder haben wir versucht, zumindest einmal in der Woche den Soldaten Gottesdienste anzubieten. Erschwert wurde dies dadurch, dass die in Benkovac/Kroatien stationierten Pioniere, denen wir als Militärpfarrer zugeordnet waren, über Wochen an verschiedenen Baustellen tätig waren. Nicht immer einfach war es, zu diesen Einsatzorten Mitflug- und fahrgelegenheiten zu organisieren.

Nach kurzer Zeit ergab sich die Situation, dass einer von uns beiden „daheim“ in Kroatien war und Gottesdienste in Benkovac und Zadar anbot, der andere sich auf den Baustellen der Pioniere in Bosnien aufhielt, und die Truppe in Visoko, Sarajevo und an anderen „Klein“-Standorten pastoral versorgte.

Abwechselnd wurden Eucharistie- oder Abendmahlsfeiern angeboten. Problemlos war es allerdings, Soldaten zu finden, die bei der Vorbereitung von Gottesdiensten, der Altargestaltung oder durch musikalischer Begleitung unterstützten.

Insgesamt haben wir in dieser Zeit 44 Gottesdienste gefeiert. Wenn wir sie gemeinsam anboten, trat nach dem Wortgottesdienst einer von uns zurück und es wurde erkennbar entweder Abendmahl oder Eucharistie gefeiert.

• Pastorale Dienste

Der Militärpfarrer ist – nicht nur im Einsatz – Gesprächspartner für viele und für alles. Gerade bei Problemfällen, die nicht durch die Fürsorgepflicht der militärischen Vorgesetzten zu regeln sind, kann er besser als diese zuhören, vermitteln und versuchen zu helfen oder auch nur eine schwierige Situation durchzustehen. Dies führt in der Regel auch zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Truppenarzt und dem Psychologen.

• Betreuungsarbeit

Dankbar waren wir Seelsorger für die Unterstützung unserer Betreuungsaufgaben durch die ökumenische Kooperation der Evangelischen und der Katholischen Arbeitsgemeinschaften für Soldatenbetreuung. Im Februar 1996 hatten EAS und KAS in Benkovac einen mobilen Pavillon für die Betreuung der Soldaten in ihrer spärlichen Freizeit eingerichtet. Dieser Betreuungspavillon – eine Mischung aus Bistro und Café – bietet ein ansprechendes Ambiente. Hier fanden und finden die Soldaten ein Stück Heimat und ein wenig Ruhe. Wir Militärpfarrer nutzten das klimatisierte Zelt als Gottesdienstraum. Es war ein beliebter Treffpunkt und „das Beste, was den deutschen Soldaten an der kroatischen Küste zwischen Split und Zadar in Sachen Freizeit und Betreuung geboten wird“, wie Bundeswehr aktuell am 7. Mai 1996 berichtete.

Dankbar bin ich bis heute für diese Unterstützung!

• Grasen über den Zaun

Manchmal muss sich der Pfarrer, wenn auch zwar auf bekanntes, aber doch fremdes Gebiet be-

geben, weil er nicht davonlaufen kann und will. Ich meine hier die mentale Auswertung der Einsätze, das Debriefing und die Bewältigung von Stresssituationen. Wegen der großen Anzahl wurden die Soldaten nach den Einsätzen über Fragebögen zu positiven und negativen Eindrücken ihres Auftrages befragt. Wir Pfarrer griffen Beispiele heraus, um in Gruppen von etwa 30 Soldaten darüber zu sprechen. Diese unerlässliche Bewältigungsarbeit wurde später von Psychologen übernommen.

IV. Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe im ehemaligen Jugoslawien zu leisten, war und ist nicht Aufgabe der Bundeswehr. Der deutsche Anteil der IFOR war zu neutralem Verhalten verpflichtet. Aber Soldaten wollen, sollen, dürfen und können unabhängig von Dienstgrad und Truppenzugehörigkeit privat helfen. Alles, was dort gemacht wurde, war freiwillige Leistung der Soldaten, ihrer Angehörigen und Bekannte sowie der sie unterstützenden Organisationen.

V. Die Hauptprobleme

(Als Hauptprobleme der Soldaten im IFOR-Einsatz wurden durch Militärdekan Reinhold Bartmann angesprochen „Kontakt nach Deutschland, Alkohol, Drogen, Prostitution“. Da es sich aber um Einzelbeobachtungen ohne exemplarischen Charakter handelt, auch kein Manuskript dazu vorliegt, können sie hier nicht wiedergegeben werden.)

VI. Fazit:

Persönlich empfand ich diese gut 4 Monate im Einsatz als sehr bereichernd (man wird still, nachdenklich, zufriedener).

Schlicht und ergreifend ergibt sich aus der Nähe ein engerer Kontakt zu Soldaten als in den Heimatstandorten. Die Arbeit macht aus dem Seelsorger im Einsatz wieder mehr einen Pfarrer, der mitgeht, mitleidet, mitlacht, mittrauert, mitfriert, mitschwitzt

Einfach und ohne Privilegien Mitleben ist dort der Lebenskundliche Unterricht, der mehr Aufmerksamkeit erreicht als manche

Offz/Uffz-Arbeitsgemeinschaft am Standort daheim.

Betonen möchte die Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und auch das fachliche Können der Soldaten, nicht zuletzt der Wehrpflichtigen, auf freiwilliger Basis.

Ob das Tun der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien sinnvoll ist? Darauf möchte ich klar und deutlich mit Ja antworten, denn seit IFOR schweigen die Waffen und schöpfen Unschuldige und gepeinigte Menschen wieder Mut. Die Frage, ob die internationale Politik andere Möglichkeiten gehabt hätte und hat, brauchen Soldaten nicht zu beantworten.

Dankbar und froh war ich, dass ich im ersten Kontingent sein durfte, denn vieles ging damals noch

- zwischenmenschlich einfach,
- unbürokratisch,
- improvisiert.

Heute, so die Berichte meiner Nachfolger, ist dies eher wieder wie daheim.

VII. Schlussbemerkungen:

Gerne bezeichne ich diese Zeit im Einsatz als „der längste Frühling meines Lebens“. Ich erlebte den Einzug des Frühlings an der dalmatinischen Küste, im Hochland der Krajina und schließlich nach meiner Rückkehr noch einmal in Deutschland.

Besonders betroffen hat mich der Minenunfall am 15. März, bei dem ein Offizier durch eine detonierende Mine schwer verletzt wurde. Zum Schönsten zähle ich den Ostergottesdienst und die Erlebnisse, wenn in kriegszerstörten Dörfern Kinder langsam aus ihren Verstecken herauskommen, weil ihr Vertrauen in die helfenden Soldaten wächst.

„Das Licht scheint in der Finsternis“ (Joh 1,5). Dieser Bibelvers wurde mir immer wieder deutlich, wenn ich Menschen verschiedener Nationalität, verschiedener Religion in Kroatien oder Bosnien sah, die sich in oftmals bedrückender Armut und Lebenssituation um Versöhnung, Miteinander und Neubeginn mühten. □

Seelsorgliche Begleitung bei Internationalen Friedenseinsätzen

Militärpfarrer Gerhard K.J. Schehr

Bevor ich von Erfahrungen berichte, möchte ich einige Bemerkungen vorweg schicken. Seelsorgliche Begleitung bei Internationalen Friedenseinsätzen kann nur gelingen – und da unterscheiden wir uns keineswegs von den Soldatinnen und Soldaten – wenn wir entsprechend vorbereitet, bzw. unser Ziel und unsere Kompetenzen kennen. Dieses Rüstzeug ist unbedingte Voraussetzung, wenn Seelsorge vor Ort angenommen, vor allem aber (ich sage bewusst) gelingen soll.

Als Dekan Theis die Militärpfarrer einlud, um sich über einen eventuellen Einsatz auszusprechen, war auch unter uns die Meinung geteilt. Eigentlich war ich schon lange vor dem eigentlichen Einsatz im Einsatz. Viele unserer Soldaten aus Zweibrücken waren in Kambodscha, Somalia oder im UN/IFOR oder SFOR Einsatz und als einer der Ersten bekam ich als Pfarrer die Rückmeldung. Auch



das war ein Teil der Seelsorge: Den Kameradinnen und Kameraden zu signalisieren: Auch wenn niemand mehr schreibt, der Pfarrer hat euch nicht vergessen. Und so kam jeden Monat eine Sendung vom Heimatpfarrer.

Was lag da näher, als mit den Soldaten in den Einsatz zu gehen.

Nach den Vorbereitungen in Hammelburg im November 1996 nur mit den Militärpfarrern, mit Unterbrechung für einen spirituellen Teil im Kloster Vierzehn-Heiligen, nochmals eine Woche im Januar in Hammelburg mit allen Soldatinnen und Soldaten, die in den Einsatz gehen sollten, folgte noch eine Woche in Koblenz am Zentrum Innere Führung (ZInFü).

Dermaßen gerüstet, hätte es reichen können. Dazwischen schaltete ich noch einen Erfahrungsaustausch in Psychologie, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Außerdem setzte ich mich mit der Geschichte des Landes, der Entstehung des Krieges und dessen Folgen, den täglichen Nachrichten und den Rückmeldungen auseinander.

Daraus hatte ich aber noch kein Ziel, wenngleich die Informationen alle wichtig waren.

Durch Zufall fiel mir mein Ziel in den Schoß bzw. in die Hände in Form des „Friedensgebotes eines Soldaten“ (s.S. 97). Darin war alles gebündelt, was ich mir mühsam erarbeitet hatte und als Ziel zu definieren versuchte.

2. Erfahrungen vor Ort

Nach kurzer Zeit schon habe ich vier verschiedene Gruppen im Einsatz ausfindig gemacht:

1. Profilneurotiker
2. Skrupelanten
3. Die, die es nur aufs Geld angelegt hatten
4. Die Gruppe, die nicht auffiel, die ihre Arbeit tat und die gut (quer durch alle Dienstgradgruppen) ihren Dienst verrichtete, allerdings nur dann auffiel, wenn Day-off gewünscht wurde oder auch einmal Krankheit die Ursache war, dann nämlich brach die Arbeit zusammen.

Dies warf natürlich meinen ganzen Plan durcheinander und ich musste meine Seelsorgestrategie total neu überdenken und konzipieren.

Was traf ich vor Ort an?

Nichts, was geeignet gewesen wäre, Seelsorge leisten zu können. So hieß dies denn für mich erst einmal: „Den Menschen Raum schaffen“

Das kann aber nur gelingen, wenn dieser Raum auch Atmosphäre hat. So wurde aus meinem Wohn- und Arbeitscontainer ein kleines „Geistliches Zentrum“ mit dem Untertitel: „und jeder willkommen“. Ein weiterer Spruch von Oberst Volkerts aus Koblenz zierte die Eingangstür: „Der verlornte aller Tage ist der, an dem

man nicht gelacht hat!“

Und wie überrascht war ich selbst, wie dieses „Geistliche Zentrum“ doch angenommen wurde. Angenommen auch von den Mitbrüdern der anderen Nationen vor Ort, dem spanischen als auch den französischen Militärfarrern. Nicht ohne Grund. Denn zum einen war der Corimec des deutschen Pfarrers gekühlt, zum anderen gab es auch einen Kühlschrank, der natürlich auch immer gefüllt war.

Aber wie im Einsatz so üblich, gibt es immer wieder Einschränkungen bzw. Erfahrungen, die oft ganz schnell umgesetzt werden müssen.

Hiermit möchte ich mit dem äußeren Erscheinungsbild abschließen und mich dem inneren zuwenden.

Viel Zeit der Seelsorge nahm das Zusammenleben mit den Franzosen ein. Was den meisten deutschen Soldatinnen und Soldaten nicht bekannt war, war bzw. ist die Struktur der französischen Armee, auf die wir überhaupt nicht vorbereitet waren und zusätzliche Sprachschwierigkeiten erschwerten das ganze außerdem. Unser Umgang mit allen Dienstgraden war ihnen voll suspekt und das ließen uns die meisten auch merken. Als Beispiel mag dienen: Ein französischer OTL muss eine Akte abschließen, es fehlt ihm aber eine Kopie. Er wird nicht selbst zum Kopiergerät gehen, lieber lässt er die Akte drei Tage liegen bis der nächst niedere Dienstgrad kommt, ihm diese Arbeit delegiert, der nun wiederum delegiert usw. Vollkommen unverständlich wenn ein deutscher Oberstleutnant seine Kopie selbst anfertigte. Das warf und sprengte das Bild des Offiziers total durcheinander. Ganz entsetzt waren die Franzosen, als General Neubauer vor dem Stab einen deutschen Hauptgefreiten ansprach und nach dessen Befinden sich erkundigte. Ähnlich berichtet General Böhr aus Rajlovac. Er ging grundsätzlich zu Fuß zum Essen und wechselte auch stetig die Plätze. So setzte er sich u.a. auch zu französischen Soldaten und wie auf Kommando verstummte das Gespräch. Auf die Frage von General Böhr nach dem Grund – er möchte sich doch gerne mit ihnen

unterhalten – antwortete einer der Soldaten, sie dürften nur antworten wenn sie gefragt würden. Es kam zu einem sehr schönen Gespräch, berichtete General Böhr, und der Abschluss war ein gemeinsames Foto mit ihm, denn Zuhause würde ihnen niemand glauben, dass sie an einem Tisch mit einem General zusammengesessen hätten.

Ein anderer Fall in Mostar. Ein deutscher Jeep fuhr eindeutig zu schnell. Ein französischer Oberst hob einen Stein auf und warf diesen dem deutschen Fahrzeug hinterher. Aus diesem Verständnismuster resultierten viele Missverständnisse und der Erste den es als Abfangjäger traf, war der Pfarrer. Das mussten auch die Franzosen lernen, dass der deutsche Militärfarrer außerhalb der militärischen Befehlsstruktur steht, was ihnen oft überhaupt nicht in den Kram passte.

Eine weitere Schwierigkeit war die sog. Profilneurotiker.

Die Pfade nach oben gebückt, nach unten getreten. Vorgesetzte zogen sich vieles an Land, um wie auch immer zu glänzen, nur die Arbeit mussten die tun, die schon genügend in der Hitze des Tages zu leisten hatten. Auf die Frage warum, bekamen die Soldaten eine Antwort, aber nicht die freundlichste. Und das erzeugte Ärger und Frust. Auf eine Rückfrage in der Küche in Rajlovac für Kaffee oder einen Ring Lyoner wurde dort oft ärgerlich registriert, dass doch vor kurzem ein gewisser Dienstgrad gebunkert habe und man nicht bereit sei, das nochmals zu tun. Nur in Mostar kam das wenigste an. Bzw. es kam schon in Mostar an, nur nicht bei denen, für die es eigentlich bestimmt war. So wurden Parties im Stab und anderen Einheiten ausgerichtet, wofür diese Sachen dann verwendet wurden. Das schaffte zusätzlich Ärger und Verdruss und auch hier wurde der Pfarrer auf den Plan gerufen.

Weitere Schwierigkeiten

Als ich im April den Dienst in Mostar übernahm, war jedes Wochenende die Suche nach einem geeigneten Raum für den Gottesdienst. Viele Gottesdienste fanden

im Freien als Feldgottesdienste statt, was bei diesen Temperaturen dankbar angenommen wurde.

3. Der Einsatz ist je verschieden

Mit dem Konzept von Mostar (ich werde noch darauf zurückkommen) konnte ich allenfalls noch in Ilidza, dem Zetra-Stadion oder in Butmir etwas anfangen. Ganz anders sah es schon in Ploce, Split oder Zagreb aus, bzw. Gornj Vukov.

Die letztgenannten hatten vom Krieg nur insoweit etwas mitbekommen, als dass sie davon gehört hatten, davon aber nicht betroffen waren.

Beispiel: Die in Zagreb stationierten Soldaten fahren morgens um 7.15 Uhr vom Hotel in den Compound in die Stadt. Gegen 16.00 Uhr Dienstende. Zurück im Hotel, geduscht und in Zivil zum Abendessen, das man zu diesem Zeitpunkt noch auf der Terrasse einnehmen konnte. Ansonsten waren mit dem SFOR Ausweis alle öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zu benutzen. Innerhalb von zehn Minuten war man mit der Straßenbahn mitten im Zentrum von Zagreb, wo man sich auch in Uniform ungehindert bewegen konnte.

Ganz anders nun wiederum der Einsatz in Mostar bzw. Großraum Sarajewo.

In Mostar galt grundsätzlich: Ab 19.00 Uhr Stadtverbot, für den Großraum 23.00 Uhr

Auch die zu verarbeitenden Eindrücke ähneln sich in beiden Städten. Die Zerstörung, der man auf Schritt und Tritt begegnet, Eindrücke – die viele Fragen aufwerfen, aber auch Eindrücke, die

verarbeitet werden müssen.

Dankbar waren wir, als da ECHOS endlich fertig und damit ein Gottesdienstraum zur Verfügung stand, um dessen Reservierung wir nicht immer rennen und betteln mussten.

Permanente Gefahr

Die Ausfahrt am Haupttor signalisierte immer den jeweiligen Stand der Gefährdung. Es gab keinen Tag, an dem wir in Mostar ohne Schutzweste und Helm das Lager verlassen durften oder konnten, auch wenn diese nicht anzulegen waren, mussten sie stets mitgeführt werden. Das ergab auch die eine oder andere Frage an den Seelsorger.

Einkehrtage oder Rüstzeiten

Einmal im Monat versuchten wir, Einkehrtage oder Rüstzeiten anzubieten und dies immer in Absprache mit dem jeweiligen Befehlshaber. Ein intensiver Teil der Seelsorge, dies ganz besonders nach dem tragischen Unfall in Rajlovac, wo wir ganz besonders gefragt waren – vieles musste sich von der Seele geredet werden und das waren oft ganz schöne Brocken.

Tage waren aber auch gedacht für die „Heimkehrer“ – für den Einstieg Zuhause, für die Zeit nach dem Einsatz.

Verlust von Intimsphäre

Viele unserer Soldatinnen und Soldaten haben diese Zeit gut bzw. sehr gut überstanden. Andere dagegen hatten nach kurzer Zeit Schwierigkeiten mit ihrem Umfeld, das weniger an den Kameraden, als an

der Situation lag. Teilweise mit drei oder vier Personen in der Enge eines Containers machte einigen erst den Verlust ihrer Intimsphäre bewusst. Intimsphäre ist nicht gleich Sexualität. Allein den Brief der Frau oder Freundin zu lesen oder ihr zu schreiben, ohne dass ein Dritter über die Schulter schaute, war somit fast unmöglich. Dinge die man sich mitteilt, muss ein Dritter nicht unbedingt zu Gesicht bekommen. Der Liebesbrief an die Frau oder die Freundin ist nicht unbedingt für die Augen anderer bestimmt.

Problem Sexualität

In anderen Armeen scheint dies weniger ein Problem zu sein, weil – wie es dort scheint dieses Thema verbalisiert wird. So sagten mir Verantwortliche der Carabinieri, dass dieses Thema zu ihrer Ausbildung gehöre.

Wenn man natürlich das Angebot der Sexpostillen im franz. PX sah, stellte sich natürlich auch die Frage, ob das Hilfe oder ggf. die Lösung sei. Wie beim deutschen Marketender merkte man auch bei den Franzosen wenn die neue Lieferung kam, die Schlange der Wartenden war entsprechend lang, was an anderen Tagen so nicht auffiel.

Schlussbemerkung:

Mit der Prämisse: „Für euch bin ich Seelsorger, mit euch Kamerad!“ hatte natürlich logische Konsequenzen. D.h. mit den Soldaten war ich ebenfalls morgens um sechs schon unter der Dusche. Beim Frühstück schon der erste Gedankenaustausch. Das Antreten war stets Teil des täglichen Ablaufs. Ich hatte die Informationen vom Vortag, die für den Tag und die Sicherheits- und Gefahrenlage und konnte wenn nötig sofort reagieren.

Vor allem der Seelsorger war für die Kameraden sichtbar. Was ich auf keinen Fall aufkommen lassen wollte, war der Eindruck, dass ein Fronturlauber durch das Lager geistert. Derer hatten wir genug, quer durch alle Nationen. So war jeden Tag der Anspruch neu zu leben: „Für euch bin ich Seelsorger, mit euch Kamerad, dies ganz besonders im Einsatz!“

□



MD Reinold Bartmann (l.) und MilPfarrer Gerhard K.J. Schehr (Mi.) mit Seminarteilnehmern in einer Pause vor der Ausstellungswand der GKS.
(Foto: F. Brockmeier)

Internationale Konflikte – internationales Krisenmanagement

Die deutsche Außenpolitik jenseits des Ost-West-Konflikts

Karsten D. Voigt

Für Karsten Voigt stellt das Jahr 1989 eine wichtige Wendemarke in Politik und Gesellschaft dar. Dieser Wandel sei nur mit der Neuordnung Mitteleuropas nach dem 30jährigen Krieg zu vergleichen. Diesen Veränderungen gälte es Rechnung zu tragen, die erweiterte Freiheit müsse gestaltet werden. Zum Stichwort „Allgemeine Wehrpflicht“ meinte der SPD-Politiker: „Wir sollten solange wie möglich daran festhalten.“ Die Ausbildungsdauer eines Wehrpflichtigen dürfe aber nicht auf einige wenige Wochen abgesenkt werden. Auf die Frage, wann der ehemalige Juso-Vorsitzende Voigt seine Liebe zur Bundeswehr entdeckt habe, gab er zur Antwort: „Nicht mein Herz, mein Kopf hat die Bundeswehr entdeckt.“ Und an anderer Stelle bemerkte er: „Mit zunehmendem Alter muss man lernen, dass Prinzipien-treue und Lernfähigkeit zweierlei Dinge sind“.

1. Ein neuer außenpolitischer Rahmen

Unter den Trümmern der Berliner Mauer ist eine Welt hervorgekommen, auf die wir nicht gefasst waren. Ihre neue Gestalt entwickelt sich noch. Aus Sicht der Außenpolitik ist aber eines klar: diese Welt ist weniger einfach und weniger übersichtlich als jene vor 1989. Zwischen dem Weltkrieg und der Implosion des Ostblocks mußten in Deutschland sämtliche außen- und sicherheitspolitischen Fragen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts gesehen und beurteilt werden. Gleich, ob es um die Wiederbewaffnung Deutschlands oder die Entspannungspolitik ging, ob um die Priorität der Westintegration oder den Doppelbeschluss der NATO, stets stellte der Ost-West-Konflikt den Rahmen dar, innerhalb dessen die politischen Entscheidungen getroffen wurden. Der Zusammenhang außenpolitischer Streitfragen mit dem im wahrsten Sinne des Wortes lebensbedrohlichen Ost-West-Konflikt erklärt auch, weshalb Themen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur Themen der politischen und intellektuellen Eliten gewesen sind, sondern die Menschen so sehr bewegten, dass sie in Massen auf die Straßen gingen.

Den einfachen Frontstellungen des Ost-West-Konflikts entsprachen die Streitlinien in der außenpolitischen Diskussion in Deutsch-

land. Die Entspannung, die Antikommunismus derartige Schlagworte genügten, die Identität von Linken und Rechten zu bestimmen. Selbst heute noch wird gelegentlich die Möglichkeit einer solch simplen Polarisierung vermisst. Während des Golf-Krieges etwa gab es Versuche, nach traditionellem Muster zu polarisieren. Aber spätestens im Streit zwischen den so genannten „Pazifisten“ und den so genannten „Bellizisten“ entwickelten sich neue Argumentationslinien, die nicht mehr entlang der bekannten Abgrenzungen zwischen links und rechts verliefen. Auch der Versuch, aus Anlass der Auseinandersetzung im ehemaligen Jugoslawien eine Debatte nach traditionellem Muster zu führen, über die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nämlich, war zum Scheitern verurteilt. Der Versuch scheiterte nicht nur in der SPD, sondern auch bei den GRÜNEN. Auf der anderen Seite ist für die CDU der Versuch immer absurder, wahlkämpferischen Halt mit dem Thema der 50er-Jahre: „Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau“ zu finden. Als Ergebnis dieser fehlenden Polarisierungsmöglichkeit ist es unvermeidlich, dass wir zwischen einzelnen Personen verschiedener Parteien in Einzelfragen größere Übereinstimmung entdecken, als zwischen verschiedenen Personen in der gleichen Partei.

Wirklich zu erfassen, was sich

INHALT

1. Ein neuer außenpolitischer Rahmen
2. Interessen und Perspektiven
3. Die Aufgabe europäischer Integration
4. Die euro-atlantische Aufgabe
5. Die Aufgaben in Ostmittel- und Osteuropa
6. Die Aufgaben im Mittelmeerraum
7. Globale Aufgaben

für unsere Außen- und Sicherheitspolitik seit der Revolution von 1989/90 geändert hat, fällt schwer, und es wird noch einige Zeit dauern, bis es uns wirklich gelungen ist. Als Hans-Dietrich Genscher im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit im Jahr 1990 versicherte, auch nach der deutschen Einheit werde es eine ungebrochene Kontinuität der deutschen Außenpolitik geben, wies ich bereits damals darauf hin, dass diese Aussage einzig zur Vertrauensbildung bei unseren Nachbarn nützlich war. Auch für diese bestand nämlich das Problem, die Bedeutung der revolutionären Ereignisse von 1989/90 zu erkennen. Entsprechend hofften auch sie, Deutschland möge die gleiche Politik fortführen wie vor 1989, orientiert an den einfachen Frontstellungen des Ost-West-Konflikts. Sobald jedoch auch unsere Nachbarn das Ausmaß der beginnenden Veränderungen zu verstehen begannen, mussten sie hinter den undifferenzierten Bekenntnissen zur Kontinuität deutscher Außenpolitik entweder eine heimliche außenpolitische Agenda vermuten oder die Unfähigkeit, die neue Sachlage zu erfassen. Als analytische Aussage also war Genschers Aussage falsch. Denn für kein Land haben die außen- und sicherheitspoliti-

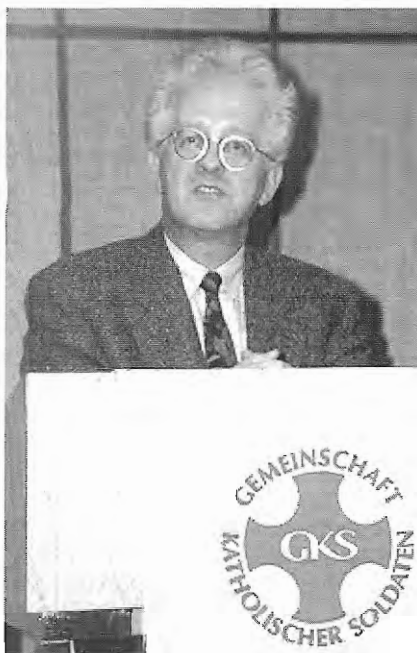
sche Rahmenbedingungen sich in den Jahren 1989/90 so verändert wie für Deutschland.

Diese Veränderung betrifft die 45 Jahre seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Seit dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland nicht mehr geteilt. Es unterliegt auch nicht mehr besatzungsrechtlichen Einschränkungen seiner Souveränität. Die Veränderung reicht aber noch viel tiefer. Sie betrifft einen Zeitraum, der Jahrhunderte umfasst. Deutschland ist umgeben von Staaten, die ihm freundlich gesinnt sind. In solch einer günstigen außenpolitischen Lage hat sich Deutschland seit dem Jahr der ersten deutschen Katastrophe – des Dreißigjährigen Krieges – nicht mehr befunden: Anders als beim Westfälischen Frieden von 1648, dem Wiener Kongress von 1815, dem Versailler Vertrag von 1919 und dem Potsdamer Abkommen von 1945 wird das 1990 erneut vereinigte Deutschland mit bundesstaatlicher Regierung von seinen europäischen Nachbarn nicht mehr als Bedrohung angesehen.

2. Interessen und Perspektiven

Auch die Bestimmung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands vor 1989/90 war einfach. Es fällt schwerer, Interessen zu definieren, wenn sich ihre Bedingungen ständig verändern, wie das seit 1989 der Fall ist. So wird auch in der außenpolitischen Diskussion häufig lieber von Verantwortung oder von Werten gesprochen, weniger gern von Interessen. Deutschland hat aber Interessen. Mangelnde Klarheit in ihrer Definition führt dazu, dass es an Klarheit bei der Bestimmung von Prioritäten mangelt.

Deutschland hat ein Interesse, Frieden und Demokratie zu erhalten und auszubauen, seinen wirtschaftlichen Wohlstand fortzuentwickeln und die sozialen und ökologischen Bedingungen zu verbessern. Dies ist am ehesten als Teil einer internationalen Gemeinschaft möglich, die Demokratie und Menschenrechten verpflichtet ist. Dabei bewegen wir uns in einem immer enger vernetzten regionalen und globalen Umfeld. Deshalb müssen unsere Interessen in Außenpolitik umgesetzt werden.



Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Außenpolitik die folgenden Prioritäten:

- die Vertiefung der europäischen Integration;
- Erneuerung und Ausbau der euro-atlantischen Bindungen;
- die Stabilisierung Ostmittel- und Osteuropas sowie Südosteuropas durch die Integration und Kooperation mit demokratischen Staaten;
- die Stabilisierung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entschärfung der Sicherheitsrisiken in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens;
- die Lösung globaler Probleme der Ökonomie und Ökologie, die zum Teil auch mit Sicherheitsfragen zusammenhängen, zum Teil mit der UNO, zum Teil der WTO, und die zum Teil neue Institutionen und Regeln für den Umgang mit der global orientierten Ökonomie sowie ökologischen Fragen erfordern.

3. Die Aufgabe europäischer Integration

Deutschland ist aus zwei wichtigen Gründen am Fortgang der europäischen Integration interessiert. Dies sind die Erhaltung des Friedens sowie des wirtschaftlichen Wachstums.

Der deutsche Markt allein ist zu klein für die Bedürfnisse einer

Der SPD-Parlamentarier Karsten D. Voigt bei seinem Vortrag vor der GKS-Akademie am 6. November 1997.

(Foto: F. Brockmeier)

auf externen Handel hin orientierten Nation. Wir haben deshalb ein Interesse daran, in einem möglichst weltoffenen Umfeld Handelsbeziehungen zu pflegen und in unserer näheren Umgebung einen möglichst großen integrierten gemeinsamen Markt – mit einer gemeinsamen Währung! – zu haben. Das bedeutet, dass wir nicht nur den Integrationsprozess Europas vorantreiben müssen, sondern auch die Öffnung der Europäischen Union für jene Staaten Ostmittel- und Osteuropas, die bereits in der Lage sind, am Integrationsprozess teilzunehmen.

Welch große Rolle der friedenspolitische Gedanke spielt, zeigt sich in der fortbestehenden Gefahr einer Destabilisierung durch das Ringen um Einfluss zwischen den Staaten Europas. Wenn in unserer politischen Diskussion immer wieder davon gesprochen wird, dass Deutschland heute die Verantwortung für seine Politik alleine trägt, bedeutet das, dass solch eine Verantwortung politisch nur dann umsetzbar ist, wenn sie mit Einfluss verbunden ist. Obwohl in unserem politischen Sprachgebrauch dieser Begriff des Einflusses nur selten vorkommt, besteht seine Realität dennoch – schon ein Blick nach Bosnien belegt dies. Es geht also nicht um die Frage, ob ein Staat Einfluss hat, sondern es geht um die Frage, wie er damit umgeht. Angesichts der Größe Deutschlands im Vergleich zu seinen Nachbarn ist der Einfluss Deutschlands für seine Nachbarn jedoch nur dann erträglich, wenn er durch multilaterale Integration ausbalanciert wird. In diesem Integrationszusammenhang mit unserem Einfluss umzugehen, müssen wir aber erst noch lernen. Ohne Integration werden außen- oder wirtschaftspolitische Koalitionen entstehen, um die Macht Deutschlands auszugleichen. Selbst wenn dies keine verteidigungspolitischen Koalitionen sind, werden sie umgekehrt bei den Deutschen Einkreisungsängste hervorrufen. Die einzige Möglichkeit aus diesem Dilemma ist, das Problem des Einflusses Deutschlands innerhalb

Europas konstruktiv durch Integration in gemeinsame Institutionen mit den Nachbarn zu lösen. Deshalb ist die Integration ein Instrument, mit dem mögliche negative Folgen einer Situation verhindert werden, in der Staaten sich in ihrem bilateralen Verhältnis zu Deutschland in einer schwächeren Lage empfinden.

Erst das in multilaterale Institutionen integrierte Deutschland findet sich gezwungen, bei der Definition seiner eigenen außenpolitischen Interessen die Interessen seiner Nachbarn zu berücksichtigen. Ebenso geht es umgekehrt unseren Nachbarn auch. Andernfalls hätte keiner je die Möglichkeit, seine Interessen durchzusetzen. Das heißt aber auch, dass das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn nicht mehr abhängig ist von den deutschen Absichten. Vielmehr würde jede deutsche Politik in den Verknüpfungen multilateraler Integration scheitern, wenn sie die Interessen der Nachbarn nicht ausreichend berücksichtigte. Die positive Wirkung multilateraler Integration entspricht deshalb den wohlverstandenen deutschen Interessen: Sie verringert die für unsere Nachbarn problematischen Folgen wachsenden Einflusses.

4. Die euro-atlantische Aufgabe

Die bisherige Dichte der euro-atlantischen Beziehungen ist nicht mehr selbstverständlich, da die Bedrohung durch den gemeinsamen, starken Gegner Nordamerika nicht mehr mit Europa zusammenbindet. Der Ausbau der euro-atlantischen Stabilitätsachse ist dennoch weiterhin eines unserer wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Künftig ist es allerdings in weitaus geringerem Maße als in der Vergangenheit die militärische Abhängigkeit von den USA und der Schutz ihres nuklearen Schirmes, der die Partner über den Atlantik aneinander bindet. Künftig werden die transatlantischen Beziehungen auf Dauer nur dann stabil bleiben, wenn sie ausbalanciert sind. Auch deshalb ist eine handlungsfähige, starke europäische Union wichtig, und deshalb ist auch der Bau eines festen

europäischen Pfeilers innerhalb der NATO sinnvoll. Die USA können nicht erwarten, dass bei der Reduzierung ihrer Truppen und der Reintegration Frankreichs und Spaniens in die NATO, schließlich auch nach der Integration der ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten Tschechien, Polen und Ungarn, sämtliche Kommandostrukturen wie bisher erhalten werden. Die USA werden Positionen an einen eigenständigeren europäischen Partner abgeben müssen.

Grundsätzlich werden auch die Regeln der euro-atlantischen Handelsbeziehungen neu geklärt werden müssen. Das Helms-Burton-Gesetz des amerikanischen Kongresses ist ein Beispiel, wie sich Nachlässigkeit in der Regelung beider Seiten betreffender Fragen in nachhaltig schädliche Friktion verwandelt. Beide Seiten versäumen es zu oft, sich wegen Fragen oder Konflikten außerhalb des nordatlantischen Bereiches ausreichend zu konsultieren. In solchen Gesprächen könnte sich nicht nur einer der beiden Partner in die Strategie des anderen einbinden lassen, vielmehr könnten auch gemeinsam vereinbarte globale Strategien das Ergebnis sein.

Die Notwendigkeit verstärkter euro-atlantischer Konsultation umfasst im Grunde alle Bereiche, auch die Sicherheitspolitik. Auch Deutschland muss sich in Zukunft als Konsequenz des Endes des Ost-West-Konflikts an der Diskussion von out-of-Area-Einsätzen beteiligen. Dies ist eine neue Anforderung an die deutsche Politik, die angesichts unserer seit Gründung der Bundesrepublik auf den nationalen sowie den NATO-Bereich begrenzten verteidigungspolitischen Philosophie psychologisch wie politisch schwer zu verarbeiten ist.

Die offizielle euro-atlantische Zusammenarbeit genügt im Übrigen nicht. Auch in der Vergangenheit gab es einen semi- und nicht-offiziellen Austausch gewaltigen Ausmaßes. Es wird der euro-atlantischen Beziehung gut tun, wenn dieser Austausch ausgeweitet wird und auch die neuen Demokratien in Ostmittel- und Osteuropa einschließt.

5. Die Aufgaben in Ostmittel- und Osteuropa

Die Fortführung der europäischen Integration, die bisher auf den Westen des Kontinents beschränkt war, nach Osten hin ist gleichfalls an vorderster Stelle unter den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu nennen. Der wirtschaftliche Aspekt dieses Interesses liegt auf der Hand: die Erweiterung eines erfolgreichen gemeinsamen Marktes um weitere Mitglieder verstärkt die Möglichkeiten profitablen Handelsaustausches und wirtschaftlichen Wachstums in der gesamten Region. Unser Interesse geht jedoch über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus.

Die Nachbarn Deutschlands in Ost wie West würden mit Misstrauen verfolgen, wenn Deutschland seine Beziehungen zu seinen ostmittel- und osteuropäischen Nachbarn jeweils gesondert – bilateral – gestalten würde. Hier würde die Gefahr auftauchen, dass ein Staat gegen den anderen ausgespielt wird, dass der eine Vorteile erhält, die der andere nicht hat, dass sich kleinere Staatengruppen gegen andere zusammenschließen – das Konfliktpotential und das Risiko wären groß, dass aus Misstrauen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte erwachsen. Die Bilateralisierung der deutschen genauso wie der Politik der anderen EU-Mitgliedstaaten ist aber unvermeidbar, wenn die östlichen Nachbarn Deutschlands nicht multilateral in die Europäische Union und in die NATO integriert werden. Zu beobachten ist bereits heute, wie stark der Wunsch dieser Staaten nach engerer Westbindung und nach engerem Handelsaustausch ebenso wie nach engeren Sicherheitsbeziehungen zu ihren westlichen Nachbarn ist. Deshalb fordern sie die wichtigen Staaten Westeuropas, und vornehmlich Deutschland, immer wieder auf, auch bilateral enger mit ihnen zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung kann Osteuropa nur zu seinem Schaden ignorieren. Polen etwa, dessen größter Handelspartner Deutschland ist, wünscht mehr deutsche Investitionen, aber weniger Abhängigkeit von Deutschland. Beides zusammen ist nur



Die Bundeswehr als ein Faktor deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu gehört, dass Deutschland sich auch seiner veränderten Rolle in der Welt stellt. Das Foto zeigt Soldaten des Pionierbataillon GECONIFOR (L) auf der Auffahrt zur schwer beschädigten Brücke bei der Ortschaft Visoko, ca. 20 km nordwestlich von Sarajewo, im März 1996. (Foto: D. Modes, BMVg)

dann zu verwirklichen, wenn Polen in gleicher Weise wie Deutschland multilateral in die Europäische Union und in die NATO eingebettet ist. Die bilaterale Abhängigkeit von Deutschland ist dann relativiert. Genau dies ist im Sinne dauerhaft stabiler Beziehungen, also auch im Interesse der deutschen Politik.

Hinzu kommt die Besonderheit des deutschen Verhältnisses zu Russland. Russland ist keine Weltmacht wie die Sowjetunion es war, aber es ist weiterhin eine Großmacht und ein wichtiger politischer wie wirtschaftlicher Partner für Deutschland wie für die gesamte EU. Schon deswegen haben Deutschland, die EU und die NATO ein eigenes Interesse an konstruktiven Regelungen ihrer Beziehungen zu Russland. Wie wir haben beobachten können, ist andererseits auch das Interesse Russlands an guten Beziehungen zum Westen so groß, dass es trotz seiner Ablehnung der Öffnung der NATO mit dieser zusammenarbeiten möchte. Der Grund liegt vor allem darin, dass die meisten NATO-Mitglieder zugleich Mitglieder der Europäischen Union sind. Der Handel Russlands mit der EU ist heute größer als der Handel mit allen restlichen GUS-Staaten zusammen. Die deutschen Investitionen in Russland liegen ungefähr auf der Höhe der deutschen Investitionen in der Slowakei, und den-

noch ist Deutschland einer der größten Investoren in Russland und nach der Ukraine der größte Handelspartner Russlands.

Russlands Ablehnung der NATO-Öffnung resultierte aus seinem überkommenen Interesse, sich Einfluß- oder Pufferzonen zu erhalten. Gerade dieses Streben Russlands ist es aber, was die Staaten Ostmittel- und auch Osteuropas fürchten. Alleine deshalb war es Deutschland und dem Westen nicht möglich, aus Rücksicht auf Russland die Öffnung der NATO für die Staaten Ostmitteleuropas abzulehnen – die Nervosität dort wäre erkennbar gestiegen! Vielleicht war die ablehnende Haltung Russlands verständlich. Russland hat aber rechtzeitig erkannt, dass es noch anders gelagerte, wichtigere Interessen hat. Mit der Grundakte, die zwischen der NATO und Russland beschlossen wurde, hat Rußland nun zwar kein Mitentscheidungs- oder Vetorecht in der NATO erhalten, es hat jedoch das Recht auf Information über Planungen und Entscheidungen in der NATO auf der Basis der Wechselseitigkeit bekommen. Selbst bei Missionen wie in Bosnien kann Russland künftig nicht nur an der Mandatierung durch die OSZE und UNO, sondern auch an der Planung und Durchführung beteiligt werden. Die Grundakte ist deshalb ein so konstruktiver, in die Zukunft weisen-

der Schritt, weil er belegt, dass Deutschland – wie seine westlichen Partner – an einer immer engeren Kooperation mit Russland interessiert ist. Er belegt daneben das Interesse Russlands an der Verbesserung der Kooperation mit dem Westen. Aus diesem Grund ist auch die Erklärung Außenminister Primakows zu begrüßen, dass Russland langfristig auf eine Integration in die Europäische Union hinarbeitet. Die Beispiele Spanien und Portugal haben gezeigt, wie lange es dauert, bis Staaten, die noch nicht den Entwicklungsstand der EU-Mitglieder erreicht haben, Vollmitglieder werden können. Es ist also leicht auszumalen, wie lange es im Falle der ostmitteleuropäischen Staaten dauern wird, die weit hinter dem Stand Spaniens und Portugals zum Zeitpunkt der Aufnahme der Verhandlungen mit diesen Ländern zurückliegen. Die EU-Mitgliedschaft Russlands wird deshalb erst im nächsten Jahrhundert zu entscheiden sein. Der erste große Schritt wird der Zusammenschluss Russlands mit der EU zu einer Freihandelszone sein. Der Wille Russlands aber, die Mitgliedschaft anzustreben und das Bekenntnis Primakows sind dabei ein wichtiger Hinweis auf die Westorientierung eines demokratischen Russlands.

Konzeptionell besonders schwierig zu lösen ist das Problem jener Staaten, die der NATO beitreten möchten, jedoch nicht oder noch nicht Mitglied werden können. Das sind insbesondere die baltischen Staaten. Selbst wenn der Westen ihnen versichert, dass ihnen von Russland keine Gefahr droht, ist ihre historische Erinnerung doch eine andere. Auch wegen der Stellungnahmen der russischen Duma ist das subjektive Sicherheitsinteresse dieser Staaten größer als es von Westeuropa aus erscheint. Da diese Staaten schon aus Rücksichtnahme auf Russland

nicht in die erste Runde der NATO-Öffnung einbezogen werden, müssen andere Modelle überlegt werden. So könnte der Austausch militärischer Beobachter Attraktivität haben. Die Ukraine wiederum beabsichtigt nicht, Mitglied der NATO zu werden. Sie hat sich positiv zur NATO-Öffnung geäußert, möchte ihre Beziehungen zu Russland aber nicht verschlechtern. Aus diesem Grund hat die NATO mit der Ukraine eine eigene Charta vereinbart. Diese hat einen zum Teil anderen, aber nicht minder bedeutungsvollen Inhalt als die zwischen der NATO und Russland vereinbarte Grundakte.

Mit all den Schritten einer Erweiterung von EU und NATO stellt sich die Frage, warum denn überhaupt neue Grenzen gezogen werden müssen. Nun führt die Erweiterung einer Institution notwendigerweise immer zu neuen Grenzen. Die Frage ist nur, ob diese neuen Grenzen besser sind als die alten. Insofern, als die Erweiterung von EU und NATO den Prozess der Integration Europas vorantreibt, verringert sie die bestehenden Probleme. Schließlich wird deshalb von „Öffnung“ gesprochen, weil die neuen Grenzen weniger zu neuen Frontstellungen führen als vielmehr zu einem Brückenschlag über alte Fronten hinweg. Die Fortführung der europäischen Integration nach Osten hin geht nur Schritt für Schritt vor sich. Das heißt, dass sich die Zahl der Mitglieder von EU und NATO nur allmählich erhöhen wird. Dennoch: die Integration Europas führt zur Lösung von Problemen und nicht zur Schaffung neuer Probleme. Der Beschluss über den neuen KSE-Vertrag in Wien, der deutliche Abrüstungsfortschritte in Europa bringen wird, zeigt, welche positive Änderungen der Gesamtlage die Offenheit des Westens für Integration und Kooperation mit den Staaten des früheren Ostblocks zur Folge hat.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder von der OSZE als der umfassendsten Organisation gesprochen, die einen Rahmen für Zusammenarbeit und Stabilisierung auch der Nachfolgestaaten des Ostblocks bilden kann. Damit allerdings kann die OSZE leicht überfordert werden. Die Unteilbarkeit der Sicherheit im Raum

der OSZE besteht zwar auf dem Papier. Dennoch ist die Sicherheitslage beispielsweise Tadschikistans eine andere als die Irlands. Eine Institution wie die OSZE mit allen ihren verschiedenartigen Mitgliedern ist unersetzlich, wenn Normen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Verhaltens auf Dauer festgeschrieben werden sollen. In der Durchsetzung solcher Normen wird sie jedoch notwendigerweise schwach bleiben. Neben der Normendefinition liegt deshalb die Rolle der OSZE wesentlich im Bereich der Mandatierung von Maßnahmen bzw. im Bereich der Prävention von Konflikten. Die Absicht, die OSZE zu einer Alternative zur NATO zu entwickeln, war spätestens mit der Erweiterung der OSZE auf alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion aussichtslos – ohne OSZE wird es allerdings auch keine gesamteuropäische Friedensordnung geben. Ihr politisches Regelwerk muss deshalb ausgebaut, ihre Befugnisse müssen allmählich erweitert werden.

In Zukunft werden wir in Europa verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Integrationsgraden haben. Je umfassender die Mitgliedschaft einer Institution ist, desto geringer wird ihre Integrationstiefe sein können. Deshalb muss Integration sich immer auf den Kreis jener Staaten beschränken, die dazu in der Lage sind, während mit den anderen die Kooperation ausgebaut werden muss. (Vor diesem Hintergrund ist es durchaus folgerichtig, innerhalb einer sich erweiternden Europäischen Union auch über vertiefte Formen der Zusammenarbeit einiger Gruppen von Staaten innerhalb der EU zu sprechen, der sog. Flexibilität.)

6. Die Aufgaben im Mittelmeerraum

Die vielfältigen Probleme in dem Beziehungssystem Europa – Arabien – Israel zu lösen, entzieht sich den Möglichkeiten kurz- oder mittelfristiger Politik Deutschlands oder der EU. Mit der Konferenz von Barcelona wurde immerhin ein Anfang gemacht. Dabei geht es um die Bewältigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der meisten nicht-europäischen

Mittelmeerstaaten, um die gefährlichen Probleme, die immer wieder aus der politischen Konfrontation und Zersplitterung in der Region erwachsen und schließlich auch die Förderung des in der christlich-jüdisch-moslemischen Geschichte oft fehlenden zwischen-kulturellen Verständnisses. Aus diesem Grund muss Deutschland – was nur im Rahmen der EU möglich ist – die Wirtschaftsreformen und deren soziale Absicherung in den nicht-europäischen Staaten des Mittelmeerraumes begleiten, Vorhaben der Armutsbekämpfung unterstützen (schon um der Verschärfung von Problemen des Bevölkerungswachstums und Migrationsdrucks vorzubeugen), Rüstungskontrollvereinbarungen, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsvereinbarungen vermitteln, die Demokratisierung, die Entwicklung des politischen Pluralismus, der Respektierung der Menschenrechte und der Bedeutung der Zivilgesellschaften – insbesondere was die Fragen des Schutzes von Frauen und ihre Rechte betrifft – fördern. Der israelisch-palästinensische Friedensprozess ist hierbei ein wichtiger Bestandteil.

7. Globale Aufgaben

Moral und Werte spielen in der Außenpolitik ihre Rolle. Gerade mit Staaten, deren Moral- und Wertvorstellungen den unseren gleichen, lassen sich die bilateralen Beziehungen am einfachsten und konstruktivsten ausbauen – zu beider Nutzen.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Interessen können andererseits aber auch in ein Spannungsfeld mit dem Interesse an einer intensiven und offensiven Menschenrechtspolitik geraten. Dann bedarf ein Land, das so stark exportorientiert ist wie Deutschland, für seine Politik keiner zusätzlichen Legitimation, wenn sie seine außenpolitischen Interessen stützt. Dann müssen Prioritäten abgewogen werden. Solch eine Abwägung mag im Einzelfall schwierig sein. Sie ist aber legitim und notwendig, wenn ein Land globale Interessen hat, die wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer oder auch kultureller Natur sein mögen.

Zu den außenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands kommt, dass die globalen Gefahren, die während des Ost-West-Konflikts hinter das Problem der Sicherheit getreten waren, ebenso in den Vordergrund drängen wie die weltweit wirkenden Kräfte wirtschaftlicher Dynamik und neuer Technologien. Deutschland muss deshalb an der umfassenden Regelung der ökologischen Problematik ebenso gelegen sein wie an der Lösung von Migrations- und Waffenproliferationsproblemen. In den global orientierten Institutionen hat Deutschland deshalb immer eine aktive Rolle gespielt und sich spätestens seit der Zeit der sozialliberalen Koalition für eine internationale Politik der Kooperation und

des Interessenausgleichs, des Dialogs und der Vertrauensbildung eingesetzt. Das deutsche Interesse an einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ergibt sich direkt aus dieser Bereitschaft und der Fähigkeit, globale Verantwortung zu übernehmen. Es deckt sich mit dem anderer Staaten. So gibt es ein Interesse der Dritten Welt an einem Sitz für Deutschland, weil Deutschland von seiner Interessenlage her multilateral agiert als die USA und deshalb tendenziell am Interessenausgleich zwischen Nord und Süd größeres Interesse hat.

Ob Deutschland längerfristig diesen neuen Anforderungen an seine Außen- und Sicherheitspolitik gewachsen ist, ist nicht vorher-

zusagen. Auch vor dringlichen Herausforderungen kann ein Land versagen. Die Flexibilität allerdings, mit der Deutschland seit 1990 versucht hat, sich auf die neuen und sich weiter ändernden Bedingungen in seiner außen- und sicherheitspolitischen Lage einzustellen, stimmt optimistisch. Auf der Grundlage der Erfahrungen während des Ost-West-Konflikts sollte Deutschland in der Lage sein, mit der Situation nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts umzugehen. Noch einmal:

Deutschland befindet sich in einer Situation wie nach dem Jahr 1648, wie nach dem Wiener Kongress im Jahr 1815 oder wie nach dem 2. Weltkrieg, also wie nach allen Umbruchmomenten der europäischen Geschichte, in der die außen- und sicherheitspolitischen Strukturen Europas neu definiert wurden. Wie damals, so müssen wir auch heute lernen, damit umzugehen. □



Oberst i.G. Hubertus von Butler, Chef des Stabes Luftbeweglicher Kräfte (KLK)/4. Division in Regensburg war von August 96 bis Februar 97 als ChdSt GECONIFOR in Trogir/Kroatien eingesetzt. Über seine „Erfahrungen eines Soldaten in Führungsverantwortung bei internationalen Einsätzen“ berichtete er eindrucksvoll und überzeugend dem Seminar. Oberst von Butler hier im Gespräch mit Militärdokan Prälat Walter Theis und Oberstleutnant Helmut Jermer, Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung der GKS“. (Foto: F. Brockmeier)

KURZ BERICHTET

UNHCR will 1998 bis zu 220.000 Bosnier rückführen

Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) will 1998 zwischen 138.000 und 220.000 bosnische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückführen. Darunter sind auch 80.000 bis 120.000 aus Deutschland, wie UNO-Hochkommissarin Sadako Ogata vor der humanitären Arbeitsgruppe des Rates zur Umsetzung der Friedensabkommen für Bosnien am 17.12.1997 in Genf erklärte. Weiter sollten etwa 50.000 Vertriebene innerhalb Bosniens aus so genannten Minoritätengebieten in ihre Heimatsorte zurückgebracht werden. 1997 konnten nach Ogatas Angaben nur etwa 110.000 Flüchtlinge, 95.000 davon aus Deutschland, zurückgebracht werden. Weiter hätten 25.000 Vertriebene in Regionen zurückkehren können, in denen sich ihre Volksgruppe in der Minderheit befinde.

Wie Ogata weiter erklärte, sind inzwischen fast alle Personen in ihre Heimat zurückgekehrt, deren Volksgruppe dort in der Mehrheit ist. So müssten künftig die Anstrengungen für Rücksiedlungen in die Minoritätengebiete intensiviert werden. Ogata forderte deshalb Sarajevo und Banja Luka auf, sich umgehend zu so genannten „offenen Städten“ zu erklären, in die Angehörige aller Minoritäten ohne Probleme zurückkehren könnten. Bisher erklärten sich Bihac, Busovaca, Gorezde, Konjic und Kakanj zu „offenen Städten“. Diese erhalten vom UNHCR und der internationalen Gemeinschaft mehr Hilfe für den Wiederaufbau als andere Orte, verpflichten sich gleichzeitig aber auch zur Aufnahme aller während des Krieges vertriebenen Personen.

Die Zahl der Vertriebenen innerhalb Bosniens schätzt das UNHCR für 1998 noch auf etwa 800.000. Die Zahl der Flüchtlinge in Drittländern, für die noch keine Lösung gefunden werden konnte, soll sich auf etwa 612.000 belaufen. Von diesen leben etwa 220.000 in Deutschland, 250.000 in der Republik Jugoslawien und 77.000 in Kroatien. (KNA)

Legitimationsprobleme des Soldatenseins

Politische, rechtliche und ethische Fragen des Einsatzes von Soldaten

Wolf Werner Rausch

Im nachfolgenden Beitrag geht es um Fragen der Berechtigung des Einsatzes von Soldaten. Für Berechtigung sagt man mit einem in diesem Fall gebräuchlicheren Fremdwort „Legitimation“. – „Legitimation des Soldatenseins“ ist ein sehr grundsätzliches Problem, entsprechend hat es auch in dieser Zeitschrift (Truppenpraxis/Wehrausbildung, Anm. der Redaktion) immer wieder Raum gefunden. Letztlich steht dahinter die Frage nach dem soldatischen Selbstverständnis. Deshalb geht es im Ergebnis auch nicht um Dinge, die irgendwo stehen oder festgelegt sind, sondern es geht um eigene Entscheidungen.

Ethische Vorfragen

Legitimation ist Wechselspiel verschiedener Faktoren, Meinungen, Motive und Entscheidungen. Im Allgemeinen wird zwischen politischer, rechtlicher und ethischer Legitimation unterschieden. Alle drei Aspekte sollen im folgenden behandelt werden, wenngleich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Hier wird davon ausgegangen, dass ethische Legitimation der wichtigste Aspekt ist. Die Erfahrung lautet – konkret gesprochen: Je länger ein Einsatz dauert, umso mehr fragen die Soldaten nach dem Sinn: Ist das zu verantworten? Kann ich das verantworten? Wo kommt meine Verantwortung überhaupt vor? – Also ethische Legitimation.

Auf die Frage, was „Ethik“ ist, soll eine relativ einfache Antwort eingeführt werden: Ethik ist die Lehre vom Anständigsein; oder: von einem förderlichen, Zukunft eröffnenden Handeln. Ein Problem ist sofort absehbar: Darüber gibt es eine Menge höchst unterschiedlicher Vorstellungen. – Als Lehre artikuliert sich Ethik in den unterschiedlichen Bereichen menschlichen Daseins. Hier geht es um Friedensethik oder Berufsethik der Soldaten. Man denke aber auch an Bio-Ethik, Sexualethik, Wirtschaftsethik, usw.

Es geht um Anständigsein. Der Mensch kann die Herausforderungen seines Daseins verschieden beantworten: Er kann sein Handeln bestimmen lassen durch das, was mir nützt; oder was anderen nützt; oder was mir in der

Gemeinschaft nützt; oder was der Gemeinschaft nützt, zu der auch ich gehöre; oder was allen nützt; und last but not least was geboten ist. Das kann jeweils zu anderen Entscheidungen führen. Aber wie man es auch dreht und wendet, Ethik bleibt die Herausforderung, den eigenen Standort und das Verhalten in der Gemeinschaft zu bestimmen.

Unabhängig wie man dazu steht, wird man die Bedeutung der Religionen in diesem Zusammenhang einräumen müssen. Sie tradieren ethische Grundsätze, deren Verbindlichkeit nicht nur gegenüber der menschlichen Gemeinschaft, sondern gegenüber dem Göttlichen, Ewigen, Unbedingten besteht. Doch ungeachtet, ob man die ethische Entscheidung von einem „Letztbegründungsprogramm“ (Ludger Lütkehaus) abhängig sein lässt oder nicht, stellt sich offensichtlich heraus, dass verschiedene Probleme der Neuzeit tatsächlich vor „letzte Fragen“ stellen. Dazu gehören auch das Soldatsein, der Umgang mit Gewalt und der Anspruch, durch militärische Maßnahmen zum Frieden beizutragen. Das erscheint eher widersprüchlich, geht es doch in Wirklichkeit darum, ein Übel mit einem anderen Übel zu bekämpfen, welches zunächst nur den Anspruch erhebt, ein geringeres zu sein. Gewalt und Gegengewalt: Das Ethik-Kapitel, um das es hier geht, nennt man Friedensethik. Es handelt von der Erlaubtheit, den Bedingungen, dem Ziel und der Verantwortung der Akteure.

INHALT

Ethische Vorfragen

Ethik und Recht

Sicherheit und Frieden nach Ende des Ost-West-Konflikts

Politische Legitimation

Einsatz wofür?

Sterben wofür?

Friedensethik – Friedenspolitik

Ethische Legitimation von Gewaltanwendung

Schlußbemerkung

Einschübe:

Präambel des Grundgesetzes

Streitkräfteeinsatz im Grundgesetz

Deutsche Interessen – und die Folgen

Ethik und Recht

Eingangs wurde darauf hingewiesen, dass Legitimation ein Wechselspiel ist, in dem verschiedene Faktoren zueinander in Beziehung treten. Einer dieser Faktoren – oder Pole, zwischen denen sich das abspielt – ist das Recht. Zweifellos ist für die Legitimation einer Sache, d.h. für den Legitimitätsglauben, viel gewonnen, wenn sich die Handelnden in Übereinstimmung mit dem Recht wissen.

Das kodifizierte Recht ist Ergebnis eines langen Prozesses, in den – neben und mit Herkommen, Tradition, Machtinteressen, historischen Entwicklungen, religiösen Überzeugungen – auch und vor allem ethische Entscheidungen eingeflossen sind. So könnte man sagen, dass das Recht, wie wir es verstehen, in seiner Substanz Ethik ist. Das lässt sich beispielhaft deutlich machen an der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. In ihr kommt

Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben ...

eine ethische Grundentscheidung zum Ausdruck, eine verbindliche Orientierung für das Recht und die Politik, die nicht disponibel ist. Das soll auch die Anrufung Gottes unterstreichen.

Wenn das Recht derart mit Ethik in einen Zusammenhang gebracht wird, sind freilich die Konflikte für den, der in einer bestimmten Situation sich zu entscheiden und zu handeln hat, kaum beseitigt, sondern nahezu absehbar. Man kann dies an einer Kontroverse deutlich machen, die in dieser Zeitschrift ausgetragen wurde (Ausgabe 12/1996, S. 840 ff.; Ausgabe 3/1997, S. 207; Ausgabe 10/1997, S. 616 ff.). Sie entzündete sich an der Frage, ob ein im Einsatz erteilter Befehl, selbst bei Verbrechen gegen Zivilpersonen, deren unmittelbare Zeugen Soldaten werden, nicht einzugreifen, gegen die Menschenwürde verstoße. Dieser Fall ist mit Blick auf den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien alles andere als an den Haaren herbeigezogen. In § 11 des Soldatengesetzes heißt es: „Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt“, usw. Der Jurist führt aus, dass ein sog. „Stillhaltebefehl“ nicht die Menschenwürde des Soldaten als Befehlsempfänger (darum geht es!) berührt und deshalb rechtmäßig ist. Nicht wenige halten dem entgegen, dass der Soldat nicht gehindert werden kann, seinem Gewissen Folge zu leisten, nämlich in einer solchen Situation den Opfern beizustehen. Das Gewissen ist „die letzte, ganz persönliche Instanz... Der Dienstherr hat auf dieses Grundrecht der Gewissensfreiheit

keinen Zugriff. Seine Fürsorgepflicht gebietet ihm vielmehr, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass der Gewissensfall gar nicht erst eintritt.“ (Ebd.)

Wohl wahr, dass das Gewissen eine letzte Instanz bildet, dennoch geht die daraus abgeleitete Forderung ziemlich weit an der Realität vorbei. Natürlich kann und will der Dienstherr nicht die Gewissensentscheidung des Soldaten verhindern; darüber hinaus sind Situationen vorstellbar, in denen das Gewissen höhere Verbindlichkeit beansprucht als ein Befehl. Das Recht steckt Grenzen ab, es schützt auch den Handelnden. Aber wollte man dem Soldaten die Entscheidung ersparen? Das ist gemeint, wenn vorher von Konflikten die Rede war, die dem Soldaten nicht erspart bleiben.

Jemand hat gesagt, es gibt wohl kaum die Alternative zwischen dem guten und bösen Gewissen, sondern höchstens zwischen dem mehr oder weniger verletzten Gewissen. Soldaten als Befehlsempfänger handeln und entscheiden in der Konsequenz von Handlungen und Entscheidungen, für die sie nicht verantwortlich sind, für die sie aber Verantwortung übernehmen. Wichtiger als an die Autonomie des Gewissens bzw. dessen Unverletzlichkeit zu appellieren, erscheint es, dass die Konflikte erkannt, die Konsequenzen durchdacht werden. Recht und Gewis-

sen stehen nach unserem Verständnis nicht im Widerspruch zueinander, sondern sie bezeichnen die Spannung zwischen Bindung und Freiheit, in der der Soldat steht. Entscheidend ist, dass er sich, wenn es sein muss, rechtfertigen kann.

Beim Thema „rechtliche Legitimation“, ist natürlich das Grundgesetz von entscheidender Bedeutung. Aus nahe liegenden Gründen hatte es 1949 über Streitkräfte nichts ausgesagt, dafür aber – außer Artikel 26 – etwas über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Art. 4 (3). Die sog. Wehrverfassung, Art. 12 a, wurde 1956 in das Grundgesetz aufgenommen; und der Artikel 87 a, der u.a. Bestimmungen über den Einsatz der Streitkräfte enthält, stammt aus dem Jahr 1968.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Streitkräfteeinsatz vom 12. Juli 1994. Vordergründig ging es um eine „Klarstellung“ der einschlägigen Grundgesetzartikel; dieser Begriff wurde häufig gebraucht. Im Ergebnis hat das Gericht entschieden, dass die Bundeswehr im internationalen Rahmen beinahe für alles eingesetzt werden darf. Aber hinter dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht stand nicht weniger als das Ringen um die Neuorientierung der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik nach Ende des

Streitkräfteeinsatz im Grundgesetz

Art. 87 a (1)

- Einsatz der Streitkräfte nur zur Verteidigung
- Parlamentarische Aufsicht über die Streitkräfte
 - Art. 65 a: Bundesverteidigungsminister, Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt
 - Art. 115 a–115 l: Gesetzgebungsverfahren und Zusammenwirken der Verfassungsorgane im Verteidigungsfall
 - Art. 115 b: Im Verteidigungsfall Bundeskanzler, Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt

Art. 87 a (2)

- Einsatz der Streitkräfte außerhalb von Verteidigung nur gemäß ausdrücklicher Zulassung des GG
 - Art. 35: Katastrophen
 - Art. 87 a (4): bei innerem Aufruhr
 - BVerfGer 12.07.1995: GG durch Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft. Zustimmung des Bundestages erforderlich (einfache Mehrheit)

Art. 26

- Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges
- Präambel
- Friedensgebot

Je länger der Einsatz dauert, um so mehr fragen die Soldaten nach dem Sinn: Ist das zu verantworten? Kann ich das verantworten? Wo kommt meine Verantwortung überhaupt vor? Mit anderen Worten: Es geht um die ethische Legitimation des Auftrags. Das Foto zeigt Soldaten des Pionierbataillons GECONIFOR (L) vor einer wiederhergestellten Brücke bei Visoko ca. 20 km nordwestlich von Sarajewo.

(Foto: D. Modes, BMVg)

Ost-West-Konflikts.

Sicherheit und Frieden nach Ende des Ost-West-Konflikts

Ergebnisse dieser Neuorientierung stehen bereits vor Augen und betreffen nicht am wenigsten die Soldaten der Bundeswehr. Viele von denen, die jetzt militärische Führer sind, waren aufgewachsen in Überzeugungen, denen zufolge ein Einsatz deutscher Soldaten völlig undenkbar schien. Dies ergab sich aus der Fixierung auf die Massenvernichtungsmittel und die im Fall eines Krieges drohende nukleare Katastrophe. Vor diesem Hintergrund war bereits seit den 60er Jahren eine spezifische Verbindung von Sicherheits- und Friedenspolitik entwickelt worden, deren Kernbegriff „Entspannung“ hieß.

Bedeutsam ist, dass Entspannung zwar die nukleare Auseinandersetzung verhindert und Zonen relativer Sicherheit geschaffen hat. Doch erstens hörte der Ost-West-Konflikt mit all seinen Folgen, zu denen auch die gigantische Rüstung auf beiden Seiten zählte, nicht auf. Zum zweiten wurden die Konflikte häufig nur verlagert. Die Opfer der weit über 100 Kriege und kriegesischen Auseinandersetzungen seit 1945 würden ihre eigene Sprache sprechen, wenn sie könnten. Auch das eine Folge des Ost-West-Konflikts; vielleicht mit dem Unterschied, dass sie häufig verdrängt wurde. Umso größer die Ernüchterung – auf die in den 80er Jahren so starke Friedensbewegung wirkte sie sich geradezu als Lähmung aus –, die infolge der Entwicklung am Persischen Golf seit Sommer 1990 eintrat. Die Euphorie über das Ende der deutschen Teilung sah sich plötzlich und unerwartet mit der Erkenntnis konfrontiert, dass die Welt keineswegs besser geworden war.



In dieser widersprüchlichen Situation ging es um Grundfragen politischer Orientierung. Die Positionen, die letztlich auch den Anträgen an das Bundesverfassungsgericht zugrunde lagen, lassen sich auf zwei griffige Formeln bringen: Während die einen mit der „gewachsenen weltpolitischen Verantwortung“ Deutschlands argumentierten, der auch die Beteiligung der Bundeswehr an Militäraktionen der Verbündeten entsprechen müsse, nannten die anderen dies „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“. Daran ist zumindest richtig, daß sich die Erörterung friedens- und sicherheitspolitischer Fragen in der unmittelbaren Folge des Golfkrieges 1991 auf militärische Beiträge beschränkte. 1992 dann die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, ein politisches Dokument des Bundesministers der Verteidigung, das teilweise den Verdacht erweckte, die „sicherheitspolitische Zielsetzung“ der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ sei hauptsächlich unter Zuhilfenahme der Bundeswehr zu verfolgen. Gleichzeitig wurde unter Zeit- und Berufssoldaten heftig gestritten, ob dies alles nicht eine „Veränderung der Geschäftsordnung“ bedeute; man sei doch unter ganz anderen Voraussetzungen in die Bundeswehr eingetreten. Festge-

macht wurde das häufig am Eid der Soldaten. Übrig geblieben ist ein Defizit: nämlich, dass eine Diskussion über die §§ 7 und 9 des Soldatengesetzes – Grundpflicht, Eid und feierliches Gelöbnis – auf die lange Bank geschoben worden ist. Aber wer stört sich noch daran?

Heute nutzt die Bundesregierung die Bundeswehr als Instrument ihrer Außenpolitik, und wer will leugnen, dass die Bundeswehr sich dabei recht gut anstellt. Entsprechend hoch ist ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Allerdings haben wir noch nicht die möglichen Konsequenzen, sprich den Ernstfall erlebt: den Tod, die Verstümmelung deutscher Soldaten infolge Kampfhandlungen. Die Frage blieb bisher unbeantwortet, wie die Öffentlichkeit reagiert, wenn sie mit solchen Bildern konfrontiert wird.

Politische Legitimation

Hier geht es allerdings nicht um die Sichtweise der Öffentlichkeit, sondern der Soldaten. Es geht um Begründungen: Warum der Einsatz von Soldaten, warum Gefahr für Leib und Leben? Was haben wir zu suchen in Somalia, im ehemaligen Jugoslawien und wer weiß wo noch? – Es geht um politische Glaubwürdigkeit, die Grundlage ist für den Legitimitäts-

glauben des Soldaten. So gesehen verlangt jeder Einsatz seine eigene Begründung; und man kann wohl behaupten, dass Soldaten in dem Verständnis von Soldatsein, das sich mit der Bundeswehr durchgesetzt hat und gemeinhin mit dem Begriff „Staatsbürger in Uniform“ beschrieben wird, darauf einen Anspruch haben. Im übrigen verschafft die daraus resultierende Möglichkeit sinnorientierten Handelns auch einen Motivationsvorsprung. Jedenfalls bleibt festzuhalten, dass die Soldaten der Bundeswehr sich alle Mal dem Vergleich mit ihren alliierten Kameraden stellen können; sicher eine Konsequenz angewandter Innerer Führung.

Ausgehend von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Streitkräfteeinsatz sollte bisher die politische Dimension des Legitimationsproblems deutlich werden. Letzten Endes hat das Bundesverfassungsgericht die als Rechtsstreit geführte Auseinandersetzung dahin zurückverlagert, von wo sie gekommen war. Das Gericht hat gesagt: Die Auseinandersetzung muss politisch geführt werden, das Parlament muss entscheiden. Ob die Regelung der Mehrheitsverhältnisse zufrieden stellen kann, sei dahingestellt. Aber wie dem auch sei, die Politik ist gefordert, ihre jeweiligen Entscheidungen auf den Tisch zu legen.

Einsatz wofür?

An dieser Stelle ist allerdings Zurückhaltung angesagt, man sollte sich nichts vormachen. Politische Rhetorik neigt dazu, wenn es um den Einsatz von Soldaten geht, die moralische Karte auszuspielen. Ein Stichwort lautet „humanitäre Intervention“. Gemeint ist militärisches Eingreifen in einer konkreten Situation, in der Völkermord, massive Menschenrechtsverletzungen, massenhaftes Elend sich anders nicht verhindern lassen. Das klingt zunächst einleuchtend. Bereits in Somalia fühlten sich die Bundeswehrsoldaten trotz eines

Deutsche Interessen – und die Folgen

„Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen, wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Es hat keinen Sinn, das verschweigen zu wollen. Unsere Partner würden uns ohnehin nicht glauben, daß wir nur internationalen Altruismus im Schilde führen.“

Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit zuzugeben, daß wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem eigenen Interesse liegt.

Diese Interessen anzuerkennen heißt auch, die Folgen daraus ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß dafür materielle Lasten übernommen werden müssen; daß aber das Scheckbuch nicht immer ausreicht, sondern möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist.“

Bundespräsident Roman Herzog am 13.03.1995 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

nicht vorhandenen militärischen Auftrags sinnvoll eingesetzt, wenn sie zerstörte Schulen wieder aufbauen, die Wasserversorgung verbessern, medizinische Hilfe leisten konnten. So ist es auch im ehemaligen Jugoslawien; wobei eine Besonderheit hervorgehoben werden muss: Die Deutschen gehen offensichtlich mit einem ganz eigenen humanitären Ethos in solche Einsätze und ergreifen bemerkenswerte Initiativen zugunsten der Not leidenden Bevölkerung. Nur ist es natürlich nicht das mit dem Begriff „humanitäre Intervention“ Gemeinte. Dabei geht es vielmehr um die Erzwingung humanitärer Mindeststandards – wo nötig mit Waffengewalt – in einer anders als durch militärisches Eingreifen nicht zu bewältigenden Konfliktsituation.

Dabei tun sich eine Reihe von Problemen auf, die fragen lassen, ob dieses Konzept überhaupt durchführbar ist. – Erinnern wir uns: Der Mitleidseffekt, der zu dem Somalia-Einsatz geführt hatte, nachdem Bilder entsetzlichen Elends auf den westlichen Fernsehschirmen erschienen waren, schlug in sein Gegenteil um, als die Zahl der Opfer unter UN- und amerikanischen Soldaten immer mehr zunahm; am Ende waren es

fast 300 getötete Soldaten. Der deutschen Öffentlichkeit ist die Konfrontation damit erspart geblieben. Aber wenn es dazu kommt, ist dann die Frage unangebracht, ob es beispielsweise die Heillosigkeit der Verhältnisse im ehemaligen Jugoslawien rechtfertigt, das Leben unserer Söhne, Ehemänner, Brüder usw. zu opfern?

Schwer durchschaubar sind die rechtlichen, politischen und ethischen Probleme „humanitärer Intervention“. Bisher werden sie kontrovers diskutiert: Zum Beispiel die Souveränität der Staaten. Oder Rolle und Bedeutung der UNO, die seit Somalia eher im Schwinden begriffen ist. Angesichts des Völkermordes in Ruanda 1994 hat man sogar vom völligen Versagen der UNO gesprochen. Nur dürfen Ursache und Wirkung nicht durcheinander gebracht

werden: UNPROFOR im ehemaligen Jugoslawien, war nie auch nur annähernd kräftemäßig in die Lage versetzt, ihren Auftrag zu erfüllen. Die Eroberung der Schutz-zonen von Srebrenica und Zepa durch bosnische Serben im Juli 1995 bedeutete den traurigen Höhepunkt und zugleich das bittere Ende dieser „peacekeeping operation“.

Optimisten meinen, die UNO, bei der die völkerrechtliche Zuständigkeit liegt, müsse gestärkt, ihre Kontingente müssten den Erfordernissen entsprechend ausgestattet werden. Pessimisten weisen auf bisherige Erfahrungen hin, dass die Staaten, allen voran die Mitglieder des Weltsicherheitsrats, der UNO zwar die Last der Konfliktbewältigung aufbürden aber nicht bereit sind, sie in der erforderlichen Weise politisch und militärisch zu unterstützen. Wenn nichts mehr läuft, übernehmen die Großmächte die Initiative. Bei ihnen kann man vermuten, daß macht- und innenpolitische Erwägungen den entscheidenden Einfluss auf die Interventionsentscheidung haben, während humanitäre bzw. menschenrechtliche Motive eine nachrangige Rolle spielen. Dafür spricht auch der selektive Umgang mit dem Interventions-

instrument. Doch auf Dauer kann sich die Völkergemeinschaft damit nicht zufrieden geben. Sie muss humanitäre Mindeststandards entwickeln, wie auch deren Verbindlichkeit durchsetzen und das entsprechende Instrumentarium bereit stellen; nennen wir es UN-Einsatz, humanitäre Intervention oder internationale Polizeigewalt.

Sterben wofür?

Über politische Legitimation nachdenken heißt, die Spannung zwischen Politik und Moral einzubeziehen. Nüchternheit, worum es letztlich geht, erscheint angebracht. Die Wahrung deutscher Interessen ist und bleibt eine politische Aufgabe. Die Soldaten müssen sich darüber im klaren sein – insofern ist das etwas Neues, allerdings nur für uns Deutsche –, dass die Politik nicht darauf verzichten wird, sie als Instrument einzusetzen, wenn es sein muss. Interessen sind vielschichtig, sie betreffen auch das Verhältnis zu unseren Partnern. Sicher war es auch bündnispolitischer Druck, der die Streitkräfte dahin gebracht hat, wo sie sich jetzt befinden. Man kann geradezu formulieren: Im Zeichen ihrer eingeschränkten Souveränität durfte die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht aktiv werden, nach Erlangung der vollen Souveränität muss sie es. Abgesehen davon, dass es ja auch um handfeste Interessen geht, die etwa durch fortwährende Unsicherheit in Europa, durch Flüchtlingsströme usw. massiv berührt werden.

Wichtig ist, dass die Soldaten rechtzeitig mit den Bedingungen und Konsequenzen ihres Einsatzes konfrontiert werden; dass sie verstehen und sich entscheiden können. Den Themen „Töten“ und „Getötet-werden“ wurde lange ausgewichen, im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel sowieso. Aber auch zurückliegende Einsätze der Bundeswehr waren immer durch eine spezifische „Sicherheitsphilosophie“ gekennzeichnet: Es gibt kein Risiko! Doch inzwischen haben die Streitkräfte gelernt, diese Probleme in der Ausbildung zu thematisieren. Die Soldaten haben darauf einen Anspruch.

Und nicht nur darauf. Soldaten sind Instrument der Politik, sie

sind Befehlsempfänger, sie übernehmen die Verantwortung für Entscheidungen, die sie nicht getroffen haben, und halten den Kopf hin. Dafür haben sie Anspruch auf die Beantwortung einer Reihe von Fragen jeweils im konkreten Fall:

- Warum wird dieser Einsatz geplant/beschlossen?
- Welches sind die angestrebten/erreichbaren Ziele?
- Welche Risiken sind abschätzbar?
- Wie lange soll der Einsatz dauern?
- Wie kommen wir aus dem Einsatz heraus?

Friedensethik – Friedenspolitik

Dabei trägt vor allem die erste Frage einem Selbstverständnis Rechnung das sich keineswegs nur als Mittel zum Zweck von Interessendurchsetzung begreift, sondern Soldatsein als eine Weise verantwortlichen Lebensvollzugs und einen Beitrag zu Frieden und Freiheit erkennt. Politik bildet den Rahmen. Bei aller gebotenen Nüchternheit über Ziele und Wege hat sie in erster Linie Friedenspolitik zu sein. In diese Konzeption ordnen sich die Streitkräfte ein.

Nach Ende des Ost-West-Konflikts wurde Kritik laut, dass dieses Politikfeld kaum besetzt worden sei. Bereits zehn Jahre zuvor, auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdiskussion 1981, hatte es in einer kirchlichen Stellungnahme (es ging um atomare Abschreckung) geheißen: Soldatsein ist „nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern und Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen.“ („Frieden wahren, fördern und erneuern“.) Das hat unter den veränderten Bedingungen nichts von seiner Gültigkeit verloren. Es geht um ethische Legitimation. Ein Einsatz der Streitkräfte kann nur letztes Mittel sein, wenn alle anderen Bemühungen sich als wirkungslos erwiesen haben.

Gerade das Konzept der „humanitären Intervention“ fordert massive Anstrengungen zur Konfliktursachenbeseitigung. Dazu gibt es keine Alternative, schon gar nicht militärisch. Frieden, so

stellt eine Ausarbeitung der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Friedensethik vom Januar 1994 heraus („Schritte auf dem Weg des Friedens“), ist nicht lediglich die Abwesenheit von Gewalt, sondern das Vorhandensein demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit sowie Geltung der Menschenrechte. Es geht um einen Frieden des Rechts, einschließlich verbindlicher Regelungen und Instrumente zur Rechtsdurchsetzung; d.h. eine internationale Friedensordnung. Die ihrerseits setzt Verzicht auf Machtpolitik, Abgabe von Souveränitätsrechten, Stärkung internationaler Zusammenschlüsse, Interessenausgleich zwischen den Völkern voraus. Natürlich muss man fragen, ob traditionelles politisches Denken dem gewachsen ist. Doch soll man vielleicht nicht so pessimistisch sein; beispielsweise scheint es, dass Europa allmählich lernt, ein Netz zu entwickeln, in dem Konflikte aufgefangen werden können.

Krieg als Mittel der Politik, d.h. die Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, ist seit 1945 zumindest aus dem Völkerrecht gestrichen. Auch bei einem Bruch des internationalen Friedens kommt es darauf an zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, um politische Möglichkeiten seiner Beilegung zu eröffnen. Die von der Charta der Vereinten Nationen als Ausnahme zugelassene Gewaltanwendung zur Selbstverteidigung oder Abwehr von Friedensbrüchen und Friedensbedrohungen kann nur „Ultima Ratio“ sein, äußerster Grenzfall. Das gilt auch für „humanitäre Interventionen“ sofern man sich für deren Zulässigkeit entscheidet. Ihre ethische Legitimation orientiert sich ebenfalls an dem äußersten Grenzfall, dass die Menschenrechte und Lebensmöglichkeiten der Betroffenen derart nachhaltig beschädigt worden sind, dass in ethischer Perspektive Handeln geboten ist, da anderes nicht zum Erfolg führt.

Ethische Legitimation von Gewaltanwendung

Bei den Erwägungen über die ethische Erlaubtheit der Gewalt-



Wie in Somalia, so gehen die Deutschen im ehemaligen Jugoslawien mit einem ganz eigenen humanitären Ethos in solche Einsätze und ergreifen bemerkenswerte Initiativen zugunsten der notleidenden Bevölkerung. Im Bild beseitigen Pioniere mit schwerem Gerät eine Barrikade vor einer Brücke in der Nähe von Sarajewo.

(Foto: D. Modes, BMVG)

anwendung greift man auf jahrhundertalte Traditionen zurück, vor allem auf die Lehre vom gerechten Krieg. Sie lässt sich zwar nicht mehr zur Rechtfertigung von Kriegen heranziehen, was einst ihre Funktion gewesen ist. Aber in aktualisierter Form bietet die Lehre vom gerechten Krieg Entscheidungskriterien an. Das sind die Beschränkung des Gewalteinsatzes auf den „äußersten Grenzfall“ bei absolutem Vorrang ziviler Verständigungsbemühungen, ferner die Verpflichtung auf das Ziel der Wiederherstellung von Frieden und Recht und die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Letzteres bezieht sich unmittelbar auf die Soldaten. Insgesamt haben wir es hier mit einem ethischen Rahmen für politisches Handeln zu tun, an dem sich Auftrag und Selbstverständnis der Soldaten orientieren sollen.

Dieser Rahmen umfasst auch den Einsatz, da wird es konkret. So ist zum Beispiel von erheblicher Bedeutung, dass die für einen Einsatz geltenden Regeln für den Waffengebrauch geeignet sind, damit die Soldaten Handlungssicherheit entwickeln können.

Schlussbemerkung

Von den Soldaten – erst recht, wenn sie im Einsatz sind – wird Wachsamkeit verlangt: Wachsamkeit auf Wache oder im Fahrzeugkonvoi, im Cockpit eines Flugzeuges oder auf der Brücke eines Schiffes in schwierigem Gewässer. Wachsamkeit soll hier aber auch im übertragenen Sinne verstanden

KURZ BERICHTET

Bundeswehr hat alle Anti-Personen-Minen vernichtet

Die Bundeswehr hat nach eigenen Angaben alle Anti-Personen-Minen in ihren Beständen vernichtet. In den vergangenen Jahren seien rund 1,7 Anti-Personen-Minen durch die Industrie umweltgerecht entsorgt worden, teilte Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) am 9. Januar in Bonn mit. Dafür seien 4,2 Millionen Mark aus seinem Haushalt aufgewendet worden. Die Bundeswehr sei damit

werden: Erstens als Fähigkeit, einen besonderen Sinn für Menschen zu entwickeln. Dahinter steht Art. 1 des Grundgesetzes, Achtung der Menschenwürde, die sich in Bereitschaft zur Kommunikation, im Bemühen um Vertrauen, im Erkennen und menschengerechten Bewältigen der Spannung zwischen Mensch und Auftrag zeigt.

Mit dem Begriff Wachsamkeit soll zweitens zum Ausdruck kommen, dass es um Verantwortungsfähigkeit geht. Soldaten erhalten Befehle, als Vorgesetzte erteilen sie Befehle. Befehl und Gehorsam entbinden aber nicht von der persönlichen Verantwortung. Es sind Situationen vorstellbar, in denen das Gewissen höhere Verbindlichkeit beansprucht als ein Befehl. Aber wer sich entscheidet, muss hinterher auch bereit sein, sich zu rechtfertigen.

Wachsamkeit steht, drittens, in jenem Zusammenhang, der jemand hat sagen lassen, der Offizier habe einen „politischen Beruf“. Das bedeutet auch Kritikfähigkeit. Politische Bildung in den Streitkräften ist ein Instrument, um Kritikfähigkeit zu entwickeln, die der Vorgesetzten und die der Untergebenen. Die Bundeswehr steht unter dem „Primat der Politik“. Daraus ergibt sich, dass die Soldaten die Pflicht haben, politischen Entscheidungen Folge zu leisten; aber auch das Recht, dass diese Entscheidungen ethisch und rechtlich legitimiert sind. □

eine der ersten Armeen weltweit, die die Vernichtung der Bestände abschließen.

Rühe hatte im April den Verzicht der Bundeswehr auf Anti-Personen-Minen bekanntgegeben. Weltweit sollen nach Expertenschätzungen noch rund 120 Millionen dieser Waffen vergraben sein. Anfang Dezember hatten sich 122 Staaten in Ottawa verpflichtet, Anti-Personen-Minen weder herzustellen noch zu gebrauchen und alte Bestände zu vernichten. Die weltweite Kampagne gegen Landminen hatte im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis erhalten. (KNA)

Im Zweifel für die Obrigkeit

Menschenwürde und Gewissensfreiheit bei Nothilfeaktionen im Auslandseinsatz

Oskar Matthias von Lepel

In einem Beitrag im Heft 12/96, S. 845 ff. der Truppenpraxis/Wehrausbildung hatte der Verfasser unter der Überschrift „Verhalten in Nothilfesituationen bei VN-Missionen“ u.a. zu rechtlichen und ethischen Fragen der Nothilfe in Auslandseinsätzen Stellung bezogen. Die damals vorgetragenen Thesen kann man wie folgt zusammenfassen:

Ausnahmsweise ist unter bestimmten Voraussetzungen ein Untersagungs-befehl rechtens, der in prekären Sondersituationen den Soldaten ein hel-fendes Einschreiten zum Schutz der Opfer lebensgefährdender Hand-lungen durch Dritte untersagt.

Diese Rechtsaussage stieß verständlicherweise nicht nur bei Lesern der Truppenpraxis/Wehrausbildung auf Kritik (s. Leserbrief in Ausgabe 3/97, S. 207). Auch im Anschluss an Seminarvorträge des Verfassers im Zentrum Innere Führung gab es Widerspruch, so etwa die folgenden, exemplarisch wiedergegebenen Äußerungen:

- „Nach meiner soldatischen Grundauffassung sind Befehle dieser Art auf jeden Fall unverbindlich.“
- „Da kann mir einer befahlen, was er will. Ich schreite da ein. Etwas anders wäre mit meinem soldatischen Selbstverständnis nicht zu vereinbaren.“
- „Für mich ist das eine Gewissensfrage. Hier muss gehandelt werden. Da ist mir egal, was Vorgesetzte sagen.“

Im Zuge der ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Stellungnahmen erscheint ein Wiederaufgreifen des Nothilfethemas notwendig. Der nach-folgende Artikel hat den Zweck,

- die Hauptargumentationslinien des Verfassers zu verdeutlichen,
- entstandene Missverständnisse aufzuklären,
- grundsätzliche Zusammenhänge von Politik Ethik und Recht aufzuzeigen, soweit sie für die geistige Bewältigung des Nothilfe-themas von Bedeutung sind.

Ausgangspunkt der Debatte

Die Taschenkarte für die Solda-ten des deutschen Anteils SFOR (GECONSFOR L) enthält u.a. Ein-satzregeln für die Gewaltanwen-dung bei Nothilfesituationen. Da-nach unterliegt Nothilfe gegen-über Opfern rechtswidriger An-griffe Beschränkungen.

In der Taschenkarte heißt es wörtlich: Zugunsten anderer Per-sonen¹⁾ haben Sie im Rahmen der geltenden Befehlslage nur das Recht, lebensgefährdende oder auf schwere körperliche Beeinträchti-gung abzielende Angriffe abzu-wehren. Dies heißt:

- Bei der Bewältigung von Not-hilfesituationen wird der Soldat nicht nach eigenem Ermessen tätig. Er unterliegt der Befehls-befugnis der Vorgesetzten, die zur Steuerung des Nothilfein-satzes befugt sind.

- Die Steuerungsbefugnis bei Nothilfeaktionen umfasst auch die Berechtigung der Vorge-setzten, Nothilfeaktionen gene-rell oder im Einzelfall ganz zu untersagen.

Praktische Gründe für Untersagungsbefehle

Für einen ggf. erforderlichen Untersagungsbefehl lassen sich drei Gründe anführen:

- Es ist denkbar, dass der zum Handeln entschlossene Soldat aus Sicht seiner Vorgesetzten die Lage vor Ort nicht umfas-send beurteilen kann. Auf Grund fehlender Kenntnisse oder Erfahrung sieht er nicht, dass der angestrebte Erfolg der Nothilfeaktion in keinem ange-messenen Verhältnis zu den auf Seiten der Helfenden zu erwar-

Inhalt

- Ausgangspunkt der Debatte
- Praktische Gründe für Untersagungsbefehle
- Die Nothilfe als Regel, das Nicht Helfen als Ausnahme
- Die moralischen Wurzeln des Protestes
- Die Unverbindlichkeit menschenwürdeverletzender Befehle als ethische For-derung an Gesetzgebung und Rechtsprechung
- Recht, Politik und Ethik
- Untersagungsbefehl und Menschenwürde
- Untersagungsbefehl und Gewissensfreiheit
- Individuelle moralische Entscheidung
- Zusammenfassung

tenden Opfer steht. Es kann die Einsicht fehlen, dass trotz einer sich aufdrängenden Notwen-digkeit, gefährdete Personen zu schützen, operativ-taktische Überlegungen Vorrang haben müssen.

- Es ist der Gefahr zu begegnen, dass Nothilfelagen von außen gezielt herbeigeführt werden, um die Einsatzkräfte zu provo-zieren und zu demotivieren. Noch schlimmer: Es könnte die Gelegenheit gesucht werden, einzelne Soldaten anzugreifen und zu verletzen. Deshalb ist zum Schutz der eingesetzten Soldaten ein Entscheidungs-vorbehalt („im Rahmen der gel-tenden Befehlslage“) zugun-sten der jeweiligen Vorgesetz-ten nötig.
- Schließlich könnte ein Untersa-gungsbefehl aus übergeordne-ten Erwägungen heraus erfor-



Es ist die moralische Pflicht des militärischen Führers zu prüfen, wie hoch das Risiko für das Leben der ihm unterstellten Soldaten ist, wenn es um die Rettung des Lebens von Verbrechensopfern geht.

Das Foto zeigt einen gesicherten Konvoi des Transportbataillon GECONIFOR (L) beim Passieren der Grenze zwischen Kroatien und der Moslemisch-Kroatischen Föderation in Kamensko.

(Foto: D. Modes, BMVg)

nur ausnahmsweise kann das Nichthelfen durch Befehl vorgegeben werden. Dies folgt aus dem im Auslandseinsatz anwendbaren deutschen Strafrecht. Der Soldat vor Ort trägt für sein Nichteingreifen strafrechtliche Verantwortung. Das heißt: Durch Nichthelfen macht er sich wegen Unterlassener Hilfeleistung (§ 323 c StGB) strafbar, es sei denn, sein Eingreifen ist mit unzumutbarer eigener Gefahr oder mit Verletzung „anderer wichtiger Pflichten“ verbunden.

Zu den „anderen wichtigen Pflichten“ gehört die Gehorsamspflicht. Auf sie kann sich der Befehlsempfänger eines Untersagungsgebots berufen, falls der Befehl nicht erkennbar rechtsmissbräuchlich erteilt wurde. Er ist dann ausnahmsweise von strafrechtlicher Verantwortung freigestellt. Diese Aussage bedürfte in einem juristischen Fachaufsatz näherer Begründung.²⁾ Hier reicht es, das normative Regel-Ausnahmeverhältnis von Helfen und Nichthelfen herauszustellen.

Zur Wiederholung: In der Regel ist zu helfen. Etwas anderes wäre mit der Werteordnung, für die Bundeswehrsoldaten einstehen, nicht zu vereinbaren. Nur in außergewöhnlichen Fällen kann ein Eingreifen zum Schutz von Opfern lebensgefährdender Handlungen durch einen entsprechenden Befehl untersagt werden.

Die moralischen Wurzeln des Protestes

Ein befohlener Verzicht auf Rettungsmaßnahmen führt zur

seelisch belastenden Situation, wenn Soldaten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen mit ansehen müssen, ohne einschreiten zu dürfen. Das unfreiwillige Verharren in der Zuschauerrolle wird als unerträglich empfunden. Dagegen richtet sich moralisch motivierter Widerspruch.

Der moralische Protest erfolgt in Erinnerung an

- die Vorkommnisse in Ruanda, wo angeblich ein belgisches Blauhelmdetachement aus nur fünfhundert Meter Entfernung der grausamen Ermordung eigener Kameraden durch ruandische Rebellen zusehen musste. Ihm soll ein Einschreiten mit Waffengewalt verboten worden sein.
- einen kanadischen UNPF-Erfahrungsbericht, wonach drei bewaffnete serbische Soldaten eine bosnische Frau in die Nähe eines VN-Beobachtungspostens schleppten und dort begannen, sie zu vergewaltigen.
- die Vorfälle in Srebrenica, wo nach der serbischen Eroberung einer Schutzzone niederländische Soldaten die Anweisung erhielten, einer Massenvertreibung von Moslems aus ihren Wohnungen tatenlos zuzusehen.

In der Diskussion dieser Vorfälle wird gefragt: Wie wäre es rechtlich betrachtet, wenn die betroffenen Soldaten Angehörige eines deutschen Kontingents gewesen wären?

Im „Vergewaltigungsfall“ lautet die konkrete Frage: Kann ein deutscher Postenführer es verantworten, angesichts eines Verbrechens tatenlos zu bleiben, auch wenn ihm ein entsprechender Befehl erteilt worden ist? Ist ein dahingehender Untersagungsbefehl nicht unverbindlich, sodass der zur Nothilfe entschlossene Soldat handeln darf, ohne ungehorsam zu sein?

Die behauptete Unverbindlichkeit des Untersagungsgebots wird mit einer Verletzung der verfassungsrechtlich garantierten Menschenwürde des Befehlsempfängers begründet. Dessen moralische Betroffenheit sei so schwerwiegend, dass die Befolgung des Untersagungsgebots mit seiner

derlich werden. Bei außergewöhnlichen Lagen mag es vorkommen, dass durch das Tätigwerden einzelner militärischer Führer die Friedensmission insgesamt in Frage gestellt wird. Der punktuelle Erfolg, Menschen geschützt oder gerettet zu haben, führt möglicherweise zu schwerwiegenden Racheakten oder gar zum erzwungenen Abzug aller Friedensmissionssoldaten. Danach, so ist zu befürchten, sind Mord und Vertreibung wieder an der Tagesordnung. So wird das langfristige Ziel, den Bürgerkrieg einzudämmen und Menschenleben zu schützen, unter Umständen wichtiger als die örtliche Nothilfeaktion.

Die Nothilfe als Regel, das Nichthelfen als Ausnahme

Vor der weiteren Erörterung des Themas ist zur Vermeidung von Missverständnissen Folgendes zu betonen:

Das rechtliche Gebot richtet sich im Regelfall auf das Helfen,

Menschenwürde nicht zu vereinbaren sei. Außerdem sei das Gewissen des Soldaten berührt. Die Beachtung des Befehls sei deswegen unzumutbar.

Wir haben es mit ethisch untermauerten Einwänden zu tun: Die kritisierte Rechtsaussage, dass ein Untersagungsbefehl rechtmäßig und verbindlich sein könne, blende den ethischen Horizont unzulässigerweise aus. Ethische Gesichtspunkte müssten in die Rechtsüberlegungen einfließen und sogar gegenüber anderen, die Rechtsregel scheinbar tragenden Gründen Vorrang genießen.

Die praktischen Erfordernisse, die einem Untersagungsbefehl zugrundeliegen, beruhen aber nicht, wie man meinen könnte, ausschließlich auf operativ-taktischen oder interessengetriebenen Zweckmäßigkeitsüberlegungen. Sie sind vielmehr Ausdruck einer verantwortungsethischen Orientierung.

Denn es ist eine moralische Pflicht des militärischen Führers zu prüfen, mit welchem „Preis“ die Rettung des Lebens von Verbrechensopfern erkaufte wird. Er wird abwägen und ggf. dem Leben seiner unterstellten Soldaten Vorrang geben und den Untersagungsbefehl erteilen.

Ähnlich ist es bei dem Bestreben, eine Friedensmission nicht durch lokale Rettungsaktionen aufs Spiel zu setzen. Auch hier ist die zu treffende Entscheidung moralischer Natur. Die Gefährdung der Unparteilichkeit oder gar der erzwungene Abbruch einer Friedensmission mit der Folge des Wiederaufflammens des Bürgerkriegs ist nur zu verhindern, wenn man aus verantwortungsethischen Gründen individuelle Nothilfeaktionen nachgeordneter militärischer Führer oder einzelner Soldaten unter den Entscheidungsvorbehalt der politischen Führung oder der verantwortlichen Vorgesetzten stellt. Das Recht gibt dem militärischen Führer für seine moralische Entscheidung Rückendeckung.

Viele Diskussionsteilnehmer bestreiten das Abwägungserfordernis nicht. Sie meinen aber, die Abwägungskompetenz müsse beim militärischen Führer vor Ort liegen, der mit der Nothilfesituation

konfrontiert ist und sich zutraut, sie ohne fremde Kräfte bewältigen zu können. Wir hören die Ansicht, dem Soldaten vor Ort sei eine gewissensbestimmte Handlungsautonomie zu gewähren. Ihm sei die fällige Entscheidung zu überlassen. Werde ihm die Inanspruchnahme dieser Handlungsautonomie durch Erteilung eines Untersagungsbefehls verweigert, sei jedweder Befehl dieser Art unverbindlich.

Es handelt sich hier um moralisch fundierte Forderungen an die Rechtsauslegung. Aus rechtlicher Sicht ist zu prüfen, ob die morali-

In Nothilfefällen, die in unserer Vorstellungswelt präsent sind, gehen die menschenunwürdigen Handlungen nicht von Vorgesetzten aus, sondern von Drittpersonen, auf die diese Vorgesetzten keinen Einfluss haben.

schen Grundvorstellungen, auf die sich die Ablehnung von Untersagungsbefehlen stützt, bei der Interpretation der Unverbindlichkeitsregeln des Soldatengesetzes zu berücksichtigen sind.

Die Unverbindlichkeit menschenwürdeverletzender Befehle als ethische Forderung an Gesetzgebung und Rechtsprechung

Die Unverbindlichkeit militärischer Befehle bei Verletzung der Menschenwürde des Befehlsempfängers war bei Beratung des Entwurfs des Soldatengesetzes in den fünfziger Jahren eine ethisch-moralische Forderung an den Gesetzgeber. Man war sich darüber einig, dass ein unbedingter und unbeschränkter Gehorsam des Soldaten nicht das Ziel von Ausbildung und Erziehung des Soldaten werden sollte. Dieser Konsens ist durch die Unverbindlichkeitsregeln des Soldatengesetzes (§ 11 Abs. 1 S. 3 und Abs. 2 SG) rechtsnormativ bekräftigt worden: Bei rechtswidrigen menschenwürdeverletzenden Befehlen, deren Ausführung keine Straftat darstellt, braucht der Befehlsempfänger nicht zu gehorchen. Ist dagegen die befohlene Menschenwürdeverletzung eine Straftat, darf er es nicht.

Was nun die strafrechtliche Würdigung eines Untersagungs-

befehls angeht, so ist zunächst davon auszugehen, dass er in aller Regel keine Straftat darstellt und deswegen nicht dem Befolgungsverbot unterliegt.³⁾ Dies entspricht herrschender Auffassung und ist auch in der Bundeswehr nicht Gegenstand kritischer Nachfragen.

Die Soldaten, die mit ihrem Protest gegen den Untersagungsbefehl einem moralischen Grundgefühl Ausdruck verleihen, argumentieren vielmehr, der Befehlsempfänger brauche einen menschenunwürdigen Befehl nicht zu befolgen. Es stehe in seiner alleinigen Entscheidungsbefugnis, ob er in einer Nothilfesituation eingreift. Ihre moralische Grundauffassung sträube sich gegen einen Untersagungsbefehl. Darauf, so erklären sie, müsse die Gesetzesauslegung Rücksicht nehmen, auch wenn die Befehlsausführung keine Straftat darstellt.

Insoweit bewegen wir uns auf einem juristischen Argumentationsfeld. Diese Feststellung ist wichtig. Denn wenn schon nach gültigem Recht ein Untersagungsbefehl keine Befolgungspflicht auslöst, erübrigen sich Überlegungen darüber, ob der Soldat zu einem ethisch gerechtfertigten Ungehorsam befugt ist.

Recht, Politik und Ethik

An dieser Stelle empfiehlt sich ein Exkurs zum Verhältnis von Politik, Recht und Ethik.

Zur gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um den Inhalt des Rechts gehören auch ethische Meinungsäußerungen. Ob Untersagungen von Nothilfeaktionen in einem Militäreinsatz als situationsgerecht und sittlich gerechtfertigt anzuerkennen oder ob sie mit der Menschenwürde des Befehlsempfängers unvereinbar sind, ist eine ethische Frage genauso wie die, ob und inwieweit Abtreibung, Euthanasie oder Gentechnik erlaubt oder verboten sein sollen.

Mit ethischen Fragen respektieren wir moralisches Verhalten. Mit Argumenten der Ethik versuchen wir, unsere Moralvorstellungen, d.h. unsere innerlich verpflichtenden Orientierungsmaßstäbe für situationsgerechtes Verhalten, ra-

tional zu begründen. Jeder, der zur Gewissensausbildung fähig ist, hat ein inneres Leitbild, das ihm sagt, wann ein bestimmtes Tun oder Unterlassen moralisch gerechtfertigt, d.h., gemessen an seinen inneren Vorgaben „gut“ oder „schlecht“ ist. Insofern gehören Moral und Gewissen eng zusammen. Mit Hilfe der Ethik versuchen wir über die Inhalte unserer gewissensprägenden Moralvorstellungen Konsens zu erzielen.

Wie verhalten wir uns, wenn die Ethik, verstanden als theoretische Reflexion moralischen Verhaltens, keine konsensfähigen Antworten auf unsere Fragen offeriert?

Es bedarf der Erinnerung, dass es vor der Verabschiedung von ethisch umstrittenen Gesetzen die Politik ist, die bei konkurrierenden Gerechtigkeitsvorstellungen entscheidet, was in gültige Gesetze zu transformieren ist. In einer Demokratie verstehen wir unter Politik den parlamentarischen und außerparlamentarischen Meinungskampf um die Gewinnung demokratischer Mehrheiten zur Durchsetzung eigener und zur Abwehr konkurrierender Gerechtigkeitsvorstellungen.

In diesen öffentlichen Diskurs werden auch ethische Argumente eingebracht. So verstanden sind die der Gesetzgebung vorangehenden ethischen Diskussionen Teil der Politik. Deshalb ist der Satz Recht ist das Ergebnis der Moral nicht ganz verkehrt. Er bringt aber den Zusammenhang von Politik, Ethik, Moral und Recht nicht präzise genug auf den Punkt. In einer pluralistischen Gesellschaft mit divergierenden Moralvorstellungen entscheidet letztlich die Politik durch Mehrheitsentscheid, welche Moralvorstellungen durch Gesetze normativ bekräftigt werden. Gesetze sind das Ergebnis der Politik.⁴⁾ Sie sollen Legalität, nicht Moralität stiften.

Ist die politische Entscheidung durch Verabschiedung eines Gesetzes getroffen, ist damit das so entstandene Gesetzesrecht von seinen politischen Urhebern emanzipiert. Wie eine ethisch bedeutsame Gesetzesbestimmung auszulegen ist, entscheidet nicht der Politiker unter Assistenz der auf politikethische Fragen speziali-

sierten Wissenschaft, sondern der als Richter agierende Jurist unter Berücksichtigung rationaler Fachdiskussionen in der Rechtswissenschaft.

Trotz der richterlichen Unabhängigkeit und des Eingebundenseins in den juristischen Konsens über die Anwendung formalisierter Gesetzesanwendungs- und Interpretationsregeln steht der Richter nicht außerhalb des geistigen Kraftfelds seiner Zeit. Auch er wird sich nicht lösen können von geistig-politischen Kräften, die in der öffentlichen Debatte auf die Rechtsprechung einwirken. Dazu

Auf die Frage, welches Gewissen Vorrang hat, das des Untergebenen oder das des verantwortlichen Vorgesetzten, liegt die Antwort auf der Hand: Die Rechtsordnung entscheidet sich für das Gewissen des Vorgesetzten.

zählen auch ethische Grundpositionen, die Anerkennung und Bekräftigung durch richterliche Interpretation einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen verlangen.

Dies gilt vor allem bei neuartigen ethischen Problemen, bei denen bestimmte Moralkonzepte unter Berufung auf geltende Gesetze rechtliche Verbindlichkeit erhalten sollen. Dabei wird nicht auf richterliche Erkenntnis fester Wahrheiten gepocht, sondern auf eine justizielle Entscheidung durch Abwägen rationaler Rechtsargumente. Heutzutage wird Recht nicht „erkannt“, sondern „entschieden“. Es wird nicht „vorgefunden“, sondern „gemacht“.

Durch fortlaufende Gesetzgebung und sich ständig erneuernde Rechtsprechung werden bestimmte Moralvorstellungen rechtlich abgesichert, andere dem subjektiv geprägten Bereich des individuellen Gewissens überlassen. Ein anderes Rechtsverständnis wäre mit der weltanschaulichen Neutralität eines pluralistischen Staates und dem Selbstverständnis einer offenen Gesellschaft nicht zu vereinbaren.

Untersagungsbefehl und Menschenwürde

Der Gedanke liegt nahe, einen Untersagungsbefehl wegen Verlet-

zung der Menschenwürde für schlechthin rechtswidrig und unverbindlich zu halten, auch wenn der Befehlsempfänger die Angelegenheit nicht zum Gegenstand einer höchstpersönlichen Gewissensentscheidung macht.

Was Menschenwürde konkret bedeutet, ist nicht leicht zu bestimmen. Hier kommt es aber auf eine Begriffsklärung nicht an. Aus rechtlicher Sicht beschränken wir uns auf die Aussage, dass wir bei Prüfung des Vorliegens einer Menschenwürdeverletzung auf die Menschenwürde des Befehlsempfängers⁵⁾ abzustellen haben, nicht auf das Vorhandensein einer wie auch immer gearteten menschenunwürdigen Situation, mit der die seelische Gefühlslage des Soldaten konfrontiert ist. Außerdem muss die Menschenwürde des Befehlsempfängers vom Befehlsgeber verletzt worden sein, nicht von irgendwelchen dritten Personen.

Die Rechtsfrage, ob die moralische Betroffenheit des Soldaten beim Miterleben von Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in Hinblick auf den Untersagungsbefehl rechtlich relevant ist, ist zu verneinen. Menschenwürdeverletzend ist das Handeln von Vorgesetzten gegenüber einzelnen Soldaten nur bei einer zielgerichteten Erniedrigung, Missachtung oder Demütigung⁶⁾ des Befehlsempfängers.

Davon kann bei Untersagungsbefehlen nicht die Rede sein. In Nothilfefällen, die in unserer Vorstellungswelt präsent sind, gehen die menschenunwürdigen Handlungen nicht von Vorgesetzten aus, sondern von Drittpersonen, auf die diese Vorgesetzten keinen Einfluss haben. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden. Im Übrigen sollen mit dem Untersagungsbefehl nur Fehlentwicklungen korrigiert und nachteilige Folgen für die Truppe verhindert werden. Die Person des Befehlsempfängers steht dabei nicht im Vordergrund.

Bei der Bewältigung von Nothilfesituationen im Auslandseinsatz geht es um die Frage, wie die Streitkräfte ihren Auftrag bestmöglich erfüllen. Darüber entscheiden bei streitkräfteinternen Meinungsverschiedenheiten allein

Niemand darf seine eigene Gewissensentscheidung ohne Berücksichtigung der möglichen Wirkungen auf andere Soldaten – Kameraden, Vorgesetzte, Untergebene – treffen.

Im Bild sichert ein Feldjäger an einer Straßengabel bei Duvno/BiH den Verkehr für die sichere Durchfahrt eines Transportkonvois.

(Foto: D. Modes, BMVg)



die dafür vorgesehenen Vorgesetzten, nicht ein einzelner befehlsunterworfenen Soldat. Dies gilt auch dann, wenn ein unterstellter Soldat die Meinungsverschiedenheit zu seiner Gewissensangelegenheit macht. Wird er in derartigen Situationen „übersteuert“, ist dies keine Bestrafung, sondern die ordnungsgemäße Inanspruchnahme regulärer Entscheidungskompetenzen seiner Vorgesetzten.

Untersagungsbefehl und Gewissensfreiheit

Erst der Hinweis auf die Gewissensfreiheit bringt den rationalen Gehalt des moralischen Unbehagens vieler Bundeswehrsoldaten auf den Punkt. Nur wenn Untersagungsbefehle als Verstöße gegen die verfassungsrechtlich garantierte Gewissensfreiheit anzusehen sind, ist der moralische Protest gegen den Untersagungsbefehl juristisch relevant.

Aber die Frage der Unverbindlichkeit des Untersagungsbefehls stellt sich nur, wenn der zur Nothilfe entschlossene Soldat angesichts des ihm erteilten Untersagungsbefehls seine Nothilfeentscheidung tatsächlich zur Gewissensfrage macht. Nur dann ist denkbar, dass der Untersagungsbefehl ihm gegenüber rechtswidrig und unzumutbar wird.⁷⁾ Die Unzumutbarkeit eines solchen Befehls hat dessen personenrelative Unverbindlichkeit zur Folge. Dieser Überlegung ist im Folgenden nachzugehen.

Nach unserer Verfassung hat bei einem ernsthaften Konflikt zwischen einem gewissensorientierten Urteil, das der Einzelne als für sich bindend und unbedingt verpflichtend erfährt, und einer generellen Rechtspflicht das individuelle moralische Urteil grundsätzlich Vorrang. Voraussetzung ist das Vorhandensein ernsthafter

Gründe sittlicher und moralischer Selbstbestimmung.

Der Gehorsamsanspruch gegenüber gewissensbestimmten Soldaten wird aber nur im Rahmen verfassungsimmanenter Gewährleistungsschränken zurückgenommen – und die sind bei der Gewissensfreiheit eng gezogen.

Zwar darf auch in den Streitkräften die Gewissensfreiheit in ihrem Kern nicht angetastet werden. Aber die Verbindlichkeit der Befehle von Vorgesetzten ist nicht schlechthin von einer subjektiv geprägten, ernsthaften Gewissensbildung befehlsbetroffener Soldaten abhängig. Sonst könnte jeder Soldat, der seine Meinungsbildung und sein Verhalten auf persönliche Gewissensbildung abstützt, autonom darüber entscheiden, ob die befehlsrechtlichen Verbindlichkeitsregeln für ihn gelten oder nicht.

Mit einer ordnungsgemäßen Auftragserfüllung wäre dies nicht vereinbar. Bei Nothilfeaktionen, die mit der allgemeinen Auftrags-erfüllung zeitlich und räumlich unlösbar verknüpft sind, darf kein Soldat seinen Vorgesetzten gegenüber eine privatsphärenartige Handlungsautonomie beanspruchen. Auch wenn er unter normalen Umständen die Nothilfemaßnahme selbst ergreifen oder steuern kann und auch darf, sind nächsthöhere Befehlsinstanzen berechtigt, die Entscheidungsbefug-

nis über diese Maßnahme an sich zu ziehen. Auftragstaktik ist ein zweckmäßiges und bewährtes, aber kein rechtlich garantiertes Führungsmittel.

Wäre ausschließlich die ernst gemeinte Gewissensentscheidung des Befehlsempfängers maßgebend, könnte dies tendenziell zur Auflösung des militärischen Befehlsverhältnisses und zur Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr führen. Deren Gewährleistung besitzt aber verfassungsrechtlichen Rang. Der Grundsatzauftrag der Streitkräfte umfasst das Gebot, das innere Gefüge der Streitkräfte so zu gestalten, dass sie den verfassungskonformen militärischen Aufgaben gewachsen sind.

Es hat immer eine Abwägung zwischen der Gewissensfreiheit, mit der die Zurückweisung des Untersagungsbefehls begründet wird, und der verfassungsrechtlich geschützten Streitkräfteeffizienz, die den Gehorsamsanspruch des Vorgesetzten rechtfertigen soll, stattzufinden. Dabei setzt sich in der Regel der Gehorsamsanspruch durch.

Bei den Untersagungsbefehlen in Nothilfesituationen kann dies gar nicht anders sein. Denn hier nimmt der Soldat nicht die Gewissensfreiheit als Abwehrrecht gegen eine Handlungsanweisung von Vorgesetzten in Anspruch, son-

dern durch sein Tätigwerden will er seinerseits bestimmte befehlswidrige Handlungen durchsetzen. Er wehrt sich nicht gegen ein ihm auferlegtes aktives Handeln, sondern er versucht, ein ihm untersagtes Tun zu erzwingen.

Die Gewissensfreiheit in den Streitkräften ist aber kein Rechtsinstrument zur Durchsetzung alternativer Vorstellungen über die zur Erfüllung des militärischen Auftrags notwendigen und angemessenen Maßnahmen. Sie beschränkt das Handeln von Vorgesetzten, erweitert aber nicht die Handlungskompetenz⁸⁾ von Untergebenen. Auch die Gewissensfreiheit berechtigt Untergebene nicht, Maßnahmen zu ergreifen, denen ein in Übereinstimmung mit der sonstigen Wehrrechtsordnung erteilter Befehl eines Vorgesetzten entgegensteht.

Dies bedeutet nicht, um es noch einmal zu betonen, dass bei Untersagungsbefehlen von Vorgesetzten moralische Erwägungen zugunsten anderer Überlegungen zurückgedrängt werden. Im Gegenteil. Auch der für den Untersagungsbefehl verantwortliche Vorgesetzte lässt sich von seinem Gewissen leiten, sofern keine sachfremden Überlegungen im Spiel sind. Auf die Frage, wessen Gewissen Vorrang hat, liegt die Antwort auf der Hand: Die Rechtsordnung entscheidet sich für den Vorrang des Gewissens des Vorgesetzten.

Die Richtigkeit dieser Antwort lässt sich durch folgendes Argument bekräftigen: Wie bereits angedeutet, ist in keinem der theoretisch denkbaren Fällen auszuschließen, dass eine befehlswidrig geleistete Nothilfe nachteilige Wirkungen für den Verband, die Einheit, die Kameraden oder für den Erfolg der gesamten Mission zeitigt. Die nachhaltigste und einschneidendste Wirkung besteht darin, dass die Nothilfeaktion zum Verlust des Lebens eigener Soldaten führen kann.

Darum darf niemand seine eigene Gewissensentscheidung ohne Berücksichtigung der möglichen Wirkungen auf andere Soldaten (Kameraden, Vorgesetzte und Untergebene) treffen. Je bedeutsamer die Folgen der Gewissensbetätigung für Dritte sind, desto eher sind eigene gewissensbestimmte Bedenken zurückzustellen und die

Verantwortung für die Folgen eines Handelns oder Nichthandelns den dafür zuständigen Vorgesetzten zu überlassen.

Ein weiterer Gedanke muss noch angefügt werden: Die Adressaten eines Untersagungsbefehls, der nur in außergewöhnlichen Lagen zu erwarten ist, dürften in aller Regel ihrerseits militärische Führer sein, die Nothilfe nur durch Heranziehung unterstellter Soldaten leisten können. Dies kann dazu führen, dass die Ausübung der eigenen Gewissensfreiheit mit der der unterstellten Soldaten in Kollision gerät. Hier darf der Kollisionsfall nicht zu Lasten der Untergebenen gelöst werden. Auch in gewissensbedingten Konfliktsituationen ist ein militärischer Führer nicht berechtigt, im Widerspruch zum erklärten Willen seiner eigenen Vorgesetzten unterstellte Soldaten anzuweisen, gemäß der von ihm selbst getroffenen Gewissensentscheidung zu handeln und dabei auf die Rechtmäßigkeit seines Tuns zu vertrauen.

Individuelle moralische Entscheidung

Folglich bleibt demjenigen, der sich wegen eines Untersagungsbefehls in einer seelischen Zwangssituation befindet und sich deswegen nicht in der Lage sieht, seine Gewissensbedenken zurückzustellen, nichts anders übrig als eine moralische Entscheidung zu treffen. Dabei geht es für ihn nicht mehr um eine primär rechtliche, sondern in erster Linie um eine ethische Frage.

D.h., entschließt sich der Soldat trotz des Untersagungsbefehls zur Nothilfe, tut er dies, ohne dessen Legalität zu bestreiten. Er wendet sich offen gegen den Befehl in Kenntnis der rechtlichen Verbindlichkeit und nimmt die moralische Verantwortung für seinen Ungehorsam auf sich. Seine ernsthafte, sittliche und unbedingte Entscheidung führt dazu, dass er in einem etwaigen Disziplinar- oder Strafverfahren alle nachteiligen Folgen seines befehlswidrigen und damit unrechtmäßigen Tuns auf sich nimmt.

Sein gewissensorientiertes Handlungsmotiv ist dabei nicht

belanglos, wird aber erst im Rahmen der Schuldprüfung gewürdigt. Bei der Frage, ob und inwieweit es zugunsten des Soldaten ins Gewicht fällt, kommt es darauf an, welche Folgen die befehlswidrige Nothilfeaktion hat. Sind dadurch Soldaten getötet, verletzt worden? Ist eine zusammenhängende Operation durch das nicht genehmigte Eingreifen unmöglich gemacht oder gefährdet worden?

Abschließend ist zu sagen: In der Ausbildung vor Beginn des Einsatzes sollten den Soldaten die rechtlichen und ethischen Dimensionen ihres Handelns bzw. Nichthandelns aufgezeigt werden. Auf die ggf. zu erwartenden seelischen Konflikte, die ihnen keine noch so gute Rechtsargumentation ersparen kann, haben sie sich einzustellen. Es wäre unverantwortlich, die Soldaten mit einer seelisch belastenden Situation der hier angesprochenen Art unvorbereitet zu konfrontieren.

Zusammenfassung

Beim Einsatz deutscher Soldaten ist die Zulässigkeit der Nothilfe zugunsten der Opfer lebensgefährdender Handlungen die Regel. Untersagungsbefehle sind die Ausnahme und nur bei ganz außergewöhnlichen Umständen zu erwarten. Das ergibt sich schon aus dem auch bei Auslandseinsätzen anwendbaren deutschen Strafrecht, das die unterlassene Hilfeleistung unter Strafe stellt.

Untersagungsbefehle verletzen nicht schlechthin die Menschenwürde des Befehlsempfängers, weil die tatbestandsmäßige Voraussetzung einer zielgerichteten Demütigung, Erniedrigung oder Missachtung des Befehlsempfängers nicht gegeben ist.

Zur Abwehr nicht rechtsmissbräuchlicher Untersagungsbefehle kann sich der Befehlsempfänger auch nicht auf die verfassungsrechtlich garantierte Gewissensfreiheit berufen. Dies ist ihm wegen der verfassungsimmanenten Schranken dieses Grundrechts verwehrt. Der Soldat kann nicht unter Berufung auf die Gewissensfreiheit ein aktives Handeln gegen den Willen seiner Vorgesetzten durchsetzen, wenn ansonsten der Untersagungsbefehl mit der Rechtsordnung übereinstimmt.

Wird die Nothilfe trotz eines nicht rechtsmissbräuchlich einzustufen- den Untersagungsbefehls geleistet, beruht dies auf einer moralischen Entscheidung, die der Handelnde in Kenntnis der Verbindlichkeit des entgegenstehenden Befehls getroffen hat. Mit seiner Entscheidung nimmt er die Verantwortung für alle Folgen seines Tuns auf sich.

Weiterführende Literatur

Fröhling und Rausch: Entscheiden und Verantworten – Konfliktsituationen in UN-Einsätzen, Arbeitspapier 1/96 Zentrum Innere Führung.

Sohm, Stefan: Rechtsfragen der Nothilfe bei friedensunterstützenden Einsätzen der Bundeswehr, Neue Zeitschrift für Wehrrecht (NZWehrr) 1996, S. 89 ff.

Wentzek, Boris: Zur Geltung des deutschen Strafrechts im Auslandseinsatz, Neue Zeitschrift für Wehrrecht (NZWehrr) 1997, S. 25 ff.

Grimm, Dieter: Politik und Recht in: Grundrechte, soziale Ordnung und Verfassungsgerichtsbarkeit, Festschrift für Ernst Benda zum 70. Geburtstag, C.E Müller Juristischer Verlag, Heidelberg, 1995, S. 91 ff.

Anmerkungen

- 1) Damit sind alle Personen gemeint, die nicht einem besonderen Schutz von SFOR unterliegen, d.h. vor allem die Zivilbevölkerung.
- 2) siehe dazu nähere Ausführungen bei Sohm, a.a.O. S. 89 (104 ff.).
- 3) siehe die Ausführungen in diesem Aufsatz weiter oben.
- 4) siehe hierzu die Abhandlung von Grimm, a.a.O.
- 5) Zwar ist nach Scherer/Alff, Soldatengesetz, Kommentar, 6. Aufl., § 11 Anm. 14, ein Befehl auch dann unverbindlich, wenn er die Menschenwürde des von dem Befehl betroffenen Dritten verletzt. Dies ist richtig. Gemeint ist aber ein Dritter, bei dem die Menschenwürdeverletzung erst durch das befohlene Handeln des Befehlsempfängers entsteht. In den hier zu besprechenden Fällen ist die Menschenwürdeverletzung aber schon vor Erteilung des Untersagungsbefehls eingetreten.
- 6) Scherer/Alff, a.a.O., § 6 Anm. 11 § 11 Abs. 1 S. 3 SG zählt die Unverbindlichkeitsgründe nicht abschließend auf (vgl. Scherer/Alff, § 11 Anm. 16).
- 7) § 11 Abs. 1 S. 3 SG zählt die Unverbindlichkeitsgründe nicht abschließend auf (vgl. Scherer/Alff, § 11 Anm. 16).
- 8) Handlungskompetenz im Sinne der Befugnis zum Tun, nicht zum Unterlassen.

barer Knecht aller Dinge und jedermann untertan!“

So habt ihr dazu geholfen, dass den Menschen unseres Volkes im deutschen Teilstaat Bundesrepublik trotz der Bedrohung durch den aggressiven Ostblock die persönliche Freiheit erhalten blieb und dass wir Christen ohne Bedrückung in unseren Kirchen auf Gottes Wort hören und es an unsere Kinder weitergeben konnten.

Ihr habt bei diesem Dienst oft Anfeindungen erlebt, leider auch gerade durch viele Christen. Viele Medien und viele Politiker waren voll Misstrauen und oft auch voller Abneigung gegen euch und haben nur zu gern jeden kleinen Missgriff oder Fehler bei euch aufgegriffen, und ihr musstet dazu schweigen. In Schulen, Universitäten, aber auch in Kirchen wurdet ihr oft pauschal diffamiert, und nur selten haben diejenigen, die euch Euren Auftrag im Namen des deutschen Volkes gegeben haben, die Politiker, sich dann entschlossen vor euch gestellt. Ihr habt still Euren Dienst getan, habt geholfen, den Frieden zu erhalten und damit schließlich auch die friedliche Wiedervereinigung mit der DDR ermöglicht. Und ihr habt dann einen kaum gewürdigten Dienst getan, indem ihr die krisenlose Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR und die Integration vieler ihrer Soldaten in die Bundeswehr durchgeführt habt. Wenn doch nur in allen Bereichen der Wiedervereinigung dieser Dienst so gut und selbstlos getan worden wäre wie von euch! Lob oder gar Lohn habt ihr dafür von den Politikern wenig und von der „öffentlichen Meinung“ dafür fast nie erhalten.

Manche von euch bemühen sich, gute Christen zu sein, in der Überzeugung, dass nach guter, alter, lutherischer Tradition „auch Kriegerleute in seligem Stande“ sein können, wie schon Luther dem Hauptmann Assa von Kram versicherte. Und hier nun wird aus meinem Dank an euch eine Entschuldigung. Man hat euch das Christsein oft bitter schwer gemacht in unserer Kirche. Ihr seid oft heftig angegriffen worden, nicht nur, weil viele Menschen, was ja verständlich ist, durch das Kriegs- und Nachkriegserleben zu Pazifisten wurden. Das hätte aber nicht zu diesen persönlichen Angriffen führen

GEFUNDEN:

Dank an den deutschen Soldaten – Gleichzeitig eine Entschuldigung

Götz Eberbach

Die Soldaten – die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und die jetzigen Soldaten, aber auch die Soldaten der Wehrmacht – haben unseren Dank verdient – und ihn bisher nicht oder höchstens in ganz geringem Maß erhalten.

Ich möchte deswegen, stellvertretend für viele Christen, die ähnlich denken, diesen Dank nachholen und mich bedanken für den Dienst, den ihr, die Soldaten von heute und gestern, für unser Volk und unseren Staat geleistet habt. Die älteren, ehemalige Wehrmachtssoldaten, haben die Bundeswehr aufgebaut. Das war nicht leicht nach den bitteren Erfahrungen von Krieg und Gefangenschaft und der damit verbundenen Diffamierung. Es war nicht leicht, nachdem fast alle von euch inzwischen einen anderen Beruf ausgeübt haben, und nun noch einmal von neuem anfangen mussten. Oft war der „neue“ Beruf ein Beruf, der euch finanziell und was

die Aufstiegsmöglichkeiten anbietet mehr bot als der Soldatenberuf. Trotzdem seid ihr wieder in den „Dienst“ gegangen, eben weil Soldatsein für euch (oder doch für viele von euch) mehr war als ein Arbeitsplatz und viel mehr als ein „Job“, eben Dienst für das deutsche Volk und den deutschen Staat. Ihr habt aus freien Stücken – denn niemand konnte euch zwingen – die oft größere Freiheit des Nachkriegsberufs aufgegeben und euch zum Dienst für Volk und Staat verpflichtet, und das in einer Zeit, in der das Wort „dienen“ fast zum Schimpfwort geworden ist! Und ihr habt damit ganz im Sinn Luthers gehandelt, der in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ gesagt hat: „Ein Christenmensch ist (durch die Erlösungstat Christi) ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan, aber er ist auch (durch die Nächstenliebe, nun freiwillig) ein dienst-

müssen und das hätte in der Kirche nicht dazu führen dürfen, dass ihr auch als Menschen oft von Mitchristen, auch von Pfarrern, diffamiert und verurteilt wurdet. Wenn ein Christ zu der Überzeugung kommt (die z.B. die Mennoniten schon immer vertraten), dass ein Christ nicht „zum Schwert greifen“, also nicht Soldat werden könne, dann hätte er in einer evangelischen Landeskirche sich höchstens demütig euch nähern dürfen und sagen müssen: „Ihr lieben Soldaten, verzeiht, dass wir durch Jahrhunderte euch in der Kirche gelehrt haben, ein Christ könne auch Soldat sein! Wir haben uns furchtbar geirrt, vergebt uns das bitte!“ Nur so wäre Pazifismus in der evangelischen Landeskirche euch gegenüber möglich gewesen. Stattdessen wurde oft mit einer pausbäckigen Unverschämtheit zu verstanden gegeben, dass Kriegsdienstverweigerer die besseren Christen

seien. Man hat sich manchmal geweigert, euch in Uniform zu trauen, man hat mancherorts die Gedenktafeln für Eure gefallenen Kameraden aus der Kirche entfernt, man hat Kinder, auch manchmal Eure eigenen Kinder, gegen euch aufgehetzt (nicht nur beeinflusst!). Der Respekt vor der Gewissensentscheidung der Wehrdienstverweigerer (durchaus heute nicht selten eine reine Nützlichkeitsentscheidung!) wird groß geschrieben als „das deutliche Zeichen“ – aber Eure Gewissensentscheidung, dem deutschen Volk mit der Waffe zu dienen, wenn es sein muss auch unter Einsatz des Lebens, wurde nur selten in unserer Kirche gewürdigt. Und die Kirchenleitungen haben dazu geschwiegen, obwohl sie sonst zu allem und jedem ihr „Wort“ sagen. Sie haben geschwiegen, als man euch mit höchst richterlicher Erlaubnis „Mörder“ nennen durfte, statt daran zu erin-

nern, dass man „kein falsch Zeugnis reden soll wider seinen Nächsten“ und dass ihr doch mindestens den Respekt verdient, wie die Leute der SWAPO oder des ANC – die durfte man in unserer Kirche nicht Mörder nennen! Die Kirchenleitungen haben geschwiegen, als in der unsäglichen Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ebenso pauschal eine ganze Generation von Vätern und Großvätern zu Verbrechern gestempelt wurde, aber gleichzeitig die Soldaten und Partisanen der „anderen Seite“, die oft genug plündernd, vergewaltigend und mordend auftraten, als „Befreier“ gefeiert wurden! Das habt ihr wahrhaftig nicht verdient, und dafür bitte ich euch um Entschuldigung und bitte euch: Tut weiter Euren Dienst im Vertrauen auf Gott, der euch in Jesus Christus mehr Liebe geschenkt hat als viele Vertreter seines „Bodenpersonals“!

□

Das demokratischste Land auf Erden

Wolfgang Altendorf

In den 70er-Jahren, dem Höhepunkt des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und irritiert von der vielfach schlechten Bewertung der Republik von intellektueller Seite, untersuchten wir, Professor Dr. Klaus Mehnert, der bedeutende Politologe und ich, welches Land hier auf Erden wohl das demokratischste sei. Um diese Untersuchung interessanter zu machen, verpflichtete ich mich, der ich absolut unabhängig war, in dieses Land meinen Wohnsitz zu verlegen.

Professor Mehnert kam weit herum in der Welt, und auch ich bemühte und kümmerte mich um dieses bemerkenswerte Thema. Das Ergebnis der Untersuchung, wie es auch heute noch von jedermann nachgeprüft werden kann: Was die Verfassung, ihre Umsetzung in die Realität anlangte, die übrigen Lebensumstände und Chance für den Einzelnen, so kamen wir beide, unabhängig, zum Ergebnis, dass die Bundesrepublik Deutschland hier auf Erden in der Tat das demokratisch vorbildlichste Land sei. Diese Feststellung vor 20 Jahren gilt auch heute

noch. Ja die Kriterien haben sich durch die Vereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands weiter positiv verfestigt.

Natürlich gibt es eine große Anzahl demokratisch vorbildlicher Nationen, etwa die Schweiz, die skandinavischen Länder, England, Frankreich, die USA, doch bieten sie in einigen speziellen Bereichen nicht jene freiheitliche Perfektion, wie sie sich in Deutschland in den Jahrzehnten nach dem Krieg entwickelte. Selbst die einschränkenden Bestimmungen des Grundgesetzes (die jede gute Verfassung aufweist) werden hierzulande stets zu Gunsten des Individuums ausgelegt. Zu den positiven Kriterien besonderer Art zählen ebenso die frühe Abschaffung der Todesstrafe, der humanitäre Strafvollzug, die vielfältigen sozialen Komponenten, die stabile Währung, die die freiheitliche Entfaltung in hohem Maße begünstigt, die vorbildlich außenpolitischen Bemühungen um eine friedliche Welt, der strikte Verzicht auf Atomwaffen, die über fünfzigjährige Vermeidung kriegesischer Konflikte, die zurückhaltende Vernunft beider

deutscher Teile während des „Kalten Krieges“ an der Nahtstelle zweier bedrohlicher Blöcke, die einen „Heißen Krieg“ doch ganz wesentlich verhinderte.

Gesellschaftliche Positiv-Kriterien, wie die demokratische Struktur in der Ausbildung, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, die Förderungen im Berufsleben, innenpolitisch die föderative Machtteilung in Bund und Ländern, stärken diese positiven Aspekte. Unstreitig auch hält die Bundesrepublik Deutschland den ersten Rang in der Hilfsbereitschaft für Notleidende in aller Welt. Über zwölf Millionen Bürger sind hier ehrenamtlich tätig. Kein anderes Land auf Erden bietet politisch Verfolgten in dieser Anzahl und humanitären Art und Weise Aufnahme und Existenzmöglichkeit. Die staatlichen Hilfen werden durch private Spenden und Aktivitäten in einer Weise ergänzt, wie sie in früheren Epochen undenkbar erschienen. Nicht zuletzt gehen von Deutschland die in der Welt wesentlichen Impulse für den Schutz der Umwelt aus. Sie erhöhen die Lebensqualität in unserem Lande bedeutsam und geben vielen sozialen Kreativitäten Raum zur Entfaltung. – Ich brauchte meinen Wohnsitz nicht zu verlegen. □

Diskussion um die Wehrform der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung, die sie tragenden Parteien wie auch die sozialdemokratische Opposition wollen derzeit nicht an der Allgemeinen Wehrpflicht rütteln. Aber, was heißt schon derzeit? Bis zur nächsten Bundestagswahl? Bis sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag grundlegend verändert haben? Bis der Bundeshaushalt erneut den Verteidigungshaushalt als Steinbruch benutzt? Jedenfalls reißen in der – aus welchen Gründen auch immer – interessierten Öffentlichkeit die kritischen Anfragen nicht ab, ob die Wehrpflicht noch zeitgemäß sei. Unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation muss der Staat eine überzeugende sicherheitspolitische und friedensethische Begründung liefern, wenn die Allgemeine Wehrpflicht als Regeldienst aufrechterhalten bleiben soll.

Auch ist eine weitere Verkürzung weder vernünftig, noch löst sie das Problem. Denn nicht erst seit heute stellt sich die Frage, ob ein 10-monatiger Dienst ausreicht, um die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, damit Wehrdienstleistende sinnvoll und verantwortlich eingesetzt werden können. Bei der Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge in Freising hat Militärbischof Johannes Dyba am 19. November 1997 die Vorbehalte gegen eine zu kurze Dienstzeit prägnant zusammengefasst, als er bemerkte: „Es werden drei Jahre vorausgesetzt, bevor Sie jemandem die Haare schneiden dürfen als Frisör, und bei der Bundeswehr sind 10 Monate Ausbildung ausreichend.“

Lothar Bändel, Diplom-Theologe und Dozent für Katholische Theologie am Zentrum für Innere Führung, stellt die Frage nach der Wehrform in einen Zusammenhang mit der „Inneren Führung“. Seine Argumentation ist für die GKS und ihre Einstellung sowohl zur Allgemeinen Wehrpflicht als auch zur den von der Wehrform unabhängigen Prinzipien der Inneren Führung von grundsätzlicher Bedeutung; dies auch vor dem Hintergrund einer gegenwärtig überzogenen Diskussion um „rechtsextremistische“ Vorfälle in der Bundeswehr.

In einem weiteren Beitrag geht AUFTRAG auf ein Arbeitspapier der ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* zur Frage „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung“ ein.

Willkür des Gesetzgebers gestellt noch eine ausschließlich pragmatische zu lösende Frage ist.

Als Eingriff in die Freiheits- und Grundrechte junger Staatsbürger ist sie in ethischer Perspektive begründungsbedürftig. Zudem verpflichtet sie zu einem Dienst, dessen Charakteristikum darin bestehe, Menschen für Situationen auszubilden, in denen diese Subjekt und Objekt von Gewalthandlungen sein können. Die Frage der Wehrform ist ethisch nicht neutral.

Das kirchliche Lehramt und die kirchliche Soziallehre haben sich deshalb seit der Aufstellung von auf der allgemeinen Wehrpflicht basierenden Massenheeren im 19. Jahrhundert zum Thema zu Wort gemeldet – kritisch und skeptisch. Erst mit der Eskalation des „Kalten Krieges“ in den 50er-Jahren wird eine massive militärische Rechts- und Freiheitsbedrohung als rechtfertigender Grund anerkannt und innerkirchlich konsensfähig.

Wie umstritten die Allgemeine Wehrpflicht innerkirchlich war, verdeutlicht eine Aussage des ehemaligen Militärgeneralvikars Martin Gritz aus dem Jahr 1972, dass gemäß dem Vaticanum II „bei der heutigen Weltlage unter Umständen die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht nicht unerlaubt sei“.

In die demokratische Ordnung integriert

Deutlich pointiert die ethische und innerkirchliche Diskussion die fundamentale Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Begründung der Wehrpflicht. Nur eine reale Bedrohung der äußeren Sicherheit des Staates ist legitimierungsinhaltend. Es wäre freilich problematisch, wenn die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht ausschließlich sicherheitspolitisch geführt wird, so dass die Problemanzeigen, die hinter den ökonomischen, militärspezifischen und gesellschaftspolitischen Argumentationen stehen, vernachlässigt werden.

Kein Streit um den moralischen Charakter!

Ethische Reflexion zur Unterstützung der politischen Urteilsbildung

Lothar Bändel

Die veränderte sicherheitspolitische Lage seit 1989 und der erweiterte Auftrag der Bundeswehr haben die allgemeine Wehrpflicht – die traditionelle Wehrform in der Bundesrepublik – in die Diskussion gebracht. Auch in Spanien und Italien gibt es diese Diskussion. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden wurde die Wehrpflicht abgeschafft bzw. ausgesetzt.

In der Debatte „Pro und Kontra“ spielen sicherheitspolitische, gesellschaftspolitische, ökonomische und militärspezifische Argumente eine Rolle. Je nach Gewichtung der Argumente kommen die

Teilnehmer der öffentlichen Debatte zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Nicht in der Willkür des Gesetzgebers

Der Artikel 12a des Grundgesetzes erlaubt dem Gesetzgeber die Etablierung einer allgemeinen Wehrpflicht, schreibt sie jedoch nicht zwingend vor. Schon 1993 hat die Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* Kriterien zur sozialetischen Beurteilung der Wehrpflicht vorgelegt und verdeutlicht, dass die Festlegung der Wehrform weder in die

Ob eine Wehrpflichtigen- oder eine Freiwilligenarmee die kostengünstigere ist, ist ebenso umstritten, wie die Befürchtung von Seiten der Streitkräfte, ob eine Freiwilligenarmee sich quantitativ und qualitativ hinreichend rekrutieren kann, berechtigt sind. Auch politische Befürchtungen, dass eine Berufsarmee weniger Beachtung in der Öffentlichkeit findet als eine Wehrpflichtarmee und die Bereitschaft zum Einsatz der Streitkräfte zunimmt, sind ernstzunehmen.

Von besonderer Qualität ist in diesem Zusammenhang das gesellschaftspolitische Argument. Der Wechsel zu einer Freiwilligenarmee verändere die Rolle der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft und ihr Selbstverständnis. Befürchtet wird eine Remilitarisierung der Streitkräfte und damit verbunden eine Demontage der Prinzipien „Innere Führung“.

Militarisierung besagt in diesem Zusammenhang die Verselbstständigung der Streitkräfte zu einem „Staat im Staate“, die Verabsolutierung des militärischen Hierarchieprinzips („Befehl ist Befehl“) und die Außerkraftsetzung von Recht und Moral zugunsten militärischer Effizienz.

Die Wiederaufstellung der Streitkräfte in Deutschland geschah unter der expliziten Vorgabe, diese in die demokratische Ordnung zu integrieren und militaristische Strukturen zu verhindern. Dies ist die programmatische Verpflichtung der Konzeption „Innere Führung“.

An Prinzipien gebunden

Die „Innere Führung“ bindet die Streitkräfte in der Erfüllung ihrer Aufgaben an folgende Prinzipien:

- Die Streitkräfte sind als staatliches Exekutivorgan einzugliedern in das gewaltkontrollierende System von „checks and balances“ (Primat der Politik, ziviler Oberbefehl, parlamentarische Kontrolle u.a.).
- Der Soldat ist als „Staatsbürger in Uniform“ Grundrechtsträger.
- Die Gewährleistung der Grundrechte (insbes. des Art. 4 GG) ist in den Streitkräften garantiert. Sich aus der Eigenart des militärischen Dienstes ergebende Notwendigkeiten der Grundrechtseinschränkung

sind durch Gesetz zu regeln.

- Die Bindung militärischen Handelns an Recht und Gesetz begrenzt die Befehlsgewalt und verhindert die amoralische Eigendynamik eines ausschließlich effizienzorientierten Handelns.

Unabhängig von der Wehrstruktur

Thema der „Inneren Führung“ ist die Legitimität von Streitkräften in einem demokratischen Rechtsstaat. Ihre Prinzipien sind wehrformneutral. Ein Junktim zwischen „Innerer Führung“ und Allgemeiner Wehrpflicht besteht nicht, auch wenn bestimmte Ziele der „Inneren Führung“, wie etwa die Spiegelung der gesellschaftlichen Pluralität in den Streitkräften durch eine Wehrpflicht eher gefordert werden.

Die Frage der zukünftigen Wehrform ist politisch derzeit offen. Verantwortliche politische Urteilsbildung ist notwendig. Die ethische Reflexion ersetzt nicht die politische Urteilsbildung, kann sie jedoch unterstützen, indem sie Kriterien anbietet zur Beurteilung und Gewichtung von Argumenten im politischen Streit.

Der Streit um die Wehrpflicht darf und kann kein Streit um die „Innere Führung“ sein. „Innere Führung“ definiert den „moralischen Charakter“ von Streitkräften im demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Sie formuliert Grenzen und

Kriterien militärischen Handelns unabhängig von der Wehrstruktur. □

In dem Arbeitspapier der Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax mit dem Titel „Allgemeine Wehrpflicht – ethisch noch vertretbar? Sozial-ethische Kriterien zur Beurteilung der Allgemeinen Wehrpflicht“ wird ausgeführt:

„Der Geist der Streitkräfte“ soll in Richtung auf politische Mündigkeit, moralische Verantwortungsbereitschaft und „bürgerliche Zivilcourage“ gefördert werden.

Für die deutschen Streitkräfte in der Demokratie sind die „Integration in die Gesellschaft“ und das Postulat des „Staatsbürgers in Uniform“ maßgeblich. Die Soldaten der Bundeswehr dürfen weder einseitigen politischen Orientierungen anhängen, noch durch ihre soziale Herkunft in besonderer Weise zur Unterordnung und psychischen Anpassungsfähigkeit neigen oder dazu erzogen werden.

Im Leben der Streitkräfte soll sich ein Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft finden. Das soll zur Notwendigkeit geistiger Auseinandersetzung und einer Kultur des „sozialen Dialogs“ führen.

(Schriftreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, ARB 65)

Weitere Publikationen aus der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax:

- ARB 66/94: Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Vorgeschichte, Ausbruch und Verlauf. Nichtmilitärische und militärische Interventionsmöglichkeiten aus ethischer und politikwissenschaftlicher Sicht. Hrsg. AG „Sicherheitspolitik“. 100 S.
- ARB 67/94: Ist Europa friedensfähig? Perspektiven und Probleme einer europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Stellungnahme der AG „Sicherheitspolitik“. 39 S.
- ARB 70/95: Zukunft gesellschaftlicher Dienste. Teil I: Empfehlungen und Materialien zur Diskussion um eine allgemeine Dienstpflicht. Vorgelegt von der AG „Dienste für den Frieden“, Redaktion J. König. 192 S.
- ARB 72/96: Udo Marquard, Bedrohung Islam? Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 112 S.
- ARB 77/96: Udo Marquard, Miteinander leben. Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 168 S.
- ARB 79/96: Peter Schulte-Holtey, Minen wissen nicht, wann Frieden ist. Zum Engagement des Bundesdeutschen Initiativkreises für das Verbot von Landminen. 148 S.
- ARB 83/97: Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens. Texte und Materialien zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz 1997, Teil I. Handreichung der ProjGruppe „Versöhnung“. 26 S.
- Bestellung an: Justitia et Pax, Adenauerallee 134, 53113 Bonn, Tel: 0228-103217, Fax: 0228-103318; gegen Erstattung von Porto- und Selbstkosten.

Ethisch begründete Vorzugsentscheidung für Zivildienst statt Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe

Die Deutschen Kommission Justitia et Pax hat in ihrer Schriftenreihe „Gerechtigkeit und Frieden“ ein Arbeitspapier (ARB 84) mit dem Thema „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung? Ethische Überlegungen zur aktuellen Entwicklung bezüglich der Gründe und Motive für die Kriegsdienstverweigerung“ vorgelegt, das durch die Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ dieser gemeinsamen Kommission von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken erarbeitet wurde.

Der erste Teil des Titels – optisch der Haupttitel – „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung“ kann in die Irre führen. Wer in der Arbeitshilfe etwas zum Wehrdienst oder eine Entscheidungshilfe dafür oder dagegen finden will, sucht vergeblich. Es geht den Autoren der Arbeitsgruppe nämlich ausschließlich um „Ethische Überlegungen zur aktuellen Entwicklung bezüglich der Gründe und Motive junger Männer für die Kriegsdienstverweigerung“. Dies ist nicht zu beanstanden, warum aber beschränkt man sich dann nicht auf diese Formulierung?

Das Massenphänomen der Kriegsdienstverweigerung wird in dem Papier als deutlicher Hinweis darauf gesehen, dass eine umfassende gesellschaftliche Debatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik in der heutigen Zeit notwendig sei. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax versteht ihre Publikation deshalb als einen Beitrag zu eben dieser Debatte. Insbesondere ist der Arbeitsgruppe daran gelegen, „dass bei der Abwägung der

sicherheits- und gesellschaftspolitischen sowie ökonomischen Argumente im Umfeld der aktuellen Auseinandersetzung um den Bestand der Wehrpflicht auch friedensethische Überlegungen Gehör finden.“

In der Perspektive des Grundgesetzes stellt die Kriegsdienstverweigerung die Ausnahme dar. In den letzten Jahren ist sie jedoch zu einem Massenphänomen sozialer Normalität geworden. Damit stellt sich die Frage nach der Bewertung und den Konsequenzen dieser gesellschaftlichen Entwicklung.

Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die für eine Verweigerung das Vorliegen von Gewissensgründen vorsehen, wird mittlerweile offensichtlich allgemein eine Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst angenommen. Das Arbeitspapier unterstreicht jedoch, dass man zu kurz greife, wenn man aus dieser Tatsache einfach das Erfordernis einer administrativen Verschärfung der „Gewissensprüfung“ ableiten würde. Denn die massenhafte Kriegsdienstverweige-

rung ist auch ein Ausdruck von Zweifeln an der Legitimität der Allgemeinen Wehrpflicht angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Situation Deutschlands nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Deshalb ist es notwendig, sich offen der Frage nach der Begründung der Allgemeinen Wehrpflicht, die immer auch einen Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer darstellt, unter den heutigen Bedingungen zu stellen. Das Arbeitspapier unterstreicht, dass im Kontext der kirchlichen Friedenslehre die Allgemeine Wehrpflicht nur sicherheitspolitisch und friedensethisch legitimiert werden könne.

Eins an diesem Papier ist besonders bemerkenswert: Hier wird (erstmalig) in einem kirchlichen Papier festgestellt, dass die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung i.d.R. keine Gewissensentscheidung darstellt. *„Die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe ist bei vielen Wehrpflichtigen inzwischen eher in den Hintergrund getreten; an ihre Stelle kann eine ethisch begründete Vorzugswahl für den sozialen Dienst in der Gesellschaft treten, verbunden mit der persönlichen Einschätzung, dass der Zivildienst einen größeren Gewinn für das eigene Leben darstellt.“*

Nicht diese Feststellung selbst ist das Überraschende, sondern dass damit mit einem über Jahrzehnte sorgsam gehüteten Tabu endlich gebrochen wurde. (PS)

Bischof Lehmann würdigt Arbeit von Justitia et Pax

Als „weltweites Erkennungszeichen“ für das katholische Bemühen um eine bessere Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, die Arbeit von „Justitia et Pax“ (Gerechtigkeit und Frieden) gewürdigt. Die katholische Organisation sei ein Instrument, das die wegweisenden Impulse der Sozialverkündigung der Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. in einer friedlosen und durch soziale Verzerrungen gekennzeichneten Welt zur Geltung brächten, so Leh-

mann in einem am 18.12.1997 in Bonn veröffentlichten Glückwunschschreiben anlässlich der Gründung der Deutschen Kommission vor 30 Jahren.

In Deutschland habe sich Justitia et Pax vor allem dadurch ausgezeichnet, dass es gelungen sei, unterschiedliche Kräfte aus der katholischen Kirche zu einem gemeinsamen Ziel zusammenführen, so Lehmann. Zugleich sei die Kommission ein gutes Beispiel für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bischöfen, kirchlichen Werken sowie katholischen Bewegungen und Verbänden.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, erklärte, die ungewöhnliche Struktur der Organisation als „gemeinsames Kind“ von Bischofskonferenz und dem ZdK habe es mit ermöglicht, dass sich die Kommission als „außerordentlich wirksames Instrument der Bündelung der vielen und gelegentlich auch divergierenden katholischen Kräfte“ bei internationalen Fragen erwiesen habe. Glückwünsche zum Jubiläum übermittelte auch der Präsident von Justitia et Pax, Kardinal Roger Etchegaray. (KNA)

Russland: Die Streitkräfte in der Karikatur.

Paul Roth

Eine Karikatur über die Streitkräfte war in der Sowjetunion bis 1987 undenkbar. Sie waren Sieger im „Großen Vaterländischen Krieg“, Schutzschild vor dem Imperialismus. Gedenktage für die Waffengattungen durchzogen das Jahr, auf pompösen Paraden demonstrierten sie ihre Stärke. Der mächtigste Mann der Sowjetunion, Generalsekretär Breschnew, erfüllte sich – Jahrzehnte nach Kriegsende – den Wunsch, Marschall zu werden. Wenn in den satirischen Zeitschriften auf die Streitkräfte eingegangen wurde, dann nur in verherrlichenden Kleinplakaten. Ganz am Rande gab es ein paar dümmliche Witzzeichnungen, die die Streitkräfte als Schule der Nation darstellten, die aus „grünen Jungs“ Männer macht. (Abb. 1)

Die Missstände in den Streitkräften waren natürlich in der Bevölkerung bekannt, vor allem die Misshandlung von Rekruten durch Länderdienende und Vorgesetzte (die „Dedowschtschina“). 1978 verfasste der ehemalige Wehrpflichtige K. Podrabinek einen Bericht über den menschenunwürdigen Soldatenalltag, – natürlich nicht für die Sowjetpresse (der „Spiegel“ hat den Text gedruckt).

ИЗОНОВЕЛЛА

Как представлял себе родители начало службы сына в армии по его письмам.



...Старослужащие очень хорошо встретили меня...

Darin stand u.a.: „Wenn er (der Soldat) heimkommt, hat er die Menschenwürde verloren und ist seelisch erniedrigt.“ Zweieinhalb Jahre Haft brachte ihm dieser Bericht ein.

Nur zögerlich wagten sich die Karikaturisten an das Thema, zu meist Meldungen hinterherhin-

Abb. 2: Im Brief des Rekruten heißt es (frei nach Tschechow):

„Lieber Großvater Konstantin Makaritsch! Hol mich weg von hier. Die 'Alten' verprügeln mich, beschimpfen mich, nehmen mir das Kompott weg, zwingen mich, statt ihrer zu arbeiten. Und der Fähnrich steckt mit ihnen unter einer Decke ...“ Oben links hängt das Reglement für den Inneren Dienst, der das alles verbietet.

(Quelle: Krokodil Nr. 34/1988.

Zeichnung: V. Poluchin)

kend, während sie in anderen Bereichen sehr viel mutiger waren. Vielleicht war der Strahlenkranz der Streitkräfte noch zu stark, vielleicht wollte man die Gefühle jener nicht verletzen, die im Afghanistankrieg Angehörige verloren hatten, vielleicht war die Zensur, die erst 1990 abgeschafft wurde, noch nicht bereit, auch in diesem Bereich „Glasnost“ zu gewähren.

1988 wagte das „Krokodil“ eine Karikatur über die „Dedowschtschina“ zu veröffentlichen (Abb. 2). Die Streitkräfte entrüsteten sich darüber. 1989 hielten sich die Karikaturisten zurück, es war das Jahr des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Erst im Jahr des neuen Pressegesetzes 1990 befassten sie sich mit den Missständen in den Streitkräften, mit der notwendigen Reform. Im August 1990 ergab eine Befragung in der Bevölkerung ein vernichtendes Urteil. (Ergebnisse und Kari-

Abb. 1: Das sowjetische Verteidigungsministerium veröffentlichte 1981 das Büchlein „Ein Witz stört den Dienst nicht. Soldatenhumor“ mit Witzzeichnungen von A. Bachwalow. Text: „Wie sich die Eltern den Dienstbeginn ihres Sohnes vorstellen.“ Untertext: „Die längerdienenden haben mich gut aufgenommen ...“



katuren dazu veröffentlichten die „Moskowskie nowosti“ in Nr.36/1990; s. Abb 3)

Auf die Frage „Worin bestehen, Ihrer Meinung nach, die Mängel?“ antworteten 9 Prozent mit „Niedriger Kampfbereitschaft“, 6 Prozent mit „Die Armee ist eine Gefahr für die demokratischen Prozesse im Lande“, 42 Prozent mit „Niedergang der Disziplin, Fehlen einer Ordnung in der Armee“, 31 Prozent mit „Weite Verbreitung nicht vorschriftsmäßiger Beziehungen, krimineller Verbrechen“, acht Prozent mit „Die Armee verumt, verkrüppelt die Jugend sittlich“.

Abb. 3: Auf die Frage, „Wie gut ist Ihrer Meinung nach die Lage in den sowjetischen Streitkräften?“, antworteten 42% der Befragten „eher ungünstig“ und 33% „ganz ungünstig“.

(Quelle: Moskowskie nowosti Nr. 36/1990. Zeichnung: A. Graschdankin)



Насколько благополучно, по вашему мнению, положение дел в Советских Вооруженных Силах?



Abb. 4: „Mamma, wahrscheinlich werde ich bald entlassen! Bei uns haben sie alle Panzer geklaut“.
(Quelle Krokodil Nr. 30/1990. Zeichnung: T. Selentschko)

sank. Bereits 1992 wurde darüber gesprochen, dass eine Militärseelsorge hilfreich sein könnte. Allerdings wurde dies erst 1994 in Angriff genommen.

1992 wurden die Karikaturisten mutiger. Sie wiesen auf mangelhafte Versorgung der Streitkräfte hin, verhöhnten die kultische Verehrung der Fahne (Abb. 5), äußerten ihr Misstrauen gegenüber der Generalität, kritisierten die Militäraktion gegen Tschetschenien (Abb. 6)

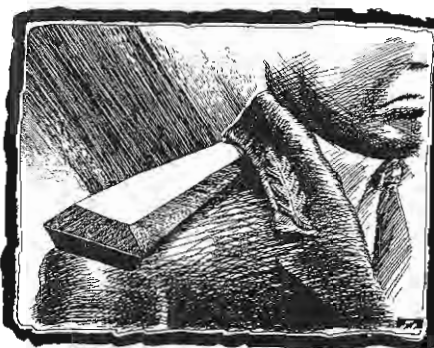


Abb. 6: Ohne Text. Das Schulterstück des Generals besteht aus einem Sargdeckel. (Quelle: Ogonjok Nr. 4/1991. Zeichnung: A. Merinow)

und fragten – gleichsam augenzwinkernd – nach dem Verbleib der Raketen, die man ja abbauen wollte.

1993/94 folgte eine gewisse Müdigkeit der Karikaturisten zu dieser Thematik. Andere Karikatur-„Dauerbrenner“ waren ganz in den Vordergrund getreten: Die wirtschaftliche Notlage, die zunehmende Kriminalität, der Streit zwischen Jelzin und dem Parlament, der Abbau alter Symbole, die allgemeine Verwirrung der Menschen. Vielleicht wurden die Streitkräfte auch deswegen geschont, weil sie sich letzt-



Abb. 5: Ohne Text. (Quelle: Nesawisimaja gaseta 07.01.1992. Zeichnung: Misjuk)



Abb. 7:
Ohne Text.
Bettelnder Soldat.
(Quelle: Iswestija
03.06.1995. Zeichnung: W. Soldatow)

endlich im Oktober 1993 auf die Seite Jelzins gestellt hatten, nachdem er – verfassungswidrig – das Parlament aufgelöst hatte.

Seit 1995 häuften sich Karikaturen über die Streitkräfte. Ständig zunehmend berichteten die Medien über die anhaltende „Dedowschtschina“ (Abb. 7), mangelnde Kampfbereitschaft, Nichtauszahlung von Sold usw. Alles aber wurde überschattet vom Krieg in Tschetschenien (Einmarsch 1994). Den Generälen wurde die Hauptschuld an diesem Bürgerkrieg und dem kläglichen Versagen der russischen Einheiten zugeschoben.

Aus dem Nachlass des Dichters R. Roschdestwenskij stammt folgendes Gedicht, das am 18.02.1995 in der „Iswestija“ veröffentlicht wurde:

*Nach qualvollen Kämpfen
und verhängnisvollen Siegen,
der völligen Zerstörung von Städten
blieben nur zwei Generäle
lebendig zurück.
Zwei Feinde,
zwei furchtlose Adler.*



Abb 8: „Hauptsache ist nicht der Sieg, sondern die Teilnahme ...“
(Quelle: Art obs-trel 5 1995/1996. Zeichnung: A. Merinow)

Im hellen Schein
ihrer herrlichen grauen Haare
setzten sie sich zu Tisch
am Ufer eines Baches.
„Ich schätze dich!...“,
sagte der eine.
Und der andere sagte:
„Ich dich auch...“
Und der Erste sprach:
„Was soll ich's verschweigen,
ich liebe es, mich im Krieg zu erholen.
Weißt du, seit Kindheit
gefällt mir das Kriegführen! „
Und der Zweite erwiderte:
„Mir auch.“

Vielleicht hat dieses Gedicht
den Karikaturisten Merinow zu
seiner finsternen Karikierung ange-
regt: „Wichtig ist nicht der Sieg,
sondern die Teilnahme.“ (Abb. 8)

Im Jahre 1996 verging kaum
eine Woche, in der nicht eine neue
Schreckensmeldung über die Streit-
kräfte durch die Medien ging (Abb.
9); Hungernde Soldaten, Desertio-
nen, Selbstmorde, Waffenverkauf
(Abb. 10). Es wurde sogar die Be-
fürchtung geäußert, dass die Ar-
mee von Rebellionen erschüttert
werden könnte.

General Lebed, der von Jelzin in
den Sicherheitsrat geholt worden
war, wurde durch seine frieden-
stiftende Aktion in Tschetschenien
bekannt. Als er machthungrig
deutlich machte (Abb. 11), dass er
Präsident werden wollte, ließ Jelzin
ihn fallen. Karikaturisten, die ihn

vorher gelobt hatten, richteten nun
ihre Stifte gegen ihn.

Die seit Jahren angekündigte
Militärreform kam nicht vom
Fleck (Abb. 12). Bevor Verteidi-
gungsminister General Rodionow
wegen zögerlicher Durchführung
der Militärreform abgelöst wurde,
mahnte eine Karikatur. Seit 1995
häuften sich die Berichte über krimi-
nelle Aktivitäten von höheren
Offiziersrängen, – damit auch die
Karikaturen (Abb. 13). Da zurzeit
der Niederschrift keine Verbesse-
rung der Situation der Streitkräfte
eingetreten ist, werden die Karika-
turisten wohl weiter ihre Federn
wetzen.



Abb. 9: „Da muss man mal hineinschauen, dem Vaterland gegenüber seine Pflicht abliefern...“ Vor dem Einberufungspunkt der Streitkräfte ist ein Wehrpflichtiger zu sehen, der sich mit Geld loskauft.
(Quelle: Krokodil Nr.5/1996.
Zeichnung: W. Fedorow)



Abb. 10: „Der Sohn ist überhaupt nicht reif für die Armee: Wir haben ihn daheim nicht geschlagen...“
(Quelle: Krokodil Nr. 2/1996.
Zeichnung: T. Selentschenko)



Abb. 11: Ohne Text.
General Lebed
mit geballter Faust.
(Quelle: Journalist
Nr.10/1996. Zeichnung:
W. Motschalow)

Abb. 12: Auf dem
Kalendebblatt steht:
„Vergesst nicht, die
Militärreform
durchzuführen!!“
(Quelle: Iswestija
07.02.1997.
Zeichnung:
A. Jewtuschenko)



Рис. А. ЕВТУШЕНКО (Ростов-на-Дону).

Abb. 13: „Die Armee muss professionell sein: Tischler, Maurer sollten einberufen werden. Dann werden die Datschen so, wie es sich gehört.“ Kritik an höheren Offizieren, die sich ihre Datschen von Angehörigen der Streitkräfte bauen lassen. (Quelle Krokodil Nr.10/1997. Zeichnung: A. Wasilenko)



— Армия должна быть профессиональной: призывать плотников, каменщиков. Тогда и дачи будут что надо.

А. ВАСИЛЕНКО

Kommando-Wechsel bei der Schweizergarde

Päpstliche Schutztruppe „bereit für das neue Jahrtausend“

Johannes Schidelko (KNA-Korr.)

Oberst Roland Buchs (57) seit 15 Jahren Chef der meistfotografierten Schutztruppe der Welt, hat – aus familiären Gründen – seinen Rücktritt eingereicht. Er übernimmt in der Schweiz die Aufgabe eines Sektionschefs der Schutzorganisation der Bundesverwaltung in Bern. Ein Nachfolger an der Spitze der 100 Mann starken Schweizergarde ist noch nicht ernannt.

Zum letzten Mal schritt Buchs bei der Abschiedszeremonie im Gardequartier am Freitagabend in seiner dunkelroten Samtuniform und dem weißen Helmbusch die Front seiner Soldaten ab. Ein letzter Tagesbefehl. Der vatikanische „Innenminister“, Erzbischof Giovanni Battisti Re, dankte Buchs im Namen von Papst Johannes Paul II. für seine Dienste; die Schweizergarde untersteht direkt dem Staatssekretariat. Der Papst empfing den Chef seiner Leibwache samt Familie in Audienz. Unter Trommelwirbeln rollten zwei Wachtmeister die Gardefahne zusammen und überreichten sie dem scheidenden 30. Kommandanten in der fast 500-jährigen Geschichte der Schweizergarde.

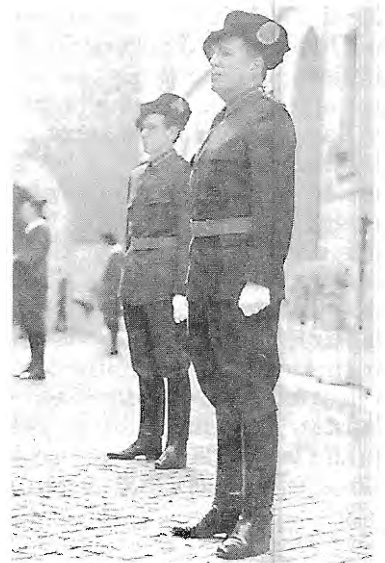
Eine Etappe mit manchen Umbrüchen und vielen Erneuerungen für die päpstliche Schutztruppe geht zu Ende. „Die Schweizergarde steht heute gut da“, zeigte sich Buchs zufrieden. Seine Amtszeit sei ohne größere Probleme und Zwischenfälle abgelaufen. Buchs trat seinen Dienst eineinhalb Jahre nach dem Papstattentat vom Mai 1981 an, das einen tiefen Schock bei der Garde ausgelöst hatte. Damals wurde das Sicherheitskonzept nochmals verschärft. Er habe die Organisation umstrukturiert, neue Ausbildungsmethoden und Hilfsmittel eingeführt, erinnert sich Buchs und betont stolz: Die Garde sei heute „modern“ und müsse den Vergleich mit den Sicherheitsdiensten anderer Länder und Staatsoberhäupter nicht scheuen, ja sie übertreffe „an Qualität und Erfahrung

die meisten von ihnen“. Die Garde sei „bereit für das Heilige Jahr 2000 und das neue Jahrtausend“, sie könne ihren Sicherheitsauftrag voll und bedingungslos erfüllen.

Treue, Ehre, Pflichterfüllung, Tapferkeit: Militärische Kategorien bestimmten die Abschiedsreden, es fielen aber ebenso Begriffe wie Vertrauen, Dankbarkeit, Liebe zu Papst und Kirche. Die Schweizergarde ist eine effiziente militärische Schutztruppe – mit dem besonderen Auftrag, das Kirchenoberhaupt und seine Mitarbeiter zu schützen. Sie muss für Ruhe und Ordnung im Vatikan sorgen und dessen Staatsgrenzen bewachen. Er sei dankbar, dass er so lange an der Seite einer so außerordentlichen Persönlichkeit wie Papst Johannes Paul II., bei dem sich „die Wege der Großen der Welt kreuzten“, habe arbeiten können, resümiert Buchs.

Wenn die Schweizergarde mit ihren farbenprächtigen Uniformen an den Eingängen zum Vatikan fehlen würde, meint der scheidende Kommandant, „dann wäre Rom nicht mehr Rom, und das Leben würde gleichwohl weitergehen“. Von Zeit zu Zeit taucht die Frage auf, ob eine Schutzgarde in mittelalterlichen Uniformen heute noch zeitgemäß sei. „Der Vatikan braucht einen Sicherheitsdienst“, bekräftigt der Oberst. Die Garde erfülle diese Aufgabe seit bald 500 Jahren, und sie habe sich den heute veränderten Gefahren und Bedrohungen angepasst. Buchs ist zuversichtlich, dass die alte und zugleich moderne päpstliche Schutztruppe auch im dritten Jahrtausend ihren Dienst im Vatikan effizient erfüllen kann.

So werden sich auch die Rom-Touristen des Heiligen Jahres 2000 neben den jungen Schweizergardisten mit ihren Uniformen in den Medici-Farben fotografieren lassen. Und der Vatikan kann sich auf eine hochmotivierte Schutztruppe verlassen, die mit Schweizer Präzision über die Sicherheit des Kirchenoberhaupts wacht.



Der scheidende Kommandant der Schweizergarde Oberst Roland Buchs

Frisches Blut für die Garde?

„Man“ suche nach einem neuen Kommandanten für die Garde, ist in Rom wie in der Schweiz zu hören. Neben einer vorstellbaren „Hausberufung“ – der bisherige zweite Mann rückt nach – denkt man offenkundig auch an einen Kandidaten von außen: an einen höheren, erfahrenen und natürlich katholischen Offizier der Schweizer Armee, der unbelastet „frisches Blut“ und neue Ideen in die Garde brächte. Allerdings müsste er bereit sein, den Dienst für den Papst gegen vatikanisches Salär zu leisten, das unter vergleichbaren Schweizer Armee-Gehältern liegt.

Eingeschaltet in die Kandidatenfindung ist die Schweizer Bischofskonferenz und natürlich das vatikanische Staatssekretariat. Ein Kandidat soll letztlich abgewunken haben. Das mag auch die jetzige Übergangsphase erklären; denn dass Buchs aus familiären Gründen in die Heimat zurückkehren wollte – seine fünf Kinder sind inzwischen alle zur Ausbildung in der Schweiz – war seit einiger Zeit bekannt.

In der Zwischenzeit leitet Stellvertreter Estermann (43) die Schweizergarde. Die italienische Medien schließen nicht aus, dass er selbst 31. Kommandant in der fast 500-jährigen Gardegeschichte werden könnte. Estermann, aus Gunzwil stammender ausgebildeter Landwirt mit Handelsschulabschluss, kam vor 17 Jahren als „Seiteneinsteiger“ zum Vatikan-

Korps. Da er in der Schweiz bereits den Rang eines Panzergrenadier-offiziers bekleidete, begann er seine vatikanische Laufbahn gleich im Rang eines Hauptmanns, nicht als „Hellebardier“. Er stieg bald zum Major und 1987 zum stellvertretenden Kommandanten auf. – Estermann war auf dem Petersplatz dabei, als der Türke Ali Agca am 13. Mai 1981 das Attentat auf Papst Johannes Paul II. verübte. Er ging unmittelbar hinter dem im Schrittempo fahrenden Jeep des Papstes. Als die Schüsse fielen, sprang er auf das Fahrzeug, um – wie es der Eid der Garde verlangt –

gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens das des Papstes zu schützen. Der kommissarische Garde-Kommandant, der den Papst auf zahlreichen Auslandsreisen begleitete, hat im Vatikan übrigens noch eine andere Aufgabe: Er ist Postulator im Seligsprechungsverfahren für seinen Landsmann, den Familienvater Nikolaus Wolf (1756-1832).

Spätestens zum nächsten Gardetag am 6. Mai soll der neue Kommandant ernannt und in Amt und Würden sein – und dann seinen Dienst auf den Papst ablegen. □

Gefahr aus dem Internet?

Deutsch-polnische Antisemitismus-Konferenz in Krakau

Eckhard Stuff

Die Herausarbeitung von Stereotypen des Juden in Polen und Deutschland und das Aufzeigen aktueller Erscheinungsformen des Antisemitismus waren Gegenstände eines Symposiums im Jüdischen Kulturzentrum in Krakau. Vom 14. bis 17. September 1997 trafen sich Kirchenvertreter, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten auf Einladung des Priesterkollegiums der Jesuiten in Krakau und des Instituts für Medienwissenschaft der Technischen Universität Berlin unter dem Motto: „Vorurteile überwinden – Verständigung gewinnen!“

Die Massenmörder des 20. Jahrhunderts, das im Laufe der Menschheitsgeschichte die höchste Zahl von Systemtoten hervorgebracht hat, kannten in der Regel kein schlechtes Gewissen. Hoch-aggressive Ideologien lieferten den Tätern die Legitimation für ihre Inhumanität.

Es kommt demnach darauf an, solche Aggressivität rechtzeitig zu entlarven. Kein Zweifel, die Nachkommen der Opfer und Täter haben eine gemeinsame Verantwortung: Lehren aus der Geschichte zu ziehen und künftiger Gewalt Widerstand zu leisten. Dabei ist auch das gegenseitige Verstehen unterschiedlicher Opfergemeinschaften notwendig. Dazu Günther Ginzler von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in

Köln: „Auschwitz und die Sprachlosigkeit danach haben nicht zuletzt Polen und Juden in neue, alte, Konflikte gestürzt, die immer wieder auf allen Seiten neue Wunden schlagen. Nur der Dialog kann zu neuen Einsichten führen, einen Lernprozess auslösen, der Polen begreiflich macht, was Auschwitz für Juden bedeutet. Ein Dialog, der Juden vor Augen führt, welche Leiden auch das polnische Volk mit dem Namen Auschwitz verbindet. Es ist unerträglich, dass offener Juden Hass hier und antipolnische Emotionen dort geschürt werden, dass tiefsitzende religiöse Vorurteile belebt werden. Die Brücken, die trotz Auschwitz zwischen Deutschen und Juden errichtet werden konnten, müssen auch zwischen den Opfergemeinschaften gebaut werden, Brücken der Verständigung und der Toleranz. Alles andere ist ein Verrat am „Nie wieder“ der Gemarteten und Gemordeten. Also gilt für uns die Aussage von George Santayana: „Diejenigen, die sich nicht an ihre Geschichte erinnern können, sind verurteilt, sie zu wiederholen.“

Durchaus im Geiste Santayanans warnte der Politikwissenschaftler Manfred Henningsen von der Universität Hawaii davor, den Holocaust mit einer Aura der Einzigartigkeit zu umgeben, da es dann umso schwieriger wäre, eine wachsende Beziehungslosigkeit zu die-

ser Manifestation des Bösen zu durchbrechen. Dazu Henningsen: „Die Erinnerung an Auschwitz geht nicht nur die deutschen Täter und ihre jüdischen Opfer an. Die These von der Einzigartigkeit des jüdischen Holocaust nimmt diesem historischen Ereignis seine repräsentative Bedeutung für den Rest der Menschheit.“

Immerhin war Jahrzehnte nach Auschwitz noch die millionenfache Vernichtung von Menschenleben durch Mao und das Pol-Pot-Regime möglich. Und eine westliche Studentenbewegung erkör ausgerechnet den Massenmörder Mao zu einer Leitfigur, auch in Deutschland! Ebenso belegen die jüngsten Massenhinrichtungen auf dem Balkan eine bisher geringe Lernfähigkeit der Menschen.

Bisher noch ohne bedeutenden Zulauf, könnte das Verbreiten von antisemitischen Hetze im Internet eine Gefahr der nahen Zukunft werden. Die rechte Szene hat die zukunftssträngige Kommunikationsform entdeckt. Schon jetzt ist über Internet nach deutschem Recht eindeutig strafbares Material jederzeit verfügbar. Die Historikerin und Kommunikationswissenschaftlerin Barbara von der Lühe von der Technischen Universität Berlin wies darauf hin, dass „Nazisymbole und Autoren, die in der Bundesrepublik mit Haftbefehl gesucht werden, dort regelmäßig erscheinen.“ Da meistens aus dem Ausland operiert wird, gestaltet sich eine strafrechtliche Verfolgung schwierig.

Auf die Frage, worin die neue Qualität der antisemitischen Gefahr aus dem Internet liege, antwortete Frau von der Lühe: „In der größeren Anzahl der Menschen, die es lesen können, und in den neuen Kommunikationsmöglichkeiten. Es gibt auch keine Hemmschwelle des Zugangs mehr wie z.B. beim Kauf einer rechtsradikalen Publikation im Zeitungsladen um die Ecke.“

Da, wo das Böse entsteht, wächst auch das Rettende. Und so wird natürlich auch die deutliche Ablehnung jeder Form von Antisemitismus im Internet publiziert. Dennoch sollten die Augen vor den mit den neuen globalen Kommunikationsmöglichkeiten verbundenen Gefahren nicht verschlossen werden. □

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Elemente und Eckpunkte für eine christlich-sozial geprägte Arbeitsgesellschaft

Hermann Kues

Der Sozialkatholizismus hat sich im 19. Jahrhundert profiliert bei dem Bemühen, die Herausforderungen des Strukturwandels beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu bewältigen. Wir befinden uns heute in einer Zeitenwende, die damit vergleichbar ist.

Als Christen müssen wir weniger über die Vergangenheit und mehr über die Zukunft reden, wir müssen uns verpflichtet fühlen, gerade in Zeiten des Umbruchs und in Zeiten der Krise Orientierung zu geben, das Wesentliche anzusprechen und Problemlösungen aufzuzeigen. Die Überlegungen des ZdK zur Arbeitsgesellschaft in Deutschland lassen sich in neun Gedanken zusammenfassen:

1. Veränderungssperren abbauen

Wenn wir es ernst meinen mit der Priorität „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, darf es keine Veränderungssperren geben, sondern jeder mögliche Weg muss vorurteilsfrei daran gemessen werden, ob damit Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden.

2. Gemeinnützige Arbeit einbeziehen

Wir brauchen ein neues Arbeitsverständnis, das über die reguläre Erwerbsarbeit hinausgeht und gemeinnützige Arbeit einbezieht. Erziehung von Kindern z.B. ist nicht Erziehungsurlaub, sondern Erziehungsarbeit. Die Gesellschaft insgesamt, Männer und Frauen, sollte gemeinnützige Arbeit, flexibel gestaltet, aber gemeinsam leisten.

3. Mehr Subsidiarität und Selbstverantwortung einfordern

Wir brauchen im Interesse der Beiträge zahlenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Betriebe eine Neuausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf die wirklich ernststen Lebensrisiken. Wir brauchen ebenfalls eine Erneuerung der Solidarbereitschaft, die auf ein Mehr an Subsidiarität und Selbstverantwortung aufbaut.

4. An den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren

Es muss zum Ethos der Betriebe gehören, ihre Unternehmenspolitik auch mittel- und langfristig an den Bedürfnissen der Beschäftigten auszurichten und ebenfalls die nächste Generation auch im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven der eigenen Branche einzubeziehen.

5. Arbeitsmarktpolitik reformieren

Wir benötigen eine Strukturreform der Arbeitsmarktpolitik. Es ist zu wenig, Arbeitslosen lediglich Geld anzubieten. Es ist notwendig, Strukturen so zu verändern, dass Arbeitslose nicht nur Zuwendungsempfänger sind, sondern gleichzeitig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Mit Hilfe von Service-Agenturen für Beschäftigung auf kommunaler Ebene kann der Einfallstreichtum der Kommunen bzw. privater Träger mobilisiert werden, den diese bereits bei der Vermitt-

lung von Sozialhilfeempfängern gezeigt haben.

6. Arbeitsorganisation flexibilisieren

Wir benötigen flexiblere Formen der Arbeitsorganisation, die betriebswirtschaftlich zu höherer Effektivität führen und die gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Souveränität und Verantwortung gewähren.

7. An den Gewinnen beteiligen

Eine produktivitätsorientierte Lohn- und Einkommenspolitik muss mit der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kombiniert werden.

8. Ausgabendynamik abbremsen

Wer die aus Unternehmer- wie Arbeitnehmersicht untragbare Diskrepanz zwischen Brutto- und Nettolöhnen reduzieren will, muss bereit sein, die Ausgabendynamik der sozialen Sicherungssysteme abzubremesen.

9. Investitions- und Innovationskräfte stärken

Unbeschadet der Notwendigkeit, die Arbeitsmarktpolitik neu zu akzentuieren, müssen die Voraussetzungen und Bedingungen für Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt durch Investition und Innovation verbessert werden. □

Bundesregierung und Arbeitgeber haben Bündnis für Arbeit platzen lassen

Renate Müller

Ein neuer Beschäftigungspakt muss her. Arbeitgeber und ihre Verbände sowie die Bundesregierung haben das hoffnungsvolle Bündnis für Arbeit platzen lassen. Die Kirchen könnten Motor für einen neuen Anlauf sein.

Deutlicher als es bisher geschehen ist, muss die Perspektive klargestellt werden:

1. Allen Menschen muss die Teilhabe an der Erwerbsarbeit und

der nicht marktvermittelten Arbeit ermöglicht werden.

2. Allen Menschen muss ein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht werden.

1. Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzungen sind nach wie vor ein sinnvolles Mittel, um die Erwerbsarbeit gerecht zu verteilen und Arbeitsplätze zu sichern. Die unterschiedlichen For-

men – also Verkürzung der Wochen-, Monats-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit, Ausweitung des Urlaubs, Sabbatjahr, vorübergehende oder kontinuierliche Arbeitszeitreduzierung, der Ausbau der Teilzeitarbeit etc. müssen eingebracht werden.

2. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Dieser soll den Menschen, die durch den Strukturwandel aus dem regulären Arbeitsmarkt verdrängt werden, Erwerbsarbeitsgelegenheiten bieten. Die Grundidee: Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit statt Bezahlung von Arbeitslosigkeit.

3. Regionale Arbeitsmarktinitiativen

Statt Serviceagenturen sind regionale Arbeitsmarktinitiativen sinnvoll. Ein wichtiges Instrument dazu sind entsprechende Arbeitsmarktkonferenzen unter Beteiligung der Tarifparteien, der Kommunen, der Wissenschaft, der Verbände und Bildungseinrichtungen. Regionale Arbeitsmarktfonds müssen die notwendige finanzielle Basis sichern, um regionale arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte zu finanzieren. Gute Ansätze zeigen die Initiativen „Ein starkes Stück Eifel“ und das „Forum der Arbeit“.

4. Jede Erwerbsarbeit muss versicherungspflichtig sein

Jede Erwerbsarbeit sollte versicherungspflichtig werden. Heute schon sind elf Prozent aller Erwerbsarbeitsplätze nicht versicherungspflichtig mit weiter steigender Tendenz in Form von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, von Scheinselbstständigkeit, von Werkverträgen etc.

5. Existenzsicherung unabhängig von Erwerbsarbeit

Das setzt eine Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Reichtum voraus. Es geht nicht um einen Neidkomplex, sondern um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Individualisierung, Flexibilisierung und Deregulierung fordern nicht weniger, sondern mehr kollektiven Schutz. „Überschaubare Wir-Gemeinschaften“ können diese Sicherung nicht leisten.

Ein neues Arbeitsverständnis muss das hierarchische Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit abbauen helfen. Das erfordert Einkommen unabhängig von Erwerbsarbeit in Form von Transfer-einkommen, Beteiligung am Produktivkapital und die Verwirklichung der Idee eines Grundeinkommens.

6. Beschäftigungsinitiativen

Katholische Verbände, Kirchengemeinden und Bistümer haben gute Erfahrungen mit Beschäftigungsinitiativen. Die dort engagierten Menschen müssen eingeladen werden, ihre Perspektiven einzubringen. Dazu gehört auch, sich deren Kritik an der seit Jahren gegen die Arbeitslosen gerichteten Politik anzuhören.

Arbeit ist die Folge dynamischen unternehmerischen Handelns

Werner Then

Nur rentable Arbeitsplätze, die dazu dienen, konkurrenzfähige Waren und Dienstleistungen zu produzieren, ermöglichen Gewinne und damit Arbeit schaffende Investitionen.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht Ursache, sondern Erscheinungsform unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme. Wenn wir die Ursachen aufdecken wollen, darf es in der Diskussion zur Lösung der Probleme keine Tabus geben, die z.B. mit Wortkeulen wie „sozialer Kahl-schlag“ und „Rückfall in den Frühkapitalismus“ verteidigt werden.

1. Reglementierungen und Belastungen zu Lasten der Arbeitsplätze

In prosperierenden Volkswirtschaften gibt es genügend Arbeitsplätze. Eine Volkswirtschaft prosperiert, wenn sie im weltweiten Wettbewerb weit vorne liegt. Wettbewerbsfähigkeit setzt Anpassungsfähigkeit voraus. Ist die Anpassungsfähigkeit durch Reglementierungen und Belastungen unzureichend, geht das zu Lasten der Arbeitsplätze. Das ist unsere Situation.

Jeder Staat setzt wesentliche Rahmenbedingungen für Arbeit, Gewerkschaftsmacht ebenso. Dadurch sind sie mitverantwortlich für den Erhalt, das Entstehen oder den Wegfall von Arbeitsplätzen.

2. Bündnisse für Arbeit in den Betrieben möglich machen

Jedes Bündnis für Arbeit und jeder Beschäftigungspakt geraten zu bloßer Propaganda, wenn sie

am grünen Tisch von Politikern und Funktionären der Wirtschaft übergestülpt werden. Erwerbsarbeit entsteht in Betrieben, die Gewinne machen und nach Abzug dessen, was der Staat beansprucht, noch investieren können. In den Unternehmen brauchen wir zahllose Bündnisse für Arbeit, die Kreativität und Leistungswillen freisetzen.

3. Die Arbeit flexibilisieren

Arbeit – dynamisch und nicht statisch verstanden gibt es mehr als genug. Arbeitszeit muss nicht kollektiv verkürzt, sondern nachfrageorientiert beweglich werden. Um Arbeit zu dynamisieren, braucht sie Flexibilisierung. Wir brauchen nicht nur flexible Arbeitszeiten, sondern auch eine flexible Organisation der Arbeit. Stichworte: Gruppenarbeit, Selbststeuerung, Eigenverantwortung. Das verlangt neues Führungsverhalten, das mit sozialer Kompetenz umschrieben ist.

4. Persönliche Verantwortung für Qualifizierung wahrnehmen

Die Rede von der Notwendigkeit lebenslangen Lernens ist heute Arbeitswirklichkeit. Nur wer sich ständig weiterbildet, seine fachlichen und sozialen Qualifikationen verbessert, erhält seine Beschäftigungsmöglichkeiten, innerbetrieblich wie auf dem Arbeitsmarkt. Über diese persönliche Verantwortung als Beschäftigungsvoraussetzung darf sich niemand von niemandem hinwegtäuschen lassen.

5. Löhne an der Ertragssituation der Unternehmen orientieren

Die Höhe der Löhne sollte künftig nicht nur an Produktivitätssteigerungen und der Inflationsrate, sondern vor allem an der Ertragssituation der Unternehmen orientiert werden. Neben einem Grundlohn sollte es eine gewinnabhängige Lohnkomponente geben, für die tarifpolitisch nur die Spielregeln festgelegt werden, während die Betriebsparteien die Einzelheiten regeln.

6. Auf die Chancen des Wandels konzentrieren

Sich dem Wandel der Zeit zu stellen, ist eine Aufgabe, die jede Generation leisten muss. Am besten haben die Generationen diese Aufgabe bewältigt, die sich auf die Chancen des Wandels konzentriert haben. Und Chancen bietet Globalisierung in Hülle und Fülle. In vielen Bereichen nutzen wir sie schon längst: billige Importe, hierzulande nicht mehr angebotene Dienstleistungen, Urlaubsreisen etc.

7. Wir brauchen mehr Unternehmer

Nur unternehmerische Menschen werden die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Daher brauchen wir mehr Unternehmer. Stattdessen fehlen uns immer mehr. Wir haben eine Unternehmerlücke ein Hauptgrund für fehlende Arbeitsplätze. Das wird sich nur ändern, wenn sich unternehmerische Arbeit in Deutschland wieder lohnt. □

BIOETHIK

Bioethik-Konvention – Wenn nicht geboten, so zumindest vertretbar

Die rasante Entwicklung in der Forschung insbesondere in der Biomedizin, macht nicht an nationalen Grenzen halt. Daher sind völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zwischen den Staaten notwendig. Welche Probleme damit verbunden sind, macht die Diskussion über die Menschenrechtskonvention zur Biomedizin deutlich.

Während das Zentralkomitee der deutschen Katholiken der Bundesregierung dringend empfiehlt, die Konvention zu unterschreiben, haben Bundestagsabgeordnete von Union, SPD und Bündnisgrünen die Bundesregierung aufgefordert, die so genannte Bioethik-Konvention nicht vorschnell zu unterzeichnen. Notwendig sei eine breite öffentliche Debatte über das Menschenrechtsübereinkommen des Europarats. Vor allem die Frage des Schutzes nicht einwilligungsfähiger Menschen bei Forschungsvorhaben müsse geklärt werden, heißt es in einer am 19.12.1997 in Bonn veröffentlichten Kleinen Anfrage von mehr als 40 Abgeordneten an die Bundesregierung. Zu den Nichteinwilligungsfähigen gehören beispielsweise Kinder, Schwerstbehinderte oder Patienten im Koma.

Die Abgeordneten wollen unter anderem wissen, nach welchen Kriterien die Einwilligungsunfähigkeit eines Menschen festgestellt wird und welche Forschungsziele solche Eingriffe rechtfertigen können. Gefragt wird auch, wer für mögliche gesundheitliche Schäden haftet und welche Eingriffe an Nichteinwilligungsfähigen derzeit in Deutschland stattfinden. Unterzeichnet ist die Anfrage beispielsweise von den Unionsabgeordneten Hubert Hüppe und Ilse Falk, den Sozialdemokraten Robert Antretter, Wolfgang Wodarg und Herta Däubler-Gmelin sowie den Bündnisgrünen Christa Nickels, Volker Beck und Monika Knoche.

Die Bundesregierung hält ihre Unterschrift unter das umstrittene Menschenrechtsübereinkommen vor allem wegen dieser Frage und den Regelungen zum Embryonenschutz zurück. Die Konvention sieht vor, dass bestimmte Eingriffe an nichteinwilligungsfähigen Personen auch dann möglich sind, wenn diese Maßnahmen den Betroffenen nicht selbst zugute kommen. Nach der Regelung sollen solche Eingriffe allerdings nur dann erlaubt sein, wenn dabei eine „minimale Belastung“ entsteht.

In diesem Zusammenhang kritisierte die kirchenpoliti-

sche Sprecherin der Bündnisgrünen, Christa Nickels, die Haltung der Kirchen zum Biomedizin-Übereinkommen. Ihr Schweigen sei unverständlich angesichts einer Konvention, die direkt gegen die Menschenwürde verstoße. In seiner Grundtendenz gehe der Text davon aus, dass menschliches Leben optimiert werden könne. Er schließe das Klonen von Embryos und Föten nicht aus.

Im nachfolgenden Beitrag begründet die Leiterin der Arbeitsgruppe Biomedizin und Sprecherin für Publizistische Fragen beim ZdK, Dr. Eva-Maria Streier, die von der Mehrheit der ZdK-Mitglieder getragene Position.

Warum das ZdK die Menschenrechtskonvention des Europarates zur Biomedizin befürwortet

Eva-Maria Streier

Bisher haben 22 der 40 Mitgliedsstaaten des Europarates die Menschenrechtskonvention zur Biomedizin unterzeichnet. Die Unterzeichnerstaaten haben damit ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, die Konvention zu ratifizieren. Der Unterzeichnung ist ein jahrelanger Prozess des Beratens vorausgegangen, der im November vorigen Jahres mit der Verabschiedung der Konvention in Straßburg zu Ende gegangen ist. Bei der Abstimmung enthielt sich Deutschland neben Belgien und Polen der Stimme. Begründung: Der öffentlichen Diskussion in Deutschland müsse ausreichend Zeit gegeben werden.

Stellungnahme des ZdK

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sieht sich in besonderer Weise dazu aufgerufen, in der öffentlichen Diskussion über die Konvention zur Biomedizin Stellung zu beziehen. Daher beschloss der Geschäftsführende Ausschuss des ZdK im Oktober 1996, eine Arbeitsgruppe „Biomedizin“ einzurichten. Sie erhielt den Auftrag, eine differenzierte Stellungnahme, insbesondere zu den ethisch-rechtlichen Fragen, zu erarbeiten.

Es wurde in der Arbeitsgruppe eine unter den Teilnehmern weitgehend einhellige Position formuliert, die von der Vollversammlung des ZdK im Frühjahr

dieses Jahres diskutiert wurde. Nach einer nochmaligen Überarbeitung wurde die Stellungnahme in diesem Herbst verabschiedet und veröffentlicht (s.a. AUFTRAG 230/1997, S. 44 f.).

Rechtliche Grundnormen

Die Entwicklung der Biomedizin kann dem Wohl der Menschen dienen, wenn sowohl bei der Forschung als auch bei der Anwendung ihrer Ergebnisse den fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte und der Menschenwürde maßgebende Beachtung geschenkt wird. Das muss durch wirksame Schranken sichergestellt werden. Nationale Grenzen sind hierbei im Zeitalter der Globalisierung unzureichend.

Daher sind grenzüberschreitende Vereinbarungen, Konventionen notwendig. Die Initiative des Europarates, auf der Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 rechtliche Grundnormen festzuschreiben und als Mindestanforderungen völkerrechtlich verbindlich zu machen, ist zu begrüßen.

Wichtige Anforderungen

Ausgehend von der Würde, der Identität und der Integrität jedes Menschen, die zu schützen sind, stellt die Konvention zur Biomedizin wichtige Anforderungen für den Umgang mit der Biomedizin fest.

- Vorrang des Menschen vor dem alleinigen Interesse von Gesellschaft oder Wissenschaft (Art. 2 der Konvention),
- Bindung jedweder medizinischer Intervention an die Zustimmung nach Aufklärung (Art. 5) und an die Einhaltung der beruflichen Pflichten und berufsethischen Grundsätze (Art. 4),
- Verbot der Diskriminierung auf Grund der genetischen Ausstattung (Art. 11),
- Bindung prädiktiver genetischer Tests an gesundheitliche Zwecke und an vorhergehende Beratung (Art. 12),
- Verbot des Organhandels (Art. 21, 22) und des Gebrauchs von Gewebe zu anderen als therapeutischen Zwecken (Art. 19) und
- Verbot der Keimbahnintervention (Art. 13).

Vorzüge und Mängel

Zu bemängeln ist, dass in der Konvention Aussagen zum Lebensrecht des ungeborenen Kindes und zum Schutz des menschlichen Lebens an seinem Ende fehlen.

Bestimmungen gibt es hingegen zum Embryonenschutz bei der Forschung in vitro. Die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken ist verboten; die Forschung an Embryonen in vitro ist an die Gewährleistung eines angemessenen Schutzes gebunden.

Andererseits ist es wiederum ein gravierender Mangel, daß die Schutzvorschriften nicht – wie das deutsche Embryonenschutzgesetz – Forschung, die den Tod oder die Schädigung des Embryos zur Folge hat, eindeutig ausschließen.

Hinsichtlich der Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen, die nur in Ausnahmefällen und nur dann zulässig ist, wenn sie Betroffenen der gleichen Alters- oder Krankheitsgruppen nutzen kann, ist festzustellen, dass die Konvention Untersuchungen

dieser Art nicht auf Grund einer Risiko-Nutzen-Abwägung zulässt, sondern nur dann, wenn für die betroffene Person allenfalls ein „minimales Risiko“ und eine „minimale Belastung“ vorliegt.

Dokument werdenden Rechts

Festzustellen ist, dass die Konvention im europäischen Maßstab das Schutzniveau erheblich verbessert. Deutschland hat die Pflicht, an der Formulierung dieser wichtigen internationalen Rechtsnormen mitzuwirken: Angesichts der politischen Bedeutung und des Gewichts auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet würde eine Nichtratifizierung durch die Bundesrepublik die internationale Schutzwirkung der Konvention erheblich schwächen.

Die Konvention muss als ein Dokument werden, den Rechts verstanden werden. Durch die Weiterentwicklung der Protokolle und der Konvention selbst muss mehr und mehr ein den Anforderungen des Schutzes der Menschenwürde und der Menschenrechte entsprechender Standard entwickelt werden. Wo bereits höhere deutsche Schutzstandards vorliegen, dürfen diese – wie in Artikel 27 der Konvention vorgesehen – in keinem Fall angetastet werden.

Ethos des Kompromisses

Ziel der Menschenrechtskonvention zur Biomedizin als Rechtsdokument ist die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, der die Aufweichung der ethischen Maßstäbe verhindern soll. Die tritt zwangsläufig dann ein, wenn in der Forschung und am Markt derjenige Mitgliedsstaat mit Standortvorteilen belohnt wird, der die ethisch-rechtlichen Grenzen besonders niedrig ansetzt.

Vor diesem Hintergrund ist die Abwägung über eine Empfehlung zur Ratifizierung wie die Frage nach dem halb vollen oder dem halb leeren Glas zu sehen. Es ist die Frage nach dem Ethos des Kompromisses. Sie ist zudem eine politische Entscheidung, die den oft schwierigen Kompromiss nicht nur als lästige Notwendigkeit, sondern als Voraussetzung für das Zusammenleben der Völker sieht.

Die Entwicklung der modernen Biomedizin hat das Spektrum des ärztlichen Handelns in zentralen Bereichen erweitert und wichtige Fortschritte zur Behandlung schwerer, bislang oft unheilbarer Krankheiten ermöglicht. Dies betrifft die Entwicklung neuer Medikamente ebenso wie die neuer Heil- und Diagnoseverfahren. Diese Fortschritte sind notwendig, sie unterliegen aber zugleich dem unabdingbaren Gebot der Bewahrung der Menschenwürde und dem Schutz von Leib und Leben des Menschen, unabhängig von seinem Entwicklungsstadium und seinem Gesundheitszustand.

Das ZdK hält unter Abwägung aller Gesichtspunkte die politische Entscheidung, die Konvention zu unterzeichnen und zu ratifizieren, wenn nicht für geboten, so doch zumindest für vertretbar. Das gilt allerdings nur, wenn die Bundesregierung alles daran setzt, den Schutzstandard der Konvention als „werdendes Recht“ anzuheben und im Rahmen der Protokolle weiter zu präzisieren. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Embryonenschutzgesetzes und für ein ausdrückliches und umfassendes Verbot, Menschen zu klonen. □

RELIGIONSUNTERRICHT: IM EIGENINTERESSE DES STAATES

Keine überkommene Privilegierung der Kirchen

Thomas Sternberg

Die Deutsche Bischofskonferenz hat eine Informationsoffensive zum Religionsunterricht unter dem Motto „Die Freiheit zu glauben, das Recht zu wissen“ gestartet. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken begrüßt und unterstützt diese Aktion.

Wegen der Spatzwänge bei den öffentlichen Haushalten und aufgrund verbreiteter Missverständnisse und Angriffe ist es wichtig, die identitätsstiftende Orientierungsleistung des Religionsunterrichtes deutlich hervorzuheben. Hierfür setzen sich die etwa 70.000 katholischen Religionslehrer an allen Schulformen in Deutschland in ihrer Arbeit ein.

Erziehung zu Grundwerten

Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach im Interesse des Staates. Deshalb muss er gegen Missdeutungen als bloßer Katechese in Schutz genommen werden. Christliche Religion ist nicht Sache subjektiver Privatheit, sondern Teil des Konsenses über die Werthaltungen, die unsere Gesellschaft tragen. Der Staat hat die Erziehung zu Grundwerten als Aufgabe garantiert. Aus dieser Garantie ergibt sich die Notwendigkeit eines wertebezogenen Unterrichts.

Der Staat schafft nicht selbst die Grundlagen, auf denen er be-

ruht. Diese Einsicht bewahrt den Staat vor totalitärer Selbstlegitimation. Deshalb wird den Religionsgemeinschaften die Ausgestaltung in Absprache mit der Schulaufsicht übertragen. Religionsunterricht ist keine überkommene Privilegierung der Kirchen, sondern er liegt im eigenen Interesse des Staates. Er leistet einen wesentlichen Beitrag zu Orientierung, Identität und ethischer Erziehung. In diesem Sinne nimmt das Grundgesetz die Kirchen in die Pflicht.

Religionsunterricht vermittelt kulturelles Grundlagenwissen. In der Zeit globaler Kommunikation trägt die Kenntnis der Bibel und des Christentums als kulturprägender Kraft zu einer europäischen Identität bei. Insofern ist er ein wissenvermittelndes Schulfach wie andere. Doch er geht in der Verbindung von Wissen und Handeln, Erkenntnis und Gemeinschaft darüber hinaus. Aus dieser Verbindung wächst Freiheit zur Entscheidung, die im Gegensatz zu Beliebigkeit den offenen Umgang mit dem Anderen und Fremden erst ermöglicht.

Orientierung geben, Identität schaffen

Christlicher Religionsunterricht bewahrt vor absoluten Ansprüchen und jener Beliebigkeit, die

der Nährboden für Fundamentalismus ist. Nur durch die Vermittlung von Werthaltungen und deren Begründung wird dem jungen Menschen die Chance zur Persönlichkeitswerdung gegeben. Zu wissen, was andere Menschen trägt und getragen hat, schafft die Möglichkeit zur Entscheidung. Die Schule leistet so gerade im Religionsunterricht als ordentlichem Schulfach in Erziehungspartnerschaft mit dem Elternhaus einen Beitrag zur Orientierung.

Religionsunterricht schafft Identität und Orientierung. Religiöse und ethische Identitätsfindung vollzieht sich im Rahmen der Glaubensgemeinschaften, in der Gebundenheit von Kirche. Bei aller Pflicht zu ökumenischer Offenheit und Zusammenarbeit kann der Religionsunterricht nicht eine Gemeinschaft vortäuschen, die erst das Ziel der ökumenischen Entwicklung ist. Religionsunterricht schafft nur Beheimatung, wenn Lehrende, Lernende und Eltern in einer Konfessionsgemeinschaft ihren Ort haben.

Die Kirchen verpflichten sich zur Zusammenarbeit. Dort, wo die Gegebenheiten es erfordern, da sonst ein geordneter Unterricht nicht möglich ist, z.B. in Bereichen der Neuen Bundesländer oder in konfessionell sehr stark geprägten Gebieten, wird die Öffnung des konfessionellen Religionsunterrichtes für andere christliche Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut werden müssen. □

Als Sand im Getriebe zum Salz der Erde werden

Anmerkungen zur Erfurter Studentagung des ZdK über die Zeitgenossenschaft der Christen

Hajo Goertz

„Dialog und Solidarität“, unter diesem Titel fand vom 3. bis zum 5. Oktober letzten Jahres in Erfurt eine Studentagung des ZdK statt. Ziel der Studentagung war es, einen Prozess der Vorbereitung insbesondere auf den Katholikentag in Hamburg im Jahr 2000 anzustoßen. Dieser Katholikentag soll in

besonderer Weise ökumenisch vorbereitet werden und im Zeichen des Dialogs der Christen mit der säkularisierten Welt stehen.

Als Höhepunkt der Studentagung in Erfurt empfanden gewiss viele der Teilnehmer das Gespräch, zwischen Gesine Schwan und Johann Baptist Metz. Die Ber-

liner Professorin für Politische Wissenschaft und der Münsteraner Theologe suchten sich im öffentlichen Diskurs der Frage zu nähern, was denn das Eigentümliche, das Unverwechselbare, das Unverzichtbare christlicher Weltverantwortung sei. Nach dem Sinn der drei Erfurter Tage, den Stand-

ort der Christen in einer pluralen, religionsfernen, nicht selten kirchenfeindlichen Umgebung auszumachen, war es weniger das Was als vielmehr das Wie dieses Dialogs, das das Publikum beeindruckte. Fern aller didaktischen Raffinesse kam hier zum Ausdruck, warum es sich lohnt, sich um das Gespräch mit der Gesellschaft zu bemühen.

Minderheitensituation als Chance

Die Situation, in der sich Gesine Schwan nach ihrer Darstellung häufiger vorfindet, mochten nicht wenige als typisch empfinden. Sie bemerkt Verwunderung bei Menschen, denen sie begegne, wenn sie erführen, dass ich sowohl katholisch wie in der SPD bin. Und sie wird konfrontiert mit dem Kommentar: „Bis dahin hatten wir den Eindruck, du bist ganz vernünftig“. Zunehmend gelten Christen in einer Gesellschaft, die sich aufgeklärt und unbedingt fortschrittlich gibt, als rückwärts gewandt, wenn nicht hinterwäldlerisch. Da liegt die Versuchung nahe, sich zurückzuziehen, statt die eigene Position so zu begründen, dass das Gespräch nicht abbricht oder ins Unverbindliche abgleitet, sondern dass es stimuliert wird. Die Berliner Professorin jedenfalls versicherte glaubwürdig, ihre „Minoritätensituation“ – die sie im Blick auf ihre politische Zugehörigkeit sogar als verdoppelt ansieht – schockiere sie nicht; im Gegenteil hält sie solche Begegnungen, in denen man sich gleichsam ungeschützt dem Anderen überantwortet, für verlockend, „weil ich dann den Eindruck habe, ich könnte das, woran ich als Wahrheit glaube, umso besser loswerden.“

Von Haltungen, von – wenn man so will – christlichen Tugenden war in Erfurt oft die Rede. Das verwunderte nicht, benannte doch der Untertitel der Tagung den Auftrag der Christen in der pluralistischen Gesellschaft als spezifische Haltung, als „kritische Zeitgenossenschaft und solidarisches Zeugnis der Hoffnung“ nämlich. Bischof Karl Lehmann buchstabierte sie überzeugend durch, von der Anerkennung der pluralistischen Grundsituation über die Vergewisserung des eigenen Stand-

punktes und die ökumenische Partnerschaft bis zum Mut zum eigenen Zeugnis. „Glaube hat von Anfang an mit dem mutigen, gerade auch öffentlichen Bekenntnis zu tun“, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz. „Wir dürfen uns nicht wundern, wenn wir herausgefordert werden und – hoffentlich immer mehr – auch provokativ wirken. Aber mit unserer Botschaft, nicht durch ein falsches Auftreten.“

Mangel an Zivilcourage

Was in der Gesellschaft niemanden überzeugt, ist christliches Gepolter. Und was die Gesellschaft nicht brauchen kann, ist ein stromlinienförmiges Christentum. Aggiornamento von Kirche und Christsein wäre wahrlich missverstanden, würde man es mit Anpassung an den Zeitgeist übersetzen, wie ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer wiederholt betonte. Wir wissen es – doch handeln nicht danach. Wenn den Beobachter nicht alles täuscht, dann ist der Mangel an christlicher Präsenz in der pluralistischen Gesellschaft zuallererst darauf zurückzuführen, dass es den Christen an christlicher Zivilcourage fehlt.

Es war der Dortmunder Theologe Thomas Ruster, der in seinem Referat biblische Parallelen zog und auf dieser Grundlage zuspitzte: „Wo bleibe angesichts der alles beherrschenden Macht des Marktes, der auch die Christen fraglos huldigen, ihre ‘kritische Zeitgenossenschaft’ und ihr ‘solidarisches Zeugnis der Hoffnung’? Dabei wissen wir zugleich, dass ein solches Zeugnis der Hoffnung bitter not tut. Wie lange wollen wir noch zusehen, wie die rigorosen Praktiken des globalen und freien Marktes immer mehr Menschen ins Elend treiben, hier in Europa und noch mehr in den Ländern des Südens?“ Ruster hatte ins Schwarze getroffen, wie die teils erregten Reaktionen zeigten, die freilich außerhalb des Plenums blieben, weil der Auftakt der Tagung aus drei Vorträgen bestand, der unmittelbare Diskussion mit den Referenten nicht möglich machte in einer Veranstaltung, deren Überschrift vom Dialog sprach!

(Referat von Prof. Dr. Ruster s.S. 85ff.)

Ohne Blockdenken und Lagertheorie

Es ist, wie es scheint, mit den üblichen Tagungsinstrumentarien des Vortrags und der Podiumsdiskussion nur schwer möglich, eine solche Thematik wie die Erfurter zu behandeln. Die Gottesdienste, durchdacht und der Sache sehr angemessen gestaltet, bewirkten mehr Einsicht als manches noch so wohlgesetzte Statement. Und wo in Erfurt auch Dialog gefragt war, in den Arbeitskreisen zumal, da gab es auch Überraschungen; das Bemühen um Offenheit, um Toleranz, der Verzicht auf unbedingte Missionierung des anders denkenden Partners baut Brücken zu Begegnungen, die sonst wegen persönlicher Vorbehalte und vorgefasster Meinungen nicht geschlagen werden. Sogar mit grünen Politikern – Erfurt erstaunte damit offenbar manchen – lässt sich reden, man entdeckt durchaus Möglichkeiten der Verständigung, wenigstens partielle. Auch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt es Gemeinsamkeiten zu finden, wenn Blockdenken und Lagertheorien für regelwidrig erklärt werden.

Übereinstimmen von Reden und Handeln

Solche methodischen Vorgaben standen wohl Pate bei dem wertvollen Gedanken des veranstaltenden ZdK, wesentliche Teile der Tagung als Gespräch zwischen zwei Partnern zu gestalten. Die Anleihe an Talkshows blieb zum Glück nur äußerlich. Das Bemühen um Ernsthaftigkeit war spürbar bei Annette Schavan und Peter Glotz, bei Hans Maier und Richard Schröder, bei Gesine Schwan und Baptist Metz, nicht allen glückte das Vorhaben, und ungeplant ergab sich eine Klimax bis hin – der Verfasser scheut die Bewertung nicht – zur Sternstunde der Tagung. In geradezu atemberaubender Verdichtung wurde da deutlich, worum es geht: Um Glaubwürdigkeit, um die merkbare Übereinstimmung zwischen Reden und Handeln.

Das letzte Gespräch war pfiffig überschrieben: „Salz der Erde – Sand im Getriebe“. Am Ende dieses Dialogs und der ganzen Tagung konnte man abwandeln:

Wenn Christen Sand im Getriebe der Gesellschaft werden, dann sind sie Salz der Erde.

Kraft aus Pluralität

Nun braucht man, um gerade auf diese Weise zum Gedeihen der Gesellschaft wirken zu können, mehr als den engagierten einzelnen, man braucht die geballte Kraft. Und da blieb in Erfurt eine gewichtige Frage offen. Wie können Christen sich effektiv einmischen, wenn sie untereinander plural sind?

Zum Glück – auch das lehrte Erfurt erneut – ist in dieser Hinsicht der konfessionelle Streit überwunden. Ganz selbstverständlich saß mit Margot Käßmann die Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages auf einem Diskussionspodium; ganz

selbstverständlich fanden sich unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern evangelische Christen; ganz selbstverständlich waren Gottesdienste ökumenisch gestaltet. Es hat nur noch einen Hauch von Exotik, wenn im Chorraum eine Bischöfin auftritt, und natürlich erhält Maria Jepsen allgemeinen Beifall, wenn sie Einmütigkeit in der Vielfalt der Christen – theologisch ebenso wie politisch und gesellschaftlich – einfordert.

Wenn auch diese Klippen übersprungen sind, bleibt die offene Frage, wie die Pluralität der Christen in der pluralistischen Gesellschaft nutzbar gemacht werden kann. Laiengremien wie das Zentralkomitee könnten von den Kirchenleitungen lernen: Die haben sich längst aufgemacht, konkrete Schritte gegen konkrete Kri-

sen vorzuschlagen, und sie halten die Schelte dafür aus.

Option Christi

Noch einmal sei auf Metz hingewiesen: „Jesus hat die Leidenen mit einer Autorität versehen, die göttlich ist.“ Wie das zum Maßstab für politische Optionen werden kann, zeigte Gesine Schwan: „Das liegt an meinem christlichen Bekenntnis“ begründete sie, warum sie im Asylrecht für den Vorrang der Bedürfnisse von betroffenen Menschen vor dem staatlichen Interesse eintritt. Es sollte, so das Fazit von Erfurt, möglich sein, Verständigung unter meinungsfreudigen Christen herbeizuführen und gesellschaftlich wirksam zu machen, wenn die Optionen Christi Vorrang behielten vor parteipolitischen Vorbehalten. □

Wie kann die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft dialogisch, solidarisch und missionarisch sein?

Prof. Dr. Thomas Ruster, Universität Dortmund

Wir Christen leben in einer pluralistischen Gesellschaft, und wenn man die Frage stellt, ob sie mit dieser Gesellschaft solidarisch sein können, dann muss man zunächst antworten – um es mit den Worten meines Namenspatrons und uneinholbaren theologischen Vorbilds Thomas von Aquin zu sagen: „videtur quod non, es scheint, dass es nicht so ist“. Denn solche Solidarität würde doch zum mindesten eine gewisse Übereinstimmung mit dem Grundprinzip dieser Gesellschaft voraussetzen, eben dem Pluralismus. Unter dem Pluralismus aber ist ganz formal, nach der Brockhaus-Enzyklopädie, „die Annahme mehrerer voneinander unterschiedener und selbständig bestehender Prinzipien der Wirklichkeit, die nicht voneinander oder einem einzigen Prinzip ableitbar sind“, zu verstehen; daraus folgt dann „die gleichberechtigte Geltung mehrerer voneinander unterschiedener Standpunkte oder Normensysteme im Rahmen menschlicher Gemeinschaft“. Für Menschen, die an den einen Gott

als Grund und Ziel der Welt glauben, scheint es unmöglich zu sein, eine solche Definition als gültige Beschreibung der Wirklichkeit hinzunehmen. Das dem Pluralismus entsprechende theologische Konzept kann eigentlich nur ein Polytheismus sein, jeder Monotheismus muss sich feindlich zu ihm stellen. So wird die Sache häufig aufgefasst, und die lange Tradition des kirchlich-katholischen Kampfes gegen die Verabschiedung Gottes als des einzigen und letzten Bezugspunktes aller Wirklichkeit scheint dieser Sichtweise Recht zu geben. Wie sollte auch eine Kirche, die das „extra ecclesiam nulla salus“ – außerhalb der Kirche kein Heil – als verpflichtendes Dogma im Erbe führt, sich zur „gleichberechtigten Geltung mehrerer unterschiedlicher Standpunkte oder Normensysteme“ bekennen können? Ist nicht unsere heutige christliche Toleranz in diesen Dingen mit einem hohen Preis bezahlt, mit einem Relativismus, der die Wahrheit des Glaubens an den einen Gott längst preisgegeben

hat? Ich habe mich länger mit der katholischen Theologie in der Weimarer Republik beschäftigt und könnte Ihnen ohne Ende aus der damaligen Polemik gegen den Subjektivismus, die Atomisierung, die Zersetzung zitieren, in welchen Begriffen man damals die heftig einsetzende gesellschaftliche Pluralisierung erfasste. Ein Beispiel soll genügen: Der Freiburger Dogmatiker Engelbert Krebs predigte 1924 gegen den „Subjektivismus, die Ichsucht des einzelnen und der Nationen, diese verkehrte Haltung des Geistes, die, einmal in den Organismus der europäischen Völkergemeinschaft eingedrungen, den Keim der Auflösung, die Giftsaat der zersetzenden Mächte in alle Gebiete des öffentlichen Lebens hineingetragen und uns alle in ein letztes Stadium des Zersetzungsprozesses hineingeführt hat“. Krebs verglich seine Zeit mit dem abgestürzten Luftschiff des Grafen Zeppelin: „da lagen am Boden oder wirbelten in der Luft noch alle Teile, aus denen dieses Werk der Kühnheit zusammengesetzt war.“

Aber durch die Explosion wurden die einzelnen Teile zu Splittern und Atomen aufgelöst ... Alle Teile blieben vorhanden; aber das Ganze war nicht mehr, weil die Einheit fehlte, die es zusammenhielt.“ Das eingängige Bild lässt schon erkennen, welche Aufgabe Krebs der Kirche nach dieser Katastrophe der Pluralisierung zuzuschieben: „Die Kirche ist der große Gegenpart des Subjektivismus“; sie besitzt den Bauplan für das Ganze, aus ihrem einheitlichen Geist können die Teile wieder zur Einheit zusammengefügt werden. So würden wir heute nicht mehr sprechen, auch ist uns der Krebs'sche Optimismus in Bezug auf die Rolle der Kirche unheimlich geworden – aber sind wir in der Sache weitergekommen? Können wir den christlichen Glauben an den einen Gott pluralistisch buchstabieren? Muss es nicht bei dem „videtur quod non“ bleiben?

Ich hätte nicht mit dem Hl. Thomas angefangen, wenn ich nun nicht auch in seiner Diktion ein kräftiges „sed contra“ – aber andererseits – gegen diesen anscheinend so plausiblen Einwand setzen würde. „Ich bin der Herr dein Gott, der dich aus dem Sklavenhaus Ägypten geführt hat: du sollst keine anderen Götter neben mir haben“ (Ex 20, 2f), so lautet das Erste Gebot. Es schärft den Glauben an den einen und einzigen Gott ein, von dem Juden, Christen und auch Muslime niemals lassen dürfen, aber es kennt auch die anderen Götter. Die Israeliten, denen das Gesetz gegeben wurde, hatten vorher in Ägypten nur von einem Gott gewusst, wenn er auch in verschiedenen Gestalten auftrat: es war der Gott der Pharaonen gewesen, der sie in der Sklaverei gehalten hatte. Gegenüber dem religiös-politischen Totalitarismus, der in Ägypten herrschte – der Pharao begriff sich als Gottessohn –, bedeutete die Offenbarung am Sinai Freiheit und Pluralität. Es gibt nicht nur die Götter der Mächtigen, die absolute Unterwerfung vollstrecken, es gibt einen anderen Gott, der aus ihrer Macht befreit. Dieser sollte für Israel der Einzige sein. Aber wie schwer hatte er es stets, sich gegen die Selbstverständlichkeit der Götter der Sieger durchzusetzen. Tatsächlich berichtet die ganze biblische Ge-

schichte von dem unaufhörlichen Konflikt zwischen Gott und den Göttern, zwischen Gottesdienst und Götzendienst: das beginnt mit der Schlange im Paradiesgarten und reicht bis zur Hure Babylon in der Offenbarung des Johannes. Das bleibende Gegenüber von Israel und den Völkern bezeugt die Existenz eines religiösen Pluralismus in der Bibel, in den das Gottesvolk immer schon verwickelt ist und innerhalb dessen das Erste Gebot stets gegen den Anschein der Wahrscheinlichkeit, gegen die unmittelbare Evidenz der Religion befolgt sein will. Paulus zieht später gut jüdisch die Linien weiter bis zum Gekreuzigten: Das Wort vom Kreuz ist den Heiden eine Torheit, denn es offenbart Gott in der Schwachheit (1 Kor 1, 18 ff). In der Differenz zwischen dem schwachen Gott Israels und Jesu Christi und den starken Göttern der Heiden liegt alle Pluralität begründet, ist jedes totalitäre System der Unwahrheit überführt. Der biblische Pluralismus reicht bis ins Herz jedes Gläubigen hinein, und er erfasst alle, die mit dem Evangelium in Berührung kommen.

In dem ausführlichen „respon-dendo dicendum – ich antworte, indem ich sage“, das nun mit Thomas folgen müsste, könnte gezeigt werden, dass und wie sich der Pluralismus erst auf dem Boden der von der Bibel geprägten Kultur entwickelt hat. Stichworte müssen für heute genügen: Die Bibel ist selbst ein zutiefst pluralistisches Buch, die sich allen Versuchen gegenüber, aus ihr eine einheitliche und eindeutige Botschaft herauszulesen, resistent erwiesen hatte. Als die Bibel beider Testamente enthält sie in sich die Differenz von Juden und Christen, die bereits Paulus im Römerbrief nicht hat auflösen können. Die Apologeten der vorkonstantinischen Ära wurden nicht müde, die Eigenart des Gottes der Christen gegen den Götterhimmel der Heiden abzusetzen. Augustinus entfaltete im 5. Jahrhundert den Gegensatz von Gottesbürgerschaft und irdischer Bürgerschaft, der dem Anspruch der römisch-heidnischen Staatsreligion – eine gute Religion hatte die Bürger zu einen und dem Staat zu dienen – diametral entgegenstand. Hier hat eigentlich die Neu-

zeit begonnen. Auf Augustins Spuren ist das ganze Mittelalter von der „protopluralistischen“ Spannung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt geprägt, wenn es auch nicht an Versuchen gefehlt hat, sie nach einer Seite hin aufzulösen. Wo aber die Kirche selbst der Versuchung verfiel, ein „Heiliges Reich“ wie in den alten Religionen zu errichten, da traten ihr zuletzt die Armutsbewegungen und Ketzer mit der Bibel in der Hand entgegen. In der Reformation ist die innere Pluralität des Christentums in Gestalt neuer Kirchen und Konfessionen explodiert, und wer wollte heute den Reichtum missen, der dadurch für das geistliche und kulturelle Leben entstand. „Gemeinschaft in versöhnter Verschiedenheit“, dieses Leitbild der heutigen ökumenischen Bewegung, ist das Grundgesetz nicht nur der christlichen Kirchen, sondern auch des Pluralismus überhaupt. Der europäisch-amerikanische Pluralismus ist eine „Erfindung“, eine direkte Folge der biblischen Religionen, und die Christen haben keinerlei Anlass, sich durch ihn bedroht zu fühlen.

Ich möchte hier innehalten und auf ein aktuelles Thema zu sprechen kommen, das eng mit dem Thema unserer Tagung, aber auch mit meiner Tätigkeit als theologischer Lehrer angehegender Religionslehrerinnen und -lehrer zu tun hat. Der *konfessionelle Religionsunterricht* ist heute heftiger Kritik ausgesetzt. Wenn, wie zumal in den neuen Bundesländern, sich nur noch ein Bruchteil der Schülerinnen und Schüler zum christlichen Glauben bekennt und eine Bindung an eine der Konfessionen aufweist, dann ist die Kritik nachvollziehbar, und es ist nicht ausreichend, sich ihr gegenüber einfach nur auf das Grundgesetz zu berufen. In dieser angefochtenen Lage ziehen sich nicht wenige Religionspädagogen auf eine Linie jenseits der konfessionellen Differenzen zurück. Aufgabe des christlichen Religionsunterrichts sei es demnach, die allen Konfessionen gemeinsamen Überzeugungen zu vermitteln; die früher hochgespielten Unterschiede in Lehre und Praxis hätten ohnehin keine Bedeutung mehr. Weitergedacht, nähert man sich hier der Position der sog. Pluralistischen Religions-

theologie, die in allen Religionen nur unterschiedliche Wege zum gleichen Ziel erblickt. Für diese heute sehr populäre theologische Richtung sind das Wort Gott und seine Äquivalente in anderen Kulturen nur Chiffren für eine „letzte, unbedingte Realität“, die in allen Religionen unter verschiedenen Namen erfasst und verehrt wird. Religionsunterricht, wie er heute gehalten wird, teilt und vermittelt sehr oft diese Überzeugung. Er versucht, religiöse Grundbedürfnisse namhaft zu machen und auf sie mit einer Symbolkunde der religiösen Grunderfahrungen zu antworten, die sich im Christentum ebenso gut wie in anderen Religionen finden lassen. Mit diesem Konzept glaubt man der pluralistischen Situation, wie sie heute gegeben ist, gerecht zu werden. Ich möchte hier in aller Entschiedenheit sagen, dass dem nicht so ist. Denn wenn Pluralismus tatsächlich in der Annahme mehrerer und unterschiedlicher Prinzipien der Wirklichkeit besteht, die nicht aus einem einzigen Prinzip ableitbar sind, dann ist mit einem solchen Konzept der Pluralismus gerade aufgegeben. Im Gegenteil, wer die unterschiedlichen christlichen Konfessionen oder gar alle Religionen auf eine letzte Gemeinsamkeit zurückführt, der gibt eine Instanz jenseits des Pluralismus und seiner Prinzipien an. Ein Religionsunterricht, der das zum Inhalt hat, schafft in der Schule einen pluralismusfreien Raum, so tolerant und undogmatisch er sich auch geben mag. Und die Chance, am Gehalt und der Geschichte des Christentums Pluralismus erst zu lernen, wird so vertan. Dabei liegt gerade hier eine zentrale Begründung für den konfessionellen Religionsunterricht in unserem nachkonfessionellen Zeitalter. Am Christentum in seiner konfessionellen Vielfalt ist zu lernen, dass das Ganze des Glaubens nie anders als in divergierenden und konkurrierenden Traditionen und Überzeugungen zu haben ist. Es gibt nicht „das Christentum“, es gibt nur orthodoxes, katholisches, evangelisches Christentum, deren konfessionelle Prägung jeweils den gesamten Bestand des Glaubens in seinen kulturellen Manifestationen, also auch die Rede von Gott, von Christus, vom Heil, auch die

Art der Bibellektüre, der Liturgie, der Moral umfasst. Ein allgemeines Christentum ist ein geschichtsfernes Konstrukt, fern auch der inkarnatorischen Grundstruktur des christlichen Glaubens. Gelernt werden kann also im Religionsunterricht die unübersteigbare Vielfalt im Bereich der christlichen Religion, und damit der illusionäre Charakter von Ganzheitsvorstellungen und Wahrheitsansprüchen, die, wie man weiß, zum Fundamentalismus führen. Gelernt werden kann aber auch, dass inmitten der Unterschiedenheit Dialog möglich ist. Wo die Geschichte des Christentums mit ihren gegenseitigen Verwerfungen und Glaubenskriegen dem Geist des Dialogs widerspricht, da muss sie historischer Lernstoff für das Scheitern absoluter und ausschließender Wahrheitsbehauptungen sein. Daraus können wir lernen; nicht umsonst steht am Ende der Geschichte der Kirchenspaltungen und Glaubenskriege die ökumenische Bewegung. Und schließlich, vielleicht am wichtigsten, kann am Christentum gelernt werden, dass Pluralismus nicht gleich Beliebiger ist. Unbedingtes Engagement für die eigene Wahrheit und die Bereitschaft, den anderen das gleiche Recht dazu zuzugestehen, Sensibilität für Differenzen ohne lähmenden Relativismus, Freude am Reichtum der eigenen Tradition und Offenheit für die Bereicherung durch die anderen, Positionsgebundenheit und Dialogfähigkeit, missionarischer Impetus und Solidarität der Suchenden, in einem Wort: Pluralismusfähigkeit, das kann am Christentum gelernt werden. Und das sollte der Inhalt des konfessionellen Religionsunterrichts sein. Dabei ist evident: Konfessionalität, also Bekenntnis, kann ihrem Wesen nach nicht bloß referiert werden. Darum brauchen wir weiter Religionslehrerinnen und -lehrer, die mit einer bestimmten konfessionellen Tradition vertraut sind und diese selbst vertreten – im Geist ökumenischer versöhnter Verschiedenheit. Wir wissen, dass das Christentum nicht nur ein Paradebeispiel für Pluralismus ist, sondern dessen sachlicher und historischer Grund. „Pluralismusfähigkeit“, so wichtig für unsere Gesellschaft, ist eine Lektion, die der Religionsunter-

richt von seinem ureigenen Gegenstand her erteilen kann, und ich stehe nicht an zu behaupten, dass ein ordentliches Unterrichtsfach „Evangelische bzw. Katholische Religionslehre“ auch dann noch eine bildungstheoretische Berechtigung in der pluralistischen Gesellschaft hat, wenn es keine konfessionell gebundenen Schüler mehr gibt. Nun möchte ich es aber nicht dabei bewenden lassen, die innere Übereinstimmung zwischen Christentum und pluralistischer Gesellschaft aufzuweisen. Wie zahlreiche andere Erbstücke der christlichen Tradition hat sich auch dieses Element weitgehend säkularisiert, wenn ich auch der Überzeugung bin, dass es einer Belebung aus seiner Quelle weiterhin bedürftig bleibt. Die „kritische Zeitgenossenschaft“ der Christen muss aber weiter reichen als bis zur Bestärkung der Gesellschaft in dem, was sie ist oder trotz aller Gefährdungen sein will. Der Ursprung des biblischen Pluralismus liegt, so habe ich angedeutet, in dem Widerstand der durch die Offenbarung Belehrteten gegen den menschenverachtenden Totalitarismus der Götter und ihrer politischen Systeme. Der Kampf zwischen Gottesdienst und Götzendienst ist zentral für die biblische Botschaft. Wo findet er heute statt? Die Suche nach einer Antwort geht sicherlich in die Irre, wenn sie nur auf moderne „Ersatzreligionen“ achtet, auf Jugendsekten, Esoterik usw. Das sind Randphänomene. Der Götzendienst, dessen Phantombild in der Bibel gezeichnet ist, braucht sich gar nicht ausdrücklich als Religion auszugeben. Er ist aber auf jeden Fall ein System, das die Menschen in seinem Bann hält, das fraglos akzeptiert wird, das die Macht in der Welt verteilt und legitimiert. Damit ist klar, wo wir ihn heute finden können: beim Markt und seinen Gesetzen, beim Geld als dem höchsten Wert, bei der Dominanz, den heute die Ökonomie über alle anderen Bereiche gewonnen hat. Im Zeitalter der Globalisierung bedarf es keines Beweises mehr, wo die höchste, absolute und allgegenwärtige Macht in der Welt liegt. Die Politik kuschelt vor ihr und ist zur Standort- oder Exportförderungs politik verkommen, die sozialen Errungenschaf-

ten werden ihr geopfert, sie bestimmt das kulturelle und geistige Leben nicht weniger als das Zusammenleben. Diese Macht herrscht weltweit, wie es noch keine Weltreligion geschafft hat. Ihre Symbole, Werte und Regeln haben sich tief in die Herzen aller Menschen eingesenkt; man bringt ihr eine Frömmigkeit entgegen, auf die die angestammten Religionen nur neidisch sein können. Welche Anstrengungen werden nicht unternommen, um an ihren Heilsverheißungen Anteil zu haben! Glück und Unglück, Wohlergehen und Armut, Leben und Tod von Millionen bestimmen sich nach den Regeln des Marktes. Und so kommt es nicht von ungefähr, dass er sich zunehmend mit typisch religiösen Formen umgibt. Schon finden wir Kultmarken und Konsumtempel und eine sakrale Architektur rund um die Zentren des Geldes, man spricht von den „neuen Göttern des Marktes“ (so ein Buchtitel von Norbert Bolz und David Bosshart), wir erleben den ekstatischen, rauschhaften Tanz wie bei der „love-parade“ in Berlin, wir vollziehen getreulich die Riten des Hochfestes dieser Konsumreligion, des Weihnachtsfestes, wir finden aber auch, was in keiner Religion fehlen darf, nämlich die Bereitschaft, Opfer zu bringen Verkehrsoffer, Tieropfer, Pflanzenopfer, Luftopfer, ja ganze Landstriche, Flüsse und Meere werden der Macht des Marktes hingeopfert. Und da dies mit der größten Überzeugung, der größten Selbstverständlichkeit geschieht, haben wir es offenbar mit einer Religion zu tun. Sie ist sich wohl ihrer selbst noch nicht ganz bewusst und verfügt über keine Dogmatik und keinen Katechismus, ja sie kennt nicht einmal ihre Götter genau – aber all das braucht es nicht, um eine Religion zu sein; die meisten archaischen Religionen hatten es auch nicht.

Die Religion des Marktes ist weltweit verbreitet, sie betrachtet alle als ihre Anhänger, nur die Verelendeten nicht, die für Produktion und Konsum nicht mehr in Frage kommen. Auch wir hängen ihr an, bis vielleicht auf wenige Ausnahmen. Es scheint unmöglich zu sein, das nicht zu tun. Dann wären wir also Anhänger zweier Religionen – der einen zugehörig

durch Taufschein, gelegentliche Gottesdienste und gewisse Überzeugungen, der anderen durch alltägliche religiöse Praxis, durch die Werte, die wir teilen, durch die Ziele, die unser Handeln lenken. Das klingt erstaunlich und unerhört, aber es ist, biblisch gesehen, der Normalfall. Womöglich kommt die Christenheit heute erst wieder in die Lage zu begreifen, wovon die meisten Seiten der Bibel handeln! Im Buch Exodus und Leviticus: da muss Mose mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Vereinigung mit den anderen Völkern vorgehen; im Buch Richter: da ist das Volk unaufhörlich hin- und hergerissen zwischen den Göttern Kanaans und JHWH; in den Samuel- und Königsbüchern: da ist der Baalsdienst und der Kult der fremden Götter längst tief im Volk eingewurzelt und macht auch vor einem Salomo nicht halt, der den Göttern seiner zahlreichen Frauen Tempel auf den Höhen bauen ließ. Als Elia die Opferprobe auf dem Karmel vollzog, da standen ihm 400 Baalspriester und noch einmal 400 Priester der Aschera gegenüber, die auf Staatskosten vom Tisch der Isebel aßen (1 Kön 18). Elia allein stand noch für JHWH. Die großen Propheten waren sich einig darin, dass die Zerstörung Jerusalems und die Deportation als Strafe für den Götzendienst Israels erfolgten. Aber als Jeremias sich an die Verbannten in Ägypten wandte und ihnen Vorhaltungen wegen des Kultes der Himmelskönigin machte, den sie ausübten, da antworteten sie ihm in aller Unschuld: „In der Angelegenheit, in der du zu uns im Namen des Herrn geredet hast, können wir dir nicht gehorchen. Vielmehr werden wir unbedingt all das tun, was wir gelobt haben, nämlich der Himmelskönigin Rauch- und Trankopfer darbringen, wie wir, unsere Väter, unsere Könige und Fürsten in den Gassen Jerusalems es getan haben.“ (Jer 44,16 f). Die Selbstverständlichkeit götzendienerischer Praktiken, der der Prophet hier begegnet und die ihn hilflos macht, ist uns auch heute vertraut. Warum sollte es den Christen anders gehen als dem Gottesvolk Israel? Werden nicht auch sie sagen: Unbedingt werden wir alles tun, was wir gelobt haben – was die Orien-

tierung an Wirtschaftswachstum und ökonomischem Erfolg erfordert? Wo bleibt angesichts der allesbeherrschenden Macht des Marktes, der auch die Christen fraglos huldigen, ihre „kritische Zeitgenossenschaft“ und ihr „solidarisches Zeugnis der Hoffnung“? Dabei wissen wir zugleich, dass ein solches Zeugnis der Hoffnung bitter Not tut. Wie lange wollen wir noch zusehen, wie die rigorosen Praktiken des globalen und freien Marktes immer mehr Menschen ins Elend treiben, hier in Europa und noch mehr in den Ländern des Südens? Sind wir nur solidarisch mit der Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, die heute die meisten Menschen erfasst hat?

Die grundlegende Aufgabe der Kirche ist die Verkündigung des Glaubens an Gott. Nun ist aber heute auf unerhörte Weise fraglich geworden, wer oder was Gott ist. Etwas anderes als der Gott der Bibel hat sich an die Stelle Gottes geschoben, das Geld und der Markt. Darum ist ein Streit um das Gottesverständnis angesagt, und in diesen Streit müssen Christen eingreifen. Was heute, in den Zeiten, in denen das Christentum nicht mehr die herrschende Religion ist, neu geleistet werden muss, ist die *Unterscheidung im Gottesverständnis*. Es ist klar, dass sie nicht auf dem Boden der traditionellen Gottesprädikate durchgeführt werden kann – Allmacht, Allgegenwart, Allwirksamkeit usw. – denn diese Prädikate kommen auch dem Gott zu, der das Geld ist. Erst im Proprium des christlichen Gottesbegriffs werden wir auf das Unterscheidungsmerkmal stoßen, und da finden wir – gut paulinisch – die Vergebung der Sünden. Gott hat uns im Tod Jesu Christi die Sünden vergeben. Das ist nicht nur die Hauptaussage des Römerbriefs, das ist die Grundaussage der christlichen Heilslehre. Und gleich zeigt sich: Mit dieser Grundlehre des Glaubens können wir heute gar nicht mehr viel anfangen. Wohl kein Lehrstück ist den Kirchen und der Theologie heute fremder geworden als das vom Sühneopfer am Kreuz, von der Vergebung der Sünden, von der Gnade, die nach dem Sieg über die Sünde herrschen soll. Der ersatzlose Niedergang der Beichte bezeugt das auf seine Weise. Auf der

anderen Seite ist aber auch zu sehen: der Markt vergibt keine Sünde. Er ist gnadenlos gegenüber denjenigen, die seine Gesetze nicht beachten. Sollte da kein Zusammenhang bestehen zwischen dem Verlöschen der christlichen Vergebungsbotschaft und Gnadenlosigkeit des Marktes, an dem wir teilhaben? Und ist nicht, um den Gedanken weiterzutreiben, der Konsumrausch, in den wir uns flüchten sollen, der Musik- und Bilder- rausch, in den die Welt getaucht ist, nichts anderes als das Übertönen der Schuld, um die wir sehr wohl wissen?

Was bedeutet es, aus der Botschaft der Vergebung zu leben? Es bedeutet, an die Fülle der Gnade zu glauben, mit der Gott unserer Schwachheit aufhilft. Die Poesie der Bibel ist voll von Bildern dieser göttlichen Fülle, seiner Schönheit, seinem Glanz (kabod, doxa): er rächt die Schuld bis ins dritte und vierte Geschlecht, aber erweist seine Gnade bis ins tausendste, er schmückt die Lilien herrlicher als Salomo, er erbaut das neue Jerusalem aus Gold und Edelsteinen. Gott sorgt dafür, dass alle genug zum Leben haben; dafür hat er Israel das Gesetz gegeben. Das Gegenteil von Fülle ist der Mangel, die Knappheit. Sünde, Mord und

Totschlag entstehen, wo sich welche um knappe Güter streiten – wie Kain und Abel um den angeblich knappen göttlichen Segen ihrer Arbeit. Wo Mangel oder das Bewusstsein des Mangels herrschen, da will der eine dem Anderen was wegnehmen und auf seine Kosten leben. Sünde entsteht aus der Verken- nung der göttlichen Herrlichkeit – die wir nach Paulus alle verloren haben, Röm 3,23 – und aus der dann einsetzenden Konkurrenz um knappe Güter.

Das Grunddogma der Religion des Marktes ist die Behauptung der Knappheit. Der Markt ist nichts anderes als der Kampf um die Verteilung knapper Güter. Und wo sie nicht wirklich knapp sind, da werden sie künstlich verknapp- t, damit der Markt funktionieren kann. Heute geht dieser Kampf nicht mehr nur um Rohstoffe und Lebensmittel, er geht um Absatzmärkte, um die letzten Reste intakter Natur, und auch um innere Güter wie Anerkennung, Glück und Liebe. Immerfort will der Markt neue Bedürfnisse schaffen, um das, worauf sich die Bedürfnisse richten, zu einem knappen Gut erklären und damit handeln zu können.

Im Gott der Bibel und in den Göttern des Marktes stehen sich

Fülle und Mangel gegenüber. Beide fordern Glauben. Glauben wir weiter an das Dogma der Knappheit, werden wir den gnadenlosen Markt gewähren lassen müssen. Glauben wir an die Fülle, daran, dass alle genug haben können – an Lebensmitteln, an Lebensraum, an Bestätigung, an Liebe – dann werden wir frei von der Gewalt der Mächte und können anders handeln. Und nur im Glauben an die Fülle und den Reichtum ist echte Pluralität möglich; der Kampf um die knappen Güter hat längst unter der bunten Oberfläche der Konsumgesellschaft eine erschreckende Eintönigkeit im Denken und Fühlen produziert.

Immer meint man: Glauben ist leicht, aber das entsprechende Handeln ist schwer. Aber es ist umgekehrt: der Abschied von den Götzen und der Glaube an den gnädigen Gott ist schwer, aber das Handeln wird dann leicht sein. Frei von den Zwängen des Marktes, auf die wir alle noch starren wie das Kaninchen auf die Schlange, werden Christen am Aufbau einer neuen, gerechten Wirtschafts- und Lebensordnung arbeiten können. Durch den Glauben werden wir gerettet. Dieses Zeugnis der Hoffnung erwarten die Menschen heute von uns Christen. □

KURZ BERICHTET

Papst: Antisemitismus ist „absolut verdammswürdig“

Papst Johannes Paul II. hat den Antisemitismus als „absolut verdammswürdig“ bezeichnet. Es gebe dafür überhaupt keine Rechtfertigung, sagte der Papst am 31.10.1997 vor den Teilnehmern des im Vatikan tagenden Kolloquiums über die „Wurzeln des Antijudaismus im christlichen Umfeld“. Auch Jesus sei Jude, und dies zu verleugnen widerspreche der Heilsgeschichte und wäre ein Angriff gegen die Menschwerdung Gottes. Zugleich räumte der Papst ein, dass Fehlinterpretationen des Evangeliums dem Anti-Judaismus Vorschub geleistet hätten. Daher sei eine klare Rückschau auf die Vergangenheit und eine „Reinigung der Gewissen“ notwendig.

Die Kirche verurteile mit allem Nachdruck alle Formen von Völkermord und alle rassistischen Ideen, die ihn beeinflusst oder zu rechtfertigen versucht hätten, betonte Johannes Paul II. Zu dem moralischen Verbrechen eines jeden Völkermords komme bei der Schoah noch das Verbrechen des Hasses hinzu, der den Heilsplan Gottes für die Geschichte angreife.

Ausdrücklich ging Johannes Paul II. auf die Ursachen für Antijudaismus auch aus dem christlichen Bereich ein. „In der Tat zirkulierten in der christlichen Welt – ich spreche nicht von der Kirche als solche – lange Zeit einige irrige und ungerechte Interpretationen des Neuen Testaments bezüglich des jüdischen Volkes und seiner angeblichen Schuld, die Gefühle der Feindschaft gegenüber diesem Volk erweckt haben“, führte der Papst aus. Diese hätten dazu beigetragen, die Gewissen vieler Menschen zur Zeit der „anti-

semitisch inspirierten Verfolgungen in Europa“ abzustumpfen. Neben Christen, die alles zur Rettung der Verfolgten getan hätten, „war der geistige Widerstand vieler nicht so, wie die Menschheit sich ihn von den Nachfolgern Christi hätte erwarten können“.

Mit Nachdruck unterstrich der Papst die Gültigkeit des Bundes Gottes mit dem jüdischen Volk. „Die Existenz des jüdischen Volkes ist kein reines Faktum der Natur oder der Kultur, es ist ein übernatürliches Faktum“, hob er hervor. Das jüdische Volk sei das Volk des Bundes Gottes mit den Menschen. Das zu ignorieren, hieße in frühere und von der Kirche verurteilte Irrlehren zurückzufallen. Daher sei es auch unmöglich, die jüdische Identität Jesu und seines Umfeldes als einfache Folge der kulturellen Umgebung abzutun und sie durch andere religiöse Traditionen ersetzen zu wollen. (KNA)

AUS DER MILITÄRSEELSORGE

Zur Lage der katholischen Militärseelsorge

42. Gesamtkonferenz der katholischen Militärseelsorger in Freising vom 10.–14. November 1997

Militärgeneralvikar nimmt Soldaten in Schutz

Gegen pauschale Vorwürfe des Rechtsextremismus hat der katholische Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld die Soldaten der Bundeswehr in Schutz genommen. Nach den Erfahrungen der Militärseelsorger gebe es keine „rechts-extremistischen Grundtendenzen“ in der Armee, sagte der Prälat am 11. November 1997 auf der Gesamtkonferenz. Nabbefeld warf den Medien vor, Einzelereignisse in der Bundeswehr in unzulässiger Weise zu verallgemeinern und überzubewerten. In diese Kritik bezog er auch die von der Medienberichterstattung „stark abhängigen politischen Kräfte“ ein. Der Militärgeneralvikar beklagte „Vordergründigkeit, Nervosität und Oberflächlichkeit“, mit denen Kritik an einer Institution und ihren Angehörigen geübt werde, „die in besonderer Weise auf das Vertrauen der Öffentlichkeit angewiesen ist“.

Der Lebenskundliche Unterricht, den die Pfarrer in den Kasernen erteilen, ist nach Überzeugung Nabbefelds ein „wichtiger Beitrag zur Gesamterziehung in den Streitkräften“. Der Generalvikar machte deutlich, dass Reformen des Unterrichts erforderlich seien. Das Beharren auf dem bisherigen Status quo entspreche nicht den neuen Anforderungen und sichere auch auf Dauer nicht die Präsenz des Lebenskundlichen Unterrichts im Alltag der Bundeswehr. Nabbefeld rechnet damit, dass angesichts eines Drittels konfessionsloser Soldaten das „Monopol“ der Militärseelsorge auf den Lebenskundlichen Unterricht in Frage gestellt werden könnte. Er kündigte an, dass das Bonner Militärbischofsamt neue Anläufe unternehmen werde, um gegenüber dem Verteidigungsministerium, der militärischen Führung

und gegenüber Abgeordneten deutlich zu machen, welche Chancen der Lebenskundliche Unterricht für die Bundeswehr auch bei brisanten Themen biete.

„Kooperative Seelsorge“

In seinem „Bericht zur Lage der Katholischen Militärseelsorge“ verwies Nabbefeld ferner darauf, dass der „Neubau der Bundeswehr“ von allen Beteiligten erhebliche Leistungen fordere. Der „Preis“ im sozialen und menschlichen Bereich, etwa für die Soldatenfamilien, sei hoch gewesen, vor allem durch die internationalen friedenssichernden Einsätze der Bundeswehr. Die Soldaten hätten die damit verbundenen Mehrbelastungen klaglos getragen und durch ihre Pflichterfüllung „Maßstäbe für die Gesellschaft“ gesetzt. Durch die Auslandseinsätze von Truppenteilen wie durch vermehrte seelsorgliche Anforderungen an den Heimatstandorten sind die Militargeistlichen nach dem Bericht des Generalvikars erheblich gefordert. Bei zum Teil mehrmonatiger Abwesenheit wegen Auslandseinsätzen müsse das „Grundangebot“ im Seelsorgebezirk gesichert werden. Ziel sei eine „kooperative Seelsorge“, wie sie auch von den anderen Bistümern angestrebt werde.

Alle deutschen Diözesen wollen nach einem neuen Verteilerschlüssel daran mitwirken, dass der Personalbedarf der Militärseelsorge in Zukunft gedeckt werden kann. Momentan sind sieben Militärseelsorgebezirke nicht besetzt. Laut Nabbefeld wird angestrebt, alle 92 Dienstposten für katholische Standortpfarrer sowie die entsprechenden Dienstposten im Militärbischofsamt und in den Dienststellen der Wehrbereichsdekane zu besetzen. Wie die anderen Diözesen muss auch die Militärseelsorge sparen. In den Jahren

zwischen 1992 und 1996 sei die Kirchenlohnsteuer der katholischen Soldaten um rund 25 Prozent zurückgegangen, sagte der Generalvikar. Im laufenden Jahr habe sich das Niveau auf dem des Vorjahres gehalten. Für den Haushaltsplan dürfen auf Weisung von Militärbischof Johannes Dyba keine Rücklagen verbraucht werden, weil die Zinserlöse aus diesem Geld seit Jahren in voller Höhe zum Haushaltsausgleich herangezogen werden. Wegen des Sparzwanges hat die Militärseelsorge ihre drei eigenen Häuser für Familienfreizeiten geschlossen. Nabbefeld versicherte aber, dass durch die Nutzung anderer Häuser eine ausreichende Kapazität an Ferienplätzen auch weiterhin zur Verfügung stehe.

Militärbischof: Lebenskunde in der Bundeswehr verstärken

Der Lebenskundliche Unterricht in der Bundeswehr muss nach Ansicht von Militärbischof Johannes Dyba als Reaktion auf rechtsextremistische Vorkommnisse in den Streitkräften verstärkt werden. Dieses Fach dürfe ebenso wie die politische Bildung trotz des Zeitdrucks in der Ausbildung der Wehrpflichtigen nicht vernachlässigt werden, sagte Dyba am Mittwoch, 12.11.1997, vor Journalisten in Freising.

Erzbischof Dyba betonte, in den Lebenskundlichen Unterricht müsse weiter investiert werden, um „Erziehungslücken“ der jungen Soldaten „nachzubessern“. Die Militärseelsorger führten mit diesem Fach zu humanen und christlichen Werten hin. Noch in diesem Jahr solle das Thema Extremismus vor allem in den Arbeitsgemeinschaften der Offiziere angesprochen werden. In den zehn Monaten Grundwehrdienst seien jedoch Erziehungsfehler nicht wieder gutzumachen.

Höchstes Lob von der Spitze und Basis

Innerhalb der Bundeswehr stößt die Militärseelsorge nach Darstellung des Militärbischofs immer wieder auf Probleme bei der praktischen Organisation des Lebenskundlichen Unterrichts. Wegen der nur noch kurzen Wehrdienstzeit stehe die militärtechnische Ausbildung im Vordergrund. Zunehmend gebe es auch Kommandeure, vor allem aus der ehemaligen NVA, die vom Christentum „keine Ahnung haben“ und den Sinn der Lebenskunde in Frage stellten. Dagegen erhalte die Militärseelsorge von der Spitze der Bundeswehr und von der Basis stets höchstes Lob. Die Soldaten wüssten die Möglichkeit sehr zu schätzen, mit ihren Militärpfarrern vertraulich über Probleme sprechen zu können. In den ostdeutschen Bundesländern sei die Teilnahme am Lebenskundlichen Unterricht deutlich höher als der Anteil von zwei bis drei Prozent katholischer Soldaten.

Militärpfarrer meistern Auslandseinsätze erfolgreich

Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) ließ seinen Staatssekretär Klaus Rose (CSU) ausrichten, die Militärggeistlichen vermittelten den Soldaten „in zum Teil extremen Ausnahmesituationen Zuversicht und Optimismus“. Claire Marienfeld (CDU), die Wehrbeauftragte des Bundestages, wies auf die Spannungen und Sorgen hin, die in Soldatenfamilien wegen der Einsätze in Krisengebieten entstünden. Für die Soldaten sei es hilfreich, über ihre Probleme mit den Militärggeistlichen sprechen zu können und sich nicht an den Vorgesetzten wenden zu müssen. Generaloberstabsarzt Karl Wilhelm Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes, würdigte im Namen des Generalinspektors der Bundeswehr die „großartige Leistung“ der Militärseelsorger. Sie würden die gleichen harten Eindrücke wie die Soldaten ertragen und müssten dennoch die Kraft aufbringen, zu beraten und Trost zu spenden. Übereinstimmend wurde betont, dass selbst konfessionslose Soldaten die Hilfe der Seelsorger gerne annehmen.

In einzelnen Fällen sei im Krisengebiet sogar der Wunsch nach dem Sakrament der Taufe geäußert worden, wie der Generaloberstabsarzt berichtete.

Seelsorge im Umbruch

Im vergangenen Jahr begleiteten neun katholische Militärggeistliche die deutschen Soldaten im ehemaligen Jugoslawien, sechs weitere betreuten die Luftwaffeneinheit in Piacenza. Diese Sonderaufgaben bereiten an den Heimatstandorten Probleme, weil dort die Arbeit liegen bleibt und die „Grundversorgung“ nur unter erschwerten Bedingungen aufrechterhalten werden kann. Deshalb müssen nun auch die Militärseelsorger stärker zusammenarbeiten. Das Modell der „kooperativen Seelsorge“ wird bereits seit geraumer Zeit in deutschen Diözesen praktiziert. Bei der Tagung in Freising soll es nun auf die Standorte der Bundeswehr übertragen werden. Insgesamt sehen sich die Militärpfarrer und Pastoralreferenten neuen und größeren Anforderungen gegenüber: Mit dem Lebenskundlichen Unterricht wollen sie einen Beitrag zur Werteerziehung der Soldaten leisten und damit auch auf extremistische Vorkommnisse der jüngsten Zeit reagieren. Verlangt wird immer mehr intensive Begleitung von kleinen Gruppen. Und nicht zuletzt sind auch die Seelsorger von der Umstrukturierung der Bundeswehr betroffen. Viele müssen wegen des Truppenabbaus lieb gewonnene Standorte aufgeben und sich in völlig neue Aufgaben einarbeiten.

Dazulernen werden auch jene Geistlichen, die für künftige Auslandseinsätze vorgesehen sind. Militärgeneralvikar Jürgen Nabbeffeld kündigte ein umfangreiches Schulungsprogramm an, zu dem neben Englischunterricht auch eine Stress-Management-Ausbildung gehört. Diese könne vor Ort und für Einsatz-Nachbereitungsgruppen bei den Bundeswehrkrankenhäusern hilfreich sein. Außerdem trainieren die Militärpfarrer die Zusammenarbeit mit Fernseh- und Hörfunkjournalisten. Zugleich vertiefen sie ihre Notfall-Kenntnisse in „Selbst- und Kameradenhilfe“.

Katholische Militärseelsorge in den neuen Bundesländern hat sich bewährt

„Es gibt keinen Anlass, die bewährte Regelung der Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern in Frage zu stellen und zu ändern“, sagte Militärdekan Prälat Heinrich Hecker, Katholischer Wehrbereichsdekan VII, Potsdam, am Donnerstag, 13.11. Leider sei es bis heute ein Problem, mit der evangelischen Seelsorge so zusammenzuarbeiten, wie dies in den westlichen Bundesländern möglich sei, weil sie organisatorisch und konzeptionell noch in einer Aufbauphase sei, beklagte Hecker. Die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr in den neuen Bundesländern hat bis zum Jahr 2003 ein von den alten Bundesländern abweichendes Modell, weil die Landeskirchen Ost einen eigenen Weg gehen wollen.

Dies habe zu erheblichen Irritationen und Diskussionen in der Bundeswehr geführt, so Hecker. Die Bundeswehr in den neuen Bundesländern sehe in ihrer konfessionellen Zusammensetzung völlig anders aus als im Westen. Eine große Anzahl von Soldaten gehöre keiner Kirche an, aber die Führungsschicht aus dem Westen fordere sehr laut und deutlich eine Militärseelsorge auch im Osten und sie engagiere sich auch dafür, bemerkte der Wehrbereichsdekan. „Unsere Zielvorstellung ist darum nicht die Bildung von Kirchengemeinden unter Soldaten, sondern eher eine Art ‘geistig-geistlicher Sozialstation’ im militärischen Dienstbereich, die allen offen steht“, betonte Militärdekan Hecker. Dies ließe sich nur mit einer großen Anzahl auch nebenamtlicher Seelsorger flächendeckend verwirklichen. Das Rückgrad der Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern bilden z.Z. 7 hauptamtliche Seelsorger mit relativ großen Seelsorgebereichen und dazu noch 27 Nebenamtler. Es sei eine positive Erfahrung, dass diese Seelsorge trotz einer inneren Distanz zur Kirche von Nichtchristen auch angenommen werde, sagte Hecker. Es gebe nur selten den Wunsch in die Kirche aufgenommen zu werden, aber ein zunehmendes Vertrauen in die Arbeit der Militärseelsorge sei doch spürbar. (KNA)

DAS INTERVIEW

Ich will in Mostar Soldaten in ihrer Freizeit betreuen

Fragen an Günter Thye, Oberstabsbootsmann a.D. und engagierter Christ

AUFTRAG: Herr Thye, ich bitte Sie, sich kurz vorzustellen, damit unsere Leser wissen, wer Sie sind.

Günter Thye: Jahrgang 1941, verheiratet, zwei erwachsene Söhne (32 und 30).

Berufsunteroffizier bei der Marine, Ausbildung als Operator auf „Breguet Atlantic“, in letzter Funktion Leiter des Lufttransportbüros der Marine im Stab Flottenkommando Glücksburg. Ende September 1993 als Oberstabsbootsmann in den Ruhestand versetzt.

Ab 1971 Mitglied im Beratenden Ausschuss/Pfarrgemeinderat beim katholischen Standortpfarrer Flensburg und Mitglied der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). 1973-1993 Vorsitzender der GKS im Bereich See und in dieser Zeit drei Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS. Ab 1975 Teilnahme an den Jahreskonferenzen des Apostolat Militaire International (AMI).

Auszeichnungen: 1987 Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland; 1992 Verdienstkreuz vom Orden des Hl. Georg für Verdienste um die Militärseelsorge in Österreich.

A: Sie waren von 1991 bis Ende 1996 Vizepräsident des Apostolat Militaire International (AMI), des internationalen Zusammenschlusses von katholischen Soldatenverbänden. Welche Aufgabe hat sich das AMI gestellt?

G.T.: Das AMI ist ein 1965 in Santiago de Compostela/Spainien gegründete und vom Hl. Stuhl anerkannte Dachorganisation von Laienbewegungen innerhalb der Militärseelsorge verschiedener Nationen. Seine selbstgestellten Aufgaben sind:

- Verbreitung christlichen Verständnisses vom soldatischen Dienst und der Werte, die ihn charakterisieren, auf nationaler und internationaler Ebene.



- Förderung der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit als Beitrag zum Frieden in der Welt.
- Gemeinsames Studium der geistigen, moralischen und gesellschaftlichen Probleme im militärischen Bereich im Lichte des Evangeliums und der Lehre der Kirche.

Offenheit für ökumenische Zusammenarbeit der christlichen Soldaten.

Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten (ggw. Italiener), dem geistlichen Beirat (ein spanischer Militärggeistlicher) und dem Generalsekretär (ggw. Oberst a.D. Jürgen Bringmann). Der Sitz des AMI ist jeweils in dem Land, in dem sich das Generalsekretariat befindet, z.Z. also Bonn/Deutschland. Folgende Länder sind Mitglieder im AMI: Belgien, Deutschland, Frankreich, Ghana, Indonesien, Italien, Kenia, Kolumbien, Niederlande, Österreich, Philippinen, Spanien und Ungarn. Die Kraft der Vereinigung liegt im gemeinsamen Glauben. Er ist die Grundlage, auf der internationale Verständigung und Zusammenarbeit gefördert werden – als Beitrag zum Frieden in der Welt.

A: Obwohl seit Oktober 1993 im Ruhestand, werden Sie am 2. Januar 1998 Ihre Uniform wieder anziehen und eine Wehrübung besonderer Art absolvieren. Was bedeutet das konkret?

G.T.: Die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. Bonn (EAS und KAS) haben gemeinsam in Mostar zur Betreuung der dort im Rahmen des SFOR-Einsatzes stationierten Soldaten eine Blockhütte als Soldatenfreizeitheim errichtet. Ich werde dort die Leitung für vier Monate übernehmen und bin dann neben dem gastronomischen Betrieb auch für die „Freizeitangebote“ zuständig.

Für mich bedeutet das: Vier Jahre nach meiner Pensionierung steige ich erstmals seit über 20 Jahren als Marinesoldat in einen Tarnanzug, zurre eine Splitterschutzweste zurecht und unterziehe mich der einwöchigen VN-Ausbildung in Hammelburg. Als Marineflieger hoffe ich, eine Mine von einem Hundehaufen unterscheiden zu können. In erster Linie aber gehe ich als Mensch nach Mostar und möchte als solcher anderen begegnen und für andere da sein.

A: Sie lassen sich für eine Aufgabe in die Pflicht nehmen, die nicht nur interessant und abwechslungsreich zu werden verspricht, sondern auch mit persönlichen Entbehrungen und nicht ohne Risiko für Leib und Leben verbunden sein kann. Was motiviert Sie, den Ruhestand über Monate mit dem harten Geschäft der Soldatenbetreuung auf dem Balkan zu vertauschen?

G.T.: Je mehr ich mich mit den zu erwartenden Aufgaben befasse, um so reizvoller scheint es mir zu sein, über einen längeren Zeitraum ausschließlich für andere da zu sein und dabei eingebunden zu sein in christliche Organisationen KAS und die EAS – aber auch die internationale Betreuungseinrich-

tung ECHOS (European Christian Home Organisation for the Services).

A: Überwiegen soldatische Pflichterfüllung, christliche Verantwortung oder gar Neugierde und ein Hauch von Abenteuerlust bei Ihrer Entscheidung, am 2. Januar nach Mostar zu fliegen?

G.T.: Nach über vier Jahren als Pensionär ist mir der Begriff „soldatische Pflichterfüllung“ nicht mehr ganz so geläufig. Abenteuer, wenn es sie noch gibt, habe ich auf Fahrten im Rahmen von Hilfskonvois in das Gebiet von Smolensk in Russland erlebt. Ich sammle auch keine Sichtvermerke in meinem Pass. Es mag hochgeschraubt klingen, aber mich bewegt nur die christliche Verantwortung sogar mit einer gehörigen Portion Freude.

A: Berichte aus der Krisenregion über immer wieder aufkeimenden Hass, über Auseinandersetzungen und Minenopfer haben Ihre Entscheidung gewiss nicht einfach gemacht, trotzdem „ja“ zu sagen für diese Aufgabe.

Haben Sie Angst vor dieser Zeit in Mostar, oder halten Sie womöglich die ganze Diskussion um Angstbewältigung der Soldaten für übertrieben oder gar weinerlich?

G.T.: Nein, ich habe keine Angst vor dem Einsatz in Mostar. Ich kenne zwar die konkrete Situation vor Ort nicht. Meine Tätigkeit spielt sich aber überwiegend, wie ich glaube, auf sicherem Gebiet ab, auch wenn ich im Rahmen der Betreuung in die Umgebung von Mostar fahren muss. Während meiner VN-Ausbildung in Hammelburg habe ich keinen Soldaten über Angst reden hören. Das Gefühl einer echten, guten Gemeinschaft kann aufkommende Angstgefühle mildern helfen. Auch das hat uns die Ausbildung in Hammelburg gezeigt.

A: Was sagen Ihre Frau/Ihre Familie dazu, dass sich der Papa diesen Gefahren aussetzt, obwohl Sie es doch eigentlich nicht mehr müssen?

G.T.: Die Diskussion über meine „Fahnenflucht“ aus der Familie war intensiv. Sie setzte unmittelbar nach der ersten Anfrage der KAS im Mai 1997 ein. Meine Frau war es, die dann entschied: „Du gehst, denn diese Aufgabe reizt

dich sehr. Auch mich würde sie interessieren und somit verstehe ich dich.“ Meine Söhne stehen diesem Einsatz auch positiv gegenüber: „Das bewegt die Marineknochen und zeigt dir, was das Heer leistet.“

A: Wie bereiten Sie sich konkret vor?

G.T.: Zur Vorbereitung stehe ich in laufender Verbindung mit der KAS in Bonn. An den Militärpfarrer in Mostar habe ich mich mit der Bitte um Informationen gewandt. Natürlich spreche ich mit meiner Frau über mögliche zu entwickelnde Aktivitäten in Mostar – denken wir nur mal daran, dass Karneval in diesen Zeitraum fällt – hier gibt es auch schon Pläne. Außerdem lese ich viel über Land und Leute, sammle Ideen und Angebote, wie z.B. Ausflug nach Medjugorje.

A: Angst, Unbehagen und Entbehrungen werden auch schöne und unvergessliche Stunden und Erfahrungen gegenüberstehen. Welche Erwartungen haben Sie für Ihre Tätigkeit im Rahmen der Soldatenbetreuung?

G.T.: Während meiner Vorbereitungs-Wehrübung in Neubrandenburg und Hammelburg habe ich die Möglichkeit wahrgenommen, mich intensiv mit vorwiegend jungen Soldaten aus den neuen Bundesländern zu unterhalten – auch über Militärseelsorge. Ich hoffe, diese Art der Gespräche fortführen zu können. Ich erwarte, dass bei den hervorragenden Möglichkeiten, die die Betreuungsorganisationen u.a. mit ihrer Infrastruktur geschaffen haben, für Soldaten aller Dienstgrade und jeder Nation ein Maximum an Betreuung und Fürsorge zu erreichen ist. Da mitzuhelfen ist meine Aufgabe.

A: Haben Sie sich auch ein persönliches Ziel gesteckt?

G.T.: Mir ist bekannt, dass es zwischen den in Bosnien-Herzegowina vertretenen europäischen Betreuungsorganisationen auch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der anzubietenden Betreuungsmaßnahmen gibt. Ich sehe ein Ziel meiner Arbeit darin, mit allen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und die Maxime zu erfüllen „Wir sind für die Soldaten da und tun, was den Menschen nützt!“ Unsere Arbeit sollte auf dem Fundament des christlichen

Glaubens ruhen, unser Verhalten sollte das auch bestätigen.

A: Sehen Sie sich in Ihrer zukünftigen Aufgabe primär als Organisator oder als Ansprechpartner und Helfer bei Problemen der Soldaten?

G.T.: Die Anstellung durch die KAS fordert meine „Talente“ als Organisator. Mein Wunsch ist es aber, ebenfalls als Ansprechpartner und Helfer zu agieren. Der enge Kontakt zur Militärseelsorge und die Unterstützung ihrer Arbeit ist für mich dabei ein wichtiger Punkt.

A: Sehen Sie eine Chance, dass durch das Engagement der Katholischen bzw. der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung ein Weg beschritten wird, um die Soldaten nicht zuletzt unter dem Eindruck ihrer Erlebnisse dort, wieder zu mehr Spiritualität hinzuführen und sie für den christlichen Glauben (zurück)zugewinnen?

G.T.: Ich bin davon überzeugt, dass wenn ein Vertreter der christlichen Betreuungsorganisation seine Hausaufgaben in der Soldatenbetreuung vernünftig macht, er neben dem Respekt für die Einrichtung und das Engagement der Betreuer auch Interesse wecken kann für das, was hinter der Organisation steht – für deren Einstellung und nicht zuletzt für den christlichen Glauben.

AUFTRAG wünscht Ihnen für Ihre Arbeit viel Freude und Erfolg und wir hoffen, dass Sie uns von Ihren „Einsatz“-Erfahrungen berichten werden.

*Das Interview führte
Ludger Terbrüggen.*

*Nie stille steht die Zeit,
der Augenblick entschwebt;
und den du nicht genutzt,
den hast du nicht gelebt.*

Rückert

BV GKS UND SACHAUSSCHÜSSE

Politiker-Gespräch mit MdB Robert Antretter (SPD)

Am 13. November 1997 nahm die GKS die Reihe der Gespräche mit Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages wieder auf. Im Anschluss an eine gemeinsame Sitzung der Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ stellte sich im Gästehaus des katholischen Militärbischofs in Bonn der SPD-Abgeordnete Robert Antretter (58) den Fragen der Mitglieder der beiden Sachausschüsse und des Bundesvorstandes.

Der katholische Parlamentarier und Vater von vier Kindern, der sich bei der Novellierung des § 218 StGB konsequent auf der Seite der Gegner einer Liberalisierung gestellt hatte, nahm zu den aktuellen gesellschafts- und sicherheitspolitischen Fragen kurz Stellung, um anschließend einem offenen und

lebendigen Gedankenaustausch Raum zu geben.

Als Mitglied sowohl des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) als auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates konnte er den Themenbogen mit einer Aussprache zur Bio-Ethik-Konvention kompetent abrunden. Antretter lehnt diesen europäischen Kompromiss als unzureichend strikt ab und empfiehlt der Bundesregierung, diese nicht zu unterschreiben. Damit steht er im Gegensatz zum ZdK, das diese Unterschrift befürwortet (s.a. Beitrag in diesem AUFTRAG, S 82, sowie AUFTRAG 230, S. 44 f).

Die Gesprächsreihe soll unter Berücksichtigung der bevorstehenden Bundestagswahl baldmöglichst fortgesetzt werden.

(Paul Brochhagen)



Vorsitzender: Hptm Ulrich Hagedorn

1. Stellvertr.: OStFw Hans-Jürgen Mathias

2. Stellvertr.: OLT Peter Muermans

Zum Geschäftsführer wurde Hptm a.D. Lothar Fischer (2.v.li.) berufen.

Die Arbeitskonferenz beim KWBD am Sonntag stand unter dem Thema „Was wissen wir von Jesus“. Beeinflusst wurden die Ausführungen von Dekan Miebach dazu durch die jüngsten römischen Instruktionen „Zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“.

Zum Abschluss der Konferenz wurde der bisherige Vorsitzende der GKS im WB II, Oberstleutnant Dieter Erkes (Bildmitte) verabschiedet. Erkes stand für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung, weil er als Angehöriger der Offizierschule des Heeres in Hannover mit seiner baldigen Versetzung an den neuen Standort der Schule nach Dresden rechnen muss.

(GKS WB II)

GKS IM WB II

Hagedorn neuer Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II

Gemeinsam mit der Arbeitskonferenz des Katholischen Wehrbereichsdekans (KWBD) führte die GKS vom 21.-23.11.1997 im Niels-Stensen-Haus in Worpäusen ihre Wehrbereichskonferenz durch. Militärdekan Heinz Peter Miebach stimmte wie gewohnt nicht nur einfühlsam die Erwachsenen auf die Konferenz ein, sondern bezog auch die zahlreich anwesenden Kinder mit ein. Nach Informationen zur Arbeit des Bundesvorstandes der GKS, seiner Sachausschüsse, über den Förderkreis der GKS, über die Arbeit des Vorstandes der Zentralen Versammlung und wehrbereichsinterner Themen wurden die Delegierten für die 38. Woche der Begegnung gewählt.

Nachmittags stand die Besichtigung der aus dem „Dritten Reich“ stammenden U-Boot-Bunker in Bremen-Farge auf dem Programm. Deutlich und bewusst wurden den Teilnehmern wieder einmal die Menschenverachtung und die Greueltaten des Nationalsozialismus und somit die Unsinnigkeit und Dummheit extremistischer

Fehlentwicklungen mancher Wirtsköpfe in unserer Zeit.

Die Wahlen zum neuen GKS-Vorstand im Wehrbereich II führten zu folgendem Ergebnis:



Im Bild vor der Fahne der GKS im Wehrbereichs II ist der alte Vorsitzende Dieter Erkes (Mitte) mit dem neuen Vorstand zusehen. Rechts außen Ulrich Hagedorn (Vorsitzender), links neben ihm Lothar Fischer (Geschäftsführer), links die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Jürgen Mathias (außen) und von überragender Länge Peter Muermann. (Foto: GKS WB II)

GKS IM WB III

Familienwochen(enden)

Gemeinschaft in Gemeinschaft
erleben

Auch im Jahre 1997 führte die GKS im Wehrbereich III eine Familienwerkwoche außerhalb des eigenen Wehrbereiches durch. Ursprünglich geplant war diese Familienwerkwoche im Haus St. Michael am Osser in Lohberg. Doch durch den Verkauf der Häuser der Militärseelsorge war man gezwungen – wollte man diese Veranstaltung nicht ausfallen lassen – nach einem anderen Veranstaltungsort Ausschau zu halten. Im Haus „Waldfrieden“ in Marktrechwitz wurde man fündig.

Der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III, Johann-A. Schacherl freute sich, am Abend des 12. Oktobers neben den z.T. über 600 km angereisten GKS-Mitgliedern den neuen stellvertretenden Wehrbereichsdekan III, Pfarrer Rainer Schnettker aus Augustdorf, begrüßen zu können, der als Geistlicher Beirat diese Familienwerkwoche begleitete.

„Gemeinschaft in Gemeinschaft aktiv erleben“ war das Ziel dieser Tage. Da Kinderbetreuung sichergestellt war, konnten Eltern wie Kinder ihre freie Zeit jeweils in ihrer Gemeinschaft auskosten.

Der SFOR-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien war Thema des zweiten Tages. Als Referent trug Major Artur Ernst, der selbst über 6 Monate dort eingesetzt war, in beeindruckender Art und Weise mit einer Fülle von Informationen den Teilnehmern vor. Er wusste Missverständnisse auszuräumen und auftretende Fragen zu beantworten. Da seine Ehefrau ebenfalls anwesend war, teilte sich die Gruppe am Nachmittag, um so den Männern und Frauen jeweils die Möglichkeit zu geben, Männer- bzw. Frauenprobleme, die während einer so langen Trennung auftreten, in ihren Reihen zu besprechen und zu diskutieren.

Einig war man sich am Ende des Tages darüber, dass sich gerade Soldatenfamilien über dieses Thema frühzeitig informieren und mit den damit verbundenen Fragen auseinandersetzen müssen.

Am dritten Tag gab der Geistliche Beirat einen Überblick über die Situation der Militärseelsorge im Wehrbereich III. 13 Standortpfarrer decken den gesamten mit NRW identischen Raum des Wehrbereiches III ab. Wegen der Einsatzbegleitung der Truppe durch zwei Geistliche, der Ausbildung von zwei weiteren und der Erkrankung eines Dritten standen zeitweise nur acht Militärpfarrer zur Verfügung. Weiter ging er auf die neuen Seelsorgeregionen/-bereiche und die Pastoralreferenten/-innen

ein. Dabei wurde eines deutlich, ohne die Laien geht es nicht. Sie sind in Zusammenarbeit mit dem Pfarrer ein nicht wegzudenkender Faktor in der Militärseelsorge.

Der Nachmittag stand zur freien Verfügung und wurde von den Familien genutzt um die Sehenswürdigkeiten in der näheren Gegend zu erkunden.

Der vierte Tag war der GKS-Tag. Gemeinsam referierten der stellvertretende Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Paul Bröchhagen, und der Vorsitzende im Wehrbereich III, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, am Vormittag über die GKS, den Förderkreis der GKS u.v.a. In der Diskussion wurden alle auftretenden Fragen beantwortet, Hilfen für die weitere Arbeit gegeben und mit Anregungen und Tipps nicht gespart.

Der Nachmittag stand ebenfalls zur freien Verfügung, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinweis, pünktlich um 18.30 Uhr wieder im Haus zu sein, denn abends sollte gefeiert werden. Zu diesem Zwecke hatte Schacherl eigens eine Kapelle engagiert und mit der Hausleitung abgesprochen, ein warmes Büfett vorzubereiten. Die Überraschung war vollends gelungen. Bis in die frühen Morgenstunden hinein wurde begeistert gefeiert.

Der fünfte Tag stand unter dem Motto „Bewegung und Besinnung – der Kreis führt zur Mitte“. Die Referentin Katharina Bleifeld bot dazu ein vielfältiges und abwechslungsreiches Programm: Eine Vielfalt von Kreisspielen und Atemübungen, Meditation und Bewegung. Ein Bildervortrag über die Tageszeiten in Verbindung mit Empfindungen auf Grund von Bildern, Farben und eines parabolischen Textes. Der Dialog zwischen Jung und Alt mit Verdeutlichung der verschiedenen Perspektiven zweier unterschiedlicher Generationen. Vorlesung eines biblischen Textes. Mit dem Lied „Bye, Bye, my Love“ schloss ein Tag, der alle begeistert hatte.

Nach dem Abendessen lud Pfarrer Rainer Schnettker zu einem Abschluss-Gottesdienst in die hauseigene Kapelle ein. Die Kinder brachten die, im Laufe der Woche gebastelten Werke mit und plazierte sie vor dem Altar. Groß und Klein wurde aktiv in die Messe eingebunden. Es war eine wun-



Sind alle im Bild und auch zu erkennen? Mit Militärpfarrer Pfarrer Rainer Schnettker aus Augustdorf (vorletzte Reihe, 3.v.r.) und der Fotografin waren 32 Erwachsene und 15 Kinder und Jugendliche beim Familienwochenende der GKS im WB III in Marktrechwitz vertreten.
(Foto: Christa Schacherl)

derschöne, eindrucksvolle Heilige Messe.

Zum Abschied am nächsten Morgen überreichte Johann-A. Schacherl als Dank für die fürsorgliche Betreuung und als Erinnerung an den ersten Besuch der GKS in diesem Haus der Leiterin des Hauses, Anna Schulz, die Kachel der GKS. Mit dem Reisesegen durch Pfarrer Schnettker versehen, begaben sich alle Teilnehmer, die eine Woche lang Gemeinschaft in der Gemeinschaft praktizierten und erleben durften, auf die Heimfahrt. Eine unvergessliche Woche war viel zu schnell zu Ende gegangen. *(Christa Schacherl)*

GKS Köln: Erfahrungen aus dem SFOR-Einsatz

An einem Herbstwochenende im November trafen sich 15 Familien des GKS-Kreises Köln in Elkeringhausen bei Winterberg im Haus „Maria im Orketal“ des Kolpingwerks.

Mit dem Gebet der GKS wurde das Werkwochenende vom GKS-Vorsitzenden Köln Johann-A. Schacherl eröffnet und die jüngeren Kinder in die Betreuung zweier junger Damen, die sich in der Ausbildung zu Gruppenleiterinnen befinden, übergeben. So hatten alle Eltern die nötige Ruhe sich mit der Thematik des Wochenendes, Auslandseinsätze der Bundeswehr und damit verbundene Familienfragen, zu befassen. Major Artur Ernst, der 6 Monate bei der SFOR-Truppe seinen Dienst in Mostar verrichtet hatte, berichtete anhand von Folien und einem selbst gedrehten Videofilm über Hintergründe, Auftrag und Zielsetzung des SFOR-Einsatzes der Bundeswehr. Es wurde lebhaft an seinen Ausführungen teilgenommen.

Ergänzt wurde der Vortrag von Major Ernst durch eine Fernsehdokumentation über die Arbeit der Militärseelsorge im SFOR-Einsatz.

Da unser geistlicher Beirat Militärfarrer Dr. Fey kurzfristig ausgefallen war, besuchten wir in der Ortsgemeinde die Sonntagsmesse und beendeten geistig gestärkt und nach einem gemeinsamen Mittagessen das Familienwochenende im Sauerland.

(Irmhild Reichwein)

GKS Köln

Zu einem gemeinschaftlichen Tannenbaumschlagen trafen sich am 3. Advent Familien des GKS-Kreises Köln bei Kürten im Bergischen Land. Vormerken: Die nächste Aktion im Advent 1998 ist schon eingeplant. *(GKS Köln/AE)*

100. Mitglied des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS)

Im Verlauf der diesjährigen Pfarrversammlung der Militärgemeinde Köln, die am Sonntag den 7. Dezember 1997 in der Lüttich-Kaserne in Köln durchgeführt wurde, konnte der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III Johann-A. Schacherl als 100. Mitglied des Förderkreises der GKS Herrn Hauptmann Gerhard Schumann, Angehöriger der Stammdienststelle des Heeres, begrüßen. Der Vorsitzende überreichte ihm nicht nur die „einmalige“ Aufnahmeurkunde mit der Mitgliedsnummer „100“, sondern darüber hinaus das von der GKS herausgegebene Buch „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ von Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer. *(Christa Schacherl)*

Inzwischen hat der Förderkreis 122 Mitglieder (Stand 10.01.1998).

40 Jahre der Einsatzbereitschaft verpflichtet

Mit einem ökumenischen Feldgottesdienst in der Lützow Kaserne in Aachen wurde am 13. September der Tag der offenen Tür anlässlich 40 Jahre Instandsetzungstruppe / 40 Jahre Technische Schule des Heeres und Fachschule des Heeres eröffnet.

Der katholische Standortpfarrer Michael Hennen und sein evangelischer Mitbruder Lothar Fiege setzten sich im Wortgottesdienst mit der Zahl 40 an Beispielen aus dem neuen Testament auseinander und zeigten Parallelen zwischen Instandsetzungstruppe und Seelsorge auf.

Trotz schlechter Wetterprognose konnte an einem herrlichen Spätsommertag die Heeresschule

ihre Leistungsfähigkeit demonstrieren. Neben vielen Attraktionen, die letztlich die gesamte Palette des Heeresgerätes umfasste, stellte sich auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten dar. Gemeinsam mit der katholischen und evangelischen Militärseelsorge betrieb sie einen eigenen Informationsstand, an dem man einfach nicht vorbei kam. Verschiedene Publikationen und persönliche Gespräche warben für die GKS. Die interessierten Besucher konnten sich mit ihren Zielen und Aktivitäten vertraut machen.

(GKS Aachen)

GKS Essen: Was ist eine Oecotrophologin?

Organisiert von der GKS Essen trafen sich am 28. November abends 32 Erwachsene und 15 Kinder aus dem Bereich des Fernmelderegiments 990 zu einem Familienwochenende im Haus Maria in der Aue bei Wermelskirchen. Für den Vorsitzenden des GKS-Kreises Hptm Norbert Glatzke, der sich im SFOR-Einsatz befand, begrüßte der katholische Standortpfarrer im Nebenamt für Essen, Prior Tobias, die Teilnehmer.

Nach Abendgebet, geselligen Runden zum besseren Kennenlernen und dem Morgenlob am Samstag stand Sacharbeit auf dem Programm. Die Diplom-Oecotrophologin Mechthild Gerdes erläuterte, wo sich in der täglichen Nahrung die Kalorien, Eiweiße, Fette und Vitamine verstecken.

Wer weiß denn schon, dass 125 g Fruchtojoghurt die Zuckermenge von acht Stückchen Würfelzucker enthalten! Nach dem Mittagessen erläuterte der Vorsitzende der GKS im WB III, Johann-A. Schacherl, die Ziele, Aufgabe, Organisation und Aktivitäten der GKS.

Anschließend verschaffte man sich bei einer Wanderung zum etwa eine Stunde entfernten Altenberger Dom die erforderliche Bewegung.

Im Sonntagsgottesdienst zum 1. Advent standen die Kinder im Vordergrund, die Pater Tobias durch Textvorträge und an sie gerichtete Fragen aktiv an der Liturgie beteiligte. *(Björn Eckey)*

GKS IM WB VI

PERSONALIA

Familienwochenende des GKS-Kreises Ingolstadt

Mit dem Thema „Glaubensgespräch in der Familie“ beschäftigte sich der GKS-Kreis Ingolstadt beim Familienwochenende vom 17.-19.10.1997 im Caritas-Familienwochenende Waldfrieden in Marktredwitz. Obwohl die Pionierbrigade 60, der die meisten aktiven Soldaten des GKS-Kreises angehören, zu einer Brigadegefechtsübung befohlen hatte, freuten sich 51 Teilnehmer über die Ausführungen des Pastoralreferenten Bernhard Winter, Referent für Ehe- und Familienseelsorge in der Diözesanregion Altbayern der Diözese Augsburg.

Der Samstagvormittag war geprägt durch die Aufarbeitung des Themas mit den Teilen „Gespräch“ und „Glaube“. In Gruppen befassten sich die Teilnehmer mit „Geschichten, die vom Glauben erzählen“. Die Anwesenden erfuhren von Herrn Winter über die Fertigkeiten in der „Sprecher“- und „Zuhörer“-Rolle. Der freie Nachmittag führte die Familien entweder in die nahe liegende Republik Tschechien, an das Grab der „Resl von Konnersreuth“ oder nach Waldsassen zur Basilika und zur Kappl. Der Sonntag stand dann ganz im Zeichen der Liturgie. Nach gemeinsamer, durch Herrn Winter geleiteter Vorbereitung, zelebrierte der ehemalige Ortspfarrer von Marktredwitz, Pfarrer Englmann, einen festlichen Familiengottesdienst. Ein kurzes Resümee schloss die Veranstaltung. (Waltraud Rödl)

Oberst i.G. Dr. Klaus Achmann (55), bisher Referatsleiter Fü S III 4 (OSZE und konventionelle Rüstungskontrolle) hat am 17.12.1997 als Amtschef die Führung über das Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr in Waldbröl übernommen. Dr. Achmann ist Mitglied der GKS; engagierter Mitarbeiter im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ vor allem zu ethischen Fragen des Soldatenberufes. U.a. Veröffentlichung: K. Achmann/H. Bühl: „20. Juli 1944 – Lebensbilder von Offizieren des Widerstandes“, 1994.

Dr. Thomas Ludewig (35), Bundesvorsitzender der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) ist neuer Sprecher der „aktion kaserne“, einer Initiative katholischer Jugendverbände im BDKJ. Der Historiker wurde im November 1997 auf der Bundeskonferenz der Mitgliedsverbände des BDKJ für die Dauer von zwei Jahren als Sprecher gewählt.

Heinz-Josef Nüchel (65), Präsident der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD), ist im November auf der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung Katholischer Männer UNUM OMNES in Jerusalem zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er ist der erste Deutsche, der in den fast 50 Jahren des Bestehens von UNUM OMNES dieses Amt innehat.

Die Generalversammlung wählte **Dr. theol. Andreas Ruffing**, Referent der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in

den deutschen Diözesen in Fulda, zum neuen Generalsekretär.

Johannes Schulz (60), Amtsinspektor und Sachbearbeiter im Referat „Kirche und Gemeinde“ des KMBA Bonn vollendete am 10. Dezember 1997 sein 60. Lebensjahr. Bei einem Empfang dankte ihm Militärdekan Prälat Walter Theis für seine hohe Arbeitsmotivation, seine Loyalität, seine Beständigkeit und Zuverlässigkeit.

Stabsfeldwebel a.D. Horst Überschar (66), Mitarbeiter im KMBA Bonn für den Bereich Organisation von Großveranstaltungen der Militärseelsorge (Beteiligung an Katholikentagen, internationale Wallfahrten, Wochen der Begegnung) wurde am 18. Dezember 1997 in Bonn von Papst Johannes Paul mit der kirchlichen Auszeichnung „Ritter des Silvesterordens“ geehrt. Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld würdigte die besonderen Verdienste Überschars innerhalb der katholischen Militärseelsorge und im Laienapostolat.

Wolfgang Weber (47), ehemaliger Fallschirmjäger, Software-Entwickler und Organisationsberater aus Satzvey bei Euskirchen feierte am 07.12.1997 in der Bonner Pfarrkirche St. Elisabeth seine feierliche Primiz. Konzelebrant war u.a. Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld. Weber, der nach seiner Bundeswehrzeit Sport und Mathematik studiert hatte, war am 21.09.1997 vom Prälaten des Opus Dei, Bischof Javier Echevarria, zum Priester geweiht worden.

Friedensgebet eines Soldaten

Allmächtiger Vater, Schöpfer der Welt,
du hast uns Soldaten in den Dienst
der Sicherheit und der Freiheit der Völker gestellt.
Erfülle uns mit deinem Heiligen Geist, und gib
uns die Kraft und den Mut, den Frieden zu sichern,
den Menschen brauchen, um sich in Würde
entfalten zu können ...
Dein Reich komme! Rufen wir und denken an
eine bessere Welt mit geläuterten Menschen,

die durch Liebe den Hass und durch Vernunft
den Krieg überwinden.

Lass' gerade uns Soldaten bezeugen,
dass es deinem heiligen Willen entspricht,
an einer menschlichen Ordnung zu bauen,
die auf Freiheit und Frieden,
auf Wahrheit und Gerechtigkeit gründet, und
die Liebe zu dir und unter uns Menschen fördert!
Durch Christus, unseren Herrn. Amen!

Helmut P. Jermer

TERMINE 1998

1998

22.01.	Internat. Soldaten-gottesdienst in Köln	25.05.	EA GKS in Bonn	27.09.	Bundestagswahl
24.01.	Vorst ZV in Bonn	06.06.	Internat. Friedens-gottesdienst in Augsburg	02.-04.10.	Seminar für Funktionsträger der GKS in Bensberg
26.01.	EA GKS in Bonn	10.-14.06.	Kath.Tag Mainz	05.-18.10.	FamWerkWo GKS im WB III
05.02.	Weltfriedenstag in Hildesheim	14.06.	GKS WB I Sternfahrt	09.-11.10.	AK WB IV in Wittlich
07.02.	BV GKS in Bonn	10.-12.06.	WBKonf WB III in Wermelskirchen		AK WB VI
13.-15.02.	AK WB V in Hl.Kreuztal	20.06.	Vorst ZV in Bonn	30.10.-01.11.	AK WB I
26.-27.02.	AK WB IV in Mainz	28.06.	25 J. StO-Gottesdienst in Hammelburg	09.-13.11.	43. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseels.
27.-29.02.	AK WB II	02.07.	Soldaten-Fußwallfahrt der StO Amberg, Kümmersbruck, Neunburg, Pfreimd u. Oberviechtach zum „Maria-Hilf-Berg“	16.11.	EA GKS in Bonn
04.-05.03.	ArbKrs GKMD in Osnabrück			20.-22.11.	GKS WB I Christkönigstreffen in Nütschau
20.-22.03.	AK WB III in Günne	10.-12.07.	AK WB V in Hl.Kreuztal	20.-23.11.	AK WB II
27.-29.03.	AK WB VI in Altötting	31.08.	EA GKS in Bonn		AK WB III in Wermelski.
30.03.	EA GKS in Bonn	11./12.09.	Deleg.Konf AGKOD in Bad Honnef	30.11.-01.12.	Herbsttagung GKMD mit Festakt 60 Jahre kath. Männerwerke
25.04.-01.05.	38. Woche der Begegnung in Untermarchtal	11.-13.09.	WB I FamWoEnde in Baek	1999	
25.-30.04.	Zentrale Versammlung	18.-20.09.	BV GKS in Würzburg	24.04.-01.05.	39. Woche der Begegnung in Schmöchtitz
29.04.-01.05.	BuKonf GKS	18.-20.09.	Haupttagung der kath. Männerwerke in Hannover	01.-05.11.	GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda
06.-08.05.	Haupttagung GKMD in Fulda				
13.-19.05.	Internat. Soldatenwallfahrt nach Lourdes				

AUTOREN UND IHRE BEITRÄGE (soweit nicht in den Einführungen zu ihren Beiträgen vorgestellt)

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang
Gründer der Altendorf-Stiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, gelegentliche Beiträge im AUFTRAG.

Bändel, Lothar
Diplom-Theologe, Dozent für Katholische Theologie am Zentrum für Innere Führung. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 8.

Eberbach, Götz
Stud.-Dir. in 73274 Notzingen. Beitrag gefunden in der Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr“ Nr. 11/Nov. 1997, S. 33 f., hrsg. vom Vorstand der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Goertz, Dr. Hajo
Freier Journalist, Bonn

Kues, Dr. Hermann
Diplom-Volkswirt, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses, Sprecher für Gesellschaftliche Grundfragen des ZdK. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 2.

Kuschel, Dietmar
Journalist, Mitglied der Redaktion „Bonifatiusbote, Kirchenzeitung für das Bistum

Fulda“. Der Beitrag ist dem Bonifatiusboten Nr. 46/1997 entnommen.

Lepel, Oskar Matthias Freiherr von
Leitender Regierungsdirektor, Bereichsleiter und Dozent Rechtswissenschaft am Zentrum Innere Führung, Koblenz.

Müller, Renate
Bundessekretärin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Mitglied des ZdK-Hauptausschusses. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 3.

Rausch, Wolf Werner
Pfarrer, war bis Anfang 1997 evangelischer Militärdekan und Dozent am Zentrum Innere Führung, Koblenz.

Roth, Prof. Dr. Paul
Professor für Politikwissenschaft an der Bundeswehruniversität München.

Ruster, Prof. Dr. Thomas
Fachbereich Theologie der Universität Dortmund. Vortrag gehalten auf der Studententagung des ZdK „Dialog und Solidarität“ in Erfurt am 03.10.1997.

Sternberg, DDr. Thomas
Direktor der Katholisch-Sozialen Aka-

demie in Münster, Sprecher für Kulturpolitische Grundfragen beim ZdK. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 7.

Streier, Dr. Eva-Maria
Leiterin der Arbeitsgruppe Biomedizin und Sprecherin für Publizistische Fragen beim ZdK. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 5.

Stuff, Eckhard
Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Terbrüggen, Ludger
Major der Luftwaffe in der Bundeswehr, freier Mitarbeiter AUFTRAG

Then, Werner
Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), Präsident der Deutschen Management-Gesellschaft. Beitrag aus: Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 3. Jg., Nr. 5/1997, S. 4.

Das politische Buch

August Pradetto (Hrsg.): *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO – Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit*. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, 377 S., DM 78,00.

Während die Vereinigten Staaten und vor allem die Westeuropäer nach dem Ende des kalten Krieges Sicherheit mit Russland suchen wollen, überwiegt in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten der Wunsch, Sicherheit vor Russland zu bekommen. Überhaupt zeigten die ersten Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion und des östlichen Paktsystems in den ostmitteleuropäischen Staaten zunächst deutliche Tendenzen zur Renationalisierung. Diese Tendenzen werden erst in allerjüngster Zeit durch die Wünsche, der NATO und der EU beizutreten, abgemildert. Hier scheint derzeit der politische Druck der westlichen Staaten Früchte zu tragen, angemessene Konfliktlösungen, zum Beispiel in der Minderheitenfrage zwischen Ungarn und Rumänien zu finden. Die Beitrittserwartungen Ungarns oder die Hoffnungen auf einen späteren Beitritt im Falle Rumäniens wirken also einem möglicherweise überschäumendem Nationalismus entgegen. Der Wunsch der Ostmitteleuropäer nach sicherheitspolitischer Konsolidierung nach den turbulenten Jahren des Umbruchs in Europa und des Krieges im ehemaligen Jugoslawien verlangt gleichzeitig also auch eine erneute Einordnung in internationale Spielregeln.

In der Sicht von August Pradetto, Professor an der Bundeswehruniversität in Hamburg, bestehen beide Verhaltensweisen, Integrationsbemühungen und nationalistische Tendenzen, nebeneinander geradezu paradox fort: „Das Bemühen um Integration in europäischen Institutionen und Strukturen, insbesondere in den Ländern, wo Minderheitenkonflikte und ‘historische Traumata’ eine Rolle spielen, lief parallel zu einer Politik einseitiger nationaler Inter-

essenwahrnehmungen gegenüber Nachbarn, und produzierte nicht selten ein Verhalten, das den von EU, NATO u.a. europäischen Institutionen geforderten Mustern widersprach.“

Der von Pradetto herausgegebene Band „Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO“ wendet sich an fachkundiges Publikum, von der Studentin der Außen- und Sicherheitspolitik bis zum Mittler politischer Bildung – wozu ohne Zweifel die Offiziere der Bundeswehr gehören. Die besondere Leistung dieses Buches: „Was den vorliegenden Band von anderen Publikationen zur Thematik zuvorderst unterscheidet, ist die Gegenüberstellung der Ansichten über die NATO-Osterweiterung und über die Sicherheitsentwicklungen auf dem Kontinent aus mittel-, ost-, westeuropäischer und ‘atlantischer’ Perspektive.“

Dafür konnten kompetente und interessierte Autoren gewonnen werden, z.B. Pavel Seifter, der die außenpolitische Abteilung in der Kanzlei des tschechischen Präsidenten Havel leitet. Oder Janusz Prystrom und Segej Karagahov, die wesentliche Funktionen in der Politikberatung in Warschau bzw. in Moskau wahrnehmen. Gerade die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bedrohungsvorstellungen und Sicherheitsperzeptionen macht dieses Buch einzigartig und wertvoll. (Eckhard Stuff)

Das besinnliche Buch

Buchreihe „Hundert Worte“ aus dem Verlag Neue Stadt, München, jeweils 100 schön gestaltete Texte von bekannten Autoren und Weisheiten verschiedener Völker. Die ansprechenden Geschenkbücher haben jeweils 112 Seiten und kosten DM 19,80.

„Wie ein Tropfen im Ozean“ – *Hundert Worte von Mutter Teresa*, hrsg. von Wolfgang Bader.

Gedanken, Äußerungen und kurze Texte von Mutter Teresa, die über ihren Tod hinaus für unsere Zeit zu einem Symbol der Nächstenliebe geworden ist. Hundertmal ein Impuls zum Nach-Denken. Ein

kostbares Buch, das uns den Menschen Mutter Teresa nahebringt und nacherleben lässt

„Wir sind uns bewusst, dass das, was wir tun, nur ein Tropfen im Ozean ist. Aber gäbe es diesen Tropfen nicht, würde er im Ozean fehlen.“

„Glück Braucht offene Türen“ – *Hundert Worte über das Glück*.

„Schweigen hat seine Zeit“ – *Hundert Worte über das Schweigen*.

Wie könnte man „das Glück“ in Worte fassen, wer könnte wohl etwas Erschöpfendes sagen über „das Schweigen“? Gerade bei diesen Themen, die so umfassend sind, die sich kaum in einer gelehrten Abhandlung „einfangen“ und erschließen lassen, macht man die Entdeckung, dass es die Schlichkeit von kurzen Aussagen sein kann, die wie die Facetten eines Diamanten immer neue Farben aufleuchten lassen und am Ende ein Gesamtbild ergeben, bei dem man den Eindruck hat: Man hat ein wenig verstanden – vom Geheimnis des Glücks und der Kraft des Schweigens.





Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl,
Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Konto-Nr.: 1009439010, BLZ: 391 601 91, Pax Bank eG Aachen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.